Neues zur Kulturfinanzkrise

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

Nr. 02/10 · März – April 2010 www.kulturrat.de 3,00 € · ISSN 1619-4217 · B 58 662

Kulturfinanzierung
Wie sieht es aktuell aus in der kommunalen Kulturfinanzierung? Gibt es eine Solidarität im Kulturbereich oder ist sich jeder selbst der Nächste? Und wie kann die Finanzierung von Kultureinrichtungen über längere Zeiträume gesichert werden? Neue Informationen und Bewertungen.
Seiten 3 bis 5

Konvergenz der Medien
Was heißt Qualität in den Medien? Wie verändert sich die Arbeit von Presseagenturen? Was heißt Konvergenz der Medien in der Arbeit? Welche kulturwirtschaftliche Bedeutung haben öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten? Das Thema Zukunft der Medien steht erneut im Fokus.
Seiten 6 bis 10

Kulturelle Teilhabe
Ist kulturelle Teilhabe ein Privileg derjenigen, die sich Kultur ohnehin leisten können? Oder muss kulturelle Bildung sich besonders um diejenigen bemühen, die wenig Zugangschancen haben? Wird Kulturelle Bildung als eine Zusatzförderung nur für die Elite missverstanden?
Seiten 25 bis 27

Jahresbericht
Was hat der Deutsche Kulturrat im Jahr 2009 gemacht? Was waren die Schwerpunkte der Arbeit? Was haben die Gremien bewirkt? Wie wurde die Vertretung des Deutschen Kulturrates wahrgenommen? Was waren die Themen der Sektionen? Der Jahresbericht 2009 gibt darüber Auskunft.
Seiten 17 bis 24

Beilage Interkultur
Wie arbeiten Migrantenorganisationen? Welche Schwerpunkte setzen sie bildungspolitisch? Wie wichtig ist ihnen kulturelle Bildung? Welche Bedeutung hat kulturelle Bildung? Welche Formen der Zusammenarbeit gibt es? Vertreter von Migrantenorganisationen stellen ihre Arbeit vor.
Beilage Seiten 1 bis 8

Editorial

Elite

Soll ich es wirklich tun, soll ich mich outen? Nein ich bin nicht homosexuell, nein, ich gehöre nicht der Scientology-Kirche an. Viel schlimmer, ich bin Hauptschüler. 1976 wurde mir das Zeugnis der Berufsreife verliehen. Heute wäre das höchstwahrscheinlich das Ende meiner beruflichen Karriere. Hauptschule – Restschule – Loserschule!

Oh, was sind wir stolz darauf, die Zügel in den letzten Jahren immer straffer gezogen zu haben. Im Kindergarten beginnt das Lernen, die Grundschule wirft die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen. Der menschliche Ausschuss wird schnell von den Leistungsträgern abgesondert. „Hilfe, mein Kind wird von einem Schwachen an seiner Karrierebildung gehindert!“ Jetzt wird stramm getrennt marschiert. Die Schwachen werden bis zum Ende der Schulpflicht in der Restschule deponiert, die Starken werden ins Haifischbecken Turbogymnasium geworfen. Das Schlimme ist, dass beide Verlierer sind. Die vermeintlich Schwachen werden ihrer Berufschancen schon im Kindesalter beraubt, die vermeintlich Starken verlieren in ihrem dauerhaften Kampf um Noten und Vorteile ihre soziale Erdung. Es war die Bildungselite, die gerade Milliarden auf Kosten der Allgemeinheit verzockt hat und dabei so nebenbei eine Weltwirtschaftskrise auslöste, die nun von allen, besonders den Schwachen, ausgelöffelt werden muss.

In meiner Schulzeit war vieles nicht gut, aber es gab ein breites gesellschaftliches Bemühen, Kindern so viele Lebenschancen wie möglich einzuräumen. Es war die Abkehr vom Bildungsideal des 19. Jahrhunderts, das zuerst der Elite und dann erst der Gemeinschaft verpflichtet war. Spätestens seit den PISA-Untersuchungen sehnen wir uns bildungspolitisch wieder nach dem 19. Jahrhundert zurück. Das Schlimme dabei ist, dass die kulturelle Bildung sich manchmal auch auf dem Weg in die Vergangenheit befindet. Kulturelle Bildung nicht als Chance zur Teilhabe, sondern nur als Element der Karrierebildung. „Was ihr Kind kann kein Instrument spielen, wie soll es denn dann gut Mathematik können?“

In den Siebziger- und Achtzigerjahren des letzten Jahrhunderts war unser Bildungssystem durchlässiger und damit letztlich auch gerechter als heute. Der Besuch einer Hauptschule war nicht das Ende, sondern konnte der Beginn einer Entwicklung sein. Als einzige Reform fällt den Bildungspolitikern heute letztlich nur die Auflösung der Hauptschule ein. Und dann?

Bildungsgerechtigkeit kann nur erreicht werden, wenn jeder Mensch die Chance erhält, seines „eigenen Glückes Schmied“ sein zu können. Die Eliten sind jetzt erst einmal genug gepampert worden, jetzt sind einmal die Loser dran.

Olaf Zimmermann, Herausgeber von politik und kultur ■

Außenpolitik der Gesellschaften

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik • Von Cornelia Pieper

Ziel Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) ist – so hat es Lord Dahrendorf formuliert – „von einer Außenpolitik der Staaten zu einer Außenpolitik der Gesellschaften zu kommen“. Über internationalen Kulturaustausch, zivilgesellschaftliche Netzwerke und weltweite Bildungspartnerschaften wollen wir Menschen miteinander ins Gespräch bringen, Vertrauen schaffen und Brücken über nationale und kulturelle Trennlinien schlagen.

Im Jahr 2009 hat das Auswärtige Amt fast 750 Millionen Euro in die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik investiert. Mit 24,76 Prozent macht sie etwa ein Viertel des Haushaltes des Auswärtigen Amts aus. Dieses Geld ist gut investiert. Denn heute kann unsere AKBP mit ihrem globalen Netz von deutschen Schulen, Universitätspartnerschaften und Kulturkooperationen mehr als je zuvor dazu beitragen, dass die Ziele deutscher Außenpolitik erreicht werden.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik: Ausdruck unserer außenpolitischen Kultur und Werte

Der Koalitionsvertrag von FDP und CDU/CSU spricht nicht nur von der Auswärtigen Kulturpolitik als „tragender Säule“ der deutschen Außenpolitik. Wir haben uns auch dazu bekannt, Projekte und Programme „finanziell bestmöglich“ auszustatten. Auf den 124 Textseiten der Koalitionsvereinbarung finden sich mehr als fünfzig Stellen mit einem Bezug zur AKBP.

Deutschland engagiert sich durch Kulturaustausch und Bildungszusammenarbeit weltweit für die Verständigung zwischen Menschen. Die Vielfalt der deutschen Kultur ist nicht zuletzt eine Folge der Freiheit der Menschen in unserem Land. Sie können ihre Gedanken frei äußern und ihre Kreativität gemeinsam oder individuell ausleben. Das Auswärtige Amt und seine Partner eröffnen durch Kulturförderung, Austauschprogramme und interreligiösen Dialog Räume, in denen Menschen überall auf der Welt an dieser Freiheit teilhaben können. Die Begegnung der Menschen in solchen kulturellen Freiheitsräumen bringt neues Denken hervor; neue Ideen und Netzwerke entstehen.

Europa spielt für uns auch in der Auswärtigen Kulturpolitik eine wichtige Rolle. Um das europäische Bürgerengagement zu stärken, hat die EU das Jahr 2011 zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit erklärt. Das Auswärtige Amt denkt deshalb darüber nach, den Freiwilligendienst „kulturweit“ anders als bisher auch für junge Europäer anzubieten, die ihren Lebensmittelpunkt nicht in Deutschland haben.

Ziele der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

Für die neue Legislaturperiode hat das Auswärtige Amt für die Auswärtige Kulturpolitik drei Schwerpunkte gesetzt: Globale Bildungspartnerschaften ausbauen, den Dialog zwischen den Kulturen stärken und in der Kommunikation neue Werkzeuge nutzen. Zusätzlich wollen wir unsere Anstrengungen in Konflikt- und Krisenregionen verstärken. Denn Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik kann einen wichtigen Beitrag zum Frieden und dem Aufbau einer stabilen Zivilgesellschaft leisten. Die drei Schwerpunkte sind:

Erstens: Globale Bildungspartnerschaften ausbauen
Bildung ist die wichtigste Ressource der Zukunft. Wir können globale Herausforderungen wie Armutsbekämpfung, Klimawandel und Energiesicherheit nur bewältigen, wenn wir in Ausbildung, Wissenschaft und Forschung investieren. Deutschland ist ein Land der Ideen, ein starker Bildungs- und Forschungsstandort, der Innovationsimpulse gibt und ausländische Studierende und Wissenschaftler anzieht. Deutschland bietet die Ressource Bildung an und lebt von ihr. Gleichzeitig steht heute fest: Wir müssen unser Wissen

Cornelia Pieper © Fotostudio Faust

weltweit teilen, um es zu vermehren. Das sehen wir etwa am Beispiel der Kulturmanagementprogramme des Goethe-Instituts in den Ländern Osteuropas und Zentralasien.

Deutschland geht globale Bildungspartnerschaften auf ganz unterschiedlichen Wegen ein. Häufig beginnen Bildungspartnerschaften in einer deutschen Schule. Mit der Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“ konnte das Auswärtige Amt in nur zwei Jahren ein Netzwerk von beinahe 1.500 Schulen weltweit aufbauen, an denen junge Menschen Deutsch lernen. Wir wollen, dass diese jungen Menschen das Wort „Zukunft“ auch in unserer Sprache aussprechen.

Globale Bildungspartnerschaften entstehen auch an den Universitäten. Deshalb fördert das Auswärtige Amt den wissenschaftlichen Austausch über Stipendienprogramme des Deutschen Akademischen Austauschdiensts und der Alexander von Humboldt-Stiftung. Der Vernetzung des Wissenschaftsstandortes Deutschland dient auch der Aufbau von Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäusern in unseren Partnerländern. In São Paulo und Moskau wurden bereits zwei Standorte eröffnet. Im Februar 2010 habe ich in New York den Startschuss für ein weiteres Deutsches Wissenschaftshaus gegeben.

Eine Bildungspartnerschaft entsteht auch überall dort, wo Menschen die deutsche Sprache erlernen. Die Förderung der deutschen Sprache ist daher ein wichtiges Anliegen unserer AKBP. Sie zu vermitteln, ist Teil

Weiter auf Seite 2

Kultur-Mensch

Klaus Geldmacher

Multitalent, so könnte Klaus Geldmacher beschrieben werden. Seine Eltern waren Schauspieler. Er selbst hat früh auf der Bühne gestanden, erst als Schauspieler, dann als Jazzmusiker Trompete gespielt und danach erst den Weg zur bildenden Kunst gefunden.

Als Künstler wechselte er stets zwischen Kunst und Politik. Er war Geschäftsführer der Internationalen Gesellschaft der Bildenden Künste, des Deutschen Künstlerbundes, Mitarbeiter im Wahlkampfteam von Hans-Ulrich Klose, Pressesprecher des Hamburger Kultursenators und Redakteur bei der Hamburger Rundschau. Von 1998 bis 2001 war er Bundesvorsitzender der Fachgruppe

© privat

Bildende Kunst der IG Medien und machte sich für Ausstellungsvergütungen für bildende Künstler stark. Als Künstler war er unter anderem bei der documenta präsent. Seine Lichtobjekte sind in Museen und im öffentlichen Raum zu sehen.

Klaus Geldmacher feierte im Januar seinen 70. Geburtstag. Dass für ihn Kunst und Politik nach wie vor untrennbar zusammengehören, zeigt seine jüngste Veranstaltungsreihe „Politisches Atelier“. Hier kommen Künstler und Politiker zu aktuellen kultur- und gesellschaftspolitischen Fragen zu Wort. Klaus Geldmacher ist der Beweis, dass man kulturpolitisch äußerst aktiv und als Künstler erfolgreich sein kann.

4 195981 603008 02

Fortsetzung von Seite 1

Außenpolitik der Gesellschaften

der Arbeit des Goethe-Instituts, das weltweit rund 140 Institute unterhält. In diesem Jahr wird die Förderung zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit („Deutsch 2010“).

Eine echte Bildungspartnerschaft brauchen wir schließlich mit Afghanistan. Wir wollen langfristig in den Wiederaufbau des Landes investieren. Wir wollen Strukturen schaffen, damit junge Menschen in Afghanistan die Chance haben, ihre Zukunft zu gestalten. Eine große Bildungskonferenz zu Afghanistan sollte neben dem Aufbau der Schulen auch die Universitäten und die berufliche Ausbildung in den Blick nehmen. Wir erkennen heute klar und deutlich, dass die weltweiten Konflikte auch religiösen und kulturellen Nährboden haben. Wir wissen ebenfalls, dass diese Konflikte rein militärisch kaum zu lösen sind. Daher ist der Mehrwert, den Bildungs- und Kulturpolitik in Krisen und Konflikten schafft, von unschätzbarem Wert. Bildungsprogramme können den Menschen auch in wirtschaftlicher Hinsicht neue Perspektiven geben und dazu beitragen, alte Vorurteile abzubauen. Sport- und Kulturprojekte sind für uns auch unter schwierigen Bedingungen Türöffner. Über sie können wir häufig auch dann noch Botschaften transportieren, wenn die Instrumente der klassischen Diplomatie längst nicht mehr funktionieren. Schließlich bringen wir über Musik, Film und Sport Menschen ins Gespräch und fördern gleichzeitig zivilgesellschaftliches Engagement.

Zweitens: Den Dialog zwischen den Kulturen stärken

Unsere wertegebundene Außenpolitik beweist sich insbesondere im Einsatz für die Menschenrechte. Unsere Geschichte lehrt uns, dass nur dort, wo die Menschenrechte geachtet werden, Menschen ihre Kreativität und Kraft für die Gemeinschaft entfalten können. Davon wollen wir durch Dialog überzeugen. In diesem Dialog stehen wir dafür ein, dass die Gültigkeit der Menschenrechte keine geographische oder kulturelle Grenze kennt. Menschenrechte sind nicht „westlich“, sie sind nicht nur für einige Staaten gültig. Der erste Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 beginnt mit dem Satz: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“ Dies muss auch unser Kompass für den Dialog der Kulturen sein.

Im kommenden Jahr wird die Ausstellung „Kunst der Aufklärung“ im neu errichteten Chinesischen Nationalmuseum in Peking eröffnet. Durch das gemeinsame Engagement des Auswärtigen Amts, der Museen in Berlin, Dresden und München und der Mercator-Stiftung wurde es möglich, dass am Platz des Himmlischen Friedens über Aufklärung gesprochen wird. Ich kann heute nicht sagen, was am Ende dieser Diskussion stehen wird. Schon heute ist bei diesem Projekt aber sichtbar, welche Symbolkraft Auswärtige Kulturpolitik entfalten kann.

Drittens: In der Kommunikation neue Werkzeuge nutzen

Eine ganz wesentliche Aufgabe von deutschen Diplomaten und Kulturmittlern ist es, im Ausland ein wirklichkeitsgetreues Bild von Deutschland zu vermitteln. Stereotypen sollen den Blick auf unser Land nicht verstellen. Wir wollen Deutschlands Politik in der Welt erklären und gleichzeitig Menschen zum gemeinsamen Handeln bewegen. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Auswärtiges Amt in Berlin **© Auswärtiges Amt**

Viele Projekte, wie die Ausstellung „Kunst der Aufklärung“, senden eine klare politische Botschaft. Neben der Botschaft kommt es aber heute auch auf die Art ihrer Kommunikation an. Gerade in den Megacities dieser Erde fällt es uns häufig schwer, für die Menschen sichtbar zu sein. Deshalb wollen wir verstärkt neue interaktive Instrumente der Kommunikation nutzen, um vor allem mit jungen Menschen in aller Welt in Kontakt zu kommen. Um Deutschland im Ausland angemessen zu präsentieren, brauchen wir außerdem einen schlagkräftigen Auslandsrundfunk.

Im Koalitionsvertrag haben wir uns darauf verständigt, dass die „mediale Präsenz Deutschlands in der Welt durch die Deutsche Welle verstärkt werden muss.“ An dieser Forderung wollen wir festhalten. Konkret bedeutet dies, dass die Deutsche Welle in ihrer Arbeit stärker als bisher mit dem Auswärtigen Amt und unseren Auslandsvertretungen verzahnt werden sollte. Schon bald wollen wir das Sprachlernprogramm der Deutschen Welle auch auf den Internetseiten unserer Botschaften und Generalkonsulate anbieten. Dann werden Audios, Videos und Texte mit Anleitungen in insgesamt zwölf verschiedenen Sprachen Deutschlernern in aller Welt zur Verfügung stehen.

Auswärtige Kultur- und Wissenschaftspolitik als Investition in die Zukunft

Erst vor Kurzem habe ich in Hanoi das Deutschlandjahr in Vietnam eröffnet. Anlässlich des 35-jährigen Bestehens von diplomatischen Beziehungen zwischen unseren Ländern wird über ein Jahr in zahlreichen Veranstaltungen die gesamte Bandbreite der bilateralen Beziehungen dargestellt. In Vietnam sind neben den Kulturmittlern und Wissenschaftsorganisationen auch viele Unternehmen der deutschen Wirtschaft beteiligt. Sie alle helfen mit, in einer der dynamischsten Weltregionen ein modernes Deutschlandbild zu transportieren und damit den Grundstein für eine erfolgreiche Außenpolitik zu legen. Ich finde, das Deutschlandjahr in Vietnam ist damit ein gutes Beispiel dafür, wie „Außenpolitik der Gesellschaften“ in der politischen Praxis Wirklichkeit werden kann.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist eine Investition in die Zukunft. Wenn wir in der Welt wahrgenommen werden wollen, müssen wir gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen die Anstrengungen verstärken, damit wir im internationalen Wettbewerb der Bildungs- und Kulturangebote nicht zurückfallen.

Die Verfasserin ist Staatsministerin im Auswärtigen Amt ■

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL

Elite
Von Olaf Zimmermann 1

KULTUR-MENSCH

Klaus Geldmacher 1

LEITARTIKEL

Außenpolitik der Gesellschaften
Von Cornelia Pieper 1

KULTURFINANZIERUNG

Lernen von Wuppertal!?
Von Max Fuchs 3

Dramatische Zuspitzung: Städte schlagen Alarm
Von Olaf Zimmermann 3

Kulturmanagement in und nach der Krise
Von Maurice Lausberg und Frank Schellenberg 4

MOMMERT MEINT

Kultur zwischen „spätrömischer Dekadenz“ und „Jammer Arie“
Von Wilfried Mommert 6

KONVERGENZ DER MEDIEN

Plädoyer für eine Qualitätssicherungsgebühr
Von Willi Steul 6

Paradigmenwechsel in der Medienwelt
Olaf Zimmermann im Gespräch mit Wilfried Mommert 7

Kulturelles auf Kurzwelle
Von Thomas Völkner 9

Immer für eine Skandalisierung gut
Von Gabriele Schulz 9

WDR als Kulturakteur
Von Ernst Elitz 10

ZUR DISKUSSION GESTELLT

Der Wiederaufbau des Berliner Schlosses
Von Wilhelm von Boddien 11

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Gummiband Zuwendungsrecht
Von Gabriele Schulz 12

Genshagener Erklärung des Bündnisses für Gemeinnützigkeit 13

Der Gesellschaft etwas zurückgeben
Gabriele Schulz im Gespräch mit Werner Ballhausen 13

EUROPA

Kulturstaat Europa?
Von Max Fuchs 14

RUHR 2010

Deutsche brauchen noch Zeit für den Wandel
Von Aiman Mayzek 15

GOETHES WELT

Ankunft mit Zukunft
Von Andreas Breitenstein 15

ARBEITSMARKT KULTUR

Wir nennen es Armut
Von Henning Krause 16

JAHRESBERICHT DES DEUTSCHEN KULTURRATES 17

KULTURELLE TEILHABE

Guck nach unten, Frau!
Von Tanja Leston 25

„Verdammt, so cool klingt also eine Mundharmonika“
Stefanie Ernst im Gespräch mit Dieter Kropp 26

Die Harp: sexy, stabil und günstig
Ein Kommentar von Olaf Zimmermann 27

LUTHER 2017

Reformation und Bildung? Reformation durch Bildung!
Von Kerstin Griese 27

KULTURLANDSCHAFT DEUTSCHLAND

365 Tage Kultursommer
Von Barbara Nieß 28

Expeditionen vor der Haustür
Von Susanne Bonenkamp 28

KULTURELLES LEBEN

Bundespräsidentin Schiller freut sich auf die Freie und Hansestadt Lüneburg
Ein Zeitungsbericht aus dem Jahr 2030 von Georg Ruppelt 29

PORTRAIT

Entwicklung von Kultureller Identität. Der Kulturpolitiker Wolfgang Börnsen
Von Andreas Kolb 30

BUNDESTAGS-DRUCKSACHEN 31

PUK-JOURNALISTEN-PREIS 31

KURZ-SCHLUSS

Wie für mich der aktuelle Literaturbetrieb einmal zur Existenzsicherung beitrug
Von Theo Geißler 32

BEILAGE INTERKULTUR

Keine Einebnung kultureller Unterschiede
Von Olaf Zimmermann 1

Interkulturalität ist Zukunft und Herausforderung
Von Memet Kilic 2

Selbstorganisation als Grundlage des Erfolgs
Von Vicente Riesgo Alonso 3

Die Muttersprache ist ein kultureller Schatz
Von Valentina L'Abbate 4

In mehreren Kulturen zuhause
Von Sidar A. Demirdörgen 5

Szenenwechsel. Jugendliche im interkulturellen und interreligiösen Dialog
Von Witold Kaminski 6

Jenseits von Folklore und Tee
Von Kenan Küçük 7

Realität oder nur ein Traum?
Von Kristin Bäßler 8

Lernen von Wuppertal!?

Solidarität heißt Zusammenstehen in der Not • Von Max Fuchs

Angeblich hat die Bezirksregierung in Düsseldorf Wuppertal zu dem Beschluss gratuliert, das Theater schließen zu wollen, so hieß es zumindest bei dem 24-Stunden-Protest-Marathon am 29. und 30. Januar 2010. In Abwandlung eines inzwischen nur noch älteren Ost-Bürgern bekannten Slogans könnte man also sagen: Von Wuppertal lernen heißt Schließen lernen! Doch so einfach ist es dann doch nicht mit dem Schließen. Denn auch das ist eine Lehre: Die Macht der Verwaltung kann durchaus gebrochen werden, wenn sich genügend Menschen finden, die sich wehren.

In Wuppertal lief der Protest etwas mühsam an. Böse Zungen munkelten hinter vorgehaltener Hand, dass dies mit der klassischen Feindschaft zwischen den ehemals selbstständigen, nunmehr zu bloßen Stadtteilen degradierten Orten Barmen und Elberfeld zu tun haben könnte: Die Barmer haben schließlich das gerade renovierte Opernhaus, so dass die Theaterschließung in Elberfeld nicht nur zu verkraften wäre, sondern auch ein Ausgleich dafür ist, dass der Elberfelder Bahnhof jetzt protzig „Hauptbahnhof“ heißt. Diese Spannungen gibt es tatsächlich, und als jemand, der sowohl in Köln als auch in Düsseldorf gelebt hat: Sie sind bei weitem größer als die zwischen den beiden Großstädten, die sich beide um den Status als Rhein-Metropole bewerben.

Als es dann nennenswerten Protest gab, kam er zunächst sehr stark von den unmittelbar Betroffenen. Das ist einsichtig und legitim, reicht aber in der Regel nicht aus. Doch jetzt, am letzten Januar-Wochenende, harrten 2.000 Menschen 24 Stunden aus, traten mehr als 250 Tänzer, Schauspieler und Musiker auf. Es war ein Volksfest mitten in Kälte und Schnee, wie es lange keines gegeben hat. Aber auch hier lohnt ein näheres Hinsehen: Neben den offiziellen Theatermenschen war es nahezu die gesamte bunte Kulturszene rund um Wuppertal und Umgebung, die sich mit künstlerischen Darbietungen, mit Ständen oder politischen Statements zu Worte meldeten oder die diese Präsentationen dankbar beklatschten. Das Theater interessierte zunächst einmal alle, die sich als Profis oder Amateure selbst kulturell betätigen. Das ist natürlich keine Kritik, sondern weist darauf hin, dass das Theater als gemeinsames Eigentum der Kulturinteressierten betrachtet wird.

Dies deckt sich durchaus mit seiner Geschichte. Denn die theatralen Darstellungen in der griechischen Polis waren ein Gemeinschaftsereignis, bei dem Angelegenheiten der Polis öffentlich diskutiert wurden. Das Theater gehörte der Polis, weil die Polis Gegenstand des Theaters war. Dies gilt eigentlich auch heute noch: Sofern das Theater ein öffentlicher und anerkannter Ort in der Stadt wird, kümmert sich die Stadtbevölkerung auch um ihr Theater. Hieraus ließen sich durchaus weitreichende Folgen für das Theater der Zukunft, das Verhältnis zwischen Kunst und Gesellschaft und sogar für notwendige Qualifikationen der Theaterleitung ableiten: Das Theater muss seine Legitimität verdienen. Tut dies das Wuppertaler Theater? Offenbar nicht genug, sonst hätte es sofort einen breiten Aufschrei in der Bevölkerung gegeben. Aber doch so gut, dass es zu dieser eindrucksvollen Protest-Aktion hat kommen können. Interessanterweise ist es ausgerechnet der international angesehenste Bereich des Wuppertaler Theaters, der geradezu vorbildlich die alte Vision von Theater realisiert: Das Tanztheater von Pina Bauch. Völlig unprätentiös – und ohne den inszenierten Medienrummel berühmter Berliner Kapellen – hat Pina Bausch ihren Klassiker „Kontakthof“ zum einen mit Senioren, zum anderen mit Schülern aufgeführt. Drei Versionen mit je eigener künstlerischer Qualität. Dabei wurde fast beiläufig die Bevölkerung einbezogen, und all dies ohne Abstriche an den künstlerischen Anspruch. So muss ein Theater der Zukunft agieren. Denn durch diese Aktion (bei der die in Deutschland verbreitete Debatte, ob dies jetzt Pädagogik oder Kunst war, völlig irrelevant blieb) hat sich das Theater „performativ“ als wichtiger Ort der Polis, eben: als politischer und anerkannter Platz der Stadt und in der Stadt bewiesen. Nur durch solche Aktionen werden die Verteilungskämpfe, die gerade im armen Wuppertal hochrelevant sind, nämlich die zwischen Sozialhilfe und Kultur, gegenstandslos. Denn ein relevanter Teil der Akteure im Pina-Bausch-Projekt kam aus dem prekären Bereich.

Pleitegeier am Rathaus Wuppertal **© pillboxs**

Man kann also von Wuppertal Verschiedenes lernen: Theater muss sein, aber nur dann, wenn es sich als das Theater der jeweiligen Stadt erkennt. Theater braucht Solidarität, zunächst einmal die aller Kulturschaffenden. In Wuppertal ist eine große Solidarität entstanden, die es nicht immer zwischen den Sparten und Bereichen gibt. Sollte das Theater gerettet werden, muss es also Einiges dafür tun, um sich bei den entstandenen kulturellen Solidaritätsnetzwerken zu bedanken. Das heißt: Das Theater der Zukunft muss sich als Teil eines Netzwerkes betrachten und sich entsprechend verhalten. Und dies gilt auch für seine Interessensvertretungen auf Landes- und Bundesebene. Natürlich gibt es auch weitere Ursachen für die heutige Krise. Eine besteht darin, dass man viel zu spät mit Überlegungen angefangen hat, Kultur aus dem Bereich der (bloß) freiwilligen Leistungen herauszuholen. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die Fachverbände in der Kultur kommen hier alleine nicht weiter, wenn die kommunalen Spitzenverbände und die Länder es nicht wollen. Und diese wollten es lange nicht – und einige wollen es auch heute noch nicht. Aus machtstrategischen Gründen ist das auch einsichtig: Denn jede Pflichtleistung nimmt der Politik und vor allem der Verwaltung Entscheidungsspielräume. Der Kampf spielt sich also zwischen den Polen Entscheidungsfreiheit und Absicherung ab. Und ein weiteres wird erkennbar: Kulturpolitik kann überhaupt nicht mehr als bloß schöngeistige Reflexion über Kunstautonomie betrieben werden. Der desolate Zustand der Kulturetats hängt natürlich mit dem desolaten Zustand der kommunalen Finanzen zusammen. Und hier muss Druck auf Bund und Länder ausgeübt werden, die Kommune in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben in der Daseinsvorsorge auch erfüllen zu können. Es gehört aber auch ein (selbstkritischer) Blick auf die kommunale Kulturpolitik dazu. Denn immer noch gibt es auch hier verzichtbare Großinvestitionen. Man denke etwa an die zahlreichen Prestigeprojekte immer neuer Konzerthäuser.

Die Rede von der Krise und Chance ist inzwischen so verbreitet, dass man sie kaum noch zu verwenden mag. Doch zeigt Wuppertal, dass Solidarität ein Zusammenstehen in Zeiten der Not ist. Sie kann entstehen und vergrößert werden. Sie muss dann aber auch gepflegt werden, wenn die Notzeiten vorüber sind: Sie ist keine Einbahnstraße.

Der Verfasser ist Präsident des Deutschen Kulturrates ■

Dramatische Zuspitzung: Städte schlagen Alarm

Kulturfinanzierung: Die Hände in den Schoß zu legen und auf bessere Zeiten zu warten, ist unverantwortlich • Von Olaf Zimmermann

Bereits seit Wochen warnen die kommunalen Spitzenverbände vor den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die kommunalen Haushalte. Allein die Überschriften der beiden Pressemitteilungen des Deutschen Städtetags vom 2. Februar 2010 zeigen, wie es um die Städte und Gemeinden bestellt ist. Die Pressemitteilungen waren überschrieben mit „Städte drohen handlungsunfähig zu werden“ und „Städte schlagen Alarm: Finanzprobleme spitzen sich dramatisch zu – Hilferuf an Bund und Länder“. Alles nur Schreckgespenste ohne Substanz? Alles nur Alarmismus? Alles nur „Dampfplauderei“?

Wer sich mit den von den kommunalen Spitzenverbänden zur Verfügung gestellten Daten befasst, sieht, wie ernst die Lage der Städte und Gemeinden ist. Dabei sind die Ursachen durchaus unterschiedlich.

Deindustrialisierung

Eine Reihe von Städten und Gemeinden leidet bereits seit vielen Jahren unter einem strukturellen Defizit. Es sind Städte und Gemeinden, die von der Deindustrialisierung betroffen sind, in denen sich der demografische Wandel durch den Wegzug vieler Menschen manifestiert, deren Sozialausgaben steigen, da es oftmals die weniger qualifizierten Einwohner sind, die wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, die vor Ort bleiben.

Geradezu paradigmatisch stehen hierfür die Ruhrgebietsstädte und Städte aus dem Bergischen Land wie Wuppertal. So musste Gelsenkirchen einen Einwohnerverlust vom Jahr 2000 zum Jahr 2008 von 6,0% hinnehmen, Hagen von 5,5%, Remscheid von 5,3% und Duisburg von 4,3%. Ein Einwohnerverlust von nur 0,6% in Dortmund ist in diesem Zusammenhang schon fast eine gute Nachricht.

Am 18. Dezember 2009 haben 19 Städte aus dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land mit einem Memorandum „Wege aus der Schuldenfalle“ Alarm geschlagen. Diesem Aktionsbündnis gehören an: Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Herne, Leverkusen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Remscheid, Solingen, Wesel, Witten und Wuppertal.

Diese Städte haben gegenüber der Landesregierung, aber auch gegenüber dem Bund aufgezeigt, dass sie ohne grundlegende strukturelle Veränderungen aus der Schuldenfalle nicht herauskommen. Trotz des allgemeinen wirtschaftlichem Wachstums zu Beginn des Jahrtausends und trotz bis zum Jahr 2008 steigender Gewerbesteuereinnahmen, stiegen die Gesamtschulden dieser Städte dramatisch an. Die Pro-Kopf-Verschuldung hat sich in einigen Städten mehr als verdoppelt. Sie stieg im Zeitraum von 2000 bis 2008 in Oberhausen von 3.212 Euro/Einwohner auf 7.134 Euro/Einwohner, in Hagen von 2.001 Euro/Einwohner und in Wuppertal von 1.595 Euro/Einwohner auf 4.471 Euro/Einwohner, um nur einige Beispiele zu nennen. Entsprechend hoch sind die Zinsausgaben der Städte und Gemeinden.

Neben dem strukturellen Defizit und den steigenden Sozialausgaben unter denen diese Städte leiden, treten nun noch die Steuerrückgänge in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise hinzu. So wird für beispielsweise Wuppertal ein Steuerrückgang von 2008 bis 2010 um 21,9% prognostiziert.

Wirtschafts- und Finanzkrise

Klingen die Alarmrufe aus den Ruhrgebietsstädten schon fast vertraut, so macht sich die Wirtschafts- und Finanzkrise nun auch in Städten und Regionen bemerkbar, die bislang prosperierten. In Karlsruhe wird laut Angaben des Deutschen Städtetags mit einem Rückgang der Steuereinnahmen von 11,9% gerechnet. In Frankfurt sind es 25,4% und in Hannover 22,1%.

Im Durchschnitt gehen die kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Landkreistag) von einem Anstieg des negativen Finanzierungssaldos aus. D.h. die Ausgaben werden die Einnahmen deutlich übersteigen – und dies trotz angekündigter strikter Sparmaßnahmen und Haushaltssicherungskonzepte. Konkret wird angenommen, dass im Jahr 2009 die Ausgaben die Einnahmen um 4,45 Mrd. Euro überstiegen haben, für das Jahr 2010 werden 12,05 Mrd. Euro fehlen.

Sparmaßnahmen

Die Städte begegnen der Finanzkrise mit Sparmaßnahmen. Dazu gehört zuerst, dass städtisches Personal eingespart wird. Frei werdende Stellen werden nicht oder nur verzögert besetzt, Personal wird reduziert. Diese auf den ersten Blick erfolgversprechenden Maßnahmen können auf den zweiten die Situation weiter verschärfen, da Stellenabbau in den Kommunen eben kein Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit ist, sondern im Gegenteil die Städte und Kommunen ihren Beitrag zum Anstieg der Arbeitslosigkeit leisten, den sie mit steigenden Sozialabgaben auch noch finanzieren müssen.

Zum anderen sparen die Kommunen an Zuschüssen auch für kulturelle Einrichtungen. Als Beispiele für Konsolidierungsmaßnahmen in ausgewählten Städten werden vom Deutschen Städtetag u.a. den Kulturbereich betreffend genannt:

- in Duisburg die Erhöhung der Eintrittspreise für Konzerte und Theater, Kürzung oder Wegfall der Zuschüsse für kulturelle Einrichtungen,
- in Erlangen die Kürzung der Zuschüsse an Vereine,
- in Hannover das Aufstellen von Kassen- und Buchungsautomaten

Weiter auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Dramatische Zuspitzung

in Bibliotheken,

- in Ludwigshafen am Rhein die Anhebung der Eintrittspreise für das Theater und das Museum,
- in Marktredwitz der Anstieg der Gebühren für die Musikschule und die Bibliothek,
- in Nürnberg sinkende Zuschüsse für Vereine,
- in Wolfsburg pauschale Kürzungen in zahlreichen Ausgabebereichen,
- in Wuppertal die Kürzung der Zuschüsse im Kulturbereich und die Aufgabe des Schauspielhauses als Spielstätte.

Dieses sind nur einige prägnante Beispiele für die geplanten bzw. derzeit diskutierten Kürzungen. Fast täglich ist von neuen Kürzungsabsichten oder auch Schließungen zu lesen. So wird in der Bauhausstadt Dessau überlegt, die Zuschüsse zum Anhaltischen Theater bis zum Jahr 2013 so drastisch zu kürzen, dass nur noch die Schließung bleibt.

Dabei sind es zumeist die Theater, die es als letzte trifft. Bevor über deren Schließung, die Zusammenlegung von Häusern oder die Aufgabe von Sparten nachgedacht wird, wurden die Zuschüsse zu anderen Kultureinrichtungen, zu kulturellen Initiativen und Vereinen oder auch in der Künstlerförderung schon längst zusammengestrichen.

Es sind die wenig abgesicherten Projekte, die Initiativen, die zuerst bluten müssen. Hier gibt es in der Regel keine längerfristigen vertraglichen Vereinbarungen, sondern unregelmäßig gewährte Zuschüsse. Diese Zuschüsse können sehr schnell eingespart werden und sind in der Regel so gering, dass ihr Wegfall keinen Bürger „hinter dem Ofen hervorlockt". Diese Projekte sind zumeist auch nicht so prestigeträchtig, dass eine Stiftung oder ein privater Sponsor einspringen, da sie zuwenig öffentliche Aufmerksamkeit schaffen.

Der Wegfall der vielen kleinen Kulturzuschüsse wird das kulturelle Leben in den Städten und Gemeinden empfindlich treffen. Es sind eben nicht nur die Theater oder die Museen, mit überregional bekannten Ausstellungen, die das kulturelle Leben prägen.

In allen Debatten zur Kulturpolitik des Bundes wird zu Recht hervorgehoben, dass die kulturelle Vielfalt in Deutschland durch die Kleinstaaterei entstanden ist und durch den Föderalismus gesichert wird. Wenn diese Aussage nicht nur eine Monstranz sein soll, die bei Länderprozessionen hervorgeholt wird, sind als erstes die Länder gefordert, jetzt die Initiative zu ergreifen.

Verantwortung der Länder

Die Kommunen sind laut unserer Verfassung Teil der Länder. Die Länder sind es, die verpflichtet sind, darauf zu achten, dass die Kommunen finanziell nicht ausbluten, dass ihnen nicht mehr Aufgaben aufgebürdet werden als sie tragen können. Und jetzt wären es zuerst die Länder, die gefordert wären, den Kommunen zu helfen.

Der Kulturausschuss der Kultusministerkonferenz müsste endlich einen Plan erarbeiten, wie den Kommunen am besten geholfen werden könnte. Er müsste den Austausch und die Auseinandersetzung mit den Bundeskulturverbänden suchen. Er müsste länderübergreifende Anstrengungen unternehmen, um das kulturelle Leben in ganz Deutschland zu sichern. Der Präsident der Kultusministerkonferenz müsste an der Spitze seiner Kollegen stehen, um kulturelle Vielfalt zu erhalten. Gemeinsam müssten die Länder bei ihrer Kulturstiftung der Länder einen Fonds auflegen, um den Kultureinrichtungen vor Ort helfen zu können.

Von all dem ist nichts zu spüren. Vielmehr verfestigt sich einmal mehr der Eindruck, dass das Interesse der Kulturpolitiker der Länder an der jeweiligen Landesgrenze endet und letztlich eine gesamtstaatliche Verantwortung nicht übernommen wird.

Bund als Lückenbüßer

Demgegenüber wird Kulturstaatsminister Bernd Neumann, MdB nicht müde, die Länder an ihre Pflicht zu Kulturfinanzierung zu erinnern. Er warnt vor Einsparungen im Kulturbereich und unterstreicht immer wieder, dass mit Einsparungen im Kulturbereich die kommunalen Haushalte nicht gerettet werden können. Doch wem das Wasser bis zum Halse steht, ergreift jeden Strohhalm und sei er noch so dünn.

Der Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags informierte sich im Februar 2010 bereits das zweite Mal über die Situation der Kulturfinanzierung. Bereits im März 2009 führte er eine erste öffentliche Expertenanhörung zum Thema „Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Kultur in Deutschland" durch. Die anwesenden Experten warnten seiner Zeit bereits vor anstehenden Einsparungswellen.

Bundesfinanzministerium © Bundesfinanzministerium/Foto: Jörg Rüger

Staatsziel Kultur im Grundgesetz

Gerade weil die Kulturfinanzierung als sogenannte freiwillige Aufgabe der Kommunen missverstanden wird, leidet der Kulturbereich deutlicher als andere Bereiche unter der Finanzkrise der öffentlichen Hände. Der Deutsche Kulturrat fordert deshalb schon seit Jahren, dass das Grundgesetz um den Art. 20 b „Der Staat schützt und fördert die Kultur" ergänzt wird. Diese Grundgesetzergänzung entspricht 1 : 1 der Empfehlung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland".

Jetzt soll das Grundgesetz wegen eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zur Mischverwaltung der Jobcenter geändert werden. Die Fraktionen des Deutschen Bundestages, die bereits seit langem das Staatsziel Kultur im Grundgesetz verankern wollen, haben jetzt die Chance diese jetzt anstehenden Grundgesetzänderung zu nutzen. Die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Fraktion Die Linke haben sich bereits für das Staatsziel Kultur im Grundgesetz ausgesprochen. Teile der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der CDU/CSU-Fraktion haben sich ebenfalls zu Kultur als Staatsziel bekannt. Jetzt heißt es Flagge zeigen und dem Kulturbereich in der Krise durch diese Grundgesetzänderung nachhaltig helfen.

Nothilfefonds Kultur

Der vom Deutschen Kulturrat in die Diskussion eingebrachte Vorschlag eines „Nothilfefonds Kultur" des Bundes für kommunale Kulturstrukturen ist ein zusätzlicher konkreter Ansatz, um den kulturellen Kahlschlag vor Ort zu verhindern. Der Nothilfefonds Kultur könnte bei der Kulturstiftung des Bundes angesiedelt werden, die bereits Erfahrungen mit der Vergabe von Fördermitteln an die kommunale Ebene hat. Eine Fachjury sollte anhand von Vorgaben wie der Sicherung der kulturellen Vielfalt in einer Region Kriterien für die Vergabe der Fördermittel entwickeln. Eine Voraussetzung sollte sein, dass nach einer Überbrückungshilfe aus dem Nothilfefonds die Kommune wieder selbst in die finanzielle Verantwortung tritt. Die Kulturausgaben der letzten Jahre der jeweiligen Kommune könnten ein weiteres Kriterium sein, um zu verhindern, dass jene Kommunen belohnt werden, die in den letzten Jahren überproportional bei den Kulturausgaben gekürzt haben. Die Nachhaltigkeit der Förderung wäre ein weiteres Kriterium. Eine Kommune, die Gelder aus dem Nothilfefonds erhält, muss sich verbindlich zur weiteren Finanzierung der Kulturstruktur nach dem Ende der Bundeshilfe verpflichten.

Am Nothilfefonds Kultur des Bundes könnte sich erweisen, ob die „UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen" tatsächlich ein brauchbares kulturpolitisches Instrument im Inland oder letztlich nur ein Lippenbekenntnis ist. Dieses völkerrechtlich verbindliche Instrument sollte auch dazu dienen können, die verfassungsrechtlichen Bedenkenträger zu überzeugen.

Jetzt gilt es die Warnungen aus den Städten und Gemeinden ernst zu nehmen und aktiv zu werden. Die Hände in den Schoß zu legen und auf bessere Zeiten zu warten, ist unverantwortlich.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Kulturmanagement in und nach der Krise

Aktuelle Herausforderungen für Kulturinstitutionen und ihre Träger • Von Maurice Lausberg und Frank Schellenberg

Als „Spar-Tsunami" und „Großer Kahlschlag" betitelten große Zeitungen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Kulturbranche. Im Blickpunkt der Medien stand dabei zumeist die öffentliche Trägerfinanzierung, da vor allem auf kommunaler Ebene die Finanzierung von Kultur in Frage gestellt wird. Diese ist schon seit Jahren rückläufig: So sank der Gesamtetat von Bund, Ländern und Gemeinden von 2001 bis 2007 um 3,1% auf 8,1 Mrd. EUR – und dies in einer Zeit soliden wirtschaftlichen Wachstums.

Der dramatische Anstieg der Staatsverschuldung aufgrund der Krise lässt Kulturmanager nun eine Stagnation bzw. Kürzung der Kultursubventionen befürchten. Dies belegt u.a. eine aktuelle Umfrage der actori GmbH unter Kulturinstitutionen in Deutschland: Hinsichtlich der Entwicklung der Kulturförderung in den kommenden fünf Jahren meinen über 50% der Befragten, dass die bislang öffentlich geförderten Kultureinrichtungen zwar weiterhin, aber mit sinkenden Mitteln gefördert werden. Der Blick auf die Zuschüsse der öffentlichen Hand, den weitaus größten Bestandteil des Budgets von Kulturinstitutionen, lässt also ein bedrohliches Szenario erkennen. Daneben stehen auch die Auswirkungen der Krise auf Sponsorengelder und Eigeneinnahmen im Fokus der Diskussion. In einer Studie hat actori nun alle drei Finanzierungsquellen hinsichtlich ihrer Krisenanfälligkeit untersucht, um „Bewältigungsstrategien" aufzuzeigen.

Kürzungen der öffentlichen Zuschüsse drohen

Die aktuelle Ausgangslage erscheint dramatisch: Die deutsche Wirtschaftsleistung soll laut dem Herbstgutachten führender Wirtschaftsforschungsinstitute in 2009 um 5% geschrumpft sein. Gemäß der letzten Steuerschätzung des Bundesfinanzministeriums für Bund, Länder und Gemeinden sind die Steuereinnahmen von Januar bis September um 6% auf 352,8 Mrd. EUR eingebrochen. Zwar ist es ein Anliegen der Bundespolitik, die Kulturausgaben zu steigern, was die Erhöhung des Kulturetats des Bundes für 2010 um 1,5% auf 1,2 Mrd. EUR belegt; doch verliert die Unterstützung auf Länder- und Kommunalebene, die mit 41,8% (3,3 Mrd. EUR) bzw. 45,5% (3,6 Mrd. EUR) laut Kulturfinanzbericht den Großteil der öffentlichen Finanzierung übernehmen, bereits jetzt weiter an Boden. Insbesondere die drastischen Gewerbesteuerausfälle bedrohen die kommunalen Haushalte.

Aktuell verdichten sich zwar die Anzeichen, dass es bereits in 2010 wieder zu einer ersten Belebung der Wirtschaftskraft kommen wird. Nicht auszuschließen ist aber, dass es einen ähnlichen Effekt wie bei der letzten Rezession vor knapp zehn Jahren geben wird: Damals wuchsen trotz bereits fallender Steuereinnahmen (2000 auf 2002: -5%) die bundesweiten Kulturausgaben zunächst noch auf 8,4 Mrd. EUR an; anschließend sanken sie mit einer Verzögerung von zwei Jahren um 6% unter das Niveau von 2001.

Trifft man die Annahme, dass sich die damalige Entwicklung in den Jahren 2009 bis 2011 wiederholt, ist entsprechend des prognostizierten Steuereinnahmenrückgangs eine zeitlich verzögerte Kürzung des Kulturhaushaltes um jeweils ca. 5% für die Jahre 2010 und 2011 denkbar. Auch die aktuelle actori-Umfrage weist in diese Richtung: 32% der Kulturinstitutionen befürchten, dass die öffentlichen Mittel in den Jahren 2010 und 2011 für die eigene Institution um 5-10% zurückgehen könnten.

Stabile Entwicklung der Kartenverkaufserlöse

Anders stellt sich die Situation im Bereich der Ticketingerlöse dar. Die Entwicklungen der letzten Jahre beweisen, dass in diesem Bereich noch Wachstumspotenziale liegen. So konnten im Theater- und Musikbereich trotz eines Rückgangs der Besucherzahlen um 7% im Zeitraum 2004 bis 2008 die Kartenerlöse mit Hilfe von Preisanhebungen (+16%) gesteigert werden. Für die Entwicklung der Kartenverkaufserlöse in Zeiten der Krise lässt sich feststellen, dass diese Einnahmequelle bei den meisten Kulturbetrieben relativ robust ist und voraussichtlich nicht gravierend von der Krise betroffen sein wird. Dies untermauert die actori-Umfrage: 54% der befragten Kultureinrichtungen verzeichnen bisher keine Auswirkungen der Krise auf ihre Besucherzahlen, weitere 22% konnten in den vergangenen 12 Monaten sogar einen steigenden Besucherzuspruch vermelden.

Auch eine Studie der Firma Serviceplan stützt diese Beobachtung: Danach können immerhin 46% aller Haushalte als krisenresistent eingestuft werden. Diese Gruppe besteht insbesondere aus gutsituierten Arbeitnehmern mit sicherem Arbeitsplatz und vermögenden Rentnern. Erfahrungswerte zeigen, dass vor allem diese Haushalte von den Hochkultureinrichtungen und ihren Angeboten überdurchschnittlichen Gebrauch machen.

Kultureinrichtungen müssen ihre Angebote so gestalten, dass sie den Gewohnheiten und ggf. krisenbedingten Verhaltensänderungen ihrer Besuchergruppen bestmöglich entgegen kommen: Ausstellungen oder Spielpläne sind nach Besuchern und Auslastungskurven zu analysieren, gerade im Hinblick darauf, zu welchen Tageszeiten bzw. an welchen Wochentagen und Monaten Veranstaltungen besonders gut besucht sind. Bei der Analyse der Auslastungskurve eines Opernhauses hat actori beispielsweise festgestellt, dass sich durch eine stärkere Bespielung der Freitage zu Lasten der Donnerstage ein Mehreinnahmepotenzial im sechsstelligen EUR-Bereich erschließen ließe.

Weiter auf Seite 5

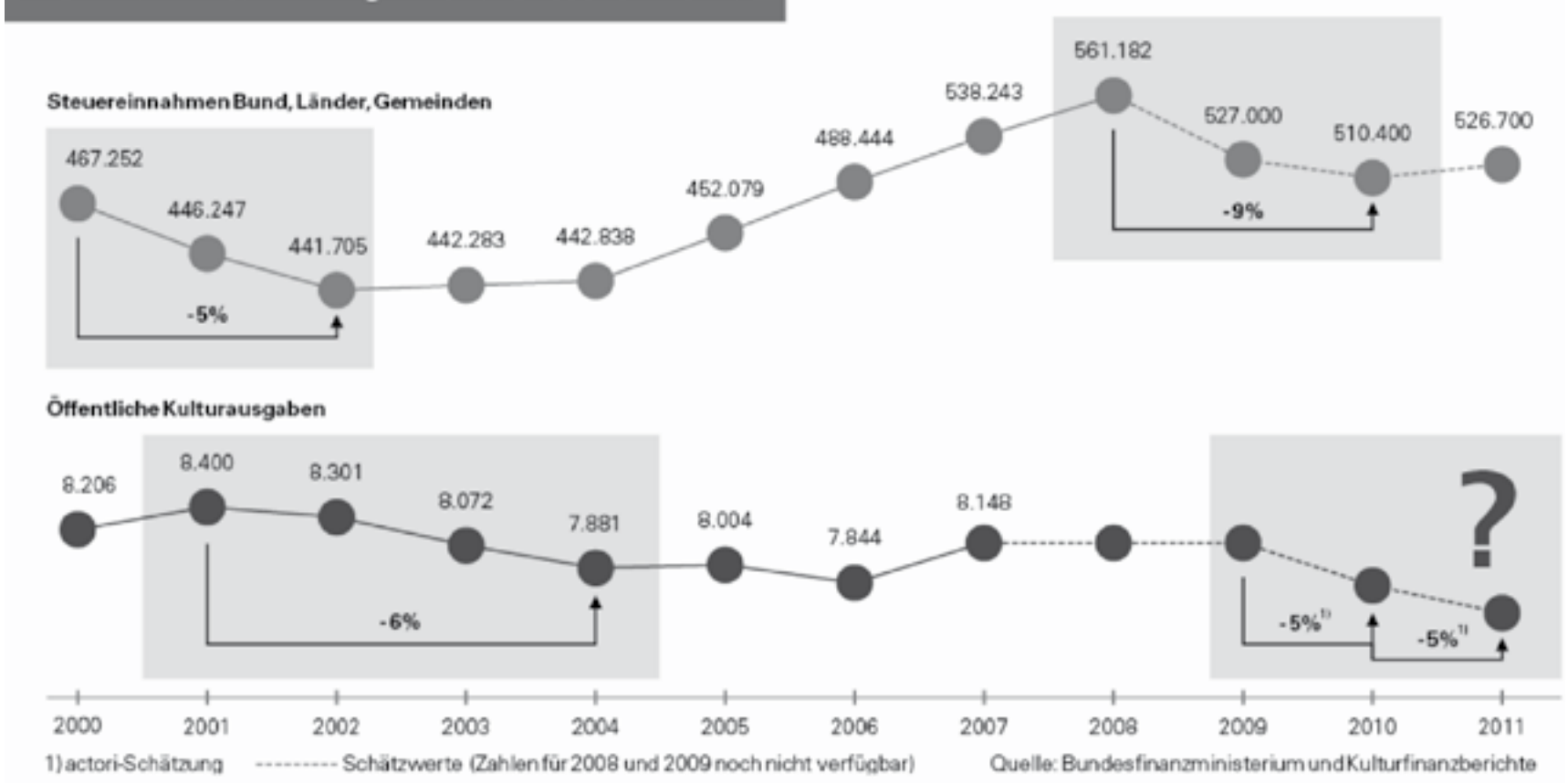
Fortsetzung von Seite 4

Die private Förderung (Sponsoring & Spenden) durch Unternehmen, Privatpersonen und Stiftungen als dritte Finanzierungsquelle für Kulturinstitutionen deckt bislang nur einen geringen Teil des Finanzbedarfes der Kultureinrichtungen in Deutschland (ca. 2-4%), stellt aber dennoch für manche Kulturbetriebe, insbesondere für Musikfestivals, eine tragende Säule dar.

Aufgrund der in 2009 zu konstatierenden Produktionseinbrüche (laut DIW z. B. minus 24% im Kraftwagenbau) und dem damit einhergehenden Rückgang der Ertragszahlen geraten die Marketingbudgets der Unternehmen zunehmend unter Druck. Dies wiederum wird sich negativ auf die Sponsoringausgaben von Unternehmen auswirken, insbesondere dann, wenn das Kulturengagement von Unternehmen nicht fest im Unternehmensmarketing verankert ist. Verschärft wird diese Problematik noch durch die Compliance-Problematik, die sich bei dem auf Kundenbindung ausgerichteten Kultursponsoring natürlich besonders bemerkbar macht. Der Vermögensentwicklung von Privatpersonen hat die im Laufe des vergangenen Jahres zwischenzeitlich negative Entwicklung an den Kapitalmärkten zugesetzt. Diese Entwicklung sowie die Unsicherheiten für das Jahr 2010 werden die Spenden- und Unterstützungsbereitschaft vorsichtiger und zurückhaltender ausfallen lassen.

In Summe rechnet actori daher für die Jahre 2009 bis 2011 mit einer Reduktion der Kultur-Sponsoring- und Spendenvolumina in Höhe von 15-30% im Vergleich zum Jahr 2008. Umso wichtiger wird ein professionelles Akquisitionsvorgehen mit klarer Partnerstruktur und attraktiver Nutzenargumentation bzw. die intensive Betreuung bestehender Sponsoren und Spender sein. Professionalität in Strategie und Umsetzung, wie z.B. gut aufeinander abgestimmte Vertragslaufzeiten oder ein breiter Branchenmix und unterschiedliche Geberlevel im Sponsorenpool, ist unbedingt angebracht.

Abbildung 1: **Entwicklung der Steuereinnahmen und der öffentlichen Kulturausgaben 2000-2011 in Mio. Euro**



Proaktives Handeln erforderlich

Als Fazit der actori-Studie lässt sich insgesamt festhalten: Es ist zu befürchten, dass öffentliche Zuschüsse – zeitversetzt zur Wirtschaftskrise – besonders von der Krise betroffen sein werden. Die Sponsoringeinnahmen werden zurückgehen, die Kartenverkaufserlöse in Abhängigkeit von Kulturgenre, Standort und Besucherstrukturen tendenziell stabil bleiben. Für Kultureinrichtungen bedeutet dies konkret: Nur wer sich als Kulturinstitution aktiv in die Debatte um angemessene und bezahlbare Kultur-Angebote einbringt, hat Chancen, den kommenden Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Wichtig wird es sein, möglichst konkret den Mehrwert in allen relevanten Facetten (zum Beispiel künstlerisch, sozial, gesellschaftlich, oder auch standortbezogen) zu bestimmen. Je detaillierter sich dabei positive Leistungen einer Kultureinrichtung oder negative Auswirkungen von Kürzungen aufzeigen lassen, desto leichter wird es fallen, die Diskussion um eine Kulturinstitution aktiv und in die richtige Richtung zu steuern bzw. zu beeinflussen.

Die öffentlichen Träger hingegen brauchen überzeugende „Kulturinvestmentstrategien“ mit nachvollziehbaren und messbaren Zielen, um die Kulturbudgets im staatsinternen Verteilungskampf zu verteidigen.

Die ausführliche Studie zu den Herausforderungen der Krise ist über www.actori.de in der Rubrik News > Downloads verfügbar.

Maurice Lausberg ist Gründer der Unternehmensberatung actori GmbH in München, die einen Fokus auf die strategische Beratung von Kunst- und Kulturbetrieben setzt. Zu den Kunden gehören Opernhäuser, Theater, Museen sowie öffentliche Träger.
Frank Schellenberg ist Leiter des Competence Center Kultur der actori GmbH ■

Zwischen Anspruch, Erwartung und Wirklichkeit:

Studie des Deutschen Kulturrates »Der WDR als Kulturakteur«

Der WDR ist die größte ARD-Anstalt. Er verfügt über das größte Budget, er hat die meisten Mitarbeiter, er versorgt das bevölkerungsreichste Sendegebiet, er repräsentiert die ARD auf internationaler Ebene. Er ist ein Sender der Superlative!

Trotzdem wird der WDR auch aus dem Kulturbereich heraus kritisiert.

- Sinkt das Niveau wirklich ins Bodenlose?
- Gewinnt die seichte Unterhaltung wirklich die Oberhand über die seriöse Information und die ernste Kultur?
- Beutet der Sender die freiberuflichen Kulturschaffenden wirklich immer mehr aus?
- Werden die Kultursendungen wirklich immer mehr in die Spartenprogramme oder in die späten Nachtstunden verschoben?

Der gefühlten Wahrheit Fakten gegenüberzustellen,

die die Gefühle bestätigen oder widerlegen, ist das Ziel der Studie. Gerade der Kulturbereich, der vom Wohl und Wehe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unmittelbar betroffen ist, kann es sich nicht leisten, seine Beurteilungen zu einem nicht geringen Anteil aus dem Bauch heraus zu treffen.

Zu beziehen über jede Buchhandlung oder unter: http://www.kulturrat.de/shop.php

Der WDR als Kulturakteur
Anspruch • Erwartung • Wirklichkeit

Herausgegeben vom Deutschen Kulturrat
Autoren: Gabriele Schulz, Stefanie Ernst, Olaf Zimmermann
Berlin 2009. 464 Seiten.
24,90 Euro

ISBN 978-3-934868-22-9

DEUTSCHER KulturRAT

Mommert meint

Kultur zwischen „spätrömischer Dekadenz“ und „Jammer-Arie“

Berlin - Jetzt haben wir den Salat: Die Kultur in Deutschland gerät angesichts der wachsenden Schuldenlast der öffentlichen Haushalte in eine Zwickmühle – zwischen großer „Jammer-Arie“, vor der der Politgrafiker und Berliner Akademiepräsident Klaus Staeck seine Kollegen schon vorsorglich gewarnt hat, und einer „Verschwendungssucht“ nach Art der „spätrömischen Dekadenz“, um ein neuestes Schimpfwort von Guido Westerwelle, Außenminister und Vizekanzler der schwarz-gelben Bundesregierung, aufzugreifen. Der eigentlich als Kunstfreund bekannte FDP-Chef meinte zwar mit diesem schiefen Bild mögliche Gefährdungen des Sozialstaates, aber der Tag könnte kommen, an dem die FDP oder auch ihr Koalitionspartner CDU/CSU „dekadente Verschwendungen“ auch an den öffentlich subventionierten Kultureinrichtungen in der Republik ausmachen.

Das wird spätestens dann passieren, wenn die sich schon jetzt abzeichnende dramatische Schuldenlast der Länder und Kommunen zu immer mehr Panikreaktionen der Kämmerer führen wird, wie beispielsweise den gespenstischen „Theatertod-Überlegungen“ in Wuppertal. Diese Stimmung würde schließlich auch die Kulturausgaben mit noch größerer Wucht als bisher treffen, die ja nicht zu den Pflichtaufgaben der öffentlichen Hand gehören – jedenfalls nicht, solange es kein Staatsziel Kultur im Grundgesetz gibt, wie es der Deutsche Kulturrat seit langem einfordert, wie es auch schon die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Bundestages dringend empfohlen hat, übrigens auch die FDP, die sogar einen eigenen Antrag im Bundestag dazu eingebracht hat – bisher vergeblich.

Aber was heißt hier Pflichtaufgaben? Der erste Kulturstaatsminister Michael Naumann (SPD), der 1998 von Gerhard Schröder mit großer medialer Aufmerksamkeit inthronisiert wurde, spricht sogar von der großen „Sinnfrage“, die sich die Politik stellen muss, sollte sie es zulassen, dass die Kulturausgaben in Deutschland ins Bodenlose stürzen.

„Für welchen Zweck macht man eigentlich Politik?“ fragt der jetzige „Cicero“-Chefredakteur Naumann in einem dpa-Gespräch. „Einzig und allein dafür, dass die Menschen in Sicherheit leben, nicht verhungern, oder macht man Politik dafür, dass die Menschen glücklich in Sicherheit leben, frei sind und nicht verhungern?“ Politiker sähen sich in diesem Land oft auch als Mäzene, „die sich herabneigen und der Kultur etwas spenden aus dem Steuersäckel – niemals würden wir das vom Verteidigungsminister sagen.“ Die Ausgaben für Kultur sind keine Subventionen – da ist sich der frühere Verleger Naumann mit dem jetzigen Kulturstaatsminister Bernd Neumann von der CDU völlig einig. „Deutschlands Freiheit wird in Wahrheit auch nicht am Hindukusch verteidigt, sondern in den Theatern, Konzertsälen, Opernhäusern, Museen und Buchläden und natürlich in den Schulen.“

Gewichtige Fürsprecher und Mitkämpfer für die Sache der Kultur in den wohl oder übel kommenden „Haushaltsschlachten“ in den Ländern und Kommunen sind immer willkommen. Allerdings sind die Betroffenen auch selbst aufgerufen, in Zeiten der Not – und das gilt dann wirklich für alle – auch manche liebgewordene, aber althergebrachte Praktiken der Kulturfinanzierung auch mal auf den kritischen Prüfstand zu stellen. „Für mich reicht es nicht aus, nur Jammer-Arien anzustimmen und zu sagen: ‚Überall dürft ihr sparen, nur nicht bei uns.‘ Das ist mir zu wenig“, meinte Klaus Staeck, mittlerweile 71 und ein Protagonist der wilden Aufbruchjahre um 1968, als vieles, endlich, auf den Prüfstand kam – und keineswegs alles über Bord geworfen aber eben doch mal näher unter die fachlich-sachliche Lupe genommen wurde.

Das mittlerweile geflügelte Schlingensief-Motto von der „Krise als Chance“ kann und muss auch hier gelten. Manches kann durchaus mal überdacht werden, auch zugunsten anderer, neuer, zeitgemäßerer und sachgerechterer Fördertöpfe – „alles fließt“ – auch die Kulturszene ist einem ständigen Wandel unterworfen, und das ist auch gut so.

Wilfried Mommert ■

Plädoyer für eine Qualitätssicherungsgebühr

Geräte- oder Haushaltsabgabe, das ist hier die Frage • Von Willi Steul

Im Oktober 2006 beauftragten die Ministerpräsidenten die Rundfunkkommission der Länder, ein neues, einfaches Finanzierungssystem für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorzulegen. Anlass war die heftige Diskussion bei der Einführung der sog. PC-Gebühr. Im Juni dieses Jahres wollen sich die Länderchefs auf ein neues Modell einigen, das ab 2013 in Kraft treten soll.

Zwei Varianten stehen zur Debatte: Die modifizierte Geräteabgabe folgt der alten Gerätelogik: jeder Besitzer eines empfangsfähigen Computers, eines Handys oder eines Smartphones u.ä. soll den vollen Beitrag entrichten. Da eine Differenzierung hinsichtlich der Geräte entfällt, hat auch der stolze Besitzer lediglich eines iPhones – selbst wenn er keinen Fernsehapparat besitzt – die volle Gebühr zu zahlen.

Daneben ein Haushalts- und Betriebsstättenmodell, das besagt, dass jeder Haushalt – ob Empfangsgeräte vorhanden sind oder nicht – den vollen Satz entrichten muss. Die Hauptaufgabe der GEZ, die Kontrolle der Besitzverhältnisse und das Eintreiben von Gebühren, könnte damit entfallen.

ARD, ZDF und Deutschlandradio sind skeptisch gegenüber der Haushaltsabgabe. Ein Gutachten des Verfassungsrechtlers Paul Kirchhof soll nun Klarheit darüber schaffen, wie bei diesem Modell Differenzierungen für gewerbliche Nutzer aussehen könnten. Die Politik wird entscheiden müssen. Dabei haben ARD, ZDF und das Deutschlandradio die Sorge, dass mit einem Systemwechsel erhebliche finanzielle Einbußen verbunden sind. Ausgeschlossen ist nicht, dass es am Ende beim jetzigen System mit Veränderungen bleibt.

Jenseits der Diskussion aber existiert ein Grundproblem: die Anerkennung des öffentlich-rechtlichen Mediensystems nimmt ab und damit die Akzeptanz der Gebühr. Die GEZ, die Gebühreneinzugszentrale, ist mit tatkräftiger publizistischer Begleitmusik und dem Aufspießen von bizarren Einzelfällen zu einer der meistgehassten Institutionen der Bundesrepublik mutiert. Hinzu kommt die Kritik an einzelnen Programmteilen des Fernsehens von ARD und ZDF. Hier sei die Abgrenzung zum seichten Tun der Kommerziellen nicht genügend sichtbar. Aber auch die Politik gibt ihr Bestes: auch Einflussnahmen mit parteipolitischem Grundrauschen bei der Besetzung von Leitungsposten lassen das ererbte Vertrauenskapital in die Funktionsweise des staatsunabhängigen, öffentlich-rechtlichen Mediensystems schrumpfen.

Wie aber lässt sich Vertrauen wieder herstellen? Was ist zu tun, damit Zuschauer und Hörer Gebühren als selbstverständliche Anerkennung einer guten Leistung zahlen? Kann der schleichende Legitimationsverlust überhaupt gewendet werden?

Das Deutschlandradio ist in einer durchaus privilegierten Situation. Bei Gründung wurde dem Nationalen Hörfunk totale Werbefreiheit verordnet, er ist alleine durch Gebühren finanziert. Womit der Sender die kulturkritischen Teile der Bevölkerung schon einmal auf seiner Seite hat, für die Werbung grundsätzlich ein Werk des Teufels ist.

Auch alle Angebote der Deutschlandradio-Programmfamilie beziehen sich ausschließlich auf den Kern der Grundversorgung, d.h. auf Information, Bildung und Kultur. So hat die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur inDeutschland“ die Programme des Nationalen Hörfunks als „beispielhaft für die Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Kulturauftrages“ bezeichnet. Klar ist aber, dass Information, Bildung und Kultur Zutaten für radiophones Feingebäck sind, aus denen sich die ebenfalls notwendigen Massenprogramme in öffentlich-rechtlicher Qualität aber nicht backen lassen.

Willi Steul, der Intendant des Deutschlandradios Köln/Berlin © Deutschlandradio-Bettina Fürst-Fastré

Doch auch für diese gilt: Gebühren lassen sich am überzeugendsten über Qualität legitimieren. Deutschlandradio hat daher die Diskussion um die Qualität der Programme immer offensiv geführt, als Maßstab für das tägliche journalistische Handeln. D.h. Deutschlandfunk, Deutschlandradio Kultur und neuerdings auch DRadio Wissen lassen sich intern und extern an diesen Qualitätskriterien messen. Sie zeigen konkret, wodurch sich diese Programme auszeichnen.

Qualitätskriterien

In einer Selbstverpflichtungserklärung – dem „Bericht über programmliche Leistungen und Perspektiven des Nationalen Hörfunks“ – hat das Deutschlandradio 2008 Qualitätsstandards für den journalistisch-publizistischen Teil seines Programmangebotes formuliert.

An erster Stelle wird der Anteil an Eigenproduktionen und Erstsendungen genannt, also das „Eigenständige“. In den Bereichen Information, Kultur und Musik beträgt er 69%. Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur sind „Autorenprogramme“. Das Verhältnis von Wort- und Musikanteilen ist ein weiteres Indiz für eigenständige Unverwechselbarkeit und Qualität. Der Wortanteil beim Deutschlandfunk beträgt 73%, bei Deutschlandradio Kultur 67%. Für DRadio Wissen, das neue digital verbreitete Programm, das am 18. Januar 2010 gestartet wurde, liegt er noch nicht vor, er wird jedoch noch über dem DLF-Wert liegen.

Vor dem Hintergrund zahlreicher, sich ausschließlich am gängigen Musikgeschmack orientierender Programme erhält das Kriterium Musikauswahl Gewicht. Deutschlandradio wählt zu 95% die Musiktitel und Konzertausstrahlungen nach künstlerischen und journalistischen Kriterien aus und erläutert sie redaktionell. „Rotation“ und „Musikformat“ bleiben Fremdwörter. Gleichgewichtig werden alle Musikgenres jenseits des Mainstreams eingesetzt und qualifizierte junge Musiker gefördert.

Alle Angebote der Deutschlandradio-Programmfamilie haben ein verlässliches Nachrichtenraster. Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur strahlen auch am Wochenende ausführliche Nachrichten im Stundentakt aus. Deutschlandfunk werktags zwischen 5:00 und 18:00 sogar im Halbstundenraster. DRadio Wissen hat mit den Wissensnachrichten – von 6:00 bis 18:00 – nun eine viertelstündige Taktung eingeführt. Insgesamt sendet der Nationale Hörfunk werktags nahezu 600 Minuten Nachrichten.

Die Ausstrahlung von Informationssendungen in der Primetime ist ein weiteres Qualitätsmerkmal. Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur bieten morgens, mittags, abends und vor Mitternacht insgesamt 15 Stunden aktuelle Information, im Deutschlandradio Kultur in der Primetime auch ausführliche Kulturinformationen. DRadio Wissen setzt zwischen 6:00 und 18:00 jeweils in der ersten Viertelstunde aktuelle Hintergründe.

Die Entwicklung des Deutschlandradios kann als Erfolgsstory gelten. In den 16 Jahren seit seiner Gründung 1994 ist es gelungen, den Nationalen Hörfunk als Leitmedium und Agendasetter zu etablieren. Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur sind die am häufigsten von anderen Medien zitierten Radioprogramme. In einem jüngst erstellten Ranking der Fernseh- und Rundfunkmedien wird dies erneut belegt. Nach dem ARD-Fernsehen und dem ZDF liegt

Weiter auf Seite 7

Konvergenz der Medien

Die Konvergenz der Medien war bereits verschiedentlich Thema in dieser Zeitung. Angetrieben durch die Chancen der Digitalisierung verändern sich die elektronischen und die Printmedien in starkem Maße. Seit Jahrzehnten bestehende Konkurrenzen verschärfen sich. Neue Märkte müssen erobert werden. In dieser Ausgabe gibt *Wilfried Mommert* im Interview mit *Olaf Zimmermann* Auskunft welchem Wandel die Arbeit der Presseagentur dpa unterliegt. *Willi Steul* setzt sich mit der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und den Erwartungen an Qualität auseinander. *Thomas Völkner* berichtet über die Nische Kurzwelle. *Gabriele Schulz* hinterfragt die Berichterstattung zum KEF-Bericht und *Ernst Elitz* setzt sich mit der Studie „Der WDR als Kulturakteur“ auseinander.

Die Redaktion ■

Fortsetzung von Seite 6

Deutschlandradio mit der BBC auf Platz Drei.

Bei der Entwicklung innovativer Sendungen und Formate leistet Deutschlandradio ebenso Beachtliches. So belebt das Minihörspiel-Format „Wurfsendung“ seit fünf Jahren das tägliche Programm von Deutschlandradio Kultur und wurde zum Vorbild für die BBC und Radio Danmark. Auch bei der Einführung eines täglichen Radiofeuilletons, das die Hörer zweimal drei Stunden umfassend über das Kulturgeschehen informiert, wurde Neuland betreten. Täglich geben Kindernachrichten in der Sendung Kakadu den jungen Hörern Orientierung. Seit 2006 werden beim Deutschlandfunk dreimal pro Tag überraschend Gedichte ins Programm gestreut, zusätzlich sind dazu unter www.dradio.de Informationen abrufbar. Im November 2009 hat das Deutschlandfunk-Konzert zum 20. Jahrestag des Mauerfalls einen wichtigen Beitrag geleistet, dabei musizierten die vier professionellen Ensembles der roc GmbH berlin erstmals gemeinsam. Radiostationen in aller Welt übertrugen das einzigartige Konzert. Mit dabei auch Radio France, das nicht nur seine sieben Programme zusammenschaltete und damit 14 Millionen Hörer erreichte, sondern das Ganze auf Initiative und mit Unterstützung von Deutschlandradio in einen 24- Stunden-Deutschland-Tag aus und über Berlin einbettete. Zuletzt ging am 18. Januar das neue Programm DRadio Wissen an den Start, ein „Radiolabor mit Netzanschluss“ zum Internet. Mit seinen modernen Strukturen bahnt es den Weg zum Radio der Zukunft.

Entscheidend für Deutschlandradio ist aber auch die hohe Akzeptanz der beiden Kernprogramme. Es sind vor allem die Informations- und Kulturinteressierten, die Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur trotz unzureichender UKW-Verbreitung erreicht. Die letzte Media-Analyse 2009 weist für beide das beste Ergebnis seit der Gründung des Deutschlandradios aus: 9,29 Millionen Hörer schalten regelmäßig eines der beiden Programme ein, 1,93 Millionen Hörer tun es täglich.

Fazit

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird langfristig nur mit überzeugender Qualität seinen Platz behalten. Dies gilt für alle seine Programm-Angebote. Mit der Formulierung seiner eigenen Qualitätsstandards hat das Deutschlandradio sich selbst hohe Maßstäbe gesetzt, an denen die Programme und Sendungen en Detail gemessen werden. Sie bieten nicht nur einen allgemeinen Rahmen bei der Bewertung von hochwertigen Programmen, sondern belegen auch die Alleinstellungsmerkmale des Nationalen Hörfunks. Ernst Elitz, der Gründungsintendant des Deutschlandradios, hat vor sechs Jahren in einem Gastbeitrag für die „Zeit“ formuliert: „Die Rundfunkgebühr ist mehr als ein Finanzierungsinstrument. Sie ist vor allem eine Qualitätssicherungsgebühr.“ Es ist zu hoffen, dass dies die Ministerpräsidenten weiterhin im Blick haben.

Der Verfasser ist Intendant des Deutschlandradios, Köln/Berlin ■

Paradigmenwechsel in der Medienwelt

Olaf Zimmermann im Gespräch mit Wilfried Mommert

In der Ausgabe 1/2010 von *politik und kultur* hat Wilfried Mommert im Gespräch mit Olaf Zimmermann über seine Arbeit als dpa-Kulturjournalist in Berlin-West und Berlin-Ost und später im vereinten Berlin Auskunft gegeben. In dieser Ausgabe stehen die Veränderungen in der Medienwelt im Mittelpunkt des Gespräches.

politik und kultur: Sie sind ja immer mehr zu einem Solitär geworden, weil um Sie herum in anderen Agenturen kaum mehr spezielle Ansprechpartner für Kultur arbeiten. Was passiert nach Ihrem Weggang?

Wilfried Mommert: Meine Stelle wird ersetzt und meine Arbeit fortgesetzt, sicherlich auch den veränderten Strukturen angepasst, denen sich alle Redaktionen in der Medienwelt jetzt stellen müssen. Bei dpa stehen diese Veränderungen auch im Zusammenhang mit dem geplanten Umzug der Hamburger Zentrale nach Berlin, wo ja bereits das Hauptstadtbüro und die Redaktion Politik Deutschland mit dem Bundesbüro arbeiten. In allen Redaktionsbereichen wird jetzt stark auf eine multimediale Vernetzung der Arbeitsabläufe vom Bild bis zum Ton gesetzt. Das Internet spielt auch für uns eine immer größere Rolle. Von den gesamte Veränderungen wird natürlich auch die Kultur nicht ausgenommen.

***puk*:** Gut. Aber die Kultur wird auch nicht eingespart?

Mommert: Eingespart überhaupt nicht, sondern ich glaube, es ist nur eine Frage der Gewichtung und der Arbeitsabläufe. Sonderstellungen gibt es nicht, wir sind als Nachrichtenagentur stark von der Tagesaktualität abhängig. Das kann andererseits auch bedeuten, dass an einem Tag ein Kulturthema absoluten Vorrang bei dpa hat, denken Sie nur an den Literaturnobelpreis, der mich und meine Kollegen im Fall Herta Müller natürlich auch in Berlin schwer beschäftigt hat oder an den Tod prominenter Künstler wie im letzten Jahr beispielsweise Peter Zadek. Das wird auch immer so bleiben.

Bei uns heißt die Gesamtredaktion übrigens „Kultur, Vermischtes, Modernes Leben“. Das heißt, wir betreuen neben klassischen Kulturterminen wie Theater- und Filmpremieren und Autoreninterviews auch den berühmten „Roten Teppich“, das heißt Leute (People-) Meldungen, Stars und Sternchen, auch im TV-Bereich. Zudem gibt es eine eigene Medienredaktion bei dpa. Und in diesem Bereich gibt es natürlich Kultur, Kollegen, die sich um bestimmte Termine und Themen kümmern müssen, angefangen von der Staatsoper, den Hollywoodstars am Potsdamer Platz bis zum Deutschen Kulturrat oder dem Kulturstaatsminister.

Möglich ist bei der gegenwärtigen Entwicklung im Medienmarkt, dass sich die Gewichtung innerhalb von Kulturredaktionen in Deutschland etwas vom Kulturpolitischen weg verlagern könnte. Andererseits stehen uns gewaltige Einschnitte und Einsparungswellen in den öffentlichen Kulturhaushalten bevor, die diesen Bereich plötzlich wieder in den Vordergrund rücken würden. Das wird man sehen..

***puk*:** dpa ist im Umbruch...

Mommert: Ja, natürlich, wir sind genauso im Umbruch wie alle Redaktionen im Print-, Funk- und TV-Bereich, wir spiegeln das nur wieder..

***puk*:** Den Presseagenturen weht auch ein kalter Wind ins Gesicht.

Mommert: Ja, einerseits weil die Verlag wegen der zurückgehenden Werbe- und Anzeigeneinnahmen unter einem enormen Kostendruck stehen, aber auch wegen der immer noch nicht klaren Auswirkungen des Internets. Nicht nur die Verlage sind betroffen, wir sind es alle. Das Internet führt auch zu einem Paradigmenwechsel in der Nachrichtenwelt. Wir sind plötzlich nicht in jedem Fall mehr die Ersten, die eine Nachricht in die Welt setzen. Das waren wir bisher meistens. Das ist vorbei und daran müssen wir uns erst einmal gewöhnen und entsprechend reagieren. Einige der zentralen Antworten darauf heißen für eine Nachrichtenagentur von der Bedeutung wie der dpa Seriösität und Vertiefung, mehr Hintergründe und erläuternde Reportagen – da können wir mit Kompetenzteams und -mitarbeitern punkten, die andere in vergleichbarer Formation nicht aufbieten.

Und wir müssen uns auch andere Angebotsfelder suchen, die durchaus noch eine Lücke bei den Kunden füllen könnten. Vor allem müssen wir unseren seriösen Ruf ins Spiel bringen. Unser Ruf war bislang in der Presselandschaft der: Wenn dpa es nicht gebracht hat, war es eigentlich noch nicht passiert oder nicht seriös recherchiert. Wir haben tatsächlich bis heute noch Anrufe von Kunden, die uns auf eine Meldung aus anderen Quellen aufmerksam machen und erst einmal fragen, bevor sie davon Gebrauch machen: „Habt Ihr das auch, ist da was dran?“ Das ist der legendäre Ruf von dpa – „auf dpa kann man sich verlassen“, trotz einiger Fehler, die jedem mal passieren können. Trotzdem haben wir nach wie vor vieles zuerst und einiges exklusiv.

Jetzt kommen aber auch Entwicklungen wie Twitter und andere Internetdienste dazu. Das heißt also, es gibt Augenzeugen, die haben tatsächlich etwas gesehen. Und plötzlich geistert diese Nachricht durch die Weltgeschichte und eine Nachrichtenagentur muss sofort reagieren, verifizieren, und das bei der Menge von manchmal auftretenden Gerüchten – 98 Prozent ist Unsinn, bei den 2 Prozent kann die Sensation sein. Aber Twitter bietet keine ergänzenden Hintergründe und begleitenden Einordnungen des Vorfalls – und keiner weiß, ob es auch wirklich stimmt. Wir haben die Fachkompetenz an Bord, um das zu beurteilen. Damit werden wir auch und verstärkt in der härter werdenden Medienwelt auftrumpfen. Und schauen Sie mal ins Internet, wie viele dpa-Artikel dort veröffentlicht worden sind, es fehlt ja nicht an der Nachfrage. Diese unsere Stärke werden wir jetzt noch mehr ausspielen.

***puk*:** Aber geben Sie doch mal so eine Perspektive, eine Vision. Wie, glauben Sie, wird sich der Kulturjournalismus verändern, wie wird sich aber auch die Medienlandschaft verändern?

Mommert: Ich glaube, da sind wir alle noch ein bisschen am Suchen nach dem „heiligen Gral“ oder dem Ei des Kolumbus. Ein wichtiger Medienmann wie Rupert Murdoch (Wall Street Journal, The Times) versucht es jetzt mit seiner Kehrtwendung zu Google und setzt auf Paid-Content-Modelle, also bezahlbaren Inhalt auch im Netz, was ein ganz interessanter Versuch ist, dem sich mittlerweile auch bei uns Verlage anschließen, denken Sie nur an die neuesten Modell der Axel Springer AG mit den kostenpflichtigen Applikationen für das iPhone und den iPod Touch. „Im Internet kann die Kostenlos-Kultur nicht das letzte Wort sein“, meinte dazu der Vorstandsvorsitzende Mathias Döpfner.

Ich glaube, die jetzige rasante Entwicklung konnten die Verleger und wir alle nicht vorhersagen. Es gibt jetzt Medienwissenschaftler aus den USA, die prophezeien, dass es in 5 Jahren keine richtigen Printauflagen mehr geben wird, das wird ins Internet abwandern. Nun ist die Frage – wer bezahlt was wie? Murdoch sagt zum Beispiel, ihm ist es egal, wer die Vermittlung übernimmt von seinem guten Journalismus, ob Netz oder Print – Hauptsache, es wird bezahlt, und da seien ihm weniger Nutzer, die bezahlen, lieber als kostenlose Massenlinks. Das ist der Versuch, die rasante technologische Entwicklung in der Medienwelt mit einem Kosten-Nutzen-Rechnen der Verlage wieder auf einen Nenner zu bringen. Das auf eine Reihe zu kriegen. Eine hochspannende Entwicklung in der Medienwelt.

***puk*:** Und die Agenturen ~

Mommert: Das ist die Frage – Sie brauchen welche Agenturen mit welchen Inhalten zu welchem Preis? Da beginnt im Moment der Druck auf uns und auf die gesamte Agenturlandschaft. Wir müssen einerseits preisgünstig sein, weil auch unsere Kunden dem Kostendruck unterliegen und wir müssen uns auch in der gewandelten Medienlandschaft unverzichtbar machen. Auch multimedial. Das ist noch ein ziemlicher Spagat. Unser neuer Chefredakteur Wolfgang Büchner, der von Spiegel Online kommt, ist entschlossen, den Weg in die Zukunft für dpa zu bahnen, weil wir sonst schlicht nicht überlebensfähig wären. Wir haben gar keine Alternative. Das ist aber auch eine tolle Herausforderung. Stillstand ist Rückschritt – die alte Volksweisheit

Wilfried Mommert **Foto: Alina Novopashina**

gilt heute mehr denn je auch für uns in der aktuellen Situation.

***puk*:** Spiegel Online ist eine der wenigen, erfolgreichen Plattformen der Verleger. Es ist ja auch ganz erstaunlich, dass es nur so wenige erfolgreiche Plattformen gibt. Könnte es nicht sein, dass man das Geld im Internet nicht verdienen kann und daher eine bestimmte Art von Journalismus vielleicht gefährdet ist?

Mommert: Man kann nicht vorhersagen, ob das Modell, was z.B. Murdoch vorhat, aufgeht. Er sagt sich, ihm sind weniger Abonnenten lieber, die aber bezahlen. Ob das im Netz aufgehen wird, ist unklar. Es ist ja bisher dort fast alles verfügbar. Das wird jetzt die Probe aufs Exempel, ob man wirklich diesen Paradigmenwechsel schafft. Wir versuchen jetzt praktisch im Internet und im Urheberrecht eine Weltregierung zu etablieren, die uns auf allgemeiner Ebene ja eigentlich noch nie gelungen ist. Die UN ist ja nur ein Hilfskonstrukt, das ja auch oft nur bedingt funktioniert.

***puk*:** Aber das heißt natürlich, dass wir da eine Menge Gemeinsamkeiten haben, es sind dieselben Märkte des Kulturbereiches, wie auch des Medienbereiches, die sich in diesem fundamentalen Umbruch befinden. Zum Beispiel weiß ich nicht, ob die aktuelle Entscheidung beim Google Book Settlement wirklich gut ist. Sie bedeutet die Nichtaufnahme vieler deutscher Titel bei Google Search. Es ist zwar eine Entlastung im rechtlichen Streit, aber möglicherweise ein Problem, dass die deutsche Sprache dauerhaft gar nicht mehr als eine suchbare Sprache mit suchbaren Titeln wahrgenommen wird.

Mommert: Da haben Sie sofort die Schattenseiten der Geschichte.

***puk*:** Ob also dieser Sieg dauerhaft wirklich ein Sieg ist fraglich und vor genau denselben Fragen steht natürlich der gesamte Medienbereich.

Mommert: Ja, natürlich! Es ist die zweite Gutenberg-Revolution, das ist inzwischen völlig klar. Diese Dimensionen haben wir noch vor 10 Jahren überhaupt nicht richtig realisiert. Und das Internet gibt es ja schon länger. Und da haben viele geschlafen. Aber was heißt geschlafen, was sollte man denn machen? Das Internet hat sich verselbstständigt, man ist versucht dabei an Goethes Zauberlehrling zu denken („Die ich rief die Geister, werd‘ ich nun nicht los!“). Es ist wirklich eine Sache, auf die jeder Zugriff hat in jedem Teil der Welt und ich glaube, das können wir nicht steuern. Wie man damit jetzt

Weiter auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Paradigmenwechsel in der Medienwelt

Geschäfte macht, das ist ja eine der spannendsten Entwicklungen die es geben wird. Aber es ist müßig, darüber zu philosophieren, ob es der Kultur nun nützt oder schadet – es ist da und will gebraucht werden. Tun wir es zu unserem Nutzen und versuchen wir gemeinsam, und sei es mit Hilfe der EU, Auswüchse einzudämmen. Turbulente Zeiten, fürwahr.

***puk*:** Und dann gehen Sie von Bord.

Mommert: Und dann gehe ich nun ausgerechnet von Bord, auch im Bewusstsein, dass die Veränderungen natürlich auch Auswirkungen auf meinen urspünglichen Arbeitsbereich haben werden.

***puk*:** Wie könnten die aussehen? Heißt das, Sie müssten mehrere Sachen gleichzeitig machen?

Mommert: Einiges habe ich vorhin schon angedeutet. Natürlich wird auch eine Kulturredaktion nicht auf einer Insel der Seligen im Medienbereich zurückbleiben können, auch nicht bei dpa, denn um ein „Mutterschiff“ wie die dpa schlagkräftig durch die neue Medienwelt zu führen, müssen alle mit anpacken, „jeder Mann an seinem Platz“. Aber diese Umorientierungen werden andere Redaktionsbereiche auch zu spüren bekommen, bis hin zur Politik.

***puk*:** Was machen Sie jetzt?

Mommert: Ich werde jetzt natürlich mit dem Erreichen des 65. Lebensjahres Ende Dezember 2009 wirklich meinen Schreibtisch aufräumen. Sicherlich aber den Kontakt behalten und auch weiterhin die eine oder andere Arbeit für dpa gern weiterhin machen, wenn es gebraucht wird in dieser neuen Formation. Gerne möchte ich diesen spannenden Prozess, der sich da auftut, begleiten und natürlich auch meine Nachfolgerin in ihre Berichterstattungsgebiete einführen, das ist ja klar. Wie dann die Arbeit verteilt wird innerhalb der Agentur, muss ich erst noch sehen. Aber ich selbst werde nicht einfach privat den Bleistift hinlegen, das kommt gar nicht in Frage. Da sind wir wieder bei der Neigung. Ich meine, das ist eigentlich in der Kultur kaum möglich, dass man mit 65 aufhört. Rentenalter gibt es in der Kultur nicht. Das ist Quatsch.

***puk*:** Genau, Sie sind doch eher ein Kulturschaffender als ein Medienschaffender.

Mommert: Ich bin Neigungsjournalist, von Anfang an gewesen. Und den können Sie nicht in Rente schicken.

***puk*:** Darüber freuen wir uns! Danke für das Gespräch.

Wilfried Mommert

Wilfried Mommert war bis Dezember 2009 über viele Jahr hinweg für Kultur und Kulturpolitik bei dpa Berlin verantwortlich. Lesen Sie auch den ersten Teil des Interviews mit Wilfried Mommert, in dem er über seine Arbeit in Berlin-West und Berlin-Ost sowie im vereinigten Berlin Auskunft gibt. Die Ausgabe 1/2010 kann beim Deutschen Kulturrat bezogen oder als pdf-Dokument unter http://www.kulturrat.de/dokumente/puk/puk2010/puk01-10.pdf heruntergeladen werden.

Kulturelles auf Kurzwelle

Wie unabhängige Produzenten ein altes Medium nutzen • Von Thomas Völkner

Rundfunkübertragungen auf Kurzwelle wird keine große Zukunft mehr vorausgesagt. In den Jahrzehnten des Kalten Krieges waren die grenzüberschreitenden Ausstrahlungen ein ideales Mittel zur Erfüllung der Aufträge der Deutschen Welle und vieler weiterer Auslandsradios in Ost und West. Nach 1989/90 wurden kaum noch neue Sendeanlagen für die weltweite Versorgung errichtet. Im Gegenteil: Zahlreiche technische Anlagen wurden stillgelegt. Einige gingen im Zuge von Deregulierung und Privatisierung an privat-kommerzielle Firmen, welche die frei gewordenen Kapazitäten an unabhängige Produzenten verkaufen.

Wer heute Kurzwelle hört, trifft zwar noch auf die Programme einer kleiner werdenden Zahl staatlicher und öffentlich-rechtlicher Sender, die zunehmend auf einen Medienmix aus Hörfunk, Fernsehen und Internet setzen. Auf den traditionellen Wellenbändern tummeln sich mittlerweile jedoch auch Sendungen über Indie Music, Vorstellungen von Urlaubszielen, Sonntagsandachten, Oldie-Shows, Literatur- und Lyrikprogramme, Medienkolumnen und einiges mehr. Quantitativ reichen diese Inhalte bei weitem nicht an den früheren Rund-um-die-Uhr-Output der Auslandsradios heran. Es sind eher Einzelsendungen, die im Tages- oder Wochenrhythmus, manchmal auch nur sporadisch in den Äther gehen. Qualitativ sind die Programme von ganz unterschiedlicher Güte; das Spektrum reicht vom grob zusammengeschusterten Material bis zur aufwändig gestalteten Sound-Collage. Es ist in den letzten Jahren ein kleines Biotop von Inhalten entstanden, denen man oftmals anmerkt, dass sie von Enthusiasten erstellt werden.

Von Hamburg nach Europa

Gerade Sender und Projekte mit einem Schwerpunkt auf Kunst und Kultur haben die Kurzwelle als Experimentierfeld entdeckt. So überträgt das Hamburger Lokalradio, ein in der Hansestadt beheimateter nichtkommerzieller Kultur-Spartensender, bereits im zehnten Jahr Programmteile für ein überregionales bzw. internationales Publikum. Hierfür nutzt man den Service der Firma Media Broadcast, die mehrere Kurzwellenstationen der Deutschen Telekom übernommen hat.

„Total lokal und weltoffen“ lautet der Claim des Senders. Diese Aussage könne man, so Michael Kittner, Stationsleiter beim Hamburger Lokalradio, sowohl auf die vielfältigen Inhalte als auch auf die zahlreichen internationalen Verbreitungswege beziehen. Bei den Kurzwellensendungen konzentriert man sich auf hochwertige Wortprogramme und musikalische Raritäten, die gewöhnlich nur bei den öffentlich-rechtlichen Sendern laufen: Gespräche mit Prominenten aus Kultur und Showbusiness, Diskussionen über Literatur und Lesungen (etwa aus dem Briefwechsel von Hermann Hesse und Thomas Mann) sowie musikalische Specials. Daneben kooperiert der Sender mit Partnern aus Wissenschaft und Kulturvermittlung, z.B. der Helmholtz-Gemeinschaft und der Körber-Stiftung, die Inhalte beisteuern.

Im Dezember 2009 begann das Hamburger Lokalradio mit täglichen Ausstrahlungen über einen leistungsschwachen Sender, der früher von einer Polizeifunkstelle in Nordrhein-Westfalen eingesetzt wurde, mittlerweile aber privat und nichtkommerziell genutzt werden darf. Mehrere Hundert Funkamateure und Radiofans konnten das Kulturprogramm aus Hamburg auf diese Weise kennenlernen und meldeten ihre Empfangsergebnisse an die Gestalter der Sendungen. „Es ist erstaunlich, wie viele Leute immer noch Kurzwelle hören,“ kommentiert ein zufriedener Michael Kittner das Feedback.

Silke Frackstein (Hamburger Lokalradio) interviewt zwei Gäste vom Hamburger Hafen auf Plattdüütsch **Foto: HLR**

Schülerradio aus dem Sauerland

Rückmeldungen der Hörer stellen auch für die Radio-AG der Realschule in Sundern (NRW) eine beachtliche Motivationsquelle dar. Wenn eine Produktion von „Radio Rasant“ im Rahmen des Bürgerfunks bei Radio Sauerland auf UKW läuft, meldet sich normalerweise niemand. Trudelt aber nach einer Sendung auf Kurzwelle Hörerpost aus dem Ausland ein, beflügelt dies die Arbeit der rund zehnköpfigen Hörfunkgruppe immens.

Für den Einstieg in die internationalen Aktivitäten sorgten 2001 die geplanten Inhalte, wie sich der verantwortliche Lehrer Reinhard Marx erinnert: „Es gab seinerzeit große Bestrebungen seitens der AG-Mitglieder, auch Themen, die geographisch weiter entfernt waren, in die Sendungen aufzunehmen. Das wollte der Lokalfunk aber nicht ausstrahlen. Somit habe ich mich auf die Suche nach alternativen Möglichkeiten gemacht.“ Fündig wurde Marx beim Sendedienstleister Nexus aus Mailand, der mehrere Kleinprogramme zusammenfasst und über eine Anlage in der Slowakei ausstrahlt. Auf diese Weise gingen in acht Jahren rund 40 Programme in den Äther. In manchen Jahren liefen mehr Sendungen über Kurzwelle als über den nahe gelegenen UKW-Sender.

Das Radioteam behandelt Themenfelder wie Literatur, Sport und Fragestellungen, welche die Zukunft der Jugendlichen betreffen (Klimawandel, Wasserversorgung, das Abfischen der Weltmeere, globale Infektionen). Seit 2003 berichtet Radio Rasant intensiv über den Astrid-Lindgren-Gedächtnispreis für Kinder- und Jugendliteratur, der in Schweden verliehen wird. Die ausgezeichneten Bücher werden in den Programmen vorgestellt, und bereits mehrfach konnten die jungen Radiomacher die Preisträger interviewen. 2004 und 2006 war die Schülergruppe auf Einladung des schwedischen Kulturrats in Stockholm und wurde in das offizielle Programm eingebunden.

Gegenwärtig entsteht eine zweistündige Reportagesendung über das Problem der weltweiten Versorgung mit Trinkwasser. Die Radio-AG aus Sundern ist eingebunden in ein Projekt, das gemeinsam mit ausländischen Partnerschulen verwirklicht wird. Während Schüler aus Afrika etwa über das Leben in Gegenden, in denen Wassermangel herrscht, berichten, konzentrieren sich die deutschen und europäischen Schüler beispielsweise auf die technischen Lösungen zur Trinkwassergewinnung. Alle Beiträge werden über das Internet ausgetauscht und von den beteiligten Radiogruppen für ihre eigenen Sendungen verwendet. An diesem Projekt lässt sich ablesen, dass die Arbeit der Schüler-AG eine breite Palette von Fähigkeiten vermittelt, die vom Gebrauch elektronischer Medien bis zu interkultureller Kompetenz reicht.

Lyrik-Blog on air

Die gleichen Sendeanlagen wie Radio Rasant nutzt auch ein Low-Budget-Projekt, das auf der südenglischen Isle of Wight ansässig ist. Es trägt den Namen „39 Dover Street“, der sich von der Adresse seines Initiators Stephen John Jones ableitet. Der kunstbegeisterte Engländer hat über das Internet Lyriker und Jazzmusiker aus aller Welt eingeladen, kurze Aufzeichnungen ihrer Werke bzw. Stücke einzusenden. Jones stellt aus diesem Material mit einfachstem Equipment am heimischen Schreibtisch eine wöchentliche Viertelstundensendung zusammen – mal mit den Gedichten eines Lyrikers aus Südafrika, der sich mit dem Zusammenleben von Schwarzen und Weißen beschäftigt, mal mit Wortkunst der Sami aus Lappland, mal mit kurzen Mitschnitten eines Clubkonzerts in Chicago. „Die meisten Künstler fertigen die Aufnahmen speziell für meine Sendung an, entweder bei sich zu Hause oder wenn sie auf einer Lesereise sind.“

„39 Dover Street“ ist eine Art Audio-Blog, der es ins Radio geschafft hat und dort auf ein spezielles Nischen-Publikum trifft. Gerade weil die Kurzwelle kein Massenpublikum anzieht, stellen ambitionierte Inhalte aus Kunst und Kultur dort kein Ausschalkriterium dar. Das „Auslaufmodell Kurzwelle“ ist für die Macher solcher Inhalte – gerade für Semi-Professionelle und Kulturschaffende, die sich ausprobieren wollen – eher eine Möglichkeit, Hörer zu erreichen, die gezielt einschalten müssen.

Der Verfasser ist freier Journalist ■

Immer für eine Skandalisierung gut

Zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk • Von Gabriele Schulz

Ende Januar stellte die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (kurz: KEF) ihren 17. Bericht vor. Dieses ist an sich nichts Ungewöhnliches, ist sie dazu doch alle zwei Jahre verpflichtet. Nicht geprüft werden musste, ob eine Gebührenerhöhung erforderlich ist, damit ARD und ZDF ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen können. An sich also kein Grund zur Aufregung. Weit gefehlt, wer dieses meint.

Die Bild-Zeitung titelte nach Erscheinen des KEF-Berichtes „So werden unsere TV-Gebühren verpulvert“ und ereiferte sich über den Minutenpreis der Sendung Anne Will, die Kosten für Online-Portale sowie die Pensionszahlungen. Appelliert wird an den Instinkt mit der Botschaft: die öffentlich-rechtlichen schwimmen im Geld und werfen es aus dem Fenster heraus.

Nicht ganz so primitiv wie in der Bildzeitung – die Lesergruppe ist schließlich eine andere – überschreibt Michael Hanfeld am 05.02.2010 seinen Beitrag in der FAZ. Nach der Überschrift „Wo Milch und Honig fließen“ ist zu lesen: „Die Finanzkommission „Kef“ prüft die Geldströme von ARD und ZDF. Die jüngste Abrechnung ist nur für Abgebrühte kein Skandal: Milliarden fließen, im Internet gibt es kein Halten mehr.“

Der Duktus des nachfolgenden Beitrags ist dann nicht mehr ganz so reißerisch wie der Vorspann, dennoch auch hier ist die Botschaft klar. Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt es im Internet kein Halten, er ist finanziell bestens ausgestattet und erfüllt noch nicht einmal das Minimum an Stellenabbau. Bedauert wird von Hanfeld, dass es erstaunlich sei, „wie wenig die Finanzprüfer zu monieren haben“.

Was steht eigentlich hinter dieser – auch bei einer seriösen Zeitung wie der FAZ – so skandalisierenden Berichterstattung?

Kampfplatz Internet

Festzuhalten ist, der Kampf um das Internet geht in eine weitere Runde. Im Jahr 2008 lieferten sich die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die Zeitungs- sowie Zeitschriftenverleger sowie der VPRT (Verband privater Rundfunk und Telemedien) eine erbitterte Auseinandersetzung um den 12. Rundfunkstaatsvertrag. Dieser war nach dem Beihilfekompromiss zwischen der EU-Kommission und Bundesrepublik Deutschland erforderlich geworden. Anlass für die Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der Bundesrepublik Deutschland war die Beschwerde des VPRT bei der EU-Kommission, inwieweit der öffentlich-rechtliche Rundfunk Gebührenmittel zur Finanzierung von online-Angeboten verwenden dürfe. Aus Sicht des VPRT handelt es sich dabei um eine zulässige Beihilfe. Im Beihilfekompromiss wurde dieses zurückgewiesen und zugleich festgelegt, dass der Auftrag der Telemedienangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom Gesetzgeber klarer gefasst wird. Letzteres war Gegenstand der Verhandlungen um den 12. Rundfunkstaatsvertrag, in dem nunmehr in den §§ 11a bis 11f die Telemedienangebote beschrieben werden.

Fest steht: Der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erstreckt sich auch auf das Internet. Sendungsbezogene Inhalte können bis zu sieben Tage nach Ausstrahlung der Sendung im Internet präsentiert werden, ohne dass hierfür ein Telemedienkonzept vorgelegt werden muss. In Telemedienkonzepten können die Rundfunkanstalten darlegen, welche Inhalte sie auch über die Frist von sieben Tagen hinaus dauerhafter im Internet zugänglich machen wollen. Dabei müssen sie zum einen darlegen, worin der publizistische Mehrwert besteht, welche privatwirtschaftlichen Angebote es gibt, denen Konkurrenz gemacht werden könnte und zum anderen müssen sie den finanziellen Aufwand aufführen. Geprüft werden die Telemedienkonzepte von den Rundfunkräten, die jeweils eigene Gutachten in Auftrag geben können.

An sich wurde das Terrain abgesteckt, auf dem beide leben können sollten. De facto wurde mit dem rechtlichen Rahmen nur der Kampfplatz markiert, auf dem sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die privatwirtschaftlichen Print- und Rundfunkanbieter nun miteinander verbal messen. Denn leider dreht sich die Debatte zumeist nicht um die Qualität der Angebote, sondern darum ob ein bestimmtes Angebot durch den 12. Rundfunkstaatsvertrag abgedeckt ist und gegebenenfalls das Telemedienkonzept ausreichend ist.

Für beide (öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Printmedien) ist die Präsenz im Internet unabdingbar, wollen sie zukunftsfähig bleiben. Jüngere Generationen nutzen stärker das Internet als die traditionellen Medien. Von den traditionellen Medien ist es am ehesten noch das Fernsehen, das sich behaupten kann. Der wesentliche nicht wegzudiskutierende Unterschied ist, dass

Cover des 17. KEF-Berichtes

die privatwirtschaftliche Presse die Entwicklung ihrer Internetangebote selbst finanzieren muss. Und dies vor dem Hintergrund sinkender Erlöse aus Anzeigen sowie Werbung. Viele Zeitungen haben darauf mit einem Abbau an Personal reagiert. – Dieses im Hinterkopf lesen sich die Ausführungen in den Printmedien über den von der KEF gerügten mangelnden Stellenabbau bei der ARD in einem anderen Licht. – Dennoch auch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten können nicht, wie suggeriert wird, aus dem Vollen schöpfen. Eine Entscheidung für ein bestimmtes Angebot ist zumeist auch eine Entscheidung gegen ein anderes.

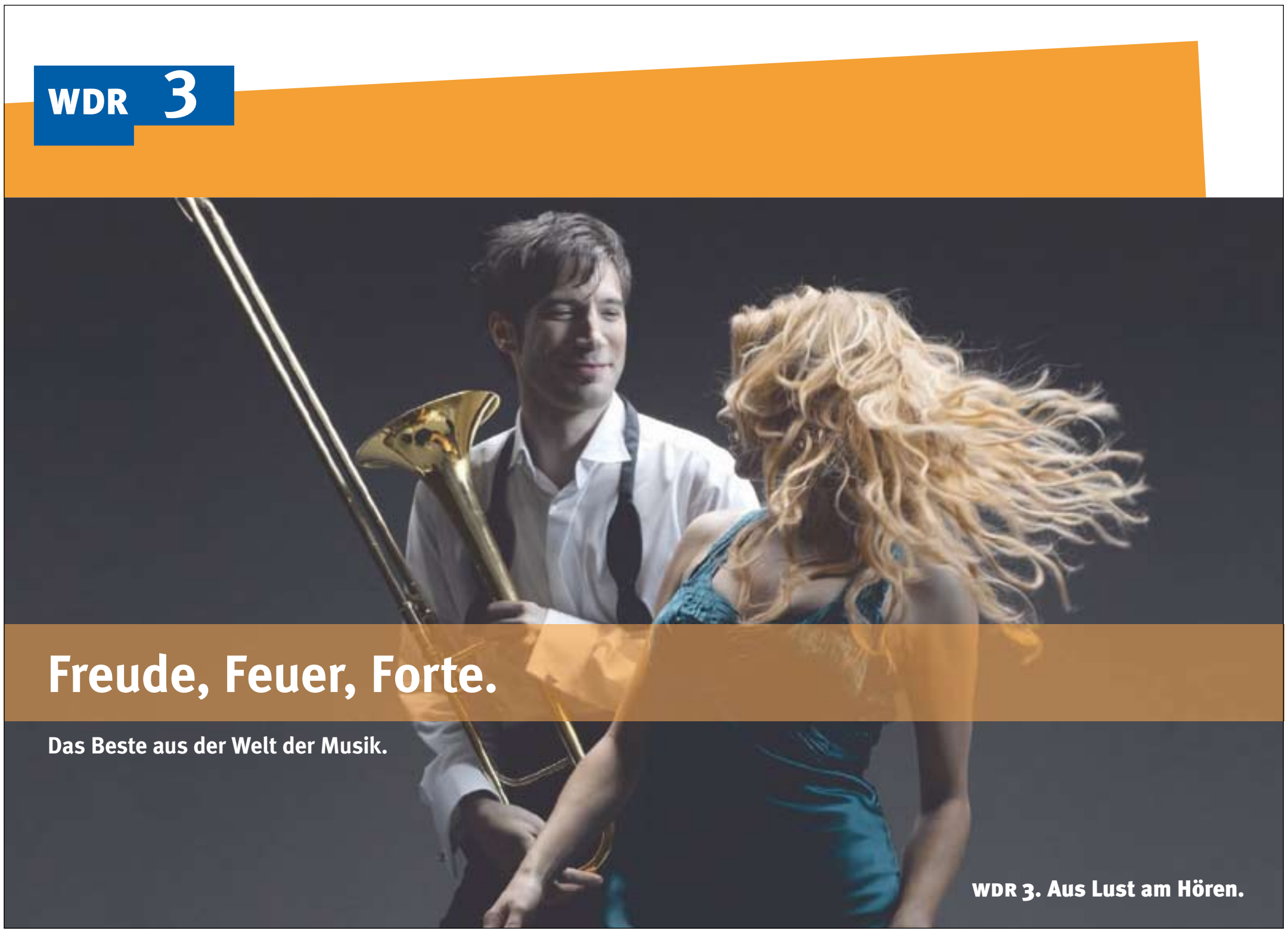
Präsenz gegen Flüchtigkeit

In der Konkurrenzsituation zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk hatten die Printverlage der analogen Welt einen Vorteil, ihre Produkte waren dauerhaft dem Kunden zugänglich. Eine auf Papier gedruckte Zeitung kann auch noch morgen, übermorgen, in drei Wochen, Jahren oder Jahrzehnten gelesen werden. Wer an einem Tag nicht dazu kam, seine Zeitung zu lesen, konnte es am anderen nachholen. Demgegenüber ist der Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) ein flüchtiges Medium. Versendet ist versendet. Wer eine Sendung verpasst hat, hat Pech gehabt.

Durch das Internet werden beide gleichzeitig dauerhaft und flüchtig. Dauerhaft, weil Beiträge über einen längeren Zeitraum gelesen, gehört oder gesehen werden können. Wer die Tagesschau verpasst hat, kann sie im Internet zeitversetzt betrachtet. Zeitungsbeiträge können einmal eingestellt, über einen längeren Zeitraum nachgelesen, wenn das Printprodukt längst schon zum Trocknen der Schuhe herhalten musste. Flüchtig sind beide, weil das Internet in viel größerem Maße als es bei einer regelmäßig erscheinenden Tages- oder Wochenzeitung der Fall ist auf Schnelligkeit angewiesen. Eine Website, die nicht stetig neue Inhalte bietet, und seien es die alten nur in etwas anderer Form, wird nicht abgerufen.

Das sind grundlegende Veränderungen, die den Journalismus betreffen und zwar ganz unabhängig davon, ob es sich um Printjournalismus oder den des öffentlich-rechtlichen Rundfunks handelt. Hierüber sich Gedanken zu machen und für Qualität einzutreten, ist des Schweißes der Edlen wert. Erfreulich ist, dass einige Zeitungen diese Diskussion zwischenzeitlich aufgenommen haben.

Weiter auf Seite 10



Fortsetzung von Seite 9

Immer für eine Skandalisierung gut!

Schade, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk vergleichsweise wenig seine journalistische Arbeit reflektiert.

Schadenfreude über Stellenabbau?

Eines der wesentlichen Monita des immerhin 329 Seiten umfassen KEF-Bericht ist die Kritik am mangelnden Stellenabbau bei der ARD. Die ARD muss Einsparungen im Umfang von 50 Mio. Euro, das entspricht rd. 300 Stellen vornehmen. Moniert wird, dass sie in der Vorbereitung des 17. KEF-Berichts noch keine genauen Aussagen darüber gemacht hat, wo diese Stellen eingespart werden sollen. Die KEF macht daher konkrete Vorschläge wie den vermehrten Abschluss von befristeten Arbeitsverträgen, den Ausbau an Selbstfahrerstudios, um Personal einzusparen. Lobend erwähnt wird, dass das ZDF bereits über eine Senkung der Vergütungen bei den Honoraren nachdenkt.

Das ist doch eine verkehrte Welt, da werden Millionen Euro in die Hand genommen, in Konjunkturpakete I und II gesteckt, um Arbeitsplätze zu sichern und eben nicht abzubauen. Da liefern sich die Länder Wettrennen, wer denn die Nase vorn hat beim Ausbau als Medienstandort und dann wird als wesentliche Empfehlung von der KEF ausgesprochen, Personal abzubauen. Kopfschütteln bleibt übrig.

Gerade die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten übernehmen wichtige Funktionen in der Ausbildung junger Menschen, sie bieten – bislang vergleichsweise sichere – Arbeitsplätze für Arbeitnehmer mit ganz unterschiedlichen Qualifikationen. In der Studie „Der WDR als Kulturakteur“ haben Schulz, Ernst, Zimmermann am Beispiel des WDR gezeigt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein wichtiger Arbeitgeber ist und dank einer Vielzahl von personalwirtschaftlichen Maßnahmen der bereits seit vielen Jahren bestehende Abbau an Planstellen sozialverträglich erfolgt bzw. die Zahl der Mitarbeiter sich nur wenig verändert hat.

Es erstaunt schon, wenn Beamte aus Landesrechnungshöfen mit einer lebenslangen Versorgung Empfehlungen zum Stellenabbau abgeben. Und es ist schade, dass Printjournalisten dieses auch noch goutieren an Stelle zu hinterfragen, ob Stellenabbau ein Wert an sich ist.

Kulturwirtschaftliche Wirkungen

Wenn in die Betrachtung zusätzlich einbezogen wird, dass das ZDF dafür gelobt wird, dass es für freie Mitarbeiter „Honorarabflachungen“ erreichen wolle, im Klartext Honorarkürzungen wird eigentlich klar, dass die Binnenbetrachtung der KEF mit Blick auf die kulturwirtschaftliche Bedeutung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unzureichend ist. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist in starkem Maße mit der Kulturwirtschaft verflochten. Sei es durch die Vergabe von Aufträgen an kulturwirtschaftliche Akteure, sei es durch die Nutzung kultureller Leistungen, sei es durch die Verbreitung von Kunst und Kultur in seiner ganzen Breite.

Der Kulturbereich muss daher bei aller erforderlichen Kritik an Fehlentwicklungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein massives Interesse nicht nur am Erhalt, sondern an der Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben. Oder möchte jemand statt „Heimatkult“ oder 1LIVE-Krone nur noch „Deutschland sucht den Superstar“ oder „Popstars“ haben. Soll der „Tatort“ gegen noch mehr „CSI-Miami“, „Navy CIS“ und anderes eingetauscht werden. Die Doku-Soap „Die Farm“ oder „Die Ausreißer – der Weg zurück“ gegen die Dokumenten bei „die story“ oder 37 Grad, um einige prägnante Beispiele aus dem Fernsehen zu nehmen.

Die auskömmliche Ausstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Gebühren ist eine wichtige Zukunftsaufgabe angesichts veränderter Mediennutzung. Der verantwortungsvolle Umgang mit den Ressourcen und die angemessene Vergütung der Künstler und Kreativen, auf die der öffentlich-rechtliche Rundfunk angewiesen ist, ist die Kehrseite der Medaille der Gebührenfinanzierung.

Der KEF-Bericht liefert auf seinen 329 Seiten leider allzu wenig für die dringend anstehenden medienpolitischen Diskussionen, die auf der Grundlage von Fakten und weniger von Emotionen stattfinden sollten.

Die Verfasserin ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

WDR als Kulturakteur

Eine Studie des Deutschen Kulturrates im Auftrag des Westdeutschen Rundfunks • Von Ernst Elitz

Die Geschichte der Medien ist eine Geschichte der Medienkritik. Kaum hatte der Rundfunk das Licht der Welt erblickt, musste er mit dem Vorwurf leben, statt Kultur nur noch Massenware zu produzieren. „Warum nimmt man sich für die Abendunterhaltungen die dürftigsten Bockbierfeste zum Vorbild? Warum verwendet man für die Konzerte eine Bums-Musik, die selbst abgehärtete Sterndampfer zum Kentern brächte? Warum lässt man neckische Rezitatorinnen ihren Altweibersommer austoben? Weil das dem Publikum gefällt?“, ereiferte sich ein Medienkritiker in Carl von Ossietzkys „Weltbühne“. Das war 1932, und dennoch klingt es, als hätte der Autor gestern Abend die schwere Dosis von zwei Karnevalsübertragungen samt Musikantenstadl und Florian Silbereisen zu sich genommen. Mehr als ein Dreivierteljahrhundert ist vergangen, aber die Fragen, die an Radio und Fernsehen gestellt werden, sind immer noch die gleichen.

Heute sind es nicht nur Fragen des um das Gute, Wahre und Schöne besorgten Feuilletons, es sind Fragen nach der Legitimation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seiner Abgrenzung gegenüber den kommerziellen Mitbewerbern. Die Gebührenfinanzierung ist kein Automatismus mehr, sie muss vor dem Gesetzgeber und der Öffentlichkeit immer von Neuem gerechtfertigt werden. So waren der Wunsch nach einer unabhängigen Bewertung ihrer kulturellen Leistungen und damit eine entsprechende Absicherung für die öffentliche Argumentation das Motiv für die finanzstärkste Landesrundfunkanstalt, beim Deutschen Kulturrat eine Analyse über die Leistungen des „WDR als Kulturakteur“ in Auftrag zu geben. Die dabei entstandene Arbeit ist in doppelter Hinsicht bemerkenswert: Sie belegt, in welch starkem Maße der öffentlich-rechtliche Rundfunk gegen alle umlaufenden Vorurteile Kultur produziert und Kultur über das eigene Programmangebot hinaus fördert und finanziert. Und die Studie macht deutlich, dass die gute Tat allein keine hinreichende Absicherung auf dem medienpolitischen- und medienökonomischen Schlachtfeld ist.

Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages, hatte bereits vor drei Jahren eine regelmäßige Evaluation zur Erfüllung des Kulturauftrags durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk angeregt. Diese Evaluation sollte „wirkungsvoll durch eine externe Institution durchgeführt werden“ (Kulturenquete 2007, Drucksache 16/7000). Zudem sehen die Rundfunkstaatsverträge seit 2004 im Zweijahres-Rhythmus die Abgabe und Überprüfung programmlicher Selbstverpflichtungen der Rundfunkanstalten vor. Empfänger dieser durch die Aufsichtsgremien zu beschließenden Dokumente sind Staatskanzleien und Parlamente. Auch für die Erarbeitung dieser Selbstverpflichtungen und ihrer Evaluation wurde den Anstalten die Heranziehung externer Gutachter empfohlen. (Elitz/Stammler: Programmliche Selbstverpflichtungen und Medienqualität. Institut für Rundfunkökonomie an der Universität zu Köln, 2006). Mit der Beauftragung des Deutschen Kulturrates ist der WDR als erste Rundfunkanstalt solchen Empfehlungen gefolgt. Das Ergebnis der vorliegenden auf den Kulturbereich konzentrierten Studie spricht dafür, dass auch andere Rundfunkanstalten diesem Beispiel folgen, denn eine kritische Analyse, verfasst von unabhängigen Gutachtern, hat einen höheren Glaubwürdigkeitswert als eine von den eigenen Gremien zertifizierte Selbstbeweihräucherung

Ein Lob also für den WDR und für die Autoren der Studie. Der WDR, der über ca. 1,4 Milliarden € Gebühreneinnahmen verfügt und als Einländeranstalt keine Doppel- oder Dreifach-Strukturen unterhalten muss, kann neben den in NRW zu empfangenden Informations- und Kulturprogrammen des Deutschlandradios zwei eigene regionale Hörfunk-Kulturprogramme finanzieren (WDR 3 stärker musik-, WDR 5 stärker wortorientiert); er setzt in 1live programmliche Akzente der Jugendkultur und Jugendmusik und veranstaltet mit dem Funkhaus Europa ein spezifisches Multikultur-Programm. Der Radiohörer in Nordrhein-Westfalen kommt also in den Genuss eines luxuriösen Rundum-Kulturpakets.

Nach penibler Durchsicht der Wirtschaftspläne über einen 15-Jahreszeitraum können die Gutachter belegen, dass beim WDR die häufig beklagte Umschichtung von Etat-Mitteln aus den Kultur- zu Massen- und Trivial-Angeboten nicht stattgefunden hat.

Angesichts der auch von der Politik (nicht in NRW) angezettelten Debatten über eine Reduktion der Rundfunk-Klangkörper unterhält der WDR nach wie vor zwei Orchester, einen Chor und eine Big Band. Er hat sich mit 1live ein Format geschaffen, das jungen Musikgruppen jenseits des Mainstreams und ohne Plattenvertrag Auftrittsmöglichkeiten bietet, und er ist nach wie vor der stärkste Hörspielproduzent im ARD-Verbund.

Tag der offenen Tür im WDR Funkhaus Düsseldorf **© WDR/ Herbie Sachs**

So beeindruckend diese Leistungen sind und so sehr man sie anderen Landesrundfunkanstalten als Vorbild ans Herz legen möchte, so deutlich werden bei dieser Betrachtung die Nachteile des Systems ARD. Was die eine Landesrundfunkanstalt aufgrund ihres Bevölkerungsschnitts und der damit verbundenen hohen Gebühreneinnahmen für ihre Hörer und für die Kulturwirtschaft des Landes leisten kann, bleibt anderen Sendern aufgrund eines unzulänglichen Gebührenausgleichs verwehrt. Damit wirft die Leistung des WDR zugleich ein Schlaglicht auf strategisch notwendige Reformen innerhalb des ARD-Verbunds. Für einen gleich hohen Gebührenanteil darf der Bürger unabhängig vom Bundesland ein gleichwertiges Programmangebot erwarten. Er bekommt es nicht. Das spricht für eine neues internes Finanzsystem zwischen den Sendern. Solchen strategischen Überlegungen widmet sich die vorliegende Studie nicht. Sie hätten jenseits des klar umrissenen Auftrages zweifellos auch den Unmut des Auftraggebers geweckt, denn ein Großteil einer solchen Umverteilungssolidarität müsste vom WDR aufgebracht werden.

Was ist Kultur? Was ist Qualität?

Über den aktuellen Untersuchungszweck hinaus dürfte der von der Medienforschung des WDR für die Programmanalyse verwandte „dreistufige Kulturbegriff“ auch für künftige Arbeiten von Bedeutung sein. Dass die streng bildungsbürgerlich gesteuerte Scheidung in E- und U-Kultur angesichts der vielfältigen Wechselwirkungen zwischen diesen immer schwerer abzugrenzenden Äußerungsformen obsolet ist, gilt inzwischen ebenso als Gemeinplatz wie das Lamento über die Hochstapelei bei der wahllosen Aneignung des Kulturbegriffs – von der Gewalt- bis zur Sadomaso-Kultur. Der hier für die Programmanalyse genutzte Kulturbegriff kennt drei Kategorien:

1. Ein „enger“ Kulturbegriff, der sich an der traditionellen E-Kultur orientiert, etwa Theater, Literatur, Film, Konzerthaus-Musik, Jazz, Kabarett;
2. ein „mittlerer“ Kulturbegriff, der neben der Alltags- und Regionalkultur Themen der Wissenschaft, der Weltanschauung und der Geschichte umfasst. Und
3. ein „weiterer“ Kulturbegriff, der diverse fiktionale Formen, Pop, Karneval und Comedy in seine Obhut nimmt.

Das provoziert die Frage: „Und was ist dann nicht Kultur?“ Die Demokratisierung des Kulturbegriffs lässt wenig Ausschlusskriterien zu. Folgerichtig lässt sich das Alleinstellungsmerkmal des öffentlich-rechtlichen Rundfunks überzeugend nur durch eine über die vorliegende Kategorisierung hinausgehende Qualitätsbewertung belegen. So wie sich eine gute Pointe von einem abgedroschenen Witz abhebt, lässt sich eine schludrig produzierte Serie von einer handwerklich gelungenen Produktion unterscheiden, und diese wiederum von einer künstlerischen Höchstleistung mit überraschend neuen dramaturgischen Annäherungsformen an ein Thema.

Unbenommen von diesen in der Studie nicht zu leistenden Qualitätsbewertungen werden beim WDR-Hörfunk 21 Prozent der Programmzeit dem engen, 12 Prozent dem mittleren und 39 Prozent einem weiteren Kulturbegriff zugerechnet. Beim WDR-Fernsehen (Drittes Programm) werden 9 Prozent der Sendezeit unter dem „engen“, 15 unter dem „mittleren“ und 16 Prozent unter dem „weiteren“ Kulturbegriff rubrifiziert. Dass sich unter den restlichen 60-Prozent vornehmlich Informationssendungen unterschiedlicher Thematik und Machart befinden, macht das Programm insgesamt nicht schlechter, legt aber nahe, als Grundlage für Qualitätsuntersuchungen im nonfiktionalen Bereich vergleichbare Raster wie in der Kultur zu entwickeln. Sie sind nutzbringend für jede weitere Arbeit.

Dass Qualitätskriterien nicht – wie gern ins Feld geführt wird – allein subjektiven Bewertungen unterliegen, wird beim WDR durch seine Fernseh- und seine Beteiligung an Filmproduktionen eindrucksvoll belegt. Die Studie des Kulturrats verweist auf herausragende und vielfach ausgezeichnete Stücke wie das „Todesspiel“ (Schleyer-Entführung), „Die Manns“, „Die Buddenbrooks“, „Contergan“ und auf Kinokoproduktionen wie „Das Leben der Anderen“ oder „Der

Weiter auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

Baader-Meinhof-Komplex“. Solche Höchstleistungen können nur in einem System entstehen, dass neben finanzieller Leistungskraft auch in der Lage ist, kreative Energie freizusetzen und zu fördern. Insoweit dürften auch Einschätzungen wie die des Regisseurs und Drehbuchautors Michael Meert, dass es beim WDR einen Mangel an gesellschaftlich engagierten Filmen mit künstlerischem Anspruch gebe, zu relativieren sein.

Es spricht für die Verfasser der Studie, dass sie den eigenen Erkenntnissen und Bewertungen ausführliche Gespräche mit Künstlern und Kulturvermittlern zur Seite stellen. Als langjährige Partner der Landesrundfunkanstalt können sie das Bild vom „Kulturakteur“ WDR ergänzen und auf Probleme hinweisen, die von grundsätzlicher kulturpolitischer Bedeutung sind. Während die Studie unterstützt vom Vertreter der IHK Köln auf die enorme kulturwirtschaftliche Bedeutung des Senders (4.500 festangestellte, nahezu 2.000 arbeitnehmerähnliche Mitarbeiter, 18.000 freie) hinweist, der im ganzen Land als Auftraggeber sowohl im technischen wie im künstlerischen Bereich auftritt, führen Autoren Klage, dass die Ungewissheit über die Auftragsvergabe und die erwarteten Vorleistungen ihre ökonomische Situation weiter verschlechtern. Auch ein öffentlich-rechtlicher Sender kann keine Abnahmegarantie bieten. Über eine ökonomische Ausstattung, um dauerhaft langfristige Projekte und Piloten zu entwickeln, verfügen nur noch besonders erfolgreiche und in allen Genres tätige kommerzielle Unternehmen, etwa im Umfeld der Ufa. Diesen Spielraum kann selbst eine so finanzstarke Rundfunkanstalt wie der WDR nicht schaffen.

Dankeswert ist, dass der Kulturrat sich bei der Bewertung der freien Mitarbeit klar von der Forderung der Bundestags-Enquete-Kommission absetzt, anstelle einer freien Tätigkeit die Zahl der Festanstellungen zu erhöhen. Eine solche Empfehlung ist bei der Finanzlage der Rundfunkanstalten vollkommen unrealistisch, aber mehr noch sprechen inhaltliche Argumente dagegen. In der Studie wird die flexible kreative Leistung der freien Mitarbeiter gewürdigt. Die Honorierung beim WDR wird als finanziell angemessen beurteilt.

Besonderes Augenmerk richtet die Studie auf das Modell der „Kulturpartnerschaft“, die der Sender mit Kulturinstitutionen des Landes eingeht. Der ursprünglichen Befürchtung, der WDR wolle sich durch Zusicherung einer Berichterstattung, lediglich eine dominierende Stellung für seine PR-Auftritte in der Region verschaffen, tritt der Sender durch ergänzende Initiativen wie Netzwerktreffen zum Informationsaustausch und durch die Gründung eines Vereins zur Sponsoren-Ansprache entgegen. Eine Berichterstattung über kulturelle Ereignisse kann nur aufgrund redaktioneller journalistischer Erwägungen erfolgen; sie darf nicht von einer vertraglich verabredeten Kulturpartnerschaft abhängig sein. Da die Studie die Übernahme dieses Netzwerk-Modells auch den anderen Rundfunkanstalten empfiehlt, sollte nachdrücklich auf die damit verbundenen Versuchungen hingewiesen werden. Ein Geschäftszweig „Berichterstattung gegen vertragliche Bindung und PR-Auftritt des Senders vor Ort“ widerspräche dem Gebot der beidseitigen Unabhängigkeit von Kultur und Journalismus.

„Medienkoloss WDR überempfindlich?“, „Besser als sein Ruf“ – so überschreiben die Autoren zwei Absätze ihres Schlusskapitels. Damit sprechen sie Mentalitätsfragen an, die über den untersuchten Sender hinaus exemplarisch für die ARD sind. Es fehlt häufig an einem entspannten Verhältnis zur eigenen Leistung. Die öffentlich erhobenen Vorwürfe über eine Verletzung des Grundversorgungsauftrags und eine Anpassung an die kommerziellen Anbieter, haben weniger zu einer Öffnung gegenüber den Kritikern, sondern oft zu einer Abkapselung geführt, die letztlich Ausdruck von Unsicherheit ist. In dieser Abwehrhaltung verfangen sich die besten Argumente. „Erstaunlicherweise erweist sich der Sender der Superlative, der Medienkoloss WDR, immer wieder als äußerst empfindlich. Auf Kritik wird teilweise scharf reagiert. Es kann nicht sein, dass der WDR nicht der Beste ist.“ So beschreiben die Autoren der Studie eine Stimmungslage, die es dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht leicht macht, seine Position offensiv und argumentativ zu vertreten. Sein Ingroup-Denken führt zwangsläufig zu taktischen Missgeschicken, wie die Ankündigung von Tagesschau-Apps genau zu dem Zeitpunkt, an dem die Verleger entsprechende Bezahlmodelle entwickeln. Unternehmen, die sich abschotten, verlieren die Sensibilität gegenüber dem Wettbewerber. Insoweit empfiehlt die Studie entspanntes Selbstbewusstsein anstatt verspannter Selbstgerechtigkeit.

Die auf den WDR gemünzten Schlusssätze haben Geltung für den gesamten Senderverbund: „Der WDR muss ein normales Verhältnis zu seiner Stärke entwickeln, dann braucht er keine Überheblichkeit und kann als Sender der Superlative selbstbewusst seine kulturellen Leistungen zeigen.“ Dass er Anlass dazu hat, beweist diese Studie. Aber dass die Autoren als Auftragnehmer in so ungewohnter Deutlichkeit sprechen, weist auf einige schmerzhafte Erfahrungen hin, vor denen sie andere bewahren möchten. Ihr guter Rat an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk lautet: Kritikern souverän zu begegnen und nicht abwehrend und kleinkariert, selbstbewusst, aber nicht selbstgerecht.

Der Verfasser war von 1994 bis 2009 Gründungsintendant des Deutschlandradios. Er lehrt an der Freien Universität Berlin Kultur- und Medienmanagement. ■

Der Wiederaufbau des Berliner Schlosses

Zur Diskussion um die Gestaltung der Berliner Mitte • Von Wilhelm von Boddien

„Wer im Herzen der Stadt die trostlose Ödnis des Schlossplatzes erlebt, der muss sich sagen, dass es nicht reicht, einen Neubau des Schlosses bloß zu beschließen.“ (*Bundespräsident Johannes Rau in seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerwürde Berlins an ihn, 2004.)*

„Wenn der Deutsche Bundestag etwas beschließt, dann meint er es ernst damit.“ *(Wolfgang Thierse, Präsident des Deutschen Bundestages, zur andauernden Debatte über den Wiederaufbau des Schlosses und des Abrisses des Palastes der Republik am 25. März 2004)*

Fassade des Berliner Stadtschlosses vom Lustgarten aus **© Förderverein Berliner Schloss e.V./Foto: Wilhelm von Boddien**

Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wird der Wiederaufbau des Berliner Schlosses als Humboldtforum bekräftigt. Der Baubeginn wurde schon von der Großen Koalition auf den Winter 2010/11 festgelegt. Seit der Wiedervereinigung tobte in der Stadt darüber eine Debatte. Sie war Ausdruck des längsten und heftigsten Architekturstreits in der deutschen Nachkriegsgeschichte überhaupt, kontrovers, gefühlsbeladen, mit harten Bandagen in allen Medien geführt. Es war eine Auseinandersetzung zwischen Anhängern des historischen Berlin, Anhängern der DDR-Geschichte am Beispiel des für den sozialistischen Staat identitätsstiftenden Palasts der Republik und den orthodoxen Verfechtern der architektonischen Moderne. Rational war diese Debatte nicht zu erklären, sie zeigte Emotionalität pur, wohl, weil man Begriffe wie Schönheit und Identität nicht sachlich begründen kann, sie sind nur eine Dachmarke für äußerst unterschiedliche, jeweils persönlich und daher subjektiv gut begründete Einstellungen.

In dieser Debatte waren meine Freunde und ich, also das Schloss-Netzwerk, treibende Kraft. Wir wollten nicht einsehen, dass Berlin, als neue Hauptstadt stellvertretend für Deutschland, dazu verurteilt wurde, für die Verbrechen der Nazidiktatur architektonisch zu büßen, als steingewordener Ablasszettel für die deutsche Schuld. Andere Städte, wie München durften sich schon gleich nach dem Krieg für die weitgehende Wiederherstellung ihres historischen Stadtbilds durch den Wiederaufbau der kriegszerstörten Baudenkmäler entscheiden. In Berlin ist der 2. Weltkrieg erst 1990 mit der Wiedervereinigung der Stadt zu Ende gegangen. Die Stadt hatte die frühe Chance Münchens durch die bis 1990 dauernde Teilung nicht, im Gegenteil. Weil ihm zugleich große Teile des tragenden Bürgertums verloren gegangen waren, wurde Berlin zur Spielwiese der Moderne, zerstörte sich nach dem Krieg weiter und besiegelte mit der Gesichtslosigkeit der Nachkriegsarchitektur nach dem Abriss auch der aufbaufähigen Ruinen den großen Verlust von ursprünglicher architektonischer Identität. An vielen Stellen gleicht Berlin heute einer vom zinssuchenden Kapital übereilt aus dem Boden gestampften Stadt. Deswegen holten wir mit dem Bau der Simulation 1993/94 das Schloss aus der Vergessenheit zurück, machten es zum gleichberechtigten Teil der dadurch beginnenden Schlossdebatte.

Das Berliner Schloss war das Gravitationszentrum der Stadt. Gegründet wurde es 1443 an der Querung eines alten Ost-West Handelswegs über die Spree, als die Zweistadt Berlin und Cölln gerade mal 5000 Einwohner hatte. Mit dem Einzug der Hohenzollerndynastie, die sich Berlin als feste Residenz wählte, begann eine stürmische Entwicklung bis zur Millionen-Metropole des 21. Jahrhunderts. Wie die Jahresringe eines Baums sein Wachstum markieren, entwickelte sich die Stadt um das Schloss herum. So entstand im 18. Jahrhundert eines der kostbarsten Architekturensembles der Kunstgeschichte, die Mitte Berlins. Alle bedeutenden Bauten, die bis heute noch existieren, das Zeughaus, die Humboldt-Universität, die Oper und das Forum Fridericianum bis hin zum Gendarmenmarkt und zur Museumsinsel, bezogen sich auf das Schloss, standen in einem intensiven Dialog mit ihm. So bezeichneten die Kunstgeschichten dieses Ensemble als Gesamtkunstwerk Berlin. Wegen der vielen Säulen gaben die Berliner ihm den Namen „Spreeathen“.

Am Ende des 2. Weltkrieges beherrschte die mächtige Schlossruine weiterhin die Stadt. Sie war besser erhalten, als das ebenfalls zerbombte Schloss Charlottenburg, dem man heute seine Zerstörungen nicht mehr ansieht. Das Berliner Schloss wurde 1950 aus ideologischen Gründen auf Anordnung des Generalsekretärs der SED, Walter Ulbricht, vernichtet. Es galt als Sinnbild des untergegangenen Preußen. An seiner Stelle wollte die junge DDR mit machtvollen Demonstrationen auf dem durch die Beseitigung des Schlosses eigens dafür geschaffenen Aufmarschplatzes die großartige Zukunft der sozialistischen Republik beschwören.

Der Aufschrei der Kunsthistoriker anlässlich der Sprengung des Schlosses war heftig: „Sprengt man das Schloss, bricht mit ihm das ganze alte Berlin zusammen“ (Margarete Kühn, Direktorin der Berliner Schlösserverwaltung, 1950) „Was hier geschieht, ist kaltblütiger Mord, man sollte der Stadt einen anderen Namen geben!“ (Walter Stengel, Generaldi-

Weiter auf Seite 12

Zur Diskussion gestellt

Die Berliner Mitte ist ein Ort, der Diskussionen geradezu herausfordert. Sie symbolisiert das vereinte Deutschland. Sie ist Erinnerungsort an Preußen, an den verlorenen Krieg, an die untergegangene DDR. Nach langen öffentlichen Diskussionen hatte der Deutsche Bundestag in der letzten Legislaturperiode die Entscheidung gefällt, den Palast der Republik abzureißen und das alte Berliner Stadtschloss wieder aufzubauen. Es fiel die Entscheidung für die historische Fassade und eine moderne Innengestaltung. Beherbergen soll das Schloss einmal das Humboldt-Forum, in dem die außereuropäische Sammlung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ihren Ort finden soll.

In dieser Ausgabe begründet einer der Promotoren des Wiederaufbaus des Stadtschlosses, *Wilhelm von Boddien*, sein Eintreten für die historische Fassade. Wir laden unsere Leserinnen und Leser zur Diskussion ein.

Die Redaktion ■

Fortsetzung von Seite 11

Der Wiederaufbau des Berliner Schlosses

rektor des Märkischen Museums)

Die DDR-Regierung beeilte sich daraufhin zu erklären, dass die Schlossruine hier im Zentrum der DDR-Hauptstadt die Neuausrichtung behindere, deswegen müsse sie weg, aber man würde bei besserer wirtschaftlicher Lage das Schloss an anderer Stelle neu errichten. So wurde das Berliner Schloss aus politischen Gründen vernichtet: den Beteuerungen folgten natürlich keine Taten.

Erst mit der Wiedervereinigung ging in Berlin der Krieg zu Ende. Endlich konnte offen über das künftige Gesicht der Mitte diskutiert werden Damit galt nun auch für Berlin, was überall im kriegszerstörten Europa längst vollzogen wurde. Die Städte wären arm ohne die Rekonstruktionen. Namen wie Breslau, Dresden, Frankfurt, Hildesheim, Köln, Lübeck, München, Münster, Würzburg, stehen neben Danzig, Kiew, Monte Cassino, Moskau, Mostar, Reims, St. Petersburg, Warschau und Ypern, um nur einige zu nennen. Alle diese Orte gewannen ihre historische Identität zurück, ohne sich der Moderne zu versagen. Nun also auch Berlin. Nicht umsonst beschreibt der Titel einer Fernsehsendung im Juni 2004 die Gefühlslage der meisten Bürger: „Die Sehnsucht nach der verlorenen Stadt."

Die Gemengelage der Schlossdebatte war diffus: Die Gegner des Schlosses machten sich mit politischen, historischen und ästhetischen Argumenten Bahn. Man argumentierte anscheinend rational: Was weg sei, dürfe nicht wiederkommen, die damalige Architekturauffassung habe nichts mit der heutigen Demokratie zu tun, die Monarchie sei abgeschafft, Schloss und Nutzung passten nicht zusammen. Der Wiederaufbau sei rückwärts gewandt, hier entstünde nur ein Fake, ein Disneyland: nur die heutige Architektur diene dem Menschen. Der Palast der Republik sei auch ein Zeugnis wichtiger deutscher Geschichte, ihn abzureißen wäre barbarisch und damit vergleichbar mit der Sprengung des Schlosses durch die DDR.

Alle Schlossgegner bekämpften ausschließlich den Solitär des Schlosses als solchen, als ob es in Mitte kein entstelltes Ensemble gäbe, das unter den Phantomschmerzen dieser wahnsinnigen Amputation leidet, das nach seinem Kristallisationspunkt ruft, das die Rekonstruktion des Schlosses braucht, um selbst rehabilitiert zu werden. Nur die Gestalt des Schlosses gibt den historischen Gebäuden ihre eigentliche Bedeutung zurück, da sie alle auf das Schloss hin ausgerichtet waren.

Am Ende der Debatte entsprach der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit dem Wunsch weiter Kreise der Bevölkerung, die alte Schönheit des Berliner Zentrums wieder herzustellen. Zu gesichtslos war die Stadt an vielen Stellen mit ihren massenhaften Neubauten geworden.

Kann man das Berliner Schloss überhaupt rekonstruieren, wird es nicht zum Disneyland? Mit dem Einsatz modernster Technologien und einem überreichen Material an Schloss-Spolien, Bildern, Fotos und Plänen steht eine authentische Rekonstruktion des Schlossäußeren technisch und künstlerisch außer Frage. Dies wird inzwischen von fast allen Fachleuten anerkannt. Große Teile der bildlichen Skulptur des Schlossäußeren wurden geborgen. Die Rekonstruktionsplanungen und erste Rekonstruktionsarbeiten laufen auf Hochtouren, mit großer Anerkennung für deren Seriosität durch die Fachwelt. Man kann also.

Die Mitte wird ein Erinnerungsort sein. Mit der Rekonstruktion des Schlosses inmitten des historischen Ensembles werden Fragen gestellt nach dem woher – und damit auch nach dem wohin. Moderne Stadtkerne lassen diese Fragen nicht zu, sie gehören noch nicht zum Stadtgedächtnis. So auch der Palast der Republik. Seine Lebenszeit war zu kurz durch den Niedergang der DDR. „Schon die nächste Generation hat keine Erinnerungen mehr an ihn und wundert sich nur noch über den deplazierten Kasten." (Richard Schröder, Fraktionsvorsitzender der SPD der Volkskammer 1990) Aber aus dem Palast werden begonnene Traditionen in das Schloss einziehen, das offene Haus für die Bevölkerung, der Kulturort.

Die Debatte um den Wiederaufbau des Schlosses war denn auch weitgehend ein Streit um seine künftige Nutzung. Kunst oder Kommerz markierten den Gegensatz. Die Künste und die Kommunikation setzten sich durch: Unter dem Namen „Humboldt-Forum" gelang der große Wurf. Die Museumsinsel als künftiger Ort der europäischen Kunst bis zum 20. Jahrhundert wird, ergänzt durch das Schloss mit den Sammlungen der außereuropäischen Kunst, bilden ein Museum der Weltkultur – einzig in der Welt in so verdichteter Form, einzigartig durch die hohe Qualität der Sammlungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Ergänzt durch das Wissenschaftsmuseum mit den kostbaren Sammlungen der Humboldt-Universität, mit einer großen Fachbibliothek und mit der Agora als vielseitigem Veranstaltungszentrum, gehen im Schloss die Lichter praktisch nicht mehr aus. Es wird zum gesellschaftlichen und kulturellen Mittelpunkt der Stadt, offen für jedermann.

Mehr über das Projekt finden Sie unter www.berliner-schloss.de

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Fördervereins für den Wiederaufbau des Berliner Schlosses ■

Gummiband Zuwendungsrecht

Von der Crux der täglichen Zuwendungspraxis • Von Gabriele Schulz

So ein Gummiband kann etwas ganz Hervorragendes sein. In einer Hose oder einem Rock hilft es, das jeweilige Kleidungsstück an Ort und Stelle zu halten. Es sorgt dafür, dass nichts rutscht und auch wenn der- oder diejenige beim Essen ein bisschen mehr zugelangt hat und dicker geworden ist, ist ein Gummiband elastisch genug, um ausreichend Luft zum Atmen zu lassen.

Ein solches Gummiband könnte das Zuwendungsrecht des Bundes sein. Grundlage für Zuwendungen des Bundes – und abgeleitet auch die der Länder – ist die Bundeshaushaltsordnung (BHO). Die einschlägige Einzelnorm ist § 23 Zuwendungen. Hier wird beschrieben, dass der Bund zur Erfüllung von Aufgaben an andere Stellen Zuwendungen zahlen kann. Dieses allerdings nur unter der Voraussetzung, dass er ein erhebliches Interesse hat und dieses Interesse ohne die Zuwendungen nicht oder nicht in notwendigem Umfang befriedigt werden kann. Voraussetzung für die Zahlung einer Zuwendung ist also nicht das Interesse, die Idee oder das Vorhaben des Zuwendungsempfängers, sondern des Zuwendungsgebers – also des Bundes.

In § 44 BHO (Zuwendungen, Verwaltung von Mitteln oder Vermögensgegenständen) wird nochmals auf den genannten § 23 Bezug genommen und fixiert, dass Zuwendungen nur zweckentsprechend verwendet werden dürfen. Die Verwaltungsvorschriften, in denen die Führung des Verwendungsnachweises und die Prüfung des Bundesrechnungshofs beschrieben werden, werden im Einvernehmen mit dem Bundesrechnungshof erlassen. Die sachliche und zeitliche Bindung der Zuwendungen werden in § 45 BHO beschrieben. Entscheidend ist die zeitliche Bindung der Haushaltsmittel für ein Jahr, das sogenannte Jährlichkeitsprinzip. Lockerungen erfährt das Jährlichkeitsprinzip durch § 15 BHO (Bruttoveranschlagung, Selbstbewirtschaftungsmittel). Die dort beschriebenen Selbstbewirtschaftungsmittel erlauben mehr Flexibilität, da nicht verausgabe Mittel beim Zuwendungsnehmer verbleiben und in nachfolgenden Jahren zur Verfügung stehen.

Soweit das flexible Gummiband des Zuwendungsrechts, das zu Recht für seine puristische Klarheit gelobt wird.

Die Crux der täglichen Zuwendungspraxis, die unisono von Zuwendungsempfängern gleich welchen Bereiches beklagt wird und bereits für zwei Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags Anlass war, Veränderungen zu empfehlen, sind die Verwaltungsvorschriften. In ihnen wird die Verwendung der zugewiesenen Mittel konkret beschrieben und sie sind für Zuwendungsempfänger genau die Kehrseite eines flexiblen Gummibands: ihre korrekte Anwendung schnürt ein, kneift und macht das Leben mitunter äußerst schwierig.

In den mehrseitigen Verwaltungsvorschriften, die in der Regel weitaus dicker als der eigentliche Zuwendungsbescheid sind, finden sich ausführliche Vorschriften, wie die Zuwendung zu verwenden ist und welche Vorgaben zu beachten sind. Diese Vorgaben mögen für große Strukturen wie Ministerien oder auch nachgeordnete Behörden sinnvoll sein, für Zuwendungsempfänger, die in der Regel nur sehr wenig Personal haben, sind sie erdrückend.

Einige Beispiele sollen dies illustrieren: Zumeist werden Fehlbedarfsfinanzierungen gewährt, das bedeutet, dass jeder zusätzlich eingeworbene Cent zu einer Minderung der Förderung führt, es sei denn, es wurden zuvor sogenannte Leertitel eingeplant – also Haushaltspositionen, denen zum Zeitpunkt der Antragstellung keine oder zu geringe Einnahmen gegenüber gestellt wurden und die mittels zusätzlicher Einnahmen aufgefüllt werden können. Wurden solche Leertitel nicht eingefügt oder aber nicht genehmigt, besteht keinerlei Anreiz zusätzliche Mittel einzuwerben, da der Zuwendungsempfänger die zusätzlich erwirtschafteten Mittel an den Zuwendungsgeber zahlen muss. Sowohl die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements" als auch die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland" des Deutschen Bundestags haben beide empfohlen, vermehrt Festbetragsfinanzierungen auszureichen.

Auch das Instrument der Selbstbewirtschaftungsmittel bietet die Möglichkeit eines flexibleren Mitteleinsatzes. Hier können nicht verbrauchte Mittel in das nächste Jahr übertragen werden. Selbstbewirtschaftungsmittel werden entweder direkt mit dem Haushaltsgesetz von den zuständigen Haushaltspolitikern des Bundes festgelegt – wie bei der „Initiative Musik" bereits vor der

Bundesrechnungshof **Foto: Ulrich Beckonert**

Etablierung der Institution geschehen – oder aber sie müssen bei den Zuwendungsbehörden beantragt werden. Dann kann es passieren, dass zwar Selbstbewirtschaftungsmittel beispielsweise für Erwerbungen gewährt werden und zugleich im Zuwendungsbescheid klar gestellt wird, dass es sich hierbei nur um Erwerbungen von Kunstgegenständen handelt. Diese Engführung können auch Zuwendungsempfänger lesen, die überhaupt nichts mit Kunstgegenständen zu tun haben und niemals welche kaufen. Die Erleichterung läuft also vollkommen ins Leere. Die beiden genannten Enquete-Kommissionen fordern beide das Instrument der Selbstbewirtschaftungsmittel stärker zu nutzen.

Ebenfalls im Visier der genannten Enquete-Kommissionen war das sogenannte Besserstellungsverbot. Mitarbeiter von Zuwendungsempfänger dürfen nicht besser gestellt werden als vergleichbare Mitarbeiter von Ministerien. Festzuhalten ist zunächst, dass Mitarbeiter in Ministerien – zumindest was die Beamten betrifft – eine Besserstellung gegenüber allen anderen Arbeitnehmern haben, die durch Geld kaum aufgewogen werden kann, nämlich die lebenslange finanzielle Sicherheit. Wer befristete Arbeitsverträge kennt, weiß von der Zitterpartie, ob ein Projekt verlängert oder ein neues genehmigt wird und kennt die Situation, dass sich gut eingearbeitete und qualifizierte Mitarbeiter vor Abschluss des Vorhabens um eine neue Arbeitsstelle kümmern müssen. Es wird daher von verschiedenen Seiten gefordert, zumindest bei befristeten Projekten das Besserstellungsverbot zu lockern.

Neben diesen „großen" Themen, die auch von den genannten Enquete-Kommissionen aufgeführt wurden und zu denen sie konkrete Änderungen empfohlen haben, gibt es eine Vielzahl von kleinteiligen Vorschriften, die den Zuwendungsempfängern das Leben erschweren können. Die Betonung muss dabei auf „können" liegen, denn es kann passieren, dass ein- und dieselbe Zuwendungsbehörde den gleichen Sachverhalt sehr unterschiedlich bewertet. Es hängt ganz von der Kulanz und der Einstellung der jeweiligen Sachbearbeiter ab. Reicht dem einen eine Email mit einer Erläuterung, warum ein Haushaltsansatz um mehr als 20% überschritten wurde, beginnt ein anderer – vielleicht vom Schreibtisch gegenüber – zu diesem Sachverhalt einen mehrmonatigen Briefwechsel und fordert Mittel zurück. Zuwendungsempfänger können wenig gegen Entscheidungen der Zuwendungsgeber machen. Wenn der Sachbearbeiter der Auffassung ist, dass vier Mitarbeiterbesprechungen einer Geschäftsstelle mit Standorten, die 600 km weit auseinander liegen, im Jahr zu viel sind und verbrauchte Reisekosten zurückfordert, können zwar juristische Mittel eingelegt werden, deren Erfolg ist aber äußerst zweifelhaft.

Sieghard von Köckritz, ehemals Leiter der Kulturabteilung im Bundesministerium des Innern, hatte bereits vor vielen Jahren unterstrichen, dass die meisten Zuwendungsempfänger von Rechtsmitteln gegenüber Zuwendungsbescheiden oder Entscheidungen der Zuwendungsbehörden absehen, weil sie sich ausrechnen können, dass sie danach keine weitere Förderung mehr erhalten werden. Damit wird der eigentliche Knackpunkt aller zuwendungsrechtlichen Regelungen angesprochen: die strukturelle Macht, die damit verbunden ist. Zuwendungsgeber entscheiden über das wirtschaftliche Überleben der Zuwendungsnehmer und damit sehr oft auch über deren Fortexistenz insgesamt. Zuwendungsgeber, die sich dieser

Weiter auf Seite 13

Genshagener Erklärung des Bündnis für Gemeinnützigkeit

Das Bündnis für Gemeinnützigkeit wird getragen von: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Bundesverband Deutscher Stiftungen, Deutscher Kulturrat, Deutscher Naturschutzring, Deutscher Olympischer Sportbund, Deutscher Spendenrat, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und VENRO – Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen

I.
Bürgerschaftliches Engagement ist für eine vitale Demokratie und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unabdingbar. Kaum eine der großen Herausforderungen, mit denen sich unsere Gesellschaft konfrontiert sieht, kann ohne solches Engagement bewältigt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund von demografischem Wandel und Globalisierungswirkungen wird zunehmend bedeutsam, dass Bürgerinnen und Bürger in Ergänzung zum Staat Gemeinwohlaufgaben übernehmen. Sie dürfen indes dabei nicht zu Lückenbüßern für staatliche Aufgabenwahrnehmung werden.

Die weitere Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ist daher eine wesentliche Zukunftschance und darum eine wichtige Aufgabe auch der Politik. Sie muss förderliche und europataugliche Rahmenbedingungen für die Übernahme von Verantwortung durch bürgerschaftlich Engagierte gewährleisten.

II.
Das bürgerschaftliche Engagement mit seiner Gemeinwohlorientierung ist ein wirksames Korrektiv zu einseitig wirtschaftlichem Denken. Stärkere politische Teilhabe durch die Erweiterung von Beteiligungsformen ist Voraussetzung für mehr bürgerschaftliches Engagement.

Insgesamt wird dadurch unsere Gesellschaft nachhaltiger, der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Integration werden gestärkt. Je mehr sich die Erkenntnis durchsetzt, dass der Dritte Sektor den Sektoren Staat und Wirtschaft gleichrangig ist, umso eher ist eine humane und zukunftsfähige Gesellschaft zu verwirklichen.

III.
Vor diesem Hintergrund unterbreitet das Bündnis für Gemeinnützigkeit folgende Vorschläge:

1. Im Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen sowie Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist eine **kohärente nationale Engagementstrategie** zu entwickeln, damit die verschiedenen Maßnahmen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements noch besser aufeinander abgestimmt sind.

2. Um die Potentiale zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements zu nutzen, sind **Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Infrastruktur und Stabilisierung von Engagement und Partizipation** zu schaffen. Zur Bündelung, Abstimmung und Weiterentwicklung von Förderprogrammen ist ein geeignetes bundeseinheitliches Förderinstrument aufzustellen. Dabei sollten insbesondere bestehende Plattformen und vorhandene Strukturen für Beratung und Vernetzung verstärkt genutzt, ausgebaut und Qualifizierungsangebote nachhaltig gefördert werden. In diesem Zusammenhang sollte auch geprüft werden, ob zur Umsetzung dieser Ziele ein Gesetz zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sinnvoll sein kann.

3. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind im Sinne wirksamen bürgerschaftlichen Engagements fortzuentwickeln. Das **Spenden- und Gemeinnützigkeitsrecht** ist den aktuellen Entwicklungen der Gesellschaft – in Deutschland und Europa (siehe auch Nr. 7) – anzupassen, insbesondere im Hinblick auf die Abfassung des Katalogs der Gemeinwohlzwecke (Stichwort: „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“), die Abgrenzung zum Wettbewerb am Markt (Stichworte: „Geprägetheorie“, „Zweckbetriebsdefinition“, „europäisches Beihilferecht“), die Ermöglichung von Holdingstrukturen und die Relevanz eines strukturellen Inlandsbezugs sowie die Effektivität des Steuerverfahrens über die Grenzen.

   Das **staatliche Zuwendungsrecht** ist zu entbürokratisieren, um die eigenständige Aufgabenerfüllung der Zuwendungsempfänger zu erleichtern.

4. Die **Stärkung des gemeinnützigen Stiftungswesens** sollte durch weitere Reformschritte auf dem Gebiet des Stiftungs- und des Stiftungssteuerrechts weiter vorangebracht werden. Stiftungen bedürfen der Flexibilisierung und Entbürokratisierung, insbesondere im Bereich der Rücklagenbildung, der Rechnungslegung sowie bei der Lockerung des Endowmentverbots. Auf die Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ wird ergänzend hingewiesen.

5. Angesichts der beabsichtigten Kürzung des Zivildienstes und der dadurch **wachsenden Bedeutung der Freiwilligendienste** müssen diese stärker gefördert, einheitliche Rahmenbedingungen und ein einheitlicher Status geschaffen sowie die Rechtssicherheit verbessert werden. Dabei ist den unterschiedlichen Einsatzbedingungen im In- und Ausland Rechnung zu tragen. Die Gestaltungs- und Organisationshoheit ist in den Trägerorganisationen der Zivilgesellschaft zu verankern.

6. Die Förderung **wissenschaftlicher Forschung zum bürgerschaftlichen Engagement** muss verbessert werden. Dazu gehört neben dem Ausbau entsprechender Programme durch die verschiedenen Bundesressorts eine bessere Koordinierung und eine Verstärkung der Grundlagenforschung. Durch die Intensivierung der Forschung ist die Engagementpolitik zu fundieren und die Effektivität von Maßnahmen zur Förderung des Engagements zu steigern. Zudem ist sicherzustellen, dass dabei die Leistungen des Dritten Sektors, z.B. bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, differenziert dargestellt werden. Eine aussagekräftige Spendenstatistik ist aufzubauen.

   Die **Erhebung amtlicher statistischer Daten** zum bürgerschaftlichen Engagement auf nationaler und europäischer Ebene ist sicherzustellen. Für den Dritten Sektor sind derzeit keine systematisch erhobenen und geordneten Daten der amtlichen Statistik für empirisch begründete Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse in Organisationen der Zivilgesellschaft verfügbar. Ergänzend dazu ist der Freiwilligensurvey unter Einbeziehung der Wissenschaft und der zivilgesellschaftlichen Organisationen fortzuschreiben.

7. Zu den Werten der Europäischen Union gehört – neben der Gewährleistung von Wettbewerb – die Sicherstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge auf eine den Bedürfnissen der Benutzer entsprechende Weise. Der besondere Wert der Sozial- und Kulturdienstleistungen für die Verwirklichung eines **„Europas der Bürgerinnen und Bürger“** ist anzuerkennen. Dies rechtfertigt zugleich den besonderen Status der Träger dieser zweckbetrieblichen Dienstleistungen im europäischen Beihilferecht.

   Das traditionell weltoffene deutsche Spenden- und Gemeinnützigkeitsrecht ist in den europa- und verfassungsrechtlichen Rahmen einzupassen.

Berlin/Genshagen, den 04. Februar 2010

Der Gesellschaft etwas zurückgeben

Gabriele Schulz im Gespräch mit Werner Ballhausen

poltik und kultur: Herr Ballhausen, Sie waren einer der Initiatoren des „Bündnisses für Gemeinnützigkeit“. Könnten Sie noch einmal erläutern, was der Grund dieses Anstoßes war und was Sie sich davon erhofften?
Werner Ballhausen: Im Frühjahr 2005 haben wir uns im Anschluss an die Hamburger Tage des Stiftungs- und Non-Profitrechts mit Herrn Prof. Walz von der Bucerius Law School in Hamburg zusammengetan und überlegt, welche Rahmenbedingungen der dritte Sektor bräuchte, um diese Gesellschaft etwas menschlicher zu gestalten. Daraus ist dann die „Projektgruppe zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts“ entstanden. Da diese Projektgruppe mittlerweile eine Beratungskultur entwickelt hat, die es erforderlich macht, in festerem organisatorischen Rahmen weiterzuarbeiten, haben wir uns im vergangenen Jahr zum „Bündnis für Gemeinnützigkeit“ zusammengeschlossen.

***puk*:** Ist es nicht schwer, Dachverbände, die oft darauf bedacht sind, sich voneinander abzugrenzen, unter einen Hut zu bringen?
Ballhausen: Das ist gerade der Charme dieser Projektgruppe und eben des Bündnisses für Gemeinnützigkeit. Es geht nicht mehr darum, egoistisch zu schauen, was für meinen Verband wichtig ist, sondern abzuschätzen, was zur Steigerung des Gemeinwohls verbandsübergreifend notwendig ist, um die vor uns liegenden Herausforderungen zu bewältigen. Manchmal gibt es immer noch kleine Diskurse zu dem von Ihnen beschriebenen Problem, doch letztendlich hat sich gezeigt, auch im Zusammenhang mit dem Gesetz „Hilfen für Helfer“ von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück aus der vergangenen Legislaturperiode, dass es sich lohnt, gemeinsam zu agieren und nicht nur an das eigene Verbandsinteresse zu denken.
***puk*:** Würden Sie sagen, dass dies eine Art kleinen Durchbruch in der Zusammenarbeit des zivilgesellschaftlichen Bereiches darstellt?
Ballhausen: Ich würde das durchaus so sehen, ja.
***puk*:** Welche Zukunftsperspektiven sehen Sie für das Bündnis?
Ballhausen: Zu Beginn der 17. Legislaturperiode befinden wir uns in der Ausgangslage, dass die Parteien, die die jetzige Bundesregierung stellen, sich noch einmal einen Ruck geben wollen, um die Rahmenbedingungen für eine Stärkung der Zivilgesellschaft und des Engagements, abzustecken. Es war uns vor diesem Hintergrund wichtig, noch einmal darüber nachzudenken, was unsere konkreten Vorschläge sind. Auf der Klausurtagung in Genshagen, haben wir den Reformbedarf aus der Sicht der verfassten Zivilgesellschaft gemeinsam festgestellt – nachzulesen in der Genshagener Erklärung. Dies stellt aus meiner Sicht einen weiteren Durchbruch des Bündnisses dar.
***puk*:** Haben Sie den Eindruck, dass Engagementpolitik für die neue Bundesregierung ein wichtiges Thema ist?
Ballhausen: Also wenn ich mir die Koalitionsvereinbarung anschaue, beantworte ich ihre Frage mit einem klaren Ja. Wenn ich das aktuelle Regierungsverhalten betrachte, dann kann ich im Moment nur zweifeln. Aber um so wichtiger ist es, dass wir unsere Hausaufgaben machen und unsere Vorschläge unterbreiten. Das „Bündnis für Gemeinnützigkeit“ hat die Genshagener Erklärung allen Bundesministerien, die mit der Thematik befasst sind, zugeleitet. Wir sind auf die Antwort gespannt und bieten unsere Mitarbeit an.
***puk*:** Noch eine Frage persönlicher Natur. Sie sind jetzt Pensionär. Warum tun Sie sich das an, noch einmal sozusagen „ins Geschirr zu gehen“, Dachverbände zu bündeln und sich letztendlich weiter in diesem Feld zu betätigen?
Ballhausen: Das hat zwei Gründe. Zum einen haben wir alle, die wir in diesem Bündnis tätig sind, etwas geschaffen, was wir nicht aufs Spiel setzen wollen. Ich hänge einfach an diesem „Bündnis für Gemeinnützigkeit“. Zum anderen geht es mir zwar so gut, dass ich nicht mehr arbeiten muss, ich aber der Gesellschaft für das Glück, dass ich und meine Familie erfahren haben, etwas zurückzugeben möchte. Deshalb bin ich gerne bereit, diese Funktion weiterhin ehrenamtlich auszuüben.
***puk*:** Herr Ballhausen, das ist ein wunderbares Schlusswort. Vielen Dank für das Gespräch.

Werner Ballhausen ist ehrenamtlicher Koordinator des Bündnisses für Gemeinnützigkeit. Er war bis Dezember 2008 Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

Werner Ballhausen **Foto: privat**

Fortsetzung von Seite 12

strukturellen Macht bewusst sind und diese verantwortungsvoll wahrnehmen, nutzen die zahlreichen Spielräume, Ermessensentscheidungen und Flexibilitäten des Haushaltsrechts. Sie gewähren den Zuwendungsempfängern umfängliche Handlungsspielräume, die zu einem wirtschaftlichen und flexiblen Mitteleinsatz führen. Zuwendungsgeber, die ihre Macht ausnutzen, gängeln die Zuwendungsempfänger, legen die Vorschriften rigide und eng aus, so dass ein wirtschaftliches Handeln unmöglich ist. Das Zuwendungsrecht ist ein Gummiband. Es kann flexibel gehandhabt werden und Luft zum Atmen lassen. Es kann aber auch straff gespannt werden und letztlich den geförderten Institutionen die Luft abschneiden.
Über die genannten Vorschläge der Enquete-Kommissionen hinaus hat der Deutsche Kulturrat Empfehlungen zur Änderung des Zuwendungsrechts ausgesprochen, nachzulesen unter: http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1301&rubrik=4. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge, dem u.a. die Wohlfahrtsverbände angehören, hat umfängliche Empfehlungen zur Modernisierung und Entbürokratisierung des Zuwendungsrechts verabschiedet, nachzulesen unter: http://www.deutscher-verein.de/05-empfehlungen/2009/pdf/DV%2009-09.pdf

Die Verfasserin ist stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

Kulturstaat Europa?

Wie ein neues Politikfeld durch kluges Verwaltungshandeln entsteht • Von Max Fuchs

Nein, es geht bei der Rede über einen „Kulturstaat Europa“ nicht erneut darum, was die europäische Wertegemeinschaft ausmacht oder wie die „Seele Europas“ aussieht. Es geht auch nicht darum, wie die demnächst zu gestaltenden – und voraussichtlich wieder viel zu knapp angelegten – europäischen Förderprogramme im Kulturbereich aussehen werden. Es geht vielmehr darum, wie unter den Augen der Öffentlichkeit mit bewundernswerter Transparenz ein neues Politikfeld geschaffen wird, oder besser: wie sich eine hocheffektive Verwaltung einen neuen Verantwortungsbereich schafft, dabei vollständig im Bereich des Legalen bleibt, den Wortlaut – vielleicht weniger den Geist – vorliegender Grundverträge nicht verletzt – und trotzdem im Ergebnis Europaparlament, nationale Parlamente, die Regierungen der Mitgliedsstaaten und die europäischen und die nationalen Zivilgesellschaften weitgehend außen vor bleiben. Das Paradoxe dabei ist, dass dieser Prozess scheinbar unter vollster politischer Kontrolle geschieht. Wie kann dies sein? Beginnen wir von vorne.

Kulturpolitik wird in Artikel III-280 des nunmehr gültigen europäischen Verfassungsvertrages geregelt. Stichworte sind u. a.: Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten, kulturelle Vielfalt, Zusammenarbeit mit Drittstaaten und v. a. Ausschluss von Harmonisierung. Neu ist, dass nun nicht mehr das Einstimmigkeitsprinzip gilt, was immerhin ein wichtiges Machtmittel des einzelnen Mitgliedsstaates war. Der übliche Blick nach Europa gilt den Förderprogrammen. Doch nimmt die kulturpolitische Aufgabe der Förderung bereits auf nationaler Ebene ab, je höher man die Ebenen von der Kommune über Länder zum Bund hochsteigt. Dagegen werden die Rahmenbedingungen immer wichtiger. Dies setzt sich bei der EU fort: Sehr viel entscheidender als die Kulturförderung ist das Urheberrecht, sind Fragen des Binnenmarktes (etwa im Kontext des Begriffs der „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“, zu denen Kultur und Medien gerechnet werden). Wichtiger werden zudem Vereinbarungen in der Sozialversicherung und Besteuerung, werden Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse, wenn es etwa um die Mobilität von Künstlern und Ausstellungen geht. Ebenso gibt es schon immer eine Zuständigkeit im Bereich Medien („Fernsehen ohne Grenzen“). All dies hat eine lange Tradition in Brüssel, wird aber oft nicht als Kulturpolitik wahrgenommen. Mit der „Mitteilung zur Kulturpolitik“ vom Mai 2007 ist allerdings die EU in eine neue Phase eingetreten. Die Legitimation dieses neuen Aufbruchs besteht zum einen in dem Beschluss des Kulturministerrats im November 2007 in Lissabon, diese Mitteilung der Kommission als Kulturagenda zu akzeptieren. Zum anderen gab es – und dies ist durchaus ein hier hervorzuhebendes Kennzeichen der EU-Politik – eine lange Konsultation mit der Öffentlichkeit. Ja, (fast) alles, was später in verbindlichere Formen gegossen wird, wird öffentlich zur Diskussion gestellt. Und: Alle könnten darüber Bescheid wissen, könnten sich beteiligen, können verfolgen, ob und wie ihre Einwände bei den dann verbindlich werdenden Texten aufgenommen wurden. Ist dies zu kritisieren? Formal kaum. Aber in der Realität hakt es dann doch: Oft sind die Fristen zu kurz, speziell für große Dachverbände. Oft erfährt man nur zufällig oder zu spät von den Interventionsmöglichkeiten. Fast immer wird kein Unterschied gemacht, ob es eine Einzelperson, eine kleine oder eine große Einrichtung oder ein großer Verband mit demokratischen Abstimmungsregeln ist, der seinen Kommentar hinschickt. Auch der engere Kreis von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Brüssel ist ein Problem. Die wenigsten zivilgesellschaftlichen Partner der Kommission haben auch nur eine Spur von Legitimität. Oft genug sind sie zudem von der Kommission selbst ausgesucht und werden von ihr gefördert. Denn auch dies sollte man wissen: Der unglaubliche Fleiß im Erstellen immer neuer Papiere, ein oft undurchsichtiges Geflecht jeweils zuständiger Organe, Referate, Generaldirektionen oder Kommissariate macht alleine die Informationsbeschaffung zu einer nur noch professionell zu bewältigenden Aufgabe. Im Kulturbereich sind es mindestens die Zuständigkeiten für Kultur, Bildung, Jugend, Senioren, für den Binnenmarkt, Außenbeziehungen, Handelsabkommen, für Rechtsfragen und für Soziales, in denen kulturpolitisch Relevantes geschieht.

Die Kulturagenda von 2007 ist ein gutes Beispiel. In Rekordzeit, d. h. innerhalb eines Jahres, wurde ein geradezu geniales Geflecht unterschiedlicher Gremien, Organisationsstrukturen und Arbeitsgruppen geschaffen. Dabei sind die drei großen Ziele einsichtig und nicht neu: Vielfalt, Kulturwirtschaft und Stärkung der kulturellen Dimension in internationalen Beziehungen. Neu, zumindest im Kulturbereich, sind die Umsetzungsverfahren: die „Methode der offenen Koordinierung“ (OMK), der „strukturierte Dialog mit der Zivilgesellschaft“ und das kulturelle Mainstreaming. Es soll hier nicht im Detail dargestellt werden, welche konkreten Handlungsschritte sich dahinter verbergen. An dieser Stelle genügt der Hinweis, dass im Rahmen der OMK vier hocheffektiv arbeitende Arbeitsgruppen sowie im Rahmen des „strukturierten Dialogs“ sogar komplette zivilgesellschaftliche Dachorganisationen von der Kommission geschaffen wurden (mit eigener Geschäftsstelle und EU-Förderung!). Alle Arbeitseinheiten produzieren Empfehlungen, geben Studien in Auftrag, führen Treffen durch, organisieren Symposien – und wollen personell bestückt sein. Alle müssen Zwischenberichte und Berichte vorlegen. Ein erster Endbericht ist für den Juli 2010 vorgesehen. Wichtig ist, dass bei fast allen Aktivitäten die Parlamente (Europa und Nationen) völlig außen vor sind. Irgendwann wird es sicherlich eine Rückbindung des dann fertigen Produktes mit den Parlamenten geben. Aber dann dürfte es für eine grundsätzliche Diskussion und Revision zu spät sein. Koordiniert wird dies alles durch ein hochkompetentes und effektives Fachreferat der Kommission, das zudem mit überaus sympathischen Experten besetzt ist.

Was hat dies alles mit dem in der Überschrift erwähnten „Kulturstaat Europa“ zu tun? Dazu muss ich etwas weiter ausholen.

Man kennt in den Politik-, Staats- und Verfassungswissenschaften verschiedene Formen von Legitimation des Staatshandelns. Geradezu klassisch ist die Grundlegung durch eine Verfassung, die – wie im Falle Englands – noch nicht einmal schriftlich vorliegen muss. Vergleichbar sind internationale Pakte und Konventionen. Eine weichere Form der Legitimierung von Staatshandeln sind gesetzliche Regelungen, die – zumindest in der Tradition moderner Demokratien – eine verfassungsmäßige Basis benötigen. Daneben gibt es allerdings eine weitere Möglichkeit, die Niklas Luhman „Legitimation durch Verfahren“ genannt hat. Diese geschieht einfach dadurch, dass ganz konkret auf der Basis durchaus transparenter Verfahrensregeln Einzelprobleme geregelt werden und dies von allen Beteiligten akzeptiert wird. Man kann hier unschwer das Vorgehen der Kommission erkennen. Dieses pragmatische und jedermann unmittelbar einsichtige Verfahren wird durch die Öffnung von Mitwirkungsmöglichkeiten für viele Akteure und Interessenten noch stabilisiert – fast ein Stück Basisdemokratie.

Die neuen Mitglieder der EU-Kommission © EU-Kommission, Straßburg

Allerdings müssen auch solche Verfahren koordiniert werden. Und jedermann weiß, welche Macht in einer effektiven Moderation und Koordination steckt. Diese liegt bei dem zurückhaltend, aber ausgesprochen effektiv auftretenden Fachreferat, der Verwaltung also.

Alleine diese Beschreibung des Handelns der Kommission bestätigt eine schon öfter beschriebene Tendenz: Die Macht auch in reifen parlamentarischen Demokratien liegt immer weniger beim Souverän (dem „Volk“) und seiner Repräsentation, also dem Parlament. Sie liegt noch nicht einmal bei der politischen Leitung der Exekutive: Sie liegt zunehmend im Verwaltungsapparat. Diese Tradition ist – gerade in Deutschland – nicht neu. Sie hat zu tun mit der Genese der spezifischen Form von Staatlichkeit, bei der ein zentraler Paradigmenwechsel im 18. und vor allem im 19. Jahrhundert darin bestand, dass „der Staat“ immer mehr eine Art Rundumversorgung des Bürgers übernahm. Dies kommt im deutschen Begriff der „Polizey“ zum Ausdruck, die weitaus mehr war, als die heute zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit eingerichtete Polizei. In diesen Kontext gehörten immer schon kultur- und vor allem bildungsbezogene Interventionen. Dass in Deutschland zum Beispiel das Schulwesen anders als in vielen anderen vergleichbaren Ländern fest in der Hand des Staates liegt, ist ebenso ein Ergebnis dieses Staatsverständnisses wie der immer wieder hervorgehobene Bereich öffentlich geförderter Kultureinrichtungen. Es ist dabei ein autoritärer, bestenfalls paternalistisch für seine Bürger sorgender Staat. Genau dies ist eine zentrale Wurzel des deutschen Kulturstaatsbegriffs, wie er sich auch im neuesten Enquête-Bericht „Kultur in Deutschland“ findet (vgl. meine Analyse in puk 3/08). Politik ist hier primär Verwaltungshandeln, ganz so, wie es der rechtskonservative Staatstheoretiker Ernst Forsthoff dargestellt hat. Daran ändert auch die Berücksichtigung moderner Management- und Verwaltungsideen nichts. Man kann im Gegenteil zeigen, dass gerade der zur Zeit hochgelobte Governance-Ansatz nur eine aktualisierte Form der politischen Steuerung durch die öffentliche Verwaltung ist. Neu ist allerdings, dass im Rahmen des Governance-Ansatzes zivilgesellschaftliche Organisationen und auch der einzelne Bürger auf clevere Weise in Verwaltungshandeln integriert werden. Ich will an dieser Stelle nur auf die diesbezüglichen Studien zur „Gouvernementalität“ von Michel Foucault aus den späten siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts (Geschichte der Gouvernmentalität I, II. Frankfurt 2006; siehe auch die Textsammlung „Analytik der Macht“, 2005) hinweisen. Foucault verzichtet hier bewusst auf den hochideologischen Begriff des „Staates“ und stellt das Regierungshandeln in den Mittelpunkt: Mit welchen (ganz pragmatischen) Strategien regelt die Verwaltung (unterhalb politisch-ideologischer Visionen) die Belange? Dabei kann er zeigen, wie sich dieses Verwaltungshandeln nicht nur modernisiert, sondern unter der allgemeinen Zielstellung des Liberalismus immer dichter wird. Dies gilt auch und gerade für Ansätze des Neoliberalismus, der – entgegen seiner oft proklamierten Absicht, den „Staat“ zurückzudrängen – im Ergebnis zu einer sehr viel höheren Regelungsdichte führt. Aktuell ist die Debatte, wie in unserer Gesellschaft mit einem hoch flexiblen und globalisierten Kapitalismus eine solche Regelungsstrategie funktioniert. Es sind dabei gerade die angepriesenen neuen Verwaltungsansätze im Großen und neue partizipative Managementmethoden im Kleinen, die auf zeitgemäße Weise die bisherige Verteilung von Macht aufrechterhalten. In der deutschen Kulturpolitikforschung sind diese Theorieansätze bisher anders als in anderen Ländern (z. B. Miller/Yudice: Cultural Policy, 2002) kaum registriert worden, könnten aber zum Verständnis unseres Handelns – insbesondere zur Erkenntnis unserer Neigung zum Selbstbetrug über die „demokratische Qualität“ dieser neuen Ansätze – vieles beitragen (historisch ist hierbei B. Wagner: Fürstenhof und Bürgergesellschaft 2009 hilfreich).

Der „Kulturstaat Europa“ kann in seiner oben skizzierten Form also durchaus als moderne Variante des belasteten deutschen Kulturstaatskonzeptes verstanden werden: Die Macht der Verwaltung, die Nutzung moderner Governance-Ansätze, die eigenartige Dialektik von öffentlich zugänglichen Handlungen und der trotzdem vorhandenen strukturellen Unmöglichkeit zur Mitgestaltung, die verfahrensmäßige Ausklammerung von Nationalregierungen, Parlamenten und Zivilgesellschaft, die Schaffung von Legitimität durch Verfahren.

Zurecht mag man nunmehr fragen, was denn die Alternative sein könnte. Eine erste Antwort hierzu ist nicht befriedigend: Es könnte sein, dass aufgrund des Zuschnitts der EU, wie sie zudem durch die organisatorischen Regelungen des neuen EU-Vertrages bestätigt wird, kaum noch Änderungen möglich sind. Dies liegt z. T. an der schlichten Größe der EU: Je größer ein solcher Verband ist, desto schwieriger ist die Umsetzung demokratischer Spielregeln. Eine zweite Antwort besteht darin, dass wir es mit einer durchaus neuen Form von Machtausübung zu tun haben, die wir erst einmal verstehen müssen. Es könnte sein, dass traditionelle Methoden politikwissenschaftlicher Machtanalysen nur begrenzt weiterhelfen. Denn gemessen an solchen Kriterien haben wir es bei der EU mit einem demokratisch verfassten (Staats-)Gebilde zu tun. Es könnte sein, dass dieses Urteil nur durch unzulängliche Analysemethoden und eine wenig reflektierte Begrifflichkeit zustande kommt. Es lohnt sich daher für die Kulturpolitik, Foucault als Machttheoretiker zu entdecken.

Der Verfasser ist Präsident des Deutschen Kulturrates ■

Deutsche brauchen noch Zeit für den Wandel

Ein Kommentar von Aiman Mayzek

Das Revier wird stark von Türken und ihrer Kultur und Religion mitgeprägt. Allein in Nordrhein-Westfalen leben etwa 900.000 Menschen türkischer Herkunft und etwa 1,1 Mio. Muslime, davon etwa die Hälfte im Ruhrgebiet. Neben Essen und dem Ruhrgebiet, und dem ungarischen Pecs ist auch Istanbul in diesem Jahr Kulturhauptstadt. Eigentlich eine feine Gelegenheit, Völkerverständigung und vor allem die viel zitierte Kultur der Anerkennung gedeihen zu lassen.

Denn es sind z.B. unzählige türkische Kumpels gewesen, die Jahrzehnte in den Gruben und Zechen „malocht" haben und das Ruhrgebiet zu dem gemacht haben, was es heute ist. Zu der Eröffnungsfeier in Istanbul war auch dann die NRW-Landtagspräsidentin Regina van Dinther (CDU) angereist.

Von den insgesamt 300 Ruhr.2010-Projekten sind als Kooperation mit dem Programm Istanbuls allerdings nur ca. 25 geplant oder befassten sich mit der Situation Türkischstämmiger in Deutschland und ihrer Heimat. Gemessen an dem oben beschriebenen Anspruch ist das nicht gerade viel. „Eine intensivere Zusammenarbeit gab es noch nie", sagte Asli Sevindim, eine Direktorin von vier Künstlerischen Direktoren bei der Ruhr.2010 und zuständig für den interkulturellen Austausch.

Auch wenn es positiv und anzuerkennen ist, dass der langjährige WDR-Intendant Fritz Pleitgen und heutige Geschäftsführer der Ruhr.2010 die türkische Journalistin Sevindim mit ins Boot genommen hat, erscheint ihre hochtrabende Formulierung freilich übertrieben. Ein türkischer Journalist der Hürriyet gesteht denn auch: Das ist eine verpasste Gelegenheit, wo Deutsche und Türken mehr aus den Gegebenheiten machen konnten als der gegenwärtige Status Quo es hergibt.

Dennoch positiv festzuhalten gilt, dass z.B. unter dem Motto «Temporäre Stadt» sich Studenten aus Istanbul, von Ruhr-Universitäten und aus der dritten Kulturhauptstadt Pecs in Ungarn mit modernen Ballungsräumen befassen und Verbesserungen etwa zur Verkehrsführung vorschlagen. Es gibt auch kleine Projekte wie «Wiegenlieder», in dem Schlaflieder aus den beiden und anderen Ländern in der Duisburger Mercatorhalle aufgeführt und auf ihre kulturelle Aussagekraft geprüft werden. Und der Duisburger Stadtteil Marxloh setzt sich bei Ruhr.2010 gekonnt in Szene. Der Auftakt war in der Begegnungsstätte der Ditib Merkez Moschee. Die Bürgerinitiative „Gülhane Elise – Rosen für Marxloh" hatte zum kulturellen Stelldichein geladen.

Der Verfasser ist Generalsekretär des Zentralrats der Muslime ■

UNESCO Weltkulturerbe Zeche Zollverein **Foto: Reinicke/StandOut.de**

Ankunft mit Zukunft

Das neue Goethe-Institut in Nowosibirsk stösst in Sibirien ein Fenster nach Westen auf • Von Andreas Breitenstein

Ein Sehnsuchts- und Schmerzensland ist Sibirien für die Deutschen. Mit dem Mythos von Kälte und Schnee, Wald und Einsamkeit verbindet sich die Erfahrung von Gulag und Kriegsgefangenschaft. Doch Sibirien mit seinen Bodenschätzen ist ein Ort der Zukunft. Das neu gegründete Goethe-Institut in Nowosibirsk sucht dieser Perspektive Rechnung zu tragen.

Vor noch nicht allzu ferner Zeit war Nowosibirsk ein von Wald umgebenes Kaff an der Eisenbahnbrücke über den Ob, mittlerweile ist es mit rund 1,5 Millionen Einwohnern eine Boomstadt, die Kapitale Sibiriens und drittgrösste Metropole Russlands. In der Sowjetunion durch seine Rüstungsfabriken und Maschinenbau-Kombinate bekannt, verdankt Nowosibirsk seine heutige Bedeutung der Industrie, dem Handel und der Wissenschaft. Die Stadt verfügt über vierundzwanzig Hochschulen. Daneben trägt der Ort Akademgorodok, der 1958 als Wissenschafts-Campus dreissig Kilometer flussabwärts gegründet wurde, mit Kernphysik, Mikrobiologie und IT zu neuem Selbstbewusstsein und zeitgemässen Perspektiven bei.

Acht professionelle Theater besitzt Nowosibirsk. Das markanteste, die sozialistisch-klassizistische Oper im Zentrum mit Betonkuppel und 1800 Plätzen zeugt in ihrer stalinistischen Gigantomanie vom Durchhaltewillen im Zweiten Weltkrieg. Doch nicht das kommunistische Volksspektakel hat am Ende gesiegt, sondern die „dekadente", alteuropäische Opernkultur. Während auf dem Platz vor der Oper ein übergrosser Lenin im ironischen Schein der Nokia-Reklame ausharrt, steht unweit davon, mitten auf dem Krasnyi-Prospekt, wo einst Stalin aufragte, seit 1993 wieder jene orthodoxe Kapelle, die einst den „Mittelpunkt Russlands" markierte. Eine neue Normalität herrscht, die Kirche ist ins Dorf zurückgekehrt.

Alexander von Humboldt weilte 1829 in Sibirien, nun erst folgt Goethe nach – in Form des Goethe-Instituts, das im März 2009 in Nowosibirsk in Anwesenheit des Präsidenten Klaus-Dieter Lehmann mit dem Kulturfestival „Sibstancija" eröffnet wurde. Genauer gesagt existiert bis heute erst das Gründungsbüro nahe der Oper, denn nachdem sich die Russen dem Wunsch der Deutschen, neben St. Petersburg und Moskau jenseits des Urals ein drittes Institut zu eröffnen, lange versperrt hatten, ging es mit der Zusage plötzlich schnell. Mit der Neugründung zielt das Goethe-Institut unter der Leitung von Julia Hanske darauf, sein russisches Netzwerk in Richtung Osten zu verdichten. Dieses besteht aus Sprachlernzentren (zur Lehrerausbildung), aus Lehrmittelzentren, Lesesälen und Kontaktstellen. Ziel ist es, auch in Russlands Regionen zu einem lebendigen Umgang mit deutscher Sprache und Kultur anzuregen.

Interesse ist reichlich vorhanden. Russland ist das Land mit den am meisten Deutsch-Lernenden weltweit. Zwei Millionen Schüler pflegen Deutsch als erste Fremdsprache, an den Universitäten lernen 600 000 Studenten Deutsch, 30 000 Deutschlehrer sind dabei behilflich. Erklären lässt sich solches aus wirtschaftlichen (4000 deutsche Firmen sind in Russland operativ tätig), aber auch aus historisch-kulturellen Gründen. Nicht nur verbindet Deutschland und Russland eine alte Faszination, mit etwa 50 000 Menschen stellen die Russlanddeutschen die grösste Minderheit in Sibirien.

Nach dem „Festival der deutschen Kultur" im Rahmen der Gründung hat das Goethe-Institut im Jahr 2009 insgesamt 18 weitere Kulturprojekte durchgeführt und ist damit auf reges, ja oft enthusiastisches Interesse gestossen. In ganz Sibirien fanden 90 Veranstaltungen statt, die von 20 000 Besuchern frequentiert wurden. Man muss nicht Jules Vernes Roman „Der Kurier des Zaren" gelesen haben, um sich von den Namen der ausgewählten Orte betören zu lassen: Nowosibirsk, Wladiwostok, Jakutsk, Irkutsk, Nowokuznetsk, Krasnojarsk, Omsk, Kemerowo, Myski und Tomsk.

Wie Geben und Nehmen im kulturellen Austausch funktionieren können, wurde zur Eröffnung der Dependance in Nowosibirsk modellhaft offenbar. Mit der Neu-Uraufführung des in Deutschland renovierten Ballett-Films „Romeo und Julia" von Lev Arnchtam aus dem Jahr 1954 zur Musik von Sergei Prokofjew gelang dem Goethe-Institut in der ausverkauften Oper ein veritabler Coup. Ein in Russland fast vergessenes, stalinistisch imprägniertes, expressiv-choreografisches Filmwerk mit der Ballettlegende Galina Ulanowa gewann unter dem Taktstock des auf Filmmusik spezialisierten Dirigenten Frank Strobel neues Leben. Das Publikum wusste die deutsche Verbeugung vor dem russischen Erbe zu schätzen.

Acht Mitarbeiterinnen umfasst das Institut mittlerweile. Im Frühjahr werden die definitiven Räumlichkeiten bezogen, in denen eine zentrale Sprachabteilung Platz findet, von der aus das sibirische Netzwerk der Sprachlernzentren betreut wird. Drei Vorhaben in Nowosibirsk standen für das Goethe-Institut 2009 im Vordergrund: das Theaterprojekt „Der Kick", das Projekt „Stadt und Tanz" sowie das Projekt „(In)toleranz". Das experimentelle Theaterstück von Andres Veiel und Gesine Schmidt, das unter der Regie von Andres Veiel 2005 am Maxim-Gorki-Theater Aufsehen erregte, beleuchtet mittels Dokumentation und Recherche die sozialen Hintergründe einer rechtsextremistisch motivierten Bluttat in einem Dorf nahe Berlin 2003. Nicht nur war die Erarbeitung des russischen Teams vom Theater „Starij Dom" unter der Gastregie von Ronny Jakubaschk sehr intensiv und waren die Aufführungen gut besucht. Dem Publikum ging das Stück in seiner Schonungslosigkeit auf zwiespältige Weise nahe. Während sich in Diskussionen im Anschluss an die Aufführung bei jungen Zuschauern Begeisterung manifestierte, herrschte bei älteren Skepsis und Ablehnung vor.

Mit Ambivalenzen arbeitete auch das Projekt „(In)toleranz", das unter Mitwirkung der Regisseurin Birgit Grosskopf das Publikum anhand von europäischen Filmen und Bildern mit Schockierendem, Merkwürdigem oder Abstoßendem aus dem Alltag konfrontierte. Es ging darum aufzuzeigen, dass Toleranz in den kleinen Dingen des Lebens Anwendung finden muss, wenn sie denn kein leeres Wort bleiben soll. Erst auf Basis des Handelns im Kleinen können grosse gesellschaftliche Probleme wirksam angegangen werden.

Weiter auf Seite 16

Ein Beispiel für die vielfältigen Veranstaltungen des Goethe-Instituts Nowosibirsk: DJ Butzinow legt bei einer Elektro-Party im Klub DoschD auf. **Foto: Iwan Dirkin**

Fortsetzung von Seite 15

Ankunft mit Zukunft

„Stadt und Tanz“ unter der Federführung des Choreographen Richard Siegal schließlich ist als Projekt interdisziplinär angelegt – es lud Architekten, Stadtplaner, Tänzer, Ethnographen, Fotografen und vor allem Studenten der einzelnen Fachrichtungen zur Teilnahme. Ziel für die Fortsetzung des Projektes 2010 ist es, mit den Ausdrucksmitteln des zeitgenössischen Tanzes den Stadtkörper Novosibirsks als identitätsstiftenden Raum neu sichtbar und bewusst zu machen. Die breite öffentliche Beachtung macht Mut für das Folgeprojekt „Raum für Raum“, das sich ganz der Thematik Kunst im öffentlichen Raum widmen wird. Wie denn Novosibirsk in Sachen zeitgenössischer Kunst generell Nachholbedarf hat. Daher wird das Goethe-Institut hier im Jahr 2010 - neben der Fortführung der kooperativen Theaterarbeit, der Ausweitung der deutschen Filmwochen auf acht sibirische Städte sowie dem Projekt „Siberia.GenerationDigital“ – einen besonderen Schwerpunkt setzen.

Das erste Jahr des Goethe-Instituts Novosibirsk könnte der Auftakt zu einer Erfolgsgeschichte sein. Dass die sibirischen Städte urbaner geworden sind, ist ein Trend, den es zu nutzen und zu unterstützen gilt. Es ist das zivilgesellschaftliche Anliegen des Hauses, zukunftsgerichtete gemeinsame Themen zu finden sowie auf lokale Kräfte und Strukturen zu bauen. Es gilt, nicht mit Spektakel zu klotzen, sondern sich in Vorhandenes einzuklinken und Nischen zu besetzen. Das Diktum des Historikers Karl Schlögel, dass die Innovation in Russland von der Peripherie ausgehe, hat nichts von seiner Gültigkeit verloren. Sibirien erwacht.

Der Verfasser ist Autor der Neuen Züricher Zeitung ■

Wir nennen es Armut

Zum Einkommen von Kommunikationsdesignern • Von Henning Krause

Was hat es im abgelaufenen Jahrzehnt nicht alles gegeben an Diskussionsbeiträgen zur Zukunft der Erwerbstätigkeit in den hoch entwickelten Ländern. Ob „Digitale Bohème“, „Urbane Penner“, „Kreative Klasse“ oder „Avantgarde des Sozialraubs“, an künstlerisch wertvollen Schlagworten herrschte wahrhaftig kein Mangel. Die Designwirtschaft stand und steht bei diesen Betrachtungen stets im Mittelpunkt. Tatsächlich war die Designwirtschaft der stärkste Antreiber des Wachstums der Kultur- und Kreativwirtschaft. Drei aufeinanderfolgende Jahre wuchs der Umsatz in der Designwirtschaft zweistellig, bis die Wirtschaftskrise nun dem Jobmotor der Wissensgesellschaft Sand ins Getriebe streute. Die drastischen Folgen bei den Designern enthüllt eine Online-Umfrage, die der BDG Berufsverband der Deutschen Kommunikationsdesigner e.V. unter angestellten und freiberuflichen Kommunikationsdesignern vom 13. bis zum 19. Januar 2010 durchgeführt hat.

In dieser Befragung gab über ein Viertel der Kommunikationsdesigner an, weniger als 15.000 € netto im Jahr zu erwirtschaften. 15.000 € pro Jahr, das sind 1.250 € monatlich für eine Berufsgruppe, die durchaus ein gewisses gesellschaftliches Ansehen genießt und die überwiegend mit einem Hochschulabschluss ins Arbeitsleben gestartet ist. Das ist ernüchternd. Denn der Riss geht durch die gesamte Branche, ob angestellt oder selbstständig. Dabei hat ohnehin nur noch ein Drittel der Befragten angegeben, ausschließlich in einem Angestelltenverhältnis zu stehen. Ein Drittel bezeichnet sich rein selbstständig, das übrige Drittel arbeitet in einer Mischform aus Selbstständigkeit und Anstellung.

Dabei bemerken wir ein seltsames Ungleichgewicht: Design ist innerhalb der Kulturwirtschaft ein gewichtiger Faktor geworden. Nach einem Forschungsgutachten, das der Kulturwirtschaftsforscher Michael Söndermann im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie erstellt hat, verzeichnete im Jahr 2006 der Bereich Kommunikationsdesign einen Umsatz in Höhe von 12,6 Mrd. €. Doch diese Summe ist unendlich weit von der Lebenswirklichkeit der meisten Designer entfernt. Lediglich ein Drittel der 1.016 Teilnehmer der Umfrage gab an, mehr als 25.000 € jährlich zu verdienen. Offenbar kommt das Geld nicht bei denen an, die die Leistungen erbringen.

Nach Söndermann bewegten sich im Jahr 2006 120.000 Designer auf dem Markt, darunter waren in etwa 92.000 Kommunikationsdesigner. Rechnet man die Zahlen der Umfrage des BDG hoch, so ist davon auszugehen, dass rund 23.000 Kommunikationsdesigner jährlich weniger als 15.000 € netto verdienen. Dafür arbeiten die Designerinnen und Designer laut den Ergebnissen des BDG durchschnittlich 43 Stunden die Woche.

Sieben Prozent der Teilnehmer (das wären hochgerechnet 6.440 Designerinnen und Designer) gaben gar an, dass sie lediglich Nettoeinkünfte zwischen 0 und 5.000 € jährlich erzielen. Selbst in diesem untersten Segment des Armenviertels, in dem ein Überleben nicht mehr nur mit Ach und Krach, sondern nur noch mit Hartz IV und Wohngeld möglich ist, waren die Vollzeitbeschäftigten in der deutlichen Mehrheit, nur rund ein Sechstel der Befragten in diesem Segment gab eine Arbeitszeit von weniger als 30 Stunden an. Selbstständige sind in diesem Segment leicht überrepräsentiert. Zwar stehen uns keine Vergleichszahlen zur Verfügung, doch die Rückmeldungen, die wir aus der Branche erhalten, legen die Vermutung nahe, dass besonders die Freiberufler in der Krise die bittersten Einbußen hinnehmen. Das ist nicht nur ernüchternd, das ist bitter.

Sicher, die Umfrage war nicht repräsentativ, dennoch gibt sie eine Tendenz wieder, die sich auch mit unseren Beobachtungen deckt. Mit aller gebotenen Vorsicht weisen wir noch auf eine zweite Tendenz hin: Nur etwa ein Fünftel aller Teilnehmer konnte auf mehr als 10 Jahre Berufserfahrung zurückschauen. Für die meisten scheint nach einer vergleichsweise kurzen Zeit der Beruf keine ausreichenden Perspektiven mehr zu bieten. Natürlich ist nicht auszuschließen, dass sich weniger Kollegen und Kolleginnen, die älter als 35 Jahre sind, an der Umfrage beteiligt haben, unsere Beobachtungen bestätigen jedoch auch hier die Zahlen. Schon lange lautet die Faustregel: Spätestens mit Vierzig ist man als Designer selbstständig – freiwillig oder unfreiwillig. Ein Angestelltenverhältnis winkt allenfalls jungen Designerinnen und Designern zu eher moderaten Gehältern – nach ausgiebiger Praktikumszeit. Im Beruf alt zu werden, gelingt nur wenigen.

Henning Krause Foto: Gerhard Kassner

Die plausibelste Erklärung für diesen erschreckenden Zustand des Arbeitsmarktes Design ist, dass die Nachfrage nach Design für die Anzahl der Anbieter zu gering ist. Da der Markt in den vergangenen Jahren kräftig gewachsen ist, kann das wiederum nur heißen, dass noch über das Marktwachstum hinaus Anbieter in den Markt eingetreten sind. Tatsächlich haben wir verstärkt „Einwanderer“ aus benachbarten Berufsgruppen zu verzeichnen, nicht nur von Produkt- und Modedesignern, sondern auch beispielsweise von den Architekten. Den Architekten geht es nach Zahlen der Architektenkammer nämlich noch schlechter, hier liegt rund ein Drittel nahe Hartz-IV-Niveau – Hobbyisten bereits heraus gerechnet.

Das heißt: Wir leisten uns einen Arbeitsmarkt Designwirtschaft, in dem junge Menschen zunächst eine kostspielige akademische Ausbildung erhalten, anschließend in ein benachbartes Berufsfeld auswandern, dort eine zeitlang zu selbstausbeuterischen Gehältern oder Honoraren arbeiten, um dann nach spätestens 20 Jahren den Beruf zu verlassen, um die restlichen zwanzig Berufsjahre in Gebäudereinigung, im Buchantiquariat oder im Callcenter zu arbeiten. Und das in einem Wirtschaftssegment, das völlig unstreitig eine enorme Bedeutung für die Volkswirtschaft des Landes einnimmt. Denn Design ist aus wirtschaftlicher Sicht weit mehr als das „Anhübschen“ von Drucksachen und Objekten. Design hat in erfolgreichen Unternehmen höchste strategische Bedeutung, ist in obersten Managementebenen verankert. Dennoch stellt sich zunehmend ein Marktbild ein, dass uns auch hinlänglich von anderen kulturwirtschaftlichen Bereichen bekannt ist: Eine große Zahl von Hungerleidern steht einer geringen Zahl gut verdienenden Kollegen gegenüber. Die Frage, wie in einem weitgehend atomisierten, von Regelarbeitsverhältnissen entkernten Markt dauerhaft existenzsichernde Einkommen erzielt werden können, scheint weiterhin unbeantwortet.

Wir bedauern es außerordentlich, dass es bislang keine repräsentativen, also belastbare und aktuelle Untersuchungen gibt, die Auskunft erteilen über Verdienst und Lebensumstände von Designerinnen und Designern. Hier sehen wir eindeutig die Regierung in der Pflicht endlich für valides Zahlenmaterial zu sorgen. Wer seine Hoffnungen auf die Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten in der Designwirtschaft setzt, sollte gemeinsam mit den Designerverbänden das Bild des Arbeitsmarktes Design näher in Augenschein nehmen als aus der Vogelperspektive volkswirtschaftlicher Zahlen. Es wird Zeit, ein realistisches Bild vom Traumberuf Kommunikationsdesigner zu malen.

Die gesamte Umfrage finden Sie unter www.bdg-designer.de

Der Verfasser ist Präsident des BDG · Berufsverband der Deutschen Kommunikationsdesigner e.V. ■

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates

Der „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates“ will zur Finanzierung des Deutschen Kulturrates beitragen und damit einen Beitrag zu dessen Unabhängigkeit leisten. Der „Verein der Freunde des Deutschen Kulturrates“ versteht seine Förderung subsidiär. Jeder ist eingeladen, im „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates“ mitzuwirken und durch finanzielles oder ehrenamtliches Engagement einen Beitrag zur Stärkung des Deutschen Kulturrates zu leisten.
Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung *politik und kultur* kostenlos.

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14,
Fax: 030/24 72 12 45
E-Mail: foerderverein@kulturrat.de
Internet: www.kulturrat.de/foerderverein

Vorstand
Dr. Georg Ruppelt (Vorsitzender)
Regine Lorenz (Stellvertretende Vorsitzende)
Stefan Piendl (Stellvertretender Vorsitzender)
Schriftführerin: Gabriele Schulz

Mitgliedschaft im Förderverein des Deutschen Kulturrates
Bitte senden Sie mir unverbindlich Informationen zur Mitgliedschaft im „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates“ zu:

Name: _____

Vorname: _____

Anschrift: _____

E-Mail: _____

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14
Fax: 030/24 72 12 45
E-Mail: foerderverein@kulturrat.de

politik und kultur

Jahresbericht des Deutschen Kulturrates e.V. über seine Tätigkeit im Jahr 2009

Das Jahr 2009 war mit der Wahl des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestags und verschiedener Landtagswahl auch kulturpolitisch durch Wahlkämpfe geprägt. Der Deutsche Kulturrat hat sich mit seinen Wahlprüfsteinen in die Wahldiskussionen eingebracht und die Bedeutung von Kulturpolitik in der Gestaltung der Rahmenbedingungen unterstrichen.

Darüber hinaus hat der Deutsche Kulturrat mit seinen Stellungnahmen kulturpolitischen Handlungsbedarf aufgezeigt, mit seiner Zeitung *politik und kultur* kulturpolitische Diskussionen angeregt und geführt und sich mit Tagungen und Veranstaltungen am kulturpolitischen Diskurs beteiligt.

Struktur des Deutschen Kulturrates

Mitglieder des Deutschen Kulturrates sind seine acht Sektionen, die die künstlerischen Sparten repräsentieren. Es sind:

- Deutscher Musikrat,
- Rat für darstellende Kunst und Tanz,
- Deutsche Literaturkonferenz,
- Deutscher Kunstrat,
- Rat für Baukultur,
- Sektion Design,
- Sektion Film und audiovisuelle Medien,
- Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung.

Den Sektionen gehören wiederum die spartenspezifischen Bundeskulturverbände an. In den Sektionen sind Verbände der Künstler, der Kultureinrichtungen, der Kulturwirtschaft und der Kulturvereine versammelt. Die Sektionen sind unterschiedlich formell verfasst. Einige sind eingetragene Vereine, andere arbeiten als Arbeitsgemeinschaft zusammen.

Der Deutsche Kulturrat befasst sich mit spartenübergreifenden Fragen. Dazu gehören die Rahmenbedingungen im Arbeits- und Sozialrecht, im Steuerrecht, im Urheberrecht sowie in anderen Rechtsgebieten. Von großer Bedeutung sind für den Deutschen Kulturrat bildungspolitische Fragen. An Stellenwert gewinnt die Frage der Digitalisierung. Aber auch ein Thema wie die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, das auf den ersten Blick ein Thema der Sektion Film und audiovisuelle Medien zu sein scheint, betrifft den gesamten Deutschen Kulturrat, denn von der Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind u. a. auch der gesamte Musikbereich (Deutscher Musikrat), die kulturelle Bildung (Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung) und der Literaturbereich (Deutsche Literaturkonferenz) betroffen. Auf Wunsch einer Sektion kann sich der Deutsche Kulturrat auch mit spartenspezifischen Fragen befassen.

Arbeitsweise des Deutschen Kulturrates

Wesentlichen Anteil an der Erarbeitung der Stellungnahmen und Positionen des Deutschen Kulturrates haben die *Fachausschüsse*. Hier beraten Experten aus den Mitgliedsverbänden des Deutschen Kulturrates und externe Experten gemeinsam rechts-, sozial-, bildungs- und kulturpolitische Fragen. Im Jahr 2009 fand eine Neubesetzung der Fachausschüsse statt. Aufgrund des großen Interesses an einer Mitwirkung in den Fachausschüssen wurde die zuvor bestehende Regelung, dass jede Sektion höchstens vier Experten in einen Fachausschuss entsenden kann, aufgehoben. Die Fachausschussmitglieder arbeiten alle ehrenamtlich in den Ausschüssen mit. Die neun Fachausschüsse haben sowohl die Fragen an die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zur Wahl des Europäischen Parlaments als auch zur Bundestagswahl erarbeitet. Dabei galt es stets, einen Kompromiss aus den teilweise gegensätzlichen Meinungen und Positionen zu erzielen. Verabschiedet werden die Stellungnahmen vom *Sprecherrat* des Deutschen Kulturrates. Hier finden eine nochmalige Debatte aller Stellungnahmen sowie die Beschlussfassung statt. Der Sprecherrat hat insbesondere die Aufgabe eine politische Bewertung der von den Experten fachlich erarbeiteten Stellungnahmen vorzunehmen. Im Sprecherrat sind alle Sektionen durch zwei Sprecher und zwei Stellvertreter vertreten. Der Sprecherrat wählt aus seiner Mitte den Vorstand des Deutschen Kulturrates. Der *Vorstand* des Deutschen Kulturrates (Prof. Dr. Max Fuchs, Christian Höppner, Dr. Georg Ruppelt) wurde im Frühjahr 2009 erneut für zwei Jahre im Amt bestätigt. Der *Mitgliederversammlung* des Deutschen Kulturrates obliegen in erster Linie vereinsrechtliche Aufgaben. Sie nimmt den Jahresabschluss des Vorjahres entgegen und entlastet Vorstand und Geschäftsführung. Ebenso verabschiedet sie den Haushalt des kommenden Jahres. Die *Geschäftsstelle* des Deutschen Kulturrates hat die Aufgabe, die Beschlüsse der Gremien umzusetzen und gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit zu vertreten. Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates Olaf Zimmermann vertritt den Deutschen Kulturrat gerichtlich und außergerichtlich als besonderer Vertreter nach § 30 BGB.

Die Vertreter in den Gremien des Deutschen Kulturrates arbeiten ehrenamtlich. Sie erhalten weder eine Aufwandsentschädigung noch eine Erstattung der Reisekosten. Lediglich für die Vorstandsmitglieder werden die Reisekosten übernommen.

Im Jahr 2009 waren in der Geschäftsstelle der Geschäftsführer, die Stellvertretende Geschäftsführerin und eine wissenschaftliche Mitarbeiterin das ganze Jahr über beschäftigt. Eine weitere wissenschaftliche Mitarbeiterin war bis zur Mitte des Jahres 2009 angestellt. Weiter wurde die Arbeit der Geschäftsstelle durch Praktikanten und studentische Aushilfen unterstützt.

Arbeit der Gremien

Fachausschuss Arbeit und Soziales

Zentrale Themen des Fachausschusses Arbeit und Soziales waren im Jahr 2009 die Umsetzung der Reform des Künstlersozialversicherungsgesetzes aus dem Jahr 2007 sowie die Reform der gesetzlichen Grundlagen für den Bezug von Arbeitslosengeld I. Hier bestand bereits seit dem Jahr 2006 für Schauspieler, Regisseure und andere kurzzeitig Beschäftigte aus dem Kulturbereich das Problem, dass sie zwar Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen, aufgrund der Rahmenfrist (365 Tage sozialversicherungspflichtige Beschäftigung innerhalb von zwei Jahren) aber kein Arbeitslosengeld I beziehen, da sie die Voraussetzungen nicht erfüllen. Im Juni 2009 fand eine gesetzliche Änderung statt, die einen ersten Schritt zur Lösung der bestehenden Probleme darstellt. Der Fachausschuss hat sich ferner mit den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Aussagen des Koalitionsvertrags befasst und hierzu eine Stellungnahme vorbereitet. Die Stellungnahme „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik für die Kultur – Resolution des Deutschen Kulturrates zu den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Aussagen des Koalitionsvertrags, die den Kulturbereich betreffen“ kann unter http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1707&rubrik=4 abgerufen werden. Ein weiteres wichtiges Thema ist für den Ausschuss die Ausbildung in künstlerischen und kulturellen Berufen und die Arbeitsmarktchancen der Absolventen. Der Ausschuss traf sich am: 20.01.2009, 11.05.2009, 14.09.2009 und am 30.11.2009.

Fachausschuss Bildung

Thema des Fachausschusses Bildung war im Jahr 2009 die Kulturelle Bildung in der Schule, die Stellungnahme kann unter http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1466&rubrik=4 abgerufen werden. Weiter hat sich der Fachausschuss intensiv mit der Umsetzung der „UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ (UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt) auseinander gesetzt. Ein wichtiges Anliegen ist dem Ausschuss dabei die Frage, welchen Beitrag die kulturelle Bildung zur Sicherung der kulturellen Vielfalt leisten kann. In diesem Zusammenhang hat sich der Ausschuss auch mit dem Thema der Funktionalisierung von kultureller Bildung befasst. Darüber hinaus begleitet der Fachausschuss das Projekt „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“, das mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom Deutschen Kulturrat durchgeführt wird. Der Fachausschuss traf sich am 16.02.2009, 24.06.2009 und am 26.11.2009.

Fachausschuss Europa/Internationales

Für den Fachausschuss Europa/Internationales war die Umsetzung der UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt ebenfalls ein zentrales Thema. Hier ging es darum, sich über die Umsetzung der Konvention in anderen UNESCO-Mitgliedstaaten zu informieren und zu diskutieren, inwiefern die Erfahrungen aus dem Ausland auf Deutschland übertragen werden können. Weitere Themen waren die EU-Kulturförderprogramme sowie die EU-Kulturagenda. Mit Blick auf die EU-Kulturagenda wurde von Seiten der EU-Kommission darüber informiert, wie die verschiedenen Generaldirektionen ihre Zusammenarbeit verstärken und zu einer kohärenten europäischen Kulturpolitik weiterentwickeln. Der Ausschuss traf sich am 30.06.2009 und am 08.12.2009.

Fachausschuss Kulturfinanzierung

Der Fachausschuss Kulturfinanzierung wurde vom Deutschen Kulturrat auf Beschluss des Sprecherrates neu eingerichtet. Im April 2009 traf sich eine Arbeitsgruppe „Finanzkrise“, in der eine erste Diskussion der möglichen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Kulturbereich stattfand. Die Arbeitsgruppe kam zu dem Schluss, dass Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise mindestens mittel-, wenn nicht langfristiger Natur sind und daher die Einrichtung eines

Weiter auf Seite 18

Mitgliederversammlung des Deutschen Kulturrates 2009 **Foto: Kristin Bäßler**

Schwerpunktthemen der Ausgaben von *politik und kultur* des Jahres 2009

politik und kultur 1/2009
(40 Seiten)

- Arbeitsmarkt Kultur
- Digitalisierung
- Erinnerungskultur
- Europa
- Finanzkrise
- Interkultur
- Künstlersozialversicherung
- Kultur und Kirche
- Kulturwirtschaft
- Vatikanreise

politik und kultur 2/2009
(48 Seiten und 8 Seiten Beilage Interkultur)

- 20 Jahre Mauerfall
- Bürgerschaftliches Engagement
- Digitalisierung
- Finanzkrise
- Künstlerinterview
- Kulturelle Bildung
- Kultur-Enquete (kulturelle Bildung)
- Kulturwirtschaft
- Raubgut

politik und kultur 3/2009
(60 Seiten und 8 Seiten Beilage Interkultur)

- 20 Jahre Mauerfall
- Digitalisierung
- Finanzkrise
- Kölner Stadtarchiv
- Künstlerinterview
- Kulturelle Bildung
- Kultur-Enquete (kulturelle Bildung)
- Kulturtourismus
- *puk*-Journalistenpreis
- Streitfall Computerspiele
- Wahlprüfsteine Europawahl

politik und kultur 4/2009
(36 Seiten und 4 Seiten Beilage Interkultur)

- 20 Jahre Mauerfall
- Bibliotheken
- Digitalisierung
- Europa
- Interreligiöser Dialog
- Kulturelle Bildung
- Kulturhauptstadt Europa
- Kulturradio
- Medien
- UNESCO

politik und kultur 5/2009
(44 Seiten und 8 Seiten Beilage Interkultur)

- Digitalisierung
- Internationales
- Künstlerinterview
- Kulturelle Bildung
- Kulturfinanzierung
- Kulturwirtschaft
- Streitfall Computerspiele
- Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2009

politik und kultur 6/2009
(48 Seiten und 4 Seiten Beilage Interkultur)

- 20 Jahre Mauerfall
- Digitalisierung
- Kultur und Kirche
- Kulturelle Bildung
- Kulturgroschen 2009
- Medien
- Oberbürgermeisterbefragung/ Kulturfinanzierung
- Streitfall Computerspiele

Ständige Rubriken der Ausgaben von *politik und kultur*

- Bundestagsdrucksachen
- Editorial
- Kulturelles Leben
- Kulturlandschaft Deutschland
- Kurzschluss
- Luther 2017
- Portrait

***politik und kultur* ist im Abonnement sowie in Bahnhofsbuchhandlungen und Flughäfen erhältlich.**

Lieferbare Publikationen des Deutschen Kulturrates

- Der WDR als Kulturakteur – Anspruch • Erwartung • Wirklichkeit. Hg. v. Deutschen Kulturrat. Autoren: Gabriele Schulz, Stefanie Ernst, Olaf Zimmermann. Berlin 2009. 464 Seiten. ISBN 978-3-934868-22-9
- Kulturelle Bildung: Aufgaben im Wandel. Hg. v. Deutschen Kulturrat. Autoren: Kristin Bäßler, Max Fuchs, Gabriele Schulz, Olaf Zimmermann. Berlin 2009. 489 Seiten. ISBN 978-3-934868-18-2
- Max Fuchs: Kulturpolitik und Zivilgesellschaft. Analysen und Positionen. Aus politik und kultur 4. Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. Berlin 2008. 184 Seiten. ISBN 978-3-934868-21-2
- Kulturpolitik der Parteien: Visionen, Programmatik, Geschichte, Differenzen. Aus politik und kultur 3. Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 166 Seiten. Berlin 2008. ISBN 978-3-934868-17-5
- Streitfall Computerspiele: Computerspiele zwischen kultureller Bildung, Kunstfreiheit und Jugendschutz (2. erweiterte Auflage). Aus politik und kultur 1. Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 140 Seiten. Berlin 2008. ISBN 978-3-934868-15-1
- Die Kirchen, die unbekannte kulturpolitische Macht. Aus politik und kultur 2. Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 108 Seiten. Berlin 2007. ISBN 978-3-934868-14-4
- Kultur als Arbeitsfeld und Arbeitsmarkt für Geisteswissenschaftler. Hg. v. Deutschen Kulturrat. 184 Seiten. Berlin 2007. ISBN 978-3-934868-16-8
- Kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion – Konzeption Kulturelle Bildung III. Hg. v. Deutschen Kulturrat. 470 Seiten. Berlin 2005. ISBN 3-934868-11-8

Alle Publikationen können über den Buchhandel oder direkt beim Deutschen Kulturrat über http://www.kulturrat.de/shop.php bezogen werden.

Fortsetzung von Seite 17

Fachausschusses Kulturfinanzierung sinnvoll wäre. Dieser Ausschuss wurde daraufhin vom Sprecherrat eingerichtet und traf sich erstmals am 28.10.2009. Das erste Treffen diente zunächst einer Bestandsaufnahme der Situation in den verschiedenen künstlerischen Sparten. Der Ausschuss plant eine Stellungnahme zu erarbeiten, in der über die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hinausgehende Vorschläge zur Sicherung der Kulturfinanzierung erarbeitet werden sollen.

Fachausschuss Kulturwirtschaft

Wichtiges Thema des Fachausschusses Kulturwirtschaft ist die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung. Im Fachausschuss wurde diese Initiative sehr unterschiedlich eingeschätzt, sprachen die einen von einer vertanen Chance, vertraten die anderen die Auffassung, dass dank dieser Initiative die Wahrnehmung der Kulturwirtschaft als wichtiger Bestandteil der Volkswirtschaft gestiegen sei. In seiner „Resolution zur Fortsetzung der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft“ hat sich der Deutsche Kulturrat zur Zukunft dieser Initiative positioniert. (http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1706&rubrik=4) Ein weiteres wichtiges Thema des Ausschusses war die Ausbildung in künstlerischen und kulturellen Berufen. Hier wurde u. a. die Frage diskutiert, ob die Bologna-Reform entgegen ihrer Zielsetzung teilweise eben nicht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Absolventen beitrage, sondern diese sogar einschränke. Von großer Bedeutung ist auch für diesen Ausschuss die UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt, die ebenso auf die Sicherung der kulturellen Vielfalt in der Kulturwirtschaft abzielt. Der Ausschuss traf sich am 11.11.2009.

Fachausschuss Medien

Auch im Fachausschuss Medien spielt die UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt eine wichtige Rolle. Eines der Kernthemen des Ausschusses ist die Digitalisierung und daraus resultierend die Konvergenz der Medien. In diesem Zusammenhang hat sich der Ausschuss auch mit den Telemedienkonzepten der ARD und ZDF befasst und hierzu eine Stellungnahme erarbeitet. (http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1623&rubrik=4) Der Ausschuss traf sich am 04.05.2009, 03.07.2009, 21.09.2009 und 14.12.2009.

Fachausschuss Steuern

Der Fachausschuss Steuern hat sich initiativ mit den Anforderungen an eine Steuerpolitik für Kunst und Kultur in der 17. Legislaturperiode befasst und hierzu eine Resolution mit konkreten Vorschlägen erarbeitet (http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1691&rubrik=4). Zentrale Anliegen sind die Einführung eines Optionsmodells hinsichtlich der Umsatzsteuerbefreiung sowie die weitere Fortentwicklung des Gemeinnützigkeitsrechts. Der Ausschuss traf sich am 03.02.2009, 21.04.2009 und 18.06.2009.

Fachausschuss Urheberrecht

Kernthema des Fachausschusses Urheberrecht ist die Weiterentwicklung des Urheberrechts angesichts der Digitalisierung. In diesem Zusammenhang hat der Fachausschuss unter anderem die „Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Prüfung des weiteren gesetzgeberischen Handlungsbedarfs im Bereich des Urheberrechts“ vorbereitet. (http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1599&rubrik=4) Daneben befasste sich der Fachausschuss mit der Diskussion um eine sogenannte Kulturflatrate und wird dieses Thema in einer eigens eingerichteten Unterarbeitsgruppe vertiefen. Unterstrichen wird auch im Fachausschuss Urheberrecht, dass die kulturelle Vielfalt gestärkt und gesichert werden muss. Ausschusssitzungen fand am 16.02.2009, 06.05.2009 und am 21.10.2009 statt.

Sprecherrat

Der Sprecherrat tagte am 18.03.2009, 17.06.2009, 30.09.2009 und am 09.12.2009. Im Sprecherrat wurden aktuelle kulturpolitische Fragen diskutiert und es wurde aus den Fachausschüssen des Deutschen Kulturrates berichtet. Neben den unter den Fachausschüssen genannten Stellungnahmen, die alle im Sprecherrat ausführlich debattiert und dann abgestimmt wurden, hat der Sprecherrat weitere Stellungnahmen (siehe Kasten) verabschiedet, die entweder direkt im Sprecherrat oder in eigens eingerichteten Arbeitsgruppen des Deutschen Kulturrates erarbeitet worden waren.

Breiten Raum nahmen in den Debatten des Sprecherrates die Wahlprüfsteine des Deutschen Kulturrates an die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zur Wahl des Europäischen Parlaments und zur Wahl des Deutschen Bundestags (Wahlprüfsteine) ein. Hier galt es, eine Balance zu finden zwischen dem Anspruch, einerseits möglichst genau zu erfahren, was die Parteien in der Kulturpolitik planen, und andererseits dabei nicht zu detailliert zu werden. Sowohl die Wahlprüfsteine zur Wahl des Europäische Parlaments als auch zur Bundestagswahl wurden von den Parteien sehr präzise beantwortet. Die Antworten stießen auf großes Interesse.

In der Sprecherratssitzung am 30.09.2009 hat der Sprecherrat sieben Mindestanforderungen an den Deutschen Bundestag und die neue Bundesregierung formuliert, und zwar:

1. *Staatsziel Kultur*: Die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz muss jetzt endlich erfolgen.
2. *Nothilfefonds des Bundes*: Ein Nothilfefonds des Bundes für in Not geratene Kultureinrichtungen und freie Träger der Kulturarbeit muss zügig eingerichtet werden.
3. *Kulturetats*: Eine Steigerung der Kulturetats für die Kulturförderung im Inland (BKM) und im Ausland (Auswärtiges Amt) werden auch als Signal für die Kulturförderung in den Kommunen und den Ländern verstanden werden.
4. *Digitalisierung*: Eine umfängliche Diskussion über die Auswirkungen der Digitalisierung auf Kultur und Gesellschaft sind überfällig.
5. *Geistiges Eigentum*: Die Debatte zur Weiterentwicklung des Urheberrechts und zur Stärkung des Bewusstseins für das geistige Eigentum muss konsequent und offen fortgeführt werden.
6. *Künstlersozialversicherung*: Die mittelfristigen Wirkungen der Reform der Künstlersozialversicherung aus der 16. Wahlperiode müssen abgewartet werden.
7. *UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt*: Die Umsetzung der UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt auf der Bundesebene muss jetzt angegangen werden.

Sechs der genannten Mindestforderungen des Deutschen Kulturrates hat sich Kulturstaatsminister Bernd Neumann in der öffentlichen Ausschusssitzung des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages am 02.12.2009 zu Eigen gemacht. Die Forderung nach einem Nothilfefonds des Bundes stößt gegenwärtig bei ihm noch auf verfassungsrechtliche Bedenken.

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung hat u. a. vereinsinterne Funktionen wie die Entlastung von Vorstand und Geschäftsführung für den Haushalt des Vorjahres und die Verabschiedung des neuen Haushalts.

In der Mitgliederversammlung am 01.10.2009 fand darüber hinaus eine sehr engagierte Debatte zum Thema Digitalisierung statt. Es zeigte sich, dass die Mehrzahl der Mitgliedsverbände der Sektionen des Deutschen Kulturrates von diesem Thema unmittelbar betroffen ist. Es wurde deutlich, dass die Digitalisierung sowohl für die Künstler wie für die Kultureinrichtungen, die Kulturwirtschaft und die Kulturvereine eine der großen Herausforderungen darstellt.

Kulturpolitischer Diskurs

Über die bereits genannten Themen hinaus, die in den Fachausschüssen, dem Sprecherrat und der Mitgliederversammlung ihren Platz fanden, beteiligte sich der Deutsche Kulturrat an kulturpolitischen Diskussionen bzw. initiierte selbst einige.

Konvention Kulturelle Vielfalt

Der Vorstand des Deutschen Kulturrates hat als ein wesentliches Vorhaben seiner Amtszeit die Verbreiterung der Debatte um die UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt und deren Umsetzung beschrieben. Diese Debatte zur UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt findet zum einen, wie beschrieben, in den Gremien des Deutschen Kulturrates statt. Darüber hinaus wurde der Präsident des Deutschen Kulturrates als Persönliches Mitglied in die Deutsche UNESCO-Kommission berufen und wirkt aktiv im Fachausschuss Kultur mit (siehe hierzu der Bericht von Max Fuchs in diesem Jahresbericht). Zudem hat sich der Deutsche Kulturrat an der Erstellung des Weißbuches zur Umsetzung der UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt beteiligt und konkrete Umsetzungsvorschläge gemacht. Innerhalb des Deutschen Kulturrates wird das Thema weiterhin von Bedeutung bleiben.

Interkultur

Bereits im Jahr 2007 hat sich der Deutsche Kulturrat mit einer Stellungnahme zur interkulturellen Bildung zu Wort gemeldet. Seit dem Sommer 2008 bearbeitet er mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ein Projekt zu „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“. Kernelement dieses Projektes ist die Einrichtung eines Runden Tischs gemeinsam mit Migrantenorganisationen, die im Bereich der kulturellen Bildung im weitesten Sinne aktiv sind. An diesem Runden Tisch sollen Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung erarbeitet werden. In einem ersten Schritt wurde im Jahr 2009 das Vorhaben verschiedenen Migrantenorganisationen vorgestellt, um sie für eine Mitwirkung in dem Vorhaben zu gewinnen. Bei allen Migrantenorganisationen, denen das Vorhaben vorgestellt wurde, stieß es auf sehr großes Interesse und auf die Bereitschaft zur Mitwirkung. Im November 2009 fand der erste Runde Tisch statt, der zunächst dazu diente, das Themenfeld abzustecken.

Begleitet wird das Vorhaben durch einen Beirat, dem Experten aus Verbänden angehören, die bereits über Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen verfügen. Ein Thema dieses Beirats ist die Verbandsentwicklung in Richtung einer stärkeren Einbeziehung von Migranten in die Verbandsarbeit.

Kulturelle Bildung

Über den Fachausschuss Bildung hinaus spielt das Thema kulturelle Bildung eine zentrale Rolle im Rahmen des Projektes „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“. Weiter hat der Deutsche Kulturrat zusammen mit

Weiter auf Seite 19

Fortsetzung von Seite 18

der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen eine Stellungnahme „Kultur ein Leben lang!“ (http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1666&rubrik=4) erstellt. Mit dieser Stellungnahme will der Deutsche Kulturrat dafür sensibilisieren, dass kulturelle Bildung nicht nur ein Thema der Kinder- und Jugendarbeit, sondern auch ein zentrales Element der Erwachsenenbildung ist.

Intensiv hat sich der Deutsche Kulturrat mit der Forderung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ auseinandergesetzt, eine Bundeszentrale für kulturelle Bildung einzurichten. Er hat diese Empfehlung in seiner Stellungnahme „Stärkung der kulturellen Bildung auf der Bundesebene – Deutscher Kulturrat fordert die Unterstützung einer Plattform ‚Kulturelle Bildung‘ in der Verantwortung der maßgeblichen Bundesverbände und die Einrichtung eines Fonds Kulturelle Bildung“ (http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1516&rubrik=4) abgelehnt und stattdessen empfohlen, die bestehenden verbandlichen Beratungsstrukturen zu stärken und auszubauen.

Fortgeführt wurde ebenfalls die Diskussion zu Bildungsstandards in künstlerischen Schulfächern.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

In verschiedenen Stellungnahmen hat der Deutsche Kulturrat in der Vergangenheit den öffentlich-rechtlichen Rundfunk einerseits an seine Pflicht als Kulturakteur erinnert, andererseits an die Politik appelliert, dass die Entwicklungsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gesichert bleiben muss. Im Raum stand immer wieder die Frage, welche Bedeutung der öffentlich-rechtliche Rundfunk für das kulturelle Leben – auch über den Filmbereich hinaus – besitzt.

Der Deutsche Kulturrat hat daher gerne das Angebot angenommen, eine Studie zum WDR als Kulturakteur zu erstellen. Neben empirischen Daten zu Erträgen und Aufwendungen des WDR, zur Zahl der Beschäftigten, zur Aus- und Weiterbildung, zur Bedeutung für das Musikleben sowie für den Film wird in qualitativen Interviews herausgearbeitet, welche Bedeutung der WDR für das kulturelle Leben hat. Das Buch „Der WDR als Kulturakteur – Anspruch · Erwartung · Wirklichkeit“ ist im Dezember 2009 erschienen.

Streitfall Computerspiele

Ein Dauerbrenner in Diskussionen und Aktivitäten des Deutschen Kulturrates ist das Thema Streitfall Computerspiele. Sowohl der Präsident als auch der Geschäftsführer wurden zu verschiedenen Tagungen und Veranstaltungen anderer Träger eingeladen, um zu diesem Thema an Diskussionen teilzunehmen oder Vorträge zu halten.

Darüber hinaus war der Deutsche Kulturrat im Jahr 2009 bei zwei Tagungen von kirchlichen Akademien Kooperationspartner. Im Mai 2009 fand in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Loccum eine Tagung zur Frage statt, wie Computerspiele entwickelt werden und welchen Anteil der Kunst dabei zugemessen werden kann. Im September 2009 befasste sich eine Kooperationstagung zusammen mit der Katholischen Akademie Mainz mit dem Thema Spielsucht.

Nach wie vor erscheinen Beiträge zum Themenkreis Computerspiele in *politik und kultur*.

v.l.n.r. Max Fuchs, Monika Grütters, Christian Höppner. Monika Grütters als neue Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien zu Gast im Sprecherrat des Deutschen Kulturrates **Foto: Marius Digel**

Kultur und Kirche

Ein zweiter Dauerbrenner ist der Komplex Kultur und Kirche. Nicht nur, dass gerade in Künstlerinterviews immer wieder deutlich wird, welche Bedeutung Religion für Künstlerinnen und Künstler hat, mit der erstmaligen Vergabe des Evangelischen Kulturpreises an die Kulturkirche St. Stephani in Bremen wurde auch deutlich, dass diese Debatte die Kirche verändert. Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates Olaf Zimmermann hielt die Laudatio bei der Vergabe des Kulturpreises der EKD.

An Künstlerinterviews mit Bezug zum Thema Kultur und Kirche wurden in *politik und kultur* veröffentlicht:

- Tattoos und Lippenstift, Sebastian und Madonna. Christoph Strack im Gespräch mit Norbert Bisky (*puk* 1/2009)
- Ein Künstler existiert, um etwas für die Ewigkeit zu schaffen. Olaf Zimmermann im Gespräch mit Markus Lüpertz (*puk* 3/2009)
- Wer singt hat höhere Lebensqualität. Christoph Strack im Gespräch mit Annette Dasch (*puk* 5/2009)

Luther 2017

Im Jahr 2008 wurde nach der Eröffnung der Reformationsdekade mit der Kolumne Luther 2017 in *politik und kultur* begonnen. Diese Kolumne setzt sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln mit dem Reformator Martin Luther sowie den Wirkungen der Reformation auseinander.

Anhörungen, Tagungen, Gespräche von Bundestagsfraktionen und Bundesministerien

Die AG Tourismus, die AG Kultur und Medien sowie die AG Wirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion führten am 09.02.2009 eine Anhörung zum Thema Kulturtourismus durch, an der Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, als Experte teilnahm.

Am 04.03.2009 führte der Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags eine Anhörung zum Thema „Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf das kulturelle Leben in Deutschland“ durch. Zu dieser Anhörung wurde Olaf Zimmermann als Experte angehört.

Die Bundestagsfraktion Die Linke veranstaltete am 01.04.2009 eine Tagung zum Thema Staatsziele. Gabriele Schulz, Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates, wurde zu einem möglichen Staatsziel Bildung angehört.

Am 15.05.2009 veranstaltete die Bundestagsfraktion Die Linke eine Tagung zur Zukunft des Urheberrechts in der digitalen Welt. Olaf Zimmermann nahm an einer Diskussionsrunde teil.

Kulturstaatsminister Bernd Neumann, MdB traf Vorstand und Geschäftsführung des Deutschen Kulturrates am 08.07.2009. Ein wesentliches Thema dieses Gespräches waren die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Kulturbereich.

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, MdB veranstaltete am 13.08.2009 ein Arbeitsfrühstück zu Fragen der sozialen Sicherung in der Kreativwirtschaft. Olaf Zimmermann vertrat den Deutschen Kulturrat bei diesem Termin.

Über diese Gespräche hinaus ist der Deutsche Kulturrat im kontinuierlichen Dialog mit Abgeordneten aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Der Deutsche Kulturrat ist überparteilich und allein seinen satzungsgemäßen Aufgaben und Zielen verpflichtet.

Veranstaltungen

Traditionell wartet der Deutsche Kulturrat mit zwei größeren Veranstaltungen im Jahr auf: der Vergabe des *puk*-Journalistenpreises im Frühjahr und der Vergabe des Kulturgroschens im Herbst.

Der *puk*-Journalistenpreis wurde am 24.03.2009 in Kooperation mit Deutschlandradio in den Räumen von Deutschlandradio Berlin ver-

Weiter auf Seite 20

Fachausschüsse des Deutschen Kulturrates

- Fachausschuss Arbeit und Soziales
  Vorsitz: Georg Halupzok (Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung)
- Fachausschuss Bildung
  Vorsitz: Christian Höppner (Deutscher Musikrat)
- Fachausschuss Bürgerschaftliches Engagement
  Vorsitz: Hildegard Bockhorst (Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung)
- Fachausschuss Europa/Internationales
  Vorsitz: Prof. Dr. Max Fuchs (Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung)
- Fachausschuss Kulturwirtschaft
  Vorsitz: Bernd Fesel
- Fachausschuss Kulturfinanzierung
  Vorsitz: Barbara Lison (Deutsche Literaturkonferenz)
- Fachausschuss Medien
  Vorsitz: Julia Fallenstein (Deutscher Musikrat)
- Fachausschuss Steuern
  Vorsitz: Prof. Dr. Peter Raue
- Fachausschuss Urheberrecht
  Vorsitz: Prof. Dr. Gabriele Beger (Deutsche Literaturkonferenz)

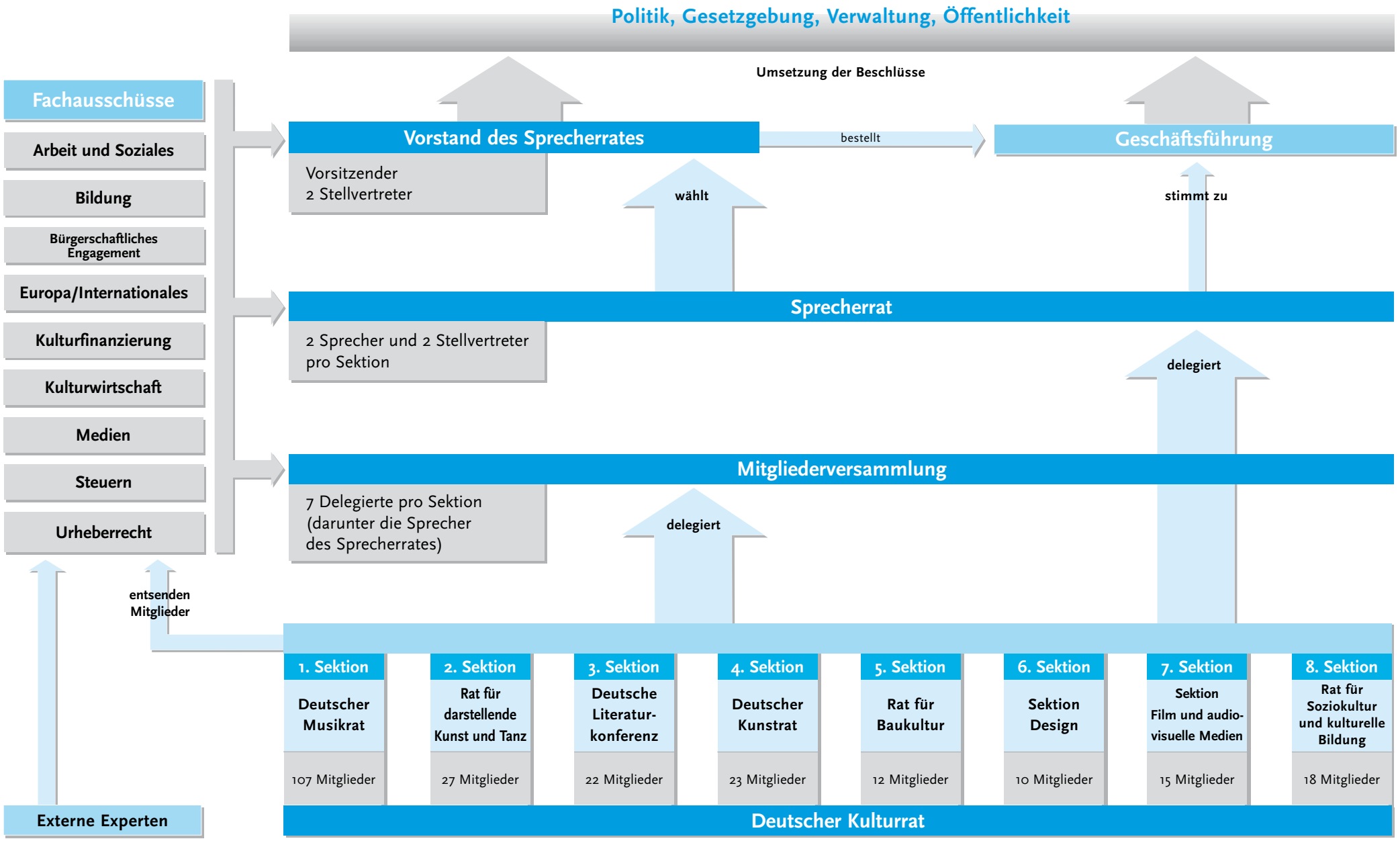
Stand: Februar 2010

Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates im Jahr 2009

1. Kulturelle Bildung in der Schule (07.01.2009)
2. Filmförderungsgesetz: Deutscher Kulturrat fordert Bundestag und Bundesregierung zu raschem Handeln auf (18.03.2009)
3. Stärkung der kulturellen Bildung auf der Bundesebene – Deutscher Kulturrat fordert die Unterstützung einer Plattform „Kulturelle Bildung“ in der Verantwortung der maßgeblichen Bundesverbände und die Einrichtung eines Fonds Kulturelle Bildung (19.03.2009)
4. Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Prüfung weiteren gesetzgeberischen Handlungsbedarfs im Bereich des Urheberrechts (17.06.2009)
5. Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zu den von der ARD und dem ZDF vorgelegten Telemedienkonzepten (05.08.2009)
6. „Kultur ein Leben lang“ Stellungnahme des Deutschen Kulturrates und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (13.10.2009)
7. Steuerpolitik für Kunst und Kultur – Resolution des Deutschen Kulturrates mit steuerpolitischen Vorschlägen für die 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestags (20.11.2009)
8. Resolution des Deutschen Kulturrates zur Fortsetzung der „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung“ (09.12.2009)
9. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik für die Kultur – Resolution des Deutschen Kulturrates zu den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Aussagen des Koalitionsvertrags, die den Kulturbereich betreffen (09.12.2009)

Im Jahr 2009 durchgeführte Pressegespräche

- Vorstellung des Buches „Kulturelle Bildung: Aufgaben im Wandel“ des Deutschen Kulturrates (18.03.2009)
- Vorstellung der „Wahlprüfsteine des Deutschen Kulturrates zur Bundestagswahl 2009“ (11.08.2009)
- Kulturfinanzierung – Wie geht es weiter? – Große Oberbürgermeisterbefragung 2009 (03.11.2009)
- Vorstellung der Studie „Der WDR als Kulturakteur“ des Deutschen Kulturrates (15.12. 2009)



Organisationsstruktur des Deutschen Kulturrates

Fortsetzung von Seite 19

liehen. Preisträger waren Eckhard Fuhr (Die Welt) für die kontuierliche und nachhaltige Berichterstattung zu bundeskulturpolitischen Themen, Stefan Koldehoff (Deutschlandfunk) für seine Beiträge zum Thema Beutekunst und die Redaktion Zündfunk des Bayerischen Rundfunks für die Vermittlung kulturpolitischer Inhalte an ein junges Publikum. Die Laudatio hielt der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags Hans-Joachim Otto, MdB. Vor der Preisverleihung fand eine Podiumsdiskussion zur Vermittlung kulturpolitischer Themen in den Medien statt, an der die kulturpolitischen Sprecher der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien (Wolfgang Börnsen, CDU/CSU; Katrin Göring-Eckhardt, Bündnis 90/Die Grünen; Monika Griefahn, SPD; Dr. Luc Jochimsen, Die Linke; Christoph Waitz, FDP) teilnahmen. Moderiert wurde diese Diskussion vom Intendanten von Deutschlandradio Ernst Elitz.

Der Kulturgroschen des Deutschen Kulturrates wurde am 30.09.2009 an den Filmemacher Prof. Dr. h.c. Edgar Reitz verliehen. Die Laudatio hielt Prof. Dr. Rüdiger Safranski. Die Verleihung fand in Kooperation mit der Stiftung Brandenburger Tor statt.

Am 28.01.2009 fand zusammen mit dem WDR ein Parlamentarisches Abendessen statt. Volker Herres, der Programmdirektor der ARD, stellte sich den Fragen der Abgeordneten.

Sektion des Deutschen Kulturrats	Sprecherrat des Deutschen Kulturrats Vorstand des Sprecherrates
Deutscher Musikrat	· **Christian Höppner (Deutscher Musikrat)** · Hartmut Karmeier (Deutsche Orchestervereinigung) · Prof. Dr. Udo Dahmen (Percussion Creative) · Prof. Dr. Eckart Lange (Konferenz der Landesmusikräte)
Rat für darstellende Künste	· Rolf Bolwin (Deutscher Bühnenverein/Bundesverband der Theater und Orchester) · Barbara Wollenberg (Deutscher Bundesverband Tanz) · Heinrich Bleicher-Nagelsmann (ver.di – Fachgruppe Darstellende Kunst) · Joachim Reiss (Bundesverband Theater in Schulen)
Deutsche Literaturkonferenz	· Regine Möbius (Verband deutscher Schriftsteller in ver.di)) · **Dr. Georg Ruppelt (Bibliothek und Information Deutschland)** · Eckhardt Kloos (Börsenverein des deutschen Buchhandels) · Dr. Robert Staats (Verwertungsgesellschaft Wort)
Deutscher Kunstrat	· Birgit Maria Sturm (Bundesverband Deutscher Kunstverleger) · Ingo Terrumanum (ver.di, Fachgruppe Bildende Kunst) · Annemarie Helmer-Heichele (Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler) · Wolfgang Suttner (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine)
Rat für Baukultur	· Dr. Katrin Bek (Vereinigung der Landesdenkmalpfleger) · NN · Dipl. Ing Wolgang Esser (Vereinigung Freischaffender Architekten) · Jost Hähnel (Bundesingenieurkammer)
Sektion Design	· Kai Ehlert (Deutscher Designertag) · Henning Krause (Bundesverband der Deutschen Kommunikationsdesigner)
Sektion Film und audiovisuelle Medien	· Thomas Frickel (AG Dokumentarfilm) · Detlef Rönfeldt (Bundesverband Regie) · Katharina Uppenbrink (Verband deutscher Drehbuchautoren) · Christiane von Wahlert (SPIO)
Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung	· **Prof. Dr. Max Fuchs (Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung)** · Andreas Kämpf (Bundesvereinigung soziokultureller Zentren) · Dr. Karl Ermert (Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel) · Tobias Knoblich (Kulturpolitische Gesellschaft)

Dank

Die Arbeit des Deutschen Kulturrates wäre nicht möglich ohne die Unterstützung der Menschen, die sich für den Deutschen Kulturrat einsetzen, die ihn unterstützen und die in den Gremien mitwirken. Unser Dank gilt daher besonders den Mitgliedern der Fachausschüsse sowie den Sprecherinnen und Sprechern. Ihre Arbeit ist unersetzlich. Nur durch sie ist es möglich, die unterschiedlichen Positionen aus dem Kulturbereich tatsächlich zu bündeln. Sie informieren, wo es „brennt“, wo Handlungsbedarf besteht, aber auch welche Gesetzesänderungen sich positiv auswirken. Die Anregungen, die Kritik aber auch das Lob spornen an. Besonders hervorzuheben ist, dass neben dem Sachverstand auch Geldwert eingebracht wird, da die Kosten selbst getragen werden.

Sehr herzlich danken wir den Zuwendungsgebern. Einmal dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien für die Finanzierung des Vorhabens „Bündelung verbandlicher Kulturpolitik unter spartenübergreifendem Blickwinkel und Politikberatung durch den Deutschen Kulturrat e.V.“. Dieses Kernprojekt umfasst mit Ausnahme des Fachausschusses Bildung alle Fachausschüsse des Deutschen Kulturrates sowie die darin erarbeiteten Stellungnahmen. Ebenfalls danken wir für die Unterstützung der Verleihung des Kulturgroschens 2009.

Wir danken dem Bundesministerium für Bildung und Forschung für die Unterstützung des Projektes „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“. Im Rahmen dieses Vorhabens finden die Runden Tische zum Thema interkulturelle Bildung statt. Außerdem erscheint im Rahmen dieses Projektes die Beilage Interkultur zu *politik und kultur*.

Dem WDR danken wir für die Beauftragung zur Untersuchung des WDR als Kultur- und Wirtschaftsfaktor. Zwanzig Jahre nach Erscheinen der Pionierstudie von Andreas Joh. Wiesand und Karla Fohrbeck zum WDR als Kultur- und Wirtschaftsfaktor wurde der Deutsche Kulturrat beauftragt, eine erweiterte Studie zu erstellen.

Zu danken ist den Autorinnen und Autoren von *politik und kultur*, die in der Regel die Beiträge kostenlos zur Verfügung stellen. Von ihren Beiträgen lebt die Zeitung. Kontroversen sind hier ausdrücklich gewünscht.

Weiter gilt unser Dank dem ConBrio Verlag. Stets unkompliziert, schnell und flexibel setzen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unsere Wünsche um. In diesen Dank schließen wir die Zusammenarbeit beim KIZ ein.

Besonders danken wir auch Deutschlandradio bei der Kooperation zur Verleihung des *puk*-Journalistenpreises. Ebenfalls herzlich danken wir der Stiftung *Brandenburger* Tor für die bewährte Kooperation bei der Verleihung des Kulturgroschens. Die Zusammenarbeit mit beiden Kooperationspartnern ist stets durch Vertrauen und Teamgeist geprägt.

Den Mitarbeiterinnen des Deutschen Kulturrates gilt ebenfalls unser Dank. Ihr Engagement und ihre Identifikation mit der Arbeit sind eine unverzichtbare Grundlage für den Erfolg des Deutschen Kulturrates.

Wir sind sehr froh darüber, dass sich der Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates konstituiert hat und nun seine Arbeit aufgenommen hat, die ausschließlich dem Ziel dient, der im Vereinsname fixiert ist, nämlich die Arbeit des Deutschen Kulturrates ideell und materiell zu unterstützen. Dem Verein wünschen wir aus nahe liegenden Gründen viel Erfolg und danken ihm herzlich.

Wir wünschen uns eine weitere gute Zusammenarbeit mit allen, die zum Gelingen der Arbeit des Deutschen Kulturrates einen Beitrag leisten. Da Demokratie auch von Kritik lebt, freuen wir uns weiterhin über Lob und Kritik und vor allem über spannende Diskussionen.

Prof. Dr. Max Fuchs, Präsident
Christian Höppner, Vizepräsident
Dr. Georg Ruppelt, Vizepräsident
Olaf Zimmermann, Geschäftsführer ■

Vertretung des Deutschen Kulturrates in externen Gremien

Vertreter des Deutschen Kulturrates brachten in verschiedenen externen Gremien die Anliegen der Mitgliedsverbände des Deutschen Kulturrates und damit des kulturellen Lebens in Deutschland ein. Über die Tätigkeit in den Gremien wird regelmäßig im Sprecherrat des Deutschen Kulturrates berichtet und dadurch eine Rückbindung an die Sektionen des Deutschen Kulturrates gewährleistet. Im Folgenden wird die Arbeit der Vertreter des Deutschen Kulturrates in ausgewählten Gremien vorgestellt.

Arbeitskreis gesellschaftliche Gruppen im Haus der Geschichte

Seitens des Vorstandes nahm Vizepräsident Dr. Ruppelt an den Sitzungen des Arbeitskreises gesellschaftlicher Gruppen teil, einem Gremium, das der Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ zugeordnet ist. Die Arbeit der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist außerordentlich vielgestaltig, sowohl in Bonn wie in Leipzig und Berlin. Neben steigenden Besucherzahlen – über eine Million in Bonn und Leipzig insgesamt – ist ein großer Zugriff auf die Internetpräsentation zu verzeichnen, die selbst verschiedene Auszeichnungen erfuhr. Veranstaltungshöhepunkte des Jahres 2009 waren unter anderem die Ausstellungen:

- „Bilder im Kopf, Ikonen der Zeitgeschichte“
- „… das halbe Leben. Arbeitswelt im Wandel“
- „Wir gegen uns. Sport im geteilten Deutschland“
- „Melodien für Millionen. Das Jahrhundert des Schlagers“
- „Flagge zeigen? Die Deutschen und ihre Nationalsymbole“
- „ man spricht deutsch“

Zu allen Ausstellungen erschienen umfangreiche Kataloge. Das Taschenbuch „Bonn – Orte der Demokratie“ ist großzügig illustriert und unterhaltsam geschrieben und soll ein breites Publikum ansprechen. Ein opulent ausgestatteter Band widmet sich dem Bonner Kanzlerbungalow, der von der Stiftung betreut und für Veranstaltungen genutzt wird. Besonders erfolgreich war übrigens die Ausstellung „Loriot. Die Hommage“. Einige der Ausstellungen gingen insgesamt an dreißig Orte auf Wanderschaft. Zahlreiche Begleitveranstaltungen zu den Ausstellungen aber auch Podiumsdiskussionen und andere Formate zu politischen und aktuellen Themen konnten in der Öffentlichkeit reges Interesse verzeichnen.

Im Mittelpunkt der nächsten Monate steht eine Überarbeitung und Neugestaltung der Dauerausstellung in Bonn an.

Georg Ruppelt, Vizepräsident des Deutschen Kulturrates ■

Bündnis für Gemeinnützigkeit

Im Jahr 2009 hat sich die bereits 2006 arbeitende „Projektgruppe zur Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts“ eine festere Form als „Bündnis für Gemeinnützigkeit“ gegeben. Das Bündnis wird von folgenden Organisationen getragen: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Bundesverband Deutscher Stiftungen, Deutscher Kulturrat, Deutscher Naturschutzring, Deutscher Olympischer Sportbund, Deutscher Spendenrat, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und VENRO – Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen. Weiter arbeitet das Bündnis eng mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement zusammen und kooperiert mit Wissenschaftlern.

Das Jahr 2009 stand im Zeichen der Bundestagswahl und der Wahl des Europäischen Parlaments. An den neugewählten Deutschen Bundestag wurden Erwartungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement formuliert. Das Bündnis hat sich ferner in laufende Gesetzgebungsverfahren zum Steuerrecht eingebracht.

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Deutsche UNESCO-Kommission

In der Deutschen UNESCO-Kommission bin ich persönliches Mitglied und arbeite im Fachausschuss Kultur mit. Dort bearbeite ich zwei Themen: Die Umsetzung der Konvention zur kulturellen Vielfalt und kulturelle Bildung. Die Umsetzung der Konvention nahm im Jahre 2009 insofern konkretere Formen an, als die Idee eines Weißbuches mit ersten konkreten Handlungsempfehlungen realisiert wurde. Ich habe dabei die letzte Tagung der Bundesweiten Koalition moderiert und aktiv an zwei Themen mitgewirkt. Zudem hat der DKR als Ganzes und insbesondere der neu gewählte Vorstand „kulturelle Vielfalt“ als zentrale Leitlinie für seine politische Arbeit gewählt.

Kulturelle Bildung war während des ganzen Jahres Thema, denn im Mai 2010 findet die 2. Weltkonferenz zur künstlerischen Bildung in Seoul statt. Auf der Grundlage vorbereitender Tagungen in Wildbad Kreuth im Vorjahr wurden konzeptionelle Ideen für den Weltkongress entwickelt. In Zusammenarbeit mit dem neuen UNESCO-Lehrstuhl für kulturelle Bildung (Prof. Liebau, Erlangen) wurde ein Thesenpapier entwickelt, bei einer europäischen Tagung im Dezember diskutiert und verabschiedet.

Max Fuchs, Präsident des Deutschen Kulturrates ■

Rundfunkrat der Deutschen Welle 2009

Die Deutsche Welle (DW) hat im Berichtzeitraum die beiden innerdeutschen Schwerpunktthemen, Bundestagswahl und „20 Jahre Mauerfall“, mit Sonderprogrammen begleitet. Im Rahmen der Bundestagswahl gab es ausführliche Berichterstattungen sowohl in Live-Sendungen als auch im Online-Angebot. Darüber hinaus wurden mehrere multimediale Flash-Animationen angeboten, z.B. „Kandidaten privat“ oder „Wahl-Lexikon“.

Im Rahmen des 20. Jahrestages des Mauerfalls hat die DW mit gläsernen Studios am Pariser und Potsdamer Platz mit einer 24-Stunden-Berichterstattung informiert. Das Sonderprogramm wurde ergänzt durch die Animation „Eingemauert!“, die über 300.000 Zugriffe auf verschiedenen Online-Plattformen verzeichnen kann. Die daraus entstandene 26-minütige Dokumentation „Eingemauert! Auf den Spuren der innerdeutschen Grenze“, die am 08. und 09.11.2009 auf DW-TV ausgestrahlt wurde, hat eine große Resonanz erfahren und wurde bei den „Ears and Eyes Awards“ im Rahmen der Münchner Medientage mit dem „Spezialpreis Effektivität“ ausgezeichnet. Die DVD wurde allen Kultusministerien zugestellt.

Ein wichtiger Meilenstein für die Umstrukturierung der Programmdirektion ist die multimediale Neuaufstellung der vier großen Redaktionen Deutsch, Englisch, Persisch und Russisch von DW-RADIO / DW-WORLD. DE. Darüber hinaus konnte das Podcast-Angebot des chinesischen Programms einen enormen Zuwachs mit einer halben Million Downloads verzeichnen und so die Nutzung seit Beginn des Jahres verfünffachen. Das On-Demand-Streaming mit 200.000 Zugriffen steht seit Monaten an erster Stelle aller DW-Programme.

Für die Arbeit der DW-AKADEMIE sei beispielhaft das Medientraining für Regierungssprecher in Vietnam erwähnt. Experten der DW-AKADEMIE vermittelten rund hundert Sprechern und Pressereferenten von Regierungsbehörden, Ministerien und Regionalverwaltungen in Hanoi und Ho Chi Minh Stadt Grundlagen der professionellen Pressearbeit. Darüber hinaus haben die Teilnehmenden Einblicke in die Arbeitsweisen in- und ausländischer Medien erhalten.

Christian Höppner, Stellv. Vorsitzender des Ausschusses DW-AKADEMIE im Rundfunkrat der Deutschen Welle und Vizepräsident des Deutschen Kulturrates ■

RTL-Programmausschuss

Der Programmausschuss von RTL hat sich unter der Leitung seines Vorsitzenden Hilmar Hoffmann im Berichtszeitraum über die aktuellen Entwicklungen informiert und im Hinblick auf die Planungen beraten. Im Mittelpunkt standen dabei die Programmentwicklung und die begleitenden Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel die technologischen Entwicklungen im digitalen Zeitalter. Kernzielgruppe sind nach wie vor die 14-49jährigen Zuschauer. Mit neuen Formaten wie zum Beispiel „Erwachsen auf Probe“ und der unerwartet gut angenommenen sechsten Staffel von „Deutschland sucht den Superstar“ steht RTL immer noch in der Marktführerschaft. Vor allem in der Primetime hat RTL mit einem Zuschauermarktanteil von 20 Prozent seinen Vorsprung am stärksten ausbauen können und kann einen Rekordabstand vor den Sendern der Pro7SiebenSat.1-Gruppe in der Zielgruppe nachweisen.

Nach der sehr breit angelegten Auseinandersetzung um menschenverachtende Szenen bei „Deutschland sucht den Superstar“ (DSDS), bei der auch der Deutsche Kulturrat eine öffentlich Debatte ausgelöst hatte, ist die sechste Staffel von DSDS in Bezug auf den Jugendschutz unbeanstandet verlaufen. Das Sendeformat „Erwachsen auf Probe“ hat im Gegenzug bereits vor Ausstrahlung enorm viele kritische Äußerungen provoziert. Nach Vorlage eines Formats der BBC widmet sich „Erwachsen auf Probe“ dem gesellschaftlich relevanten Thema der Schwangerschaft bei minderjährigen Mädchen. In Reaktion auf die eingehende Kritik versicherte RTL, dass zu keiner Zeit ein Risiko für die Kinder bestünde, die in die Obhut der Jugendlichen gegeben und die komplette Dauer sowohl von Experten als auf von ihren Eltern beobachtet wurden.

Neben der Neuentwicklung von Programmformaten wurde das Wahljahr 2009 mit unterschiedlichen Programm-Highlights begleitet, die durch eine Online-Präsenz aller politischen Themen unterstrichen wurden.

Christian Höppner, Mitglied des RTL-Programmausschusses und Vizepräsident des Deutschen Kulturrates ■

Gruppenbild mit den *puk*-Journalistenpreisträgern, den kulturpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen, dem Vorsitzenden des Kulturausschusses sowie dem Präsidenten und dem Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates nach der Preisverleihung im März 2009 **Foto: Marius Digel**

Bericht aus den Sektionen des Deutschen Kulturrates

Im Folgenden berichten die Geschäftsführer beziehungsweise Sprecher der Sektionen des Deutschen Kulturrates über die Arbeit der Sektion im Jahre 2009, die teilweise in das Jahr 2010 hineinreicht.

Deutscher Musikrat

In der Überzeugung, dass sich Deutschland zu einer Wissens- und Kreativgesellschaft entwickeln muss und dass dabei Bildung und Kultur die entscheidende Rolle spielen, engagiert sich der Deutsche Musikrat zusammen mit seinen Mitgliedern und Partnern in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, die mit der Musik im Zusammenhang stehen, für ein lebendiges Musikland Deutschland.

Aus der Arbeit des Präsidiums, der Bundesfachausschüsse und der Projektbeiräte ergeben sich die Kernthemen der musikpolitischen Arbeit des DMR, die auch in das von der Mitgliederversammlung 2009 verabschiedete Grundsatzpapier „Musikpolitik in der Verantwortung“ eingeflossen sind. Der Deutsche Musikrat (DMR) hat sich im Berichtszeitraum schwerpunktmäßig mit den folgenden Themen befasst:

Themenschwerpunkt: Musikalische Bildung

Die Musikalische Bildung ist und bleibt das Generalthema der Arbeit des Deutschen Musikrates, weil sie als Querschnittsaufgabe die Grundlage für nahezu alle Bereiche seiner Arbeit bildet. Ziel ist es, die zentrale Bedeutung der Musikalischen Bildung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft in einer Weise deutlich zu machen, die zu entsprechenden Konsequenzen im politischen Handeln führt. Gerade in ökonomisch schwierigen Zeiten wird viel Energie in das Engagement zum Erhalt bewährter Rahmenbedingungen eingesetzt. Dieses notwendige Engagement darf jedoch nicht den Blick auf das mittel- und langfristige Ziel verstellen, dass jeder Bürger und jede Bürgerin, gleich welcher sozialen oder ethnischen Herkunft, die Chance für eine umfassende und qualifizierte Musikalische Bildung erhalten muss. Die inhaltliche Arbeit wird maßgeblich vom Bundesfachausschuss Musikalische Bildung begleitet.

Themenschwerpunkt: Auswärtige Musikpolitik

Auf Einladung des Österreichischen Musikrates trafen sich die Musikräte Deutschlands, Österreichs und der Schweiz zu ihrer turnusmäßigen D-A-CH-Tagung in Wien. Schwerpunktthemen waren die UNESCO-Konvention zur Kulturellen Vielfalt, die soziale Lage der Kunst- und Kulturschaffenden, die Entwicklung von Förderstrukturen sowie Perspektiven des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen und dem Chinesischen Musikrat konnte weiter vertieft werden. Anlässlich des Jubiläums „40 Jahre Bundesjugendorchester“ spielten im Rahmen eines internationalen Austauschprojektes erstmals junge Musikerinnen und Musiker aus einem anderen Land zusammen mit dem BJO. Der Verlauf des durch das Goethe-Institut geförderten Projektes wurde von chinesischer wie deutscher Seite als sehr erfolgreich bewertet. Partner war der Chinesische Musikrat (Chinese Musicians' Association).

Im Rahmen des Projektes „Vier Monate Venezuela“ des Deutschen Musikrates und der staatlichen venezolanischen Stiftung FESNOJIV haben sich 16 deutsche Musiklehrerinnen und -lehrer von April bis Juli 2008 in Venezuela aufgehalten, um dort instrumentalen Gruppen- und Einzelunterricht sowie Fortbildungen für venezolanische Musiklehrer zu erteilen. Im Juli 2009 fand die abschließende Evaluationsveranstaltung zum diesem Projekt in Nürnberg statt. Die Teilnehmer tauschten in Anwesenheit des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg, Dr. Ulrich Maly, und des stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Orchestervereinigung, Werner Burkhoff, Erfahrungen und inhaltliche Anregungen aus. Das Musikvermittlungsprojekt wurde gefördert von der Rektorenkonferenz der deutschen Musikhochschulen, dem Auswärtigen Amt, dem Goethe-Institut, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Deutschen Orchestervereinigung und dem Verband deutscher Musikschulen.

Präsident Krüger wurde durch den polnischen Botschafter in das Kuratorium zum Jubiläumsjahr 200 Jahre Frédéric Chopin 2010 berufen. Darüber hinaus konnte die Weiterentwicklung der Deutsch-Polnischen zur Europäischen Musikbörse eingeleitet werden.

Themenschwerpunkt: Musikberufe

Im Rahmen des Expertenkongresses „Zukunft der Musikberufe II“, den der Deutsche Musikrat in Kooperation mit der Musikakademie Rheinsberg vom 05. bis 07. Juni 2009 in Rheinsberg veranstaltete, wurde die zweite Rheinsberger Erklärung verabschiedet. Diese baut auf den Empfehlungen der ersten Rheinsberger Erklärung vom 11. März 2007 auf.

Der Kongress beschäftigte sich mit folgenden Berufsfeldern im Musikbereich:

- künstlerische Berufe des Konzertwesens,
- musikpädagogische Berufe in verschiedenen Arbeitsfeldern,
- Berufe der Musikwirtschaft.

Die Vernetzung und Kooperation dieser drei Berufsfelder ist im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Musikkultur von großer Bedeutung. Weiterhin hat der Expertenkongress nochmals betont: Für alle Musikberufsausbildungen ist die Vermittlung künstlerischer Erfahrung unerlässlich. Der Begriff „Musikvermittlung“ muss deshalb differenzierter diskutiert und verstanden werden. Darüber hinaus muss das Bewusstsein für die eigenen Traditionen und die Werte unserer Musikkultur geschärft werden. Die komplette Rheinsberger Erklärung finden Sie auf der Homepage des DMR.

Initiative: Tag der Musik

Auf Initiative des Deutschen Musikrates und des Tag der Musik e.V. hat an dem Wochenende vom 12. bis 14. Juni 2009 unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler zum ersten Mal der Tag der Musik stattgefunden. 90.000 Laien- und Profimusiker beteiligten sich bundesweit an über 1.500 Veranstaltungen und erreichten damit rund 560.000 Besucher.

Der erste Tag der Musik hat – auch durch die vielfältigen medialen Berichterstattungen – eine rege politische Aufmerksamkeit erzeugt: Bundespräsident Horst Köhler hat in diesem Jahr die Schirmherrschaft übernommen und Dr. Ursula von der Leyen, damalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sowie Christian Wulff, Ministerpräsident von Niedersachsen, haben sich mit öffentlichen Stellungnahmen zum Tag der Musik geäußert. Darüber hinaus haben zahlreiche Bundestagsabgeordnete den Tag der Musik durch Beteiligungsaufrufe innerhalb ihrer Wahlkreise unterstützt.

Weitere Informationen unter www.tag-der-musik.de

Initiative: „Einheit durch Vielfalt. KirchenMusik in Deutschland“

Der Deutsche Musikrat plant gemeinsam mit den Spitzenvertretern der kirchenmusikalischen Verbände die Aktionstage und den Kongress „Einheit durch Vielfalt. KirchenMusik in Deutschland“ im Oktober 2010. Der Kongress wird in die kommende Mitgliederversammlung des DMR integriert werden. Im Rahmen eines Kompositionswettbewerbs soll außerdem für die bundesweite Aktion eine gemeinsame „Erkennungsmelodie“ für alle Veranstaltungen komponiert werden. Weitere Informationen finden Sie unter www.einheitdurch-vielfalt.de

Initiative: „Es ist nie zu spät – Musizieren 50+“

In Folge des Wiesbadener Kongresses „Es ist nie zu spät – Musizieren 50+“ im Juni 2007 und dem gleichnamigen Musikpreis im Februar 2008 hat der Deutsche Musikrat einen Runden Tisch mit Spitzenvertretern der DMR-Mitgliedsverbände zum Thema „Musizieren 50+“ ins Leben gerufen. Dieser hat seine Arbeit bereits aufgenommen und wird durch hochrangige Vertreter aus Politik und Forschung erweitert werden. Ziel ist es, ein langfristiges Netzwerk zu schaffen, um flächendeckend älteren Menschen das eigene Musizieren und die Teilhabe am Musikleben zu ermöglichen und dafür eine bürgerschaftlich gestützte Infrastruktur zu schaffen, um sie in ihrem Lebensumfeld zu erreichen. Mit der finanziellen Unterstützung der Deutschen Orchestervereinigung und Bundesvereinigung Deutscher Orchesterverbände werden derzeit wissenschaftliche Arbeiten zum Thema „Musizieren 50+“ erstellt, die die weitere Arbeit des Runden Tisches ergänzen sollen.

Christian Höppner, Sprecher des Deutschen Musikrates im Deutschen Kulturrat ■

Rat für darstellende Kunst und Tanz

Der Rat für darstellende Kunst und Tanz tagte im Berichtsjahr zweimal, am 31. März und am 19. November 2009 in Köln.

In der Frühjahrssitzung stand zunächst die Wahl der Sprecher und stellvertretenden Sprecher des Rates für darstellende Kunst und Tanz auf der Tagesordnung. Als Sprecher des Rates wurde der Vorstand des Bühnenvereins, Herr Bolwin, bestätigt. Neue Sprecherin ist Frau Wollenberg vom Deutschen Bundesverband Tanz. Als stellvertretende Sprecher wurden Herr Reiss, Bundesverband Theater in Schulen, und Herr Bleicher-Nagelsmann, ver.di, gewählt. Der Rat für darstellende Kunst und Tanz dankte vor allem Herrn Herdlein für seine langjährige Tätigkeit als Sprecher des Rates. Herr Herdlein hat als Präsident der GDBA die Arbeit des Rates seit der Gründung des Kulturrates begleitet. Er förderte die Zusammenarbeit von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite, um für die darstellende Kunst und den Tanz das Bestmögliche zu erreichen.

Die Arbeit des Deutschen Kulturrates, insbesondere die Arbeit des Sprecherrates und der Fachausschüsse, stand im Mittelpunkt der Beratungen. Dabei war das Thema Medien ein wesentlicher Schwerpunkt. Hier ging es insbesondere um die Entwicklung von Medienkompetenz im Zusammenhang mit kultureller Bildung. Die Berichte der Vertreter des Rates in den einzelnen Fachausschüssen des Kulturrats wurden stets zum Anlass genommen, einzelne Themen zu behandeln. So wurde das Problem der Verkürzung der Rahmenfrist beim Bezug von Arbeitslosengeld I (Fachausschuss für Arbeit und Soziales) diskutiert und vor diesem Hintergrund vor dem immer weiter reichenden Verlust sozialer Absicherung darstellender Künstler gewarnt. Der Fachausschuss Bildung hatte in der letzten Sitzung noch einmal über ein Freiwilliges Soziales Jahr für die Kultur diskutiert, was dann auch vom Rat beraten wurde. In allen Ausschüssen war über die drohende Finanzkrise und deren mögliche Auswirkungen auf die darstellenden Künste gesprochen worden. Auch der Rat zeigte sich in dieser Frage außerordentlich besorgt. Wie immer bildete einen Schwerpunkt der Beratungen des Jahres das Thema Kulturelle Bildung. In diesem Zusammenhang wurde über ein Gespräch mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung berichtet, bei dem Vertreter des Rates feststellten, dass wenig Einsicht in die bereits bestehenden Strukturen bestehe. Dem Anliegen des Rates, gerade auch den Tanz in den Mittelpunkt der kulturellen Bildung zu rücken, solle aber – so sagte das Bundesministerium zu – Rechnung getragen werden. Außerdem diskutierten die Mitglieder des Rates für darstellende Kunst und Tanz die aktuelle Situation der Theater und Orchester. Einigkeit bestand darin, dass die Vergütungserhöhungen des Jahres 2008/2009 im Hinblick auf die bevorstehende Wirtschaftskrise ein besonderes Problem darstellten.

In der Sitzung am 19. November 2009 diskutierte der Rat über die zentralen sechs Themen, die der Kulturrat zurzeit auf seine Agenda gesetzt hat. Dabei ging es vor allem um das Staatsziel Kultur, aber auch den Nothilfefonds des Bundes für die kommunalen Kultureinrichtungen. Der Rat war erfreut, dass der Kulturrat auch auf seine Anregung hin noch einmal den Künstlerbegriff im Hinblick auf die Künstlersozialkasse überdenken will. Dieses Anliegen wird von vielen Mitgliedsverbänden des Rates schon seit längerer Zeit in die Debatte über die Zukunft der Künstlersozialkasse eingebracht. Der Rat für darstellende Kunst und Tanz gab aber auch zu bedenken, dass es hierzu jedoch in der Politik erhebliche Vorbehalte gibt, weil sie eine gewisse gesetzliche Festlegung des Künstlerbegriffes mit Blick auf Artikel 5 Grundgesetz für bedenklich hält. Begrüßt wurde seitens des Rates, dass man sich hinsichtlich der Künstlersozialabgabepflicht bei der direkten Förderung von Künstlern im Beirat der Künstlersozialkasse auf einige Maßgaben verständigt hat. Das Thema war seinerzeit im Rat aufgeworfen worden und insbesondere vom Bühnenverein weiterverfolgt worden.

Die Aussicht, eine neue Debatte über das Urheberrecht zu führen, bewertete der Rat ebenfalls als richtige Maßnahme. Dabei geht es aus Sicht des Rates vor allem um die Sicherung der Urheberrechte in den elektronischen Medien. Weitere Themen in diesem Bereich sind die UNESCO-Erklärung zur kulturellen Vielfalt und deren Umsetzung sowie die zunehmende Digitalisierung in der Kunst. Der Rat für darstellende Kunst und Tanz sieht sich von all diesen Themen betroffen, weist aber auch darauf hin, dass die Kulturfinanzierung in jedem Fall ein vorrangiges Thema für das Jahr 2010 ist. Begrüßt wurde deshalb die Einrichtung eines Fachausschusses „Kulturfinanzierung“ durch den Kulturrat. An diesem beteiligen sich die Mitglieder des Rates für darstellende Kunst und Tanz aktiv. Übereinstimmend haben die Mitglieder festgestellt, dass sich die Diskussion auf die Finanzausstattung der Kommunen konzentrieren muss. Dies ist für den Bereich der kommunalen Theater und Orchester genauso wichtig wie für die freien Theater. Kritisiert wurde, dass die Kommunen mit der Neigung, sich auf die Übernahme freiwilliger Aufgaben zu beschränken, die Verwirklichung der kommunalen Selbstverwaltung aufgebe.

Der Beirat Tanz des Rates für darstellende Kunst und Tanz tagte ebenfalls am 31. März und am 19. November 2009. Über die Sitzungen wurde jeweils in den Sitzungen des Rates berichtet. In der ersten Sitzung des Beirates wurde noch einmal die Einführung eines Gütesiegels Tanz für tanzpädagogische Einrichtungen diskutiert, Letztlich wurde eine Verständigung dahingehend erzielt, dass sich die Mitglieder des Beirates insgesamt lieber freiwillig zusammenschließen, um im Beirat Tanz erzielte Diskussionsergebnisse im Hinblick auf Standards der Ausbildung aktiv umzusetzen. Darüber hinaus waren die geplante Transition-Stiftung für den Tanz sowie die Einrichtung einer „Marketingwoche Tanz“ Gegenstand der Beratung.

In der Herbstsitzung wurde die Einrichtung eines Nationalen Tanzbüros unter dem Eindruck des Tanzkongresses diskutiert, den die Bundeskulturstiftung zusammen mit dem Tanzplan im November 2009 veranstaltet hatte. Insgesamt wandten sich die Mitglieder gegen die Einrichtung eines solchen Nationalen Tanzbüros, da die Aufgaben und Zielsetzungen einer solchen neuen Struktur vor dem Hintergrund der bereits engagierten Tanzszene, die auch ohne weitere Hilfe international vernetzt ist, nicht zu erkennen sei. Diese Auffassung wurde auch von den übrigen Mitgliedern des Rates nahezu ausnahmslos unterstützt. Außerdem befasste sich der Beirat noch neben seiner ständigen Tagesordnung mit den Themen „Zukunft der Tanzpädagogik“ und „Kunst und Schule“. Betont wurde gerade zu letzterem, dass Künstler ohne qualifizierte pädagogische Zusatzausbildung meist nicht in der Lage seien, einen verantwortungsvollen Unterricht durchzuführen. Außerdem müsse sich die Vielfalt des Tanzes in der schulischen Ausbildung widerspiegeln.

Rolf Bolwin, Sprecher des Rates für darstellende Kunst und Tanz ■

Deutsche Literaturkonferenz

Das Jahr 2009 war von vielfältigen Aktivitäten der Deutschen Literaturkonferenz gekennzeichnet, Schwerpunktthemen waren Umsetzung und Auswirkungen der Digitalisierung.

Im März führte die Deutsche Literaturkonferenz während der Leipziger Buchmesse ein Symposion unter dem Titel „Lesen im digitalen Zeitalter – Von Gutenberg zu Google“ durch. Was spielt sich während des Lesens eigentlich im Gehirn ab, und wie bedingen sich Lese- und Kulturkompetenz? Verändert die ständige Nutzung des Internets unser Lesen? Während Kritiker des Internets den Verfall der Gesellschaft und des Lesens sehen, bejubeln die Befürworter den Zugang zu Information und Wissen weltweit und für alle Bevölkerungsteile. Der rasante technische Fortschritt eröffnet ungeahnte Möglichkeiten und offenbart ungekannte Gefahren. Und was ist eigentlich mit dem Urheberrecht? Nach einführenden Referaten von Neurowissenschaftler Prof. Ernst Pöppel, Sachbuchautorin und ZEIT-Redakteurin Susanne Gaschke sowie dem Urheberrechtsexperten Prof. Karl Riesenhuber diskutierten u.a. Verlegerin Antje Kunstmann, Uwe Jo-

Weiter auf Seite 23

Fortsetzung von Seite 22

chum von der Universitätsbibliothek Konstanz, Robert Staats von der VG WORT und Google-Lobbyistin Annette Kroeber-Riel diese und weitere Fragen. Dabei ging es auch um das Google-Settlement, die Vereinbarung zur Goggle-Buchsuche – ein Thema, das die Mitglieder der Deutschen Literaturkonferenz das ganze Jahr über beschäftigte und noch weiter beschäftigen wird.

Die Deutsche Literaturkonferenz nahm den Regierungswechsel im Herbst 2009 zum Anlass, um darauf aufmerksam zu machen, dass die Digitalisierung von Bibliotheksbeständen eine wichtige öffentliche Aufgabe ist. Das gilt insbesondere für die Nutzung von gemeinfreien Werken, bei denen die Schutzfrist bereits abgelaufen ist. Die Deutsche Literaturkonferenz forderte die neue Bundesregierung auf, die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Hinsichtlich der Vorgehensweise bei der Digitalisierung von „verwaisten“ Werken wurde zwischen allen Beteiligten – Autoren, Verlagen und Bibliotheken – im Rahmen der Deutschen Literaturkonferenz das weitere Vorgehen abgestimmt. Unter verwaisten Werken sind urheberrechtlich geschützte Werke zu verstehen, deren Rechteinhaber nicht ermittelt oder ausfindig gemacht werden können. Verwaiste Werke können bei den Digitalisierungsbemühungen der Bibliotheken zu erheblichen Schwierigkeiten führen. Die Deutsche Literaturkonferenz sieht die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung und hat aus diesem Grund dem Bundesministerium der Justiz im Oktober 2009 einen konkreten Formulierungsvorschlag unterbreitet.

Die im Gedenken an Karl Benjamin Preusker (1786–1871), den Gründer der ersten deutschen Bürgerbibliothek im sächsischen Großenhain, von der Deutschen Literaturkonferenz gestiftete Karl-Preusker-Medaille wurde 2009 Marion Schulz von der Stiftung Frauen-Literatur-Forschung verliehen. Sie erhielt die Auszeichnung in Würdigung ihrer Verdienste um den Aufbau der DATENBANK SCHRIFTSTELLERINNEN IN DEUTSCHLAND 1945 ff. Diese hervorragend strukturierte und benutzerfreundliche Datenbank bildete die Grundlage für die Schaffung des an die Bremer Universität angegliederten „Bremer Zentrums für Literaturdokumentation in der Germanistik (BreZel)“. Marion Schulz hat sich um die Erforschung, Dokumentation und Verbreitung der Literatur von Frauen verdient gemacht und damit auch um die Leseförderung, die nach wie vor zum Hauptauftrag der Öffentlichen Bibliothek gehört.

Im Berichtszeitraum fanden zwei Mitgliederversammlungen statt, am 13. März 2009 in Leipzig und am 16. Oktober 2009 in Frankfurt/Main. Bei den turnusmäßigen Wahlen im März 2009 wurde die Schriftstellerin Kerstin Hensel zur Sprecherin der Deutschen Literaturkonferenz gewählt. Der bisherige Stellvertreter des Sprechers Dr. Georg Ruppelt wurde in seiner Funktion bestätigt. Die Deutsche Literaturkonferenz vereinte 2009 23 Mitgliedsverbände und -institutionen.

Iris Mai, Geschäftsführerin der Deutschen Literaturkonferenz ■

Deutscher Kunstrat

Der Deutsche Kunstrat konnte im Jahr 2009 – abermals mit Unterstützung der Kölner Messegesellschaft – ein Symposium durchführen. Unter dem Titel ERB GUT KUNST diskutierten Wissenschaftler, Künstler und Archivare Ende November 2009 auf der Kölner Fachmesse für Museumstechnik EXPONATEC über Fragen nach der gesellschaftlichen Verantwortung für das kulturelle Erbe vor dem Horizont elektronischer Techniken der Dokumentation und Veröffentlichung; ein besonderes Augenmerk lag auf der Erhaltung von Künstlernachlässen.

Im Zentrum stand ein Vortrag über die Folgen des Einsturzes des Kölner Stadtarchivs, wobei das Auditorium insbesondere von den projizierten Fotografien des Unglücksortes sehr beeindruckt war. Diese wurden von Dr. Katharina Corsepius (Verband Deutscher Kunsthistoriker) aufgenommen, die entscheidend bei der Organisation der Bergung des Archivguts in den Wochen und Monaten nach der Katastrophe beteiligt war. Im Anschluss kam es zu einer intensiven Debatte über die Notwendigkeit eines intensivierten Schutzes von Kulturgütern – woran sich die zahlreich anwesenden Mitarbeiter des Kölner Stadtarchivs rege beteiligt haben.

Eine Podiumsdiskussion unter der Moderation von Thomas Wulffen (AICA - Internationaler Kunstkritiker-Verband) befasste sich mit neuen Arbeitsweisen der Museen, mit dem Stellenwert des künstlerischen Originals und dem rezeptiven Blickfeld des Betrachters im Zeitalter ubiquitärer Bildreproduktion. Vertreter der Museen machten deutlich, dass die Digitalisierung in erster Linie eine komplette Bestandsaufnahme ermöglicht. Für die Hauptaufgabe des Museums – schützen und bewahren – stellt die digitale Erfassung eine große Hilfe dar, zumal damit den steigenden Ansprüchen des Publikums und der Forschung auf relevante Informationen im Netz nachgekommen werden kann.

Auch Künstler beziehen die Möglichkeiten der neuen Technologien zunehmend in ihre künstlerischen Prozesse reflektierend ein – und natürlich auch in ihre jeweilige Vermittlungspraxis. Digitalisate vermitteln zwar vielfältige Informationen über Kulturobjekte und machen diese allgemein zugänglich – sie werden aber niemals das Original ersetzen. Über die Frage, ob es in Zukunft einen Vorrang der Reproduktion geben wird, hinter der das Original verschwindet, herrschte somit Konsens: nein. Im Kontext der unbegrenzten digitalen Bilderwelt im Netz wurde auch der Aspekt des Urheberrechts problematisiert, wobei deutlich wurde, dass Kulturakteure hier mitunter Lücken haben. Die anwesenden Juristen hielten sich vornehm zurück. Visionen über die Möglichkeiten und Freiheiten digitaler Welten haben offenbar mehr Charme als ihre Restriktion.

Kathy Kaaf (GEDOK) moderierte eine Debatte zum Thema „Individuelle Künstlernachlässe“. Birgit Jooss (Deutsches Kunstarchiv, Nürnberg) und Günter Herzog (ZADIK - Zentralarchiv des internationalen Kunsthandels, Köln) vermittelten Einblicke in die Arbeitsweise ihrer jeweiligen Institute. Beide betreuen und erforschen Nachlässe von Künstlern bzw. Kunstvermittlern, publizieren Dokumente und organisieren Ausstellungen. In der anschließenden Diskussion schaltete sich u.a. Karin Lingl (Stiftung Kunstfonds) ein mit dem Hinweis auf ein neues Archiv für Künstlernachlässe – und zwar für Kunstwerke – in Brauweiler (NRW). Zur Qualitätssicherung ist hier eine sinnvolle Auswahl der Donationen wichtig, wofür eine fachkundige Jury bestellt wurde. Denn nur die wenigsten Künstler sind in Sachen Nachlasspflege zu Lebzeiten selbst aktiv. Archive wie jenes in Brauweiler könnten in Zukunft Zeichen setzen gegen die Grabesruhe von Kunstdepots, indem sie mit Museen und Galerien zusammenarbeiten und die bei ihnen gelagerten Werke als Leihgaben wieder in Umlauf bringen.

Die Aktivitäten der im Deutschen Kunstrat vereinigten Verbände fokussierten sich im Berichtszeitraum auf diese diskussionsintensive und thematisch aktuelle Veranstaltung, so dass wir auf ein erfolgreiches Jahr 2009 zurückblicken können.

Birgit Maria Sturm, Sprecherin des Deutschen Kunstrats ■

v.l.nr. Salome Kammer, Rüdiger Safranski, Edgar Reitz, Max Fuchs, Maria Reiter, Olaf Zimmermann, Monika Grütters und Christian Höppner bei der Verleihung des Kulturgroschens 2009 **Foto: Marius Digel**

Rat für Baukultur

Personalia

Frau Waldmann ist seit März 2009 nicht mehr als Referentin für Öffentlichkeitsarbeit bei der Bundesarchitektenkammer tätig. Ab Juli übernahm Corinna Seide diese Position und damit die Geschäftsführung des Rats für Baukultur.

Herr Dr. Schabe erklärte in der Septembersitzung, dass er aufgrund einer Verlagerung seines Arbeitsgebietes, auf die Funktion als Sprecher des Rates für Baukultur verzichten möchte. Die neuen Aufgaben führen ihn inhaltlich weg von der Politik- und Baukulturbasis, wodurch er dem Rat für Baukultur in der Funktion des Sprechers nicht mehr bestmöglich dienen könne. Er wird aber weiterhin als Vertreter der Deutschen Stiftung Denkmalschutz an den Mitgliederversammlungen teilnehmen.

Mitgliedschaften

In seiner Sitzung am 30. September entschied der Rat für Baukultur über den Mitgliedsantrag der Bundesstiftung Baukultur. Alle anwesenden Mitglieder des Rats sprachen sich im Falle der Bundesstiftung dafür aus, diese als Mitglied aufzunehmen, da es sich in diesem Fall um eine völlig unabhängige Stiftung handle, die die Schnittstelle, die der Rat für Baukultur zum Deutschen Kulturrat bildet, nutzen möchte und eine sinnvolle Ergänzung zu den anderen Mitgliedsverbänden darstellen würde. Damit ist die Zahl der Mitgliedsorganisationen auf elf angewachsen.

Mitgliederversammlungen

Als Vertreter des Rats im Arbeitskreis Bildung des Deutschen Kulturrats, wurde Herr Esser gebeten, sich für eine Re-Reform des Bologna-Prozesses stark zu machen. Gerade im Bereich der Architektur und Stadtplanung ist die Ausbildung nach Meinung der Ratsmitglieder nicht ausreichend, um zu einer wirklichen Berufsqualifikation zu führen. Hier muss dringend nachgebessert werden. Dies sollte der Deutsche Kulturrat mit Nachdruck von der Politik einfordern.

Nachdem Herr Zimmermann die Absicht des Rats für Baukultur, vermehrt Artikel zum Thema Baukultur in der Zeitung *politik & kultur* zu platzieren, ausdrücklich begrüßt hatte, wurde der Redaktion eine Liste mit möglichen Autoren übersandt. Das Thema wird dringend weiter verfolgt werden.

Der Rat hat beschlossen, die Sprecherwahl in einer Sitzung Anfang 2010 durchzuführen. Solange nimmt Herr Dr. Schabe diese Funktion dankenswerterweise weiter wahr.

Corinna Seide, Geschäftsführerin des Rates für Baukultur ■

Sektion Design

Die Wahrnehmung der Interessen der Designer im Deutschen Kulturrat prägte auch im zurückliegenden Berichtszeitraum die Arbeit der Sektion Design, die allein vom Deutschen Designertag inklusive seiner Mitgliedsverbände gebildet wird. Von den in diesem Zeitraum durchgeführten Aktivitäten des Kulturrates, insbesondere auch seiner Ausschüsse an denen die Sektion Design beteiligt ist, wird an anderer Stelle berichtet. Von den weitere Aktivitäten der Sektion Design/Deutscher Designertag sollen hier stellvertretend zwei aufgeführt werden.

Nachdem das Thema „Grünes Bauhaus, Nachhaltigkeit und Design“, bereits im September 2006, im Juni 2007 und im März 2008 auf Tagungen jeweils in der Evangelischen Akademie in Loccum auf der Tagesordnung stand, ging es bei einer Tagung im September 2009 in der Akademie der Künste in Berlin um einen weiteren Aspekt dieses umfangreichen Themenkomplexes, den „SozialDialog Grünes Bauhaus“. Gefördert wurde diese Tagung u.a. von der UNEP, United Nations Enviroment Programme, Paris, der UNESCO sowie dem Deutschen Designertag. „Der Klimawandel stellt die größte kulturelle Herausforderung der Zukunft dar“, so der Präsident der Akademie der Künste, Professor Klaus Staeck in einer Stellungnahme. Die Probleme von Klima, Umwelt und Natur, Armut und Bildung, der Verlust kultureller Vielfalt und Erfahrung, der Verlust ökologischer Vielfalt und Kraft machen deutlich, dass in unserem industriellen Gestalten die „Nachfrage nach Planet“ auf das „Angebot von Planet“ kulturell neu bezogen werden muss. Wir müssen unser Leben ändern, den Menschen in Wirtschaft, Kunst und Technik neu entdecken. Nach der klassischen Moderne in Architektur, Produktgestaltung und Medienkommunikation können und müssen wir Gestaltung neu denken, so der Tenor auf dieser Tagung. Im Spannungsfeld globaler Herausforderungen gilt es, Ausbildung und Engagement für nachhaltig verantwortliche Gestaltung gezielt zu fördern.

Zukunftsbefähigendes Design meint umweltschonende, energieeffiziente Herstellung von Produkten wie auch von „notwendig“ attraktiven, sich wechselseitig qualifizierenden Prozessen, also die Entwicklung gesamtgesellschaftlich relevanter Kulturpraktiken. Dies verlangt einen neuen Diskurs und konkrete Zusammenarbeit vielfältig kreativer, künstlerischer wie wissenschaftlicher Forschung. In einem Statement zu dieser Tagung schrieb Professor Dieter Rams, ehemals Präsident des Rat für Formgebung u.a.: „Entweder hören wir mit der Ideologie des grenzenlosen Wachstums auf, oder es passieren Katastrophen. Entweder wandelt sich die Gesellschaft, oder sie scheitert! Es geht um das Überleben der Menschheit! Design muss dazu und kann dazu seinen Beitrag leisten! Was den Wert und die Legitimation des Designs angeht, wird es in Zukunft daran zu messen sein, welchen Beitrag es zum Überleben auf unserem Planeten zu leisten vermag.“

Die mit hochkarätigen Referenten besetzte Tagung gliederte sich in vier Bereiche: „Nachhaltige Entwicklung“, „Wissens(schafts)basierte Lebens-

Weiter auf Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

welten“, „Globale Informationsgesellschaft“ und „90 Jahre Bauhaus + Zukunft der Gestaltung“. Soweit zu dieser Tagung.

An der Initiative „Kultur- und Kreativwirtschaft“ der Bundesregierung, unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie(BMWi) und in Abstimmung mit dem „Beauftragten der Bundesregierung für Kultur- und Medien“(BKM), welche die Kultur- und Kreativwirtschaft stärken soll, ist der Deutsche Designertag aktiv beteiligt. Auf einer Veranstaltung Mitte März 2009 mit dem Titel „Design stärkt den Mittelstand“ unterstrich Henning Krause, Vizepräsident des Deutschen Designertages in einer Key-Note, dass Design als strategisch-gestalterisches Instrument für Unternehmen erhebliche Potentiale im Wettbewerb eröffnet. Er sagte u.a.: „Die Aufgabe des Designs wird in einer Studie des British Design Councils so definiert: Design mache Produkte und Dienstleistungen nützlich, benutzbar und begehrenswert. Studien aus England, Dänemark, Österreich und Spanien kommen zu dem Ergebnis, dass Unternehmen, die Design in ihre Prozesse integriert haben, mehr Umsatz machen, eine höhere Rendite erzielen und positivere Imagewerte erreichen. In den Studien wird hier von einer Designleiter gesprochen, je nach dem Grad der Designintegration in Managemententscheidungen. Die höchste Stufe erreiche ein Unternehmen, welches Design fest prozesshaft im Management verankert, also nicht projektweise hinzuzieht, sondern als Teil des strategischen Managements konsequent integriert.“

Weitere Informationen über den Designertag sind auf der Homepage des Deutschen Designertages unter www.designertag.de aufgeführt. Dort ist auch der Newsletter „DT Informationen“ zu finden.

Kai Ehlert, Sprecher der Sektion Design ■

Sektion Film und audiovisuelle Medien

Der Geschäftsstelle des Deutschen Kulturrats war es sogar eine Presse-Erklärung wert: der Bereich Film/Audiovisuelle Medien konnte im abgelaufenen Jahr den stärksten Mitglieder-Zuwachs aller Kulturrats-Sektionen verbuchen. Insgesamt sechs Verbände und Institutionen wurden neu in die Dachorganisation des deutschen Kulturschaffens aufgenommen: Der Bundesverband der Film- und Fernsehschauspieler, die Arbeitsgemeinschaft Kino, die Allianz Deutscher Produzenten, der Dachverband der Filmschaffendenverbände, der Verband der Hörspielregisseure und schließlich noch die ARD, vertreten durch den Westdeutschen Rundfunk, bereichern jetzt das inhaltliche Spektrum einer Sektion, die sich erst ein Jahr zuvor nach einer längeren Phase der Unauffälligkeit mit einer neuen Sektionsspitze in den politischen Debatten zurückgemeldet hatte. Nachdem bereits im Vorjahr mit dem Verband der Computerspielentwickler GAME eine ganz neue Farbe in die Sektionsarbeit Einzug hielt, hat sich die Zahl der Sektionsmitglieder damit nahezu verdoppelt. Zur „Kerntruppe“ gehörten bis dahin nur die Arbeitsgemeinschaft Dokumentarfilm (AG DOK), der Bundesverband der Fernseh- und Filmregisseure, der Verband Deutscher Drehbuchautoren, der Fachbereich Medien in Ver.di, die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft, der Bundesverband Kamera, der Bundesverband der Kommunalen Kinos und der Verband mittelständischer Fernsehanbieter.

Entsprechend munter und mit gestärktem Selbstbewusstsein meldet sich die Sektion jetzt auch zu Wort: war es in den Jahren zuvor ein eher mühsames Unterfangen, in der Sektion Interessenten für die zahlreichen Fachausschüsse des Kulturrats zu finden, gelang es uns 2009, personelle Vorschläge zu nahezu allen Themenbereichen vorzulegen – in einigen Fachausschüssen, namentlich, dort, wo es um Urheberrecht und um Medien geht, stellen wir gleich mehrere Vertreter.

Gleich zu Beginn des Jahres nahmen Regisseure und Schauspieler im Auftrag der Sektion einem Gespräch mit dem damaligen Arbeitsminister Olaf Scholz teil, es ging um die Arbeitslosengeldregelungen für die auf Produktionsdauer Beschäftigten der Filmbranche, und über den Sprecherrat brachte die Sektion eine ergänzende Erklärung zu diesem Thema ein.

Zu den Wahlprüfsteinen des Kulturrats sowohl zur Europa- als auch zur Bundestagswahl steuerte die Sektion spezifische medienpolitische Fragestellungen bei und in drei Sektionssitzungen und einem weiteren informellen Treffen beschäftigten sich die Vertreter der Mitgliedsorganisationen schwerpunktmäßig mit Problemen, die sich aus der fortschreitenden Digitalisierung des Medienbetriebs ergeben.

Eine Sektionssitzung widmete sich beispielsweise den Phantasien zur Einführung einer „Kulturflatrate“. Dr. Volker Grassmuck von der Berliner Humboldt-Universität erläuterte dabei die bereits bestehenden Modelle, musste sich von den versammelten Urheber- und Verwertervertretern aber auch vorrechnen lasen, dass die Abgeltung aller Urheber- und Leistungsschutzrechte, die im Moment individualisiert wahrgenommen und abgerechnet werden, durch eine Pauschalvergütung vermutlich zum Scheitern verurteilt ist. In der Summe ergäben sich vermutlich Beträge, die politisch nicht mehr durchsetzbar sind. Anerkannt wurde hingegen der Ausgangspunkt der Debatte – die täglich wachsende Zahl illegaler Nutzungen, die sich durch juristische Repressionen alleine schon lange nicht mehr eindämmen lässt. Das Bemühen, die Vielzahl der täglichen Urheberrechtsverstöße in den Griff zu bekommen und den heute um die Früchte ihrer Arbeit betrogenen Künstlern und Produzenten wenigstens eine Entschädigung für die immensen Ausfälle in diesem Bereich zukommen zu lassen, wird von den Mitgliedsverbänden der Sektion allerdings begrüßt. Insofern ist die Flatrate-Debatte zwar ein interessanter Dekansatz, gleichzeitig allerdings scheint die Entwicklung alternativer Modelle dringend geboten. Vor allem darf die Verwertungskaskade audiovisuelle Werke durch solche Modelle nicht beschädigt werden. Gerade Filmwerke müssen die Möglichkeit haben, ihre immensen Investitionskosten durch marktgerechte Auswertungsmodelle zu amortisieren, sie dürfen nicht vom ersten Tag ihrer Veröffentlichung an zum Flatrate-Tarif verramscht werden. Deshalb muss illegaler up- und downnload in dieser Auswertungsphase auch weiterhin strafrechtlich verboten bleiben.

Mit den Telemedienkonzepten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten beschäftigte sich die Sektion im Dezember, auch dazu hatte sie sich einen fachkundigen Referenten geladen: Heiko Hilker, Rundfunkratsmitglied des MDR und lange Zeit medienpolitischer Sprecher der linken Landtagsfraktion in Sachsen. Im Verlauf der Diskussion wurde deutlich, dass die im Rahmen der dreistufigen Genehmigungsverfahren vorgelegten Zahlenwerke der Sender bei der angestrebten Internetverwertung offenbar nicht von der Notwendigkeit einer gesonderten Abgeltung der Urheber und Leistungsschutzrechte ausgehen, denn dazu reichen die eingeplanten Mittel überhaupt nicht aus. Insbesondere im Bereich nicht tarifgebundener Mitarbeiter und freier Produktionen gehen die Sender offenbar davon aus, sich die erforderlichen Rechte durch einseitige Vertragsausweitung ohne zusätzliche Vergütung aneignen zu können. Vor diesem Hintergrund hat die Sektion mehrheitlich beschlossen, die Telemedienausschüsse der Rundräte in einem Brief auf diese Situation hinzuweisen. Der Schritt in die Digitalisierung darf nicht zur Enteignung der Urheber, Künstler und Produzenten führen.

Nicht sonderlich glücklich sind wir mit den internen Strukturen des Deutschen Kulturrats. Unsere Forderung zielt nach wie vor auf eine Beteiligung an allen film- und medienpolitischen Verlautbarungen dieser Organisation. Wir können und wollen nicht akzeptieren, dass die Fachkompetenz der Sektion bei Pressemitteilungen und anderen Erklärungen in medienpolitischen Fragen übergangen wird und dass die Sektion trotz wiederholter Aufforderung nicht einbezogen wird, wenn der Vorstand des Kulturrats auf Intendantenebene mit der Führung öffentlich-rechtlicher Sendeunternehmen spricht. Ein regelrechtes Demokratiedefizit offenbart sich nach Ansicht zahlreicher in der Sektion vertretenen Verbände auch in der Praxis, die Vorsitzenden der Fachausschüsse durch den Vorstand des Kulturrats zu benennen. Im Sprecherrat, wo sie regelmäßig und mit zahlreichen konstruktiven Formulierungsvorschlägen mitarbeiten, haben die Sprecher der Sektion Film/Audiovisuelle Medien energisch dafür plädiert, diese Entscheidung in die Entscheidungshoheit der jeweiligen Ausschüsse zu übergeben. Damit unterstützen wir ein Anliegen, das zuvor auch im Fachausschuss Urheberrecht zu heftigen Diskussionen geführt hatte.

Thomas Frickel, Sprecher der Sektion Film und audiovisuelle Medien ■

Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung

18 Fachorganisationen sind Mitglied in der Sektion 8 „Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung“ des Deutschen Kulturrates: die Akademie Remscheid / der BDK – Fachverband für Kunstpädagogik / die Bundesakademie für kulturelle Bildung, Wolfenbüttel / der Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen / der Bundesverband Museumspädagogik / der Bundesverband Studentische Kulturarbeit / die Bundesvereinigung soziokultureller Zentren / die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung / die Deutsche Unesco-Kommission / der Deutsche Gewerkschaftsbund / der Deutsche Volkshochschul-Verband / der Fachverband Kulturmanagement / die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur / die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft / das Institut für Bildung und Kultur / die Kulturpolitische Gesellschaft / die Spiele–Autoren-Zunft / der Verband für sozial-kulturelle Arbeit.

Sprecher der Sektion sind Prof. Dr. Max Fuchs und Andreas Kämpf. Stellvertreter sind Dr. Karl Ermert und Tobias J. Knoblich. Die Geschäftsführung für den Rat liegt in den Händen von Hildegard Bockhorst.

Zwei Mal haben sich Vertreter der Mitglieder der Sektion im vergangen Jahr zu Mitgliederversammlungen im Sitzungsraum des Deutschen Kulturrates getroffen: am 21. Januar 2009 und am 8. Dezember 2009.

Ein roter Faden der Sektionsarbeit war die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt. Dabei ging es weniger um Grundsatzdiskussionen über Sinn und Zweck dieses neuen Instruments. Solche Debatten sind in den Vorjahren geführt worden. Es ging vielmehr darum, das geplante Weißbuch mit realisierbaren Handlungsempfehlungen vorzulegen. Mitglieder der Sektionen haben daher in den verschiedenen Themenfeldern aktiv mitgearbeitet und einzelne Kapitel verantwortlich betreut.

In der Mitgliederversammlung im Januar wurde zudem das Entwicklungsprojekt des Deutschen Kulturrates „Strukturbedingungen für eine nachhaltige kulturelle Bildung“ ausführlich beraten. Dieses Vorhaben des Kulturrates, gefördert vom BMBF, wird dann erfolgreich sein, so die Meinungen der Mitglieder, wenn es gelingt, den Entwicklungsprozess gemeinsam mit vielen Migrantenselbstorganisationen zu gestalten. Anzustreben ist es, nicht nur mit türkisch-muslimischen Organisationen zu kooperieren, sondern die Breite und Vielfalt von Migrantenorganisationen für den Dialog und die Zusammenarbeit im Kulturbereich zu gewinnen. Für die Sektionsmitglieder ist dieses vom BMBF für drei Jahre geförderte Projekt ein sehr wichtiges, aber auch sehr anspruchsvolles Vorhaben. Sie bitten darum, auch im Sinne der angestrebten Nachhaltigkeit, dass die Expertise der Mitglieder der Sektion auch in das Projekt einfließen kann. „Nur wenn die Mitgliedsverbände des Kulturrates intensiv eingebunden und beteiligt werden, wird auch eine interkulturelle Veränderung der eigenen Kulturrats-Strukturen gelingen“, so das Votum der Mitglieder im Rat für Soziokultur und Kulturelle Bildung. Ein Indikator für den Erfolg des Projektes wird es sein, wenn sich am Ende der drei Jahre Migrantenselbstorganisationen mit ihren kulturellen Interessen in die Strukturen des Kulturrates einbringen und ein diversity mainstreaming in den Organisationen des Kulturrates verankert ist. Nachhaltigkeit, so die Sektionsmitglieder, setzt definitiv die Beteiligung der Kulturratssektionen und ihrer Fachverbände voraus. Nachhaltigkeit ist, so Karl Ermert, „wenn es in die eigenen Strukturen hineinwirkt und die Fachverbände fachlich und strukturell verändert.“

Intensiv für die Interessen der Soziokultur und Kulturellen Bildung genutzt wurde auch die Bundestagswahl 2009. Die Sektionsmitglieder erarbeiteten in der Mitgliederversammlung im Januar folgende Themen, die sie als Wahlprüfsteine über den Sprecherrat des Deutschen Kulturrates bzw. auch im direkten Kontakt mit der Politik eingebrachten: Erstens die Rolle bundeszentraler Infrastrukturen zur Förderung der Soziokultur und Kulturellen Bildung und die Frage nach beabsichtigten Instrumenten, die in der Sektion vertretenen Strukturen für ihre bundespolitischen Aufgaben der Förderung von Bildung und Kultur in der nächsten Legislaturperiode zu unterstützen und zu stärken. Die Akteure der Soziokultur und Kulturellen Bildung erwarten von der Bundeskulturpolitik Maßnahmen, die ein wirkungsvolleres Zusammenspiel von Staat, Markt und Zivilgesellschaft unterstützen. Zweitens das Thema Teilhabe und die Frage nach den Initiativen einer zukünftigen Regierung, um Chancengerechtigkeit und kulturelle Teilhabe in Deutschland zu verbessern. Drittens die Frage nach der öffentlichen Verantwortung und Sicherung von kultureller Bildung als Querschnittsaufgabe durch die Jugendpolitik, durch die Kulturpolitik, durch die Bildungspolitik: in der Unterstützung der Kooperation von Kultur und Schule, im Ausbau des FSJ Kultur, in der Förderung von Medienkompetenz, durch eine stärkere Gewichtung kulturpolitischer Vorhaben zur Gestaltung des demografischen Wandels sowie zur Einbeziehung der Kultur- und Bildungsakteure in die Gestaltung europäischer Kulturpolitik.

In der Mitgliederversammlung im Dezember 2009 bilanzierten die Sektionsmitglieder den Koalitionsvertrag und die Aussagen der neuen Bundesregierung zur Förderung von Soziokultur und kultureller Bildung. „Kulturelle Bildung ist für die Bundesebene ausgezeichnet platziert“, formuliert es Max Fuchs und zitiert daraus: „Wir betonen die zentrale Bedeutung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung für die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen. Es gilt die neuen Möglichkeiten im Schnittfeld von Jugend, Kultur und Schule zu nutzen und qualitativ und quantitativ auszubauen. (...)Wir wollen die Angebote für das Freiwillige Soziale Jahr in der Kultur ausweiten. (...) Wir wollen gemeinsam mit den Ländern den Zugang zu kulturellen Angeboten unabhängig von finanzieller und sozialer Herkunft erleichtern und die Aktivitäten im Bereich der kulturellen Bildung verstärken. (...) Kunst und Kultur sind der Zukunftsmotor einer Gesellschaft. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine unverzichtbare Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.“

In ihrer Arbeit im Jahr 2010 werden die Mitglieder der Sektion darauf hinwirken, dass für diese Koalitionsvorhaben auch entsprechende förderpolitische Rahmenbedingungen geschaffen werden. Unterstrichen wird die Erwartung an die Bundesregierung, im nächsten Sommer einen Bildungsgipfel für Kulturelle Bildung zu realisieren. Weiterverfolgt werden soll auch die Politik-Idee einer „Plattform für Kulturelle Bildung“, wie sie die Mitglieder im Deutschen Kulturrat als handlungspolitische Lücke an den BKM herangetragen haben.

Hildegard Bockhorst, Geschäftsführerin des Rates für Soziokultur und kulturelle Bildung ■

v.l.n.r.: Olaf Zimmermann, Gabriele Schulz, Monika Piel bei der Vorstellung des Buches „Der WDR als Kulturakteur“ Foto: WDR/Herbie Sachs

Guck nach unten, Frau!

Tanja Leston unterrichtete sechs Monate als Aushilfe an einer Weddinger Gesamtschule • Ein Überlebensbericht

Es war ein kalter Januartag, als ich mich an einer Gesamtschule in Berlin-Wedding als Aushilfslehrerin vorstellte. Eine Freundin hatte mir erzählt, dass viele Schulen händeringend Lehrer suchen. Man müsste nicht einmal Pädagogik studiert haben, sagte sie mir.

Ich bin Kommunikationswissenschaftlerin, 37 Jahre alt und habe in den letzten Jahren als Marketingreferentin gearbeitet, oft von neun bis 20 Uhr, manchmal noch länger, eine Arbeitszeit, die mit meinen zwei Kindern nicht vereinbar war. Ich kündigte, wurde arbeitslos und belegte am Wallstreet-Institut in der Friedrichstraße einen Sprachenkurs, um mein Schulenglisch aufzubessern.

Keine Ahnung, was es hieß, Lehrer zu sein. Aber ich brauchte einen Job, dringend. In einem Monat lief mein Arbeitslosengeld aus.

„Herzlich willkommen in der Höhle des Löwen. Sie können sofort anfangen“, begrüßte mich der stellvertretende Direktor und führte mich in sein Büro. Bei Durchlaufkaffee und Keksen erzählte er mir als Erstes, dass zweiundachtzig Prozent der Schüler nichtdeutscher Herkunft seien, aus vierundzwanzig Nationen. „Also seien Sie vorsichtig. Die Meute riecht, wenn man unsicher ist.“ Ich dachte: Was machst du hier eigentlich? versuchte aber, mir meine Unsicherheit nicht anmerken zu lassen.

„Also, wir würden Sie dann in den Fächern Musik und Englisch einsetzen“, fuhr der stellvertretende Direktor fort. Musik? Ich sagte, dass ich keinen Schimmer von Musik habe. Ich erwähnte, Ehrlichkeit erschien mir angebracht, dass ich auch keine Noten kenne. Und erst Englisch! In meinem Kopf schimmerte das blaue Logo vom Wallstreet-Institut. Mister Woodgate – mein Lehrer – wäre sicher stolz auf mich, wenn auch irritiert ob der plötzlichen Karriere.

Der stellvertretende Direktor sagte, dass der Musik- und Englischlehrer seit über einem dreiviertel Jahr krank sei. Die Schule könne keinen neuen Lehrer fest einstellen, solange der dauerkranke Pädagoge nicht aus dem Schuldienst ausgeschieden sei. Nichtlehrer indes dürften mit befristeten Verträgen einspringen. „Ihnen wird schon was einfallen.“ Er legte einen Stundenplan auf den Tisch, meinen künftigen Stundenplan. „Ach“, rief er, „Kunst und Deutsch können sie doch bestimmt auch?“ „Wenn‘s sein muss“, sagte ich schwach.

Er gab mir meinen Vertrag, dann zeigte er mir die Schule. Wir liefen über den Hof ins Hauptschulgebäude. Es war gerade große Pause. Der Hof war voll mit Jungs, die in Sprachen, die ich nicht verstand, laut miteinander redeten, sich Basecaps vom Kopf zogen, sich anrempelten, lachten. Mädchen mit Kopftüchern aßen still ihre Schulbrote, Lehrer froren vor den Eingängen. Schlagartig war es da, ein Gefühl, so ähnlich wie Flugangst oder wie damals, an dem Tag, als ich in Kairo in der Zitadelle den falschen Ausgang genommen hatte und mit meiner Ray-Ban-Sonnenbrille durch eine arme, mir völlig unbekannte Gegend irrte und nicht wusste, wie ich ins Hotel zurückfinden sollte.

Drei Tage später, neunte Klasse, Musikunterricht. Ich hatte keinen Lehrplan, keine Stoffplanung und keine Arbeitsmaterialien erhalten. Ich konnte machen, was ich wollte, wahrscheinlich ging es nur darum, die Schüler ruhig zu halten. Meine erste Stunde hatte ich wie eine Präsentation mit anständigem Budget vorbereitet, ich wollte ganz simpel mit der „Moldau“ von Friedrich Smetana anfangen, eigentlich Grundschulthematik. Die CD hatte ich bei Dussmann erstanden und die exakte Flussbettbeschreibung im Internet gefunden. Jede Minute hatte ich genauestens vorbereitet.

Ich sagte den Schülern, wer ich bin und fragte, was sie noch von mir wissen wollten. „Waren Sie schon mal auf dem Gazastreifen?“, fragte mich ein Junge in der ersten Reihe und grinste übers ganze Gesicht, ganz offensichtlich darum bemüht, mich das erste Mal aus dem Konzept zu bringen. „Nee, das stand noch nicht auf meinem Ausflugsplan für den Sonntag“, versuchte ich zu kontern und fing lieber schnell mit Smetana an. Den Komponisten kannten die Schüler nicht, was mich nicht überraschte. Prag kannten sie allerdings auch nicht. Und Tschechien und die anderen Nachbarländer von Deutschland. Immerhin hörten sie in dieser ersten Stunde noch zu, sie waren neugierig auf mich, die Neue. Ein Bonus, der rasch aufgebraucht war.

Sechs Klassen von der siebenten bis zur neunten Stufe waren mir anvertraut worden, 23 Wochenstunden, 139 Schüler mit Namen, die mir fast alle fremd waren. Hassan, Ceylan, Koloud, Aysa, Fatih. Einwandererkinder der ersten oder zweiten Generation aus der Türkei, Palästina, Bosnien, Tunesien. In manchen Klassen war auch ein Dennis dabei oder eine Vicki. Sie kauten Kaugummi im Unterricht, standen einfach auf und brüllten ihre Nachbarn an. Ich war entsetzt und suchte verzweifelt Parallelen zu meiner eigenen Schulzeit. Ich fand keine.

Nur Michelle Pfeiffer fiel mir ein. Die zierliche Schauspielerin hatte in dem Film „Dangerous Minds“ als neue Lehrerin und Ex-Marine amerikanischen Kids aus untersten sozialen Schichten gezeigt, wie man lernt, an sich selbst zu glauben. Ich hatte damals im Kino Rotz und Wasser geheult. Aus Rührung darüber, wie Michelle Pfeiffer die schwierigsten Schüler dazu brachte, Bob Dylan zu singen. Aber Rührung konnte ich hier im Wedding in die Tonne treten.

Hier ging es vor allem darum, immer genügend Arbeitsblätter in Reserve zu haben, die ich mir aus Wikipedia zusammenbastelte. Arbeitsblätter waren für mich eine Art Sicherheitsgurt. Wenn die Schüler einen Text mit Fragen zu bearbeiten hatten, war kurze Zeit Ruhe. Dann ging es wieder los. „Wir sind müde, hatten zwei Stunden Sport.“ „Mann, ihr seid gerade mal vierzehn. Reicht doch schon mal den Rentenbescheid ein.“ „Sie nerven voll ab.“ „Wie würde dein Vater finden, wie du mit deiner Lehrerin redest?“ Betretenes Schweigen, für eine Sekunde. Ich wünschte mir Besserungsanstalten und Schulversetzungen auf Knopfdruck.

Manchmal gab es aber auch Momente, da kam ich plötzlich an sie ran. In einer Musikstunde beispielsweise, in der 8. Klasse. Ich spielte Johnny Cash, den Song „Hurt“. Derya, die ganz hinten neben der Tür saß, mit einer Leck-mich-am-Arsch-Miene, und gern durch die Klasse schrie, dass sie keinen Bock auf meinen Scheiß habe, saß bei diesem Lied die ganze Zeit ruhig auf ihrem Platz und kaute auf ihrem Kugelschreiber. Als die Musik aufhörte, sagte sie: „Bitte spielen Sie das noch mal. Das klang schön. So traurig.“ Dreimal spielte ich „Hurt“. Und zwischendurch redeten wir darüber, wie sich Schmerz anfühlt, warum sich Menschen selbst verletzen, warum sie einsam sind. Die Schüler hörten zu, sie erzählten von ihrem Liebeskummer, von ihren Freunden und wie weh es tut, sie zu verlieren. Darüber wussten sie Bescheid, darüber wollten sie sprechen. Einmal fragten sie mich, warum wir nicht Gitarre spielen lernen, Sie sind doch Musiklehrerin? Ich tat einen Teufel, ihnen von meiner nichtmusikalischen Ader zu erzählen.

Eine andere Stunde. Elvis Presley. „In the Ghetto“ „Was ist für euch ein Getto?“ „Aufgeblasene Gangsterrapper, kein Geld, schlechte Eltern, Drogendealer, Hartz IV.“ Die Klingel schepperte, die Stunde war vorbei, die Kinder schrieben weiter. „Glaubt ihr, dass es für das neu geborene Kind aus dem Song im Getto anders wird?“ „Nein, das ändert sich nie. Elvis wollte den anderen zeigen, wie das im Getto ist. Er hat das nicht vergessen“, rief Sihem. Ich sah ihre Bleistifte über das Papier rasen. „People, don‘t you understand the child needs a helping hand or he‘ll grow to be an angry young man some day.” Leute, seht ihr nicht, das Kind braucht Hilfe, wenn es die nicht bekommt, wird aus ihm ein wütender junger Mensch werden.

Karikatur: Freimut Woessner

Ständiges Zuspätkommen. Türen werden aufgerissen, Schüler aus anderen Klassen brüllen in den Raum: „Hurensohn. Opfer. Scheiß Jude. Fresse. Guck nach unten, Frau.“ Kollegen, die älter sind, werden krank. Hörsturz, Burn out. Die Klassenlehrerin der neunten Klasse wünscht mir auf dem Gang mit mildem Lächeln: „Viel Spaß“, und läuft weiter, in den Heizungskeller, eine rauchen. Manchmal ertappte ich mich dabei, wie ich mitten im Unterricht minutenlang aus dem Fenster und auf die Regentropfen auf der Scheibe sah. Mein Körper war noch im Klassenzimmer, aber ich war weg, für einen Moment.

Ich fragte Aygül, mit gelben Riesenkreolen an den Ohren, ob sie mit dreißig wie eine alte Frau aussehen wolle. „Wieso?“, fragte sie zurück. „Weil du so hysterisch schreist, dass ich jetzt schon die Falten in deinem Gesicht sehe.“ „Echt?“, meinte sie erschrocken. Hatte es aber gleich wieder vergessen, das mit den Falten.

Mit Stühlen gingen die Jungs im Flur aufeinander los. Ich schob mich dazwischen, schrie: „Aufhören!“, spürte die erhitzten Gesichter ganz dicht neben mir. Sie machten einfach weiter, schoben sich an mir vorbei. Ich schob zurück. Konnte sie nicht trennen. Drehte mich um und ging weg, ohne zurückzublicken.

Als es zum Unterricht klingelte, waren die Jungs noch nicht zurück. Ich wartete vor der Tafel. Nacheinander trudelten sie ein, mit hochroten Gesichtern, immer noch wütend. Ich schrieb die Minuten, die sie zu spät kamen, an die Tafel. Die würden wir nachsitzen. Nachsitzen war eigentlich nicht erlaubt. Aber in diesem Fall hatten meine Nerven entschieden. Minutenlang saß ich auf meinem Stuhl, packte meine Sachen in die Tasche, mit Blick auf die Zahlen an der Tafel. „Das dürfen sie gar nicht, uns nachsitzen lassen.“ „Habt ihr eine Ahnung, was ich darf.“ Ich dachte daran, dass mein Vertrag noch drei Monate ging und dass ich danach wahrscheinlich wieder zum Arbeitsamt müsste. Es war mir egal, ob sie mich hier rausschmeißen oder nicht. Es platzte aus mir heraus: „Ihr seid wie die Affen, ihr brüllt ohne Anstand, wie in einem Scheiß-Zoo ist das hier.“ Aygül meldete sich: „Das sag ich dem Direktor, dass Sie Affen zu uns gesagt haben.“ „Bitte, nur zu. Ich sagte: Wie die Affen. Wie die Affen und das schwöre ich auch vor Frau Merkel.“ „Wer ist Frau Merkel?“ „Spuck endlich den Kaugummi aus, oder willst du einen Tadel?“ „Tschüh, ich habe keinen Kaugummi, ich schwöre.“ „Auch auf deine Mutter?“ „Abuuuuuh“ – im Chor.

Das nächste Thema waren Musicals. Ich suchte die „West Side Story“ von Leonard Bernstein aus. Weil sie hier nach Wedding passte, wie ich fand. Es geht um Migration, den Wunsch, akzeptiert zu werden im Land, in dem man gelandet war, ob man wollte oder nicht. Die Liebe zwischen Maria aus Puerto Rico und Tony aus New York, eine Liebe, die nicht sein darf. Bandenkrieg zwischen jugendlichen Puertoricanern und US-Amerikanern. „Jets“ und „Sharks“.

Ich drehte die Anlage auf Maximum. Die Musik schallte durch die geöffneten Fenster in den Hof: „Somewhere, there‘s a place for us, a time and place for us.“ Irgendwo dort draußen gibt es einen Platz für uns, unsere Zeit wird kommen. Der Text stand auf den Arbeitsblättern, die ich verteilt hatte. Aygül sang laut mit. Sie sah die Jungs an, während sie sang, sie kokettierte mit ihnen. Die Jungs grinsten. „Stellt euch vor, ihr seid von einem Tag auf den anderen in New York, was würdet ihr tun?“, fragte ich. „Wie die Sprache lernen? Wie Geld verdienen? Wo wohnen, Freunde finden?“ „Gibt’s da auch Hartz IV?“, war die erste Frage. Meine Schüler wussten offensichtlich, dass man damit gut durchkommt. „So was gibt’s nur hier – verlassen würde ich mich darauf nicht“, sagte ich. „Und in zwanzig Jahren sieht das hier wahrscheinlich auch anders aus.“ „Ich würde BWL studieren, abends Englisch an einer Schule lernen – da finde ich auch Freunde. Viel Geld verdienen, und Ihnen kaufe ich den Broadway.“ Das hat mich gerührt.

Ich fragte, was sie werden wollen. Bodyguard, Fußballprofi, Schauspieler, Sängerin, Superstar. Was Realistisches war kaum dabei, manchmal Erzieherin oder Kfz-Mechaniker. Das soziale Netz versprach Absicherung. Superstar, und wenn das nicht klappt, kann man ja auch noch vom Staat leben.

Die Rechtschreibung in den Tests und Arbeitsblättern war zum Haaresträuben. Jeden Tag bin ich mit meinen Ansprüchen ein bisschen weiter runter gegangen. Es gab Stunden, meist die letzten, in denen die Hälfte der Klasse fehlte. Das waren die schönsten. Nur zehn Schüler in der Klasse! Gott sei Dank, dachte ich, und das dachten auch die Schüler. Die Schwänzer waren zu Hause vor dem Fernseher oder auf der Straße. Auf einmal gab es das typische Fingerschnipsen, wenn man etwas wissen, wenn man sich mitteilen will.

„Heute war es gut. Stimmt doch, oder? Endlich mal nicht so laut“, sagten sie, als sie nach der Stunde zu mir an den Lehrertisch kamen, sie wollten ihren Zensurenstand wissen und wünschten mir einen schönen Nachmittag. Umso schlimmer ist es, wenn man sie dann wieder verliert, Mädchen, die auf den U-Bahnhöfen mit düsteren Gestalten abhängen. Manchmal habe ich mir eine in der Pause geschnappt und ihr auf die Schulter geklopft: „Schön, dass du wieder da bist. Du bist gut. Versau es dir nicht.“

Beim Rauchen im Heizungskeller erfuhr ich das Neueste. Eine Kollegin wurde von den Schülern „fettes Schwein“ genannt, dabei hatte sie gerade 15 Kilo abgenommen. Wie nett, dachte ich, mir hatten sie gerade „Vot-

Weiter auf Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

Guck nach unten, Frau!

ze“ zugeflüstert. „Sind sie schwanger?“ „Nein, ich habe Blähungen, aber danke der Nachfrage.“

Freunde und Bekannte von mir konnten überhaupt nicht nachvollziehen, dass Nichtlehrer unterrichten dürfen. Ohne Ausbildung! „Also bitteschön, so was ist doch in Deutschland nicht möglich“, wurde ich bei Grillgemüse und Prosecco auf dem Schulfest meiner Kinder in Berlin-Mitte belehrt. Die Schule meiner Kinder war nur zehn Autominuten von der im Wedding entfernt, aber es war eine komplett andere Welt. Eine Welt, in der Eltern stundenlang über die Frischobstliste für den Hort diskutierten, wer den Kuchen fürs Schulfest bäckt und ob es für 10-Jährige emotional verträglich ist, schon Zensuren zu bekommen. Ich merkte, wie ich ungeduldiger wurde und immer weniger Verständnis entwickelte für Probleme, die aus meiner Sicht gar keine waren. Ich führte eine Art Doppelleben. Mich nervten die überbesorgten Mitte-Eltern, andererseits ertrug ich nicht einmal mehr die U-Bahn-Fahrt von Mitte nach Wedding. Ich fuhr lieber mit dem Auto, in dem ich meinen Kaffee trinken und Radio Eins hören konnte, um noch ein bisschen länger an der Welt festzuhalten, die mir vertraut war.

Es gab eine Menge hübscher Mädels in meinen Klassen. „Hübsche Mädchen mit gutem Englisch könnten überall als Stewardess arbeiten und in der ganzen Welt rumkommen“, warf ich einmal in den Unterricht ein. Angefixt von dieser plötzlichen Option meldeten sich die Selbstbewussten: „Welche Note brauche ich denn in Englisch, muss ich da einen Leistungskurs machen?“

Beim Sportfest rannten sie, als ginge es um ihr Leben. Staffellauf. Das Team war gefordert, der Schwächste wie auch der Schnellste, da hielten sie zusammen. Da bekamen sie Anerkennung. Ich hatte nicht gewusst, dass sich pubertierende Teenager über eine Urkunde beim Sportfest so freuen können. Sie lachten und rissen die Arme hoch, und ich bin mir sicher, dass sie ihre Urkunde sehr lange aufbewahren werden. Marathonlauf. Unglaublich, wie sie Runde für Runde durch den Volkspark Rehberge liefen. Samir lief wie ein aufgezogener Motor. Das Johnny-Cash-Mädchen Derya spuckte ihre Kaugummis aus und kämpfte mit rotem Gesicht bis Runde neun: 7 740 Meter. Die Lehrer klatschten und feuerten sie an. Sogar der Junge aus Bosnien war zum Sportfest gekommen. Er war ein seltsamer Junge, intelligent, und wenn er da war, machte er gut mit. Leider kam er nur dreimal in sieben Monaten zum Unterricht. Als ich ihn einmal auf der Treppe traf und fragte, warum er nicht kommt, es gehe doch um seinen Abschluss, sah er mir nicht in die Augen. Er schien ganz weit weg zu sein. Er stand vor mir, zu groß für sein Alter, mit leicht gebeugten Schultern, Flaum über den Lippen. Dann schaute er auf – und seine Augen sagten, dass ich eine Scheißahnung habe.

Vielleicht könnte Unterricht hier, in einer Schule wie dieser, funktionieren mit Klassengrößen von 15 Kindern. Es könnte klappen mit mehr Deutschunterricht. Denn die Schüler scheitern in den Prüfungen vor allem an Fragen, die sie nicht verstehen. Warum gibt es keine Regel, die besagt, dass fünfzig Prozent Migrantenanteil an einer Schule ausreichend sind? Oder 60? Ist es politisch unkorrekt, wenn man will, dass die Kinder in die Gesellschaft integriert werden. Man kann das Wort ja nicht mehr hören, aber erst hier, an dieser Schule im Wedding, habe ich begriffen, dass es nur eine Phrase ist.

Einmal sagte ich: „Es tut mir leid, dass ihr immer Arbeitsblätter mit der langweiligen Textarbeit machen müsst. Tut mir leid für die, die lernen wollen. Tut mir leid für die, die mal eine Familie haben und die auch ernähren wollen, mit eigenen Händen. Wie es sich für einen Mann gehört. Aber ein paar von euch wollen ja, wie zum Beispiel du oder du.“

„Ich auch, ich will auch, ich auch“, riefen sie und hoben die Hände. Vor dem Schuljahresende gab es eine Theateraufführung. „Othello“ von Shakespeare. Verrat, Liebe, Freundschaft, Eifersucht, Mord. Von den Schülern im Theaterkurs in die Sprache ihres Alltags transformiert. Man spürte die Kraft, das Gefühl, etwas Besonderes zu machen. Lehrer, Schulrat, Schüler, alle waren begeistert.

Ich hätte heulen können, nur heulen. Weil ich froh war, dass sie etwas geschafft hatten, dass sich was bewegte, in die richtige Richtung.

Ceylan kam nach der Vorstellung zu mir. Eine Mollige mit großer Mädchenschrift, Pferdeschwanz, Brille, die immer grüßte und versuchte, alles richtig zu machen. Sie hatte im Sprechchor mitgespielt, aber ihre Eltern waren nicht gekommen. Nur ganz wenige Eltern waren bei der Premiere.

Im Publikum saß ein Kandidat von „Teach First“, dem neuen Programm für Superabschlussstudenten, die nach amerikanischem Vorbild für zwei Jahre als Lehrer an Problemschulen gehen, um ihre Sozialkompetenz und ihre Führungs- und Managementqualitäten zu erproben. Danach sollen sie vorzugsweise bei Top-Firmen unterkommen. Der Kandidat für diese Schule war ein Cambridge-Absolvent, Mitte zwanzig, im Wollpullover. Sein Mund stand offen, als er die Aufführung sah. Es war noch nicht lange hier, es war seine Schnupperwoche. Er war sichtlich stolz, hier die nächsten zwei Jahre arbeiten zu dürfen. Ich sagte ihm nicht, dass er höchstwahrscheinlich gerade den Zenit seiner zweijährigen Verpflichtung erlebt hatte. Ich fühlte mich extrem abgeklärt.

Der Cambridge-Absolvent wird der nächste Englisch- und Musiklehrer, mein Nachfolger. Vor mir war es für sechs Monate ein amerikanischer Student mit Berlin-Ambitionen und Gitarre in der Hand. Drei wechselnde Englischlehrer in anderthalb Jahren, und das so kurz vor den Abschlussprüfungen. Eine Kollegin wollte wissen, warum ich meinen Vertrag nicht verlängere für das neue Schuljahr, die Kinder würden was lernen und bräuchten unbedingt Kontinuität. Würde ich gerne, aber nicht für 1 500 Euro brutto im Monat, sagte ich.

Das Sommerfest war sowas wie mein Abschied von der Schule. Es fand eine Woche vor den Ferien statt. Die Schüler hatten Sachspenden in den umliegenden Geschäften gesammelt, um sie als Preise zu verteilen. Als ich bei Sihem am Dosenwerfstand mein Glück versuchte, gab sie mir als Preis ein Band, das sie mir ums Handgelenk knotete. Es war ein Verpackungsbändchen von „Flora by Gucci“, für Sihem etwas ganz Besonderes.

An meinem letzten Tag ging ich in die achte Klasse, wo ich die meisten Wochenstunden gegeben hatte. Sie schenkten mir ein Klassenfoto. Ich fragte sie, was sie in den Ferien machen. Ein paar sagten, dass sie nach Hause fahren, zu den Verwandten. Die meisten zuckten die Schultern. „Und wo fahren Sie hin?“, wollte Sihem wissen. „Ein paar Tage an die Ostsee.“ „Sie haben's gut.“

Ich verabschiedete mich von jedem einzeln. Ich gab ihnen die Hand, ich machte ihnen Mut, sagte, dass es zwar nicht immer leicht war, aber dass ich sie mag. Sihem, die mich am Anfang nicht ausstehen konnte, fragte: „Aber Sie kommen doch noch mal wieder, oder?“ Ich nahm sie in den Arm. Dann ging ich, packte meine Sachen, setzte mich in mein Auto und fuhr zurück nach Mitte, meine Kinder von der Schule abholen.

Ein halbes Jahr ist das nun her. Ein einziges Mal war ich seitdem wieder im Wedding, auf einer Ausstellungseröffnung.

Der Beitrag erschien zuerst im Magazin der Berliner Zeitung am 13./14.02.2010. Wir danken für die Genehmigung zum Abdruck.

Die Verfasserin ist Kommunikationswissenschaftlerin ■

„Verdammt, so cool klingt also eine Mundharmonika“

Stefanie Ernst im Gespräch mit Dieter Kropp

politik und kultur: Herr Kropp, Sie gelten als einer der besten deutschen Blues Harp-Spieler. Wie entstand Ihre Leidenschaft zu dem Instrument?

Dieter Kropp: Am Anfang stand meine Liebe zur Bluesmusik. Im Alter von dreizehn/vierzehn Jahren hörte ich nicht die Hitparade, wie es viele Gleichaltrige taten, sondern begeisterte mich für Rock ´n´ Roll und Oldies aus den 1950er Jahren. In diesen jungen Jahren habe ich einen Jugendfanclub gegründet, dessen Mitglieder sich einmal im Monat im Keller meiner Eltern trafen. Bei diesen Treffen fungierte ich als Disc Jockey und legte meine Oldieschallplatten auf. Irgendwann hatte ein Freund, der selber Gitarre spielte, eine Bluesplatte dabei, auf der neben der Gitarre auch eine Mundharmonika zu hören war. Als ich zum ersten Mal die Musik von dem Country- und Blues Duo Sonny Terry & Brownie McGhee, hörte, dachte ich „verdammt, so cool klingt also eine Mundharmonika“. Dann habe ich selbst mit dem Spielen begonnen und meine Leidenschaft für das Instrument und für die damit verbundene Musik war geweckt.

puk: Ihr Spiel begeistert jährlich zahlreiche Zuhörer. Welcher Altersgruppe gehören die Besucher Ihrer Konzerte an?

Kropp: Erwachsene stellen den Großteil der Konzertbesucher. Jugendliche oder Kinder sind im Publikum weitaus seltener zu finden. Üblicherweise ist das Publikum zwischen fünfundzwanzig und fünfundsiebzig Jahre alt. In letzter Zeit entdecke ich aber immer häufiger ganze Familien, die meine Konzerte besuchen. Erst neulich beim Blues Festival in Detmold ist mir das wieder aufgefallen. Diese Beobachtung finde ich toll. Besonders wenn ich tagsüber spiele, wie etwa bei einem Museumsfest, sind natürlich auch viele Kinder anwesend. Kinder sind immer stark interessiert und ich merke sofort, wie ich sie mit dem Instrument fesseln kann. Bei solchen Gelegenheiten kann man als Einzelkünstler natürlich sehr individuell auf diese Altersgruppe eingehen und das ein oder andere Kinderlied spielen.

puk: Sie haben mehrere Lehrwerke zum Blues Harp spielen geschrieben, die mittlerweile zu Standartwerken avanciert sind. Zudem vermitteln Sie die Fähigkeit des Mundharmonikaspiels in Workshops. Es besteht folglich ein großes Interesse am Erlernen dieses Instruments?

Kropp: Die Workshops veranstalte ich seit mittlerweile zwanzig Jahren. Der dahinter stehende Gedanke war, etwas anzubieten, das Menschen interessiert. Angeschoben wurden die Workshops u.a. von der Firma Hohner, einem Mundharmonikahersteller. Vom Aufbau her sind sie dem Unterricht an Musikschulen nachempfunden. Anders jedoch als die längerfristigen Kurse an den Musikschulen dauern die Workshops einen Tag oder ein Wochenende, zudem wechseln die Teilnehmer häufiger. Hierdurch sollte sowohl Erwachsenen als auch Kindern und Jugendlichen eine Gelegenheit geboten werden, sich an das Instrument heran zu tasten. Das Konzept hat sich im Laufe der Jahre stark verändert. Anfänglich habe ich hauptsächlich doziert. Schnell stellte ich fest, dass es nicht besonders befriedigend war, denn die Leute wollen keine Vorträge über Instrumente hören, sondern sie wollen selber ausprobieren und lernen. Nach ein, zwei Jahren habe ich dann das Konzept der Workshops komplett überarbeitet. Schnell zeigte sich, dass sowohl die Kursteilnehmer als auch ich als Dozent viel mehr Freude hatten. Es ist schön zu sehen, wenn Schüler einen Zugang zu einem vormals fremden Instrument finden und aus ersten Tönen kleine Melodien werden.

Dieter Kropp: Der Mann mit der Mundharmonika **Foto: Dirk Schelpmeier**

Über eine einfache Melodie kann ich viel erreichen. Sie glauben gar nicht, welche Begeisterung erlernte und stolz vorgetragene Lieder wie „Freude schöner Götterfunken“ oder „Bruder Jakob“ auslösen. Im Laufe eines Tages lernen die Teilnehmer nicht nur solche erst einmal einfacheren Lieder spielen zu können, sondern darüber hinaus gelangen wir ja auch noch dazu, diesen wirklich coolen Bluessound auf der Harp zu erzeugen. Dieses typisch melancholische und zugleich aufregende, eben genau diesen „knusprigen“ Sound. Und das dann auch begleitet von einer Rhythmus-Gitarre. Bei den Workshops mischen sich immer auch Kinder und Jugendliche unter die sonst eher erwachsenen Teilnehmer. Denn die Volkshochschulen, wo die Workshops angeboten werden, sind ja vorrangig Bestandteil der Erwachsenenbildung.

puk: Kleine Erfolgserlebnisse steigern die Motivation. Wie viel Zeit würde ein durchschnittlich begabter Mensch investieren müssen, um von ersten Tonleiter-Übungen zum ersten Lied zu gelangen?

Kropp: Der relativ schnelle Erfolg ist Garant für anhaltende Begeisterung. Das ist zumindest meine Erfahrung. Denn genau diese Begeisterung erlebe ich fast jedes Wochenende und ich bin wirklich glücklich, wenn die Menschen sagen „das hätte ich jetzt nicht gedacht, ich bin erst zwei, drei Stunden hier, die Zeit ist umgegangen wie im Fluge und jetzt kann ich schon ein paar Töne spielen und die klingen sogar nach was“. Die Mundharmonika, speziell die Blues Harp, ist natürlich auch ein sehr dankbares Instrument und das birgt einen großen Vorteil. Der Tonaufbau der Harp ist ein sehr harmonischer, richtig falsch spielen geht erst mal gar nicht. Man muss folglich keine Angst vor dem Instrument haben. Gerade bei der Arbeit mit Jugendlichen ist das ein ganz entscheidender Aspekt. Bei einem Projekt, das ich über mehrere Wochen mit einer Gesamtschule zusammen gemacht habe – die Workshops waren in den Musikunterricht integriert – waren die Jugendlichen anfänglich zurückhaltend. Schnell verloren sie ihre Hemmungen und legten ihre Mundharmonikas sogar in den Pausen nicht mehr aus den Händen. Die Jugendlichen haben in den Pausen den anderen Jugendlichen gezeigt, was sie gelernt haben. Ein schöner Erfolg!

Dieter Kropp

Dieter Kropp, geb. 1961. Seit 1986 professioneller Blues-Harp-Spieler, Sänger und Songschreiber. Tritt in verschiedenen Formationen auf. Zusätzlich vermittelt er in Workshops und in Schulen das Blues-Harp-Spielen. Verfasser von Standardwerken zum Blues-Harp-Spielen.

Weiter auf Seite 27

Fortsetzung von Seite 26

puk: Ein Instrument also, das tatsächlich bei der Stange hält….
Kropp: Und wenn sie weiter üben, merken sie schnell, dass ein wahnsinnig cooler Bluessound entsteht und den finden die Jugendlichen toll, so meine Beobachtungen. Sie haben erste Erfolge, finden es cool, zeigen was sie können und sind erst mal Chef auf dem Schulhof.
puk: …und können die Mädchen beeindrucken….
Kropp: …oder die Mädchen die Jungs. Ich hatte Glück, denn in dem Fall war das Verhältnis zwischen Mädchen und Jungen ausgewogen. Das kann auch ganz anders sein. Häufig kommen mehr Männer, auch bei den Erwachsenengruppen. Gelegentlich arbeite ich auch mit reinen Männergruppen, scheinbar besteht bei ihnen eine größere Vorliebe für dieses Instrument.
puk: Vielleicht liegt das ja ein Stück weit an den alten Westernfilmen, in denen die Mundharmonika sehr präsent ist. Männer sind folglich leichter für diese Art der Musik zu begeistern?
Kropp: Das kann sein. Allerdings gibt es aber auch viel mehr E-Gitarristen als E-Gitarristinnen.
puk: Werden in den Workshops auch moderne Songs gespielt? Ist die Mundharmonika Charts tauglich?
Kropp: Das Repertoire ist eher auf klassisches, oder sagen wir besser: traditionelles Liedgut und auf Rock ‚n' Roll und Blues aufgebaut. Bislang musste ich noch nicht auf aktuelle Songs als Aufhänger zurückgreifen, um Teilnehmer zu gewinnen.

Die heutige Musik ist ja sehr schnelllebig. Vielleicht könnte man aber tatsächlich ein aktuelles Lied als Aufhänger nehmen. Ein Lied, zum Beispiel die Version von „Sweet Home Alabama" von Kid Rock geht immer ganz gut. Und wenn man den Jugendlichen erzählt „Sweet Home Alabama" ist eigentlich aus den 1970er Jahren, dann sind sie verwundert und begeistert zugleich.

Wenn man nun aber das Interesse an dem Instrument breiter streuen möchte, ähnlich wie bei „Jedem Kind ein Instrument", dann könnte Aktuelles aus der Popmusik natürlich durchaus ein spannender Aufhänger sein. Das Entscheidende ist und bleibt aber ein guter Bluessound. Wenn ich einen coolen Sound spiele, dann sind das Staunen und die Begeisterung immer sehr groß.
puk: Bemühungen, Kindern und Jugendlichen musische Bildung angedeihen zu lassen, gibt es einige. Das wohl bekannteste und bereits angesprochene Projekt „Jedem Kind ein Instrument" (JEKI)in NRW gilt als Erfolg, bei dessen Nachhaltigkeit immer die Kostenfrage eine große Rolle spielt. Geigen regnet es nicht vom Himmel. Die Chance der Mundharmonika liegt also nicht zuletzt in ihren günstigen Anschaffungskosten.
Kropp: Bereits für 20 Euro bekomme ich ein wirklich tolles Instrument. Die Blues Harp ist auch unter diesem Gesichtspunkt ein Instrument für die „Breite". Natürlich könnte man weitaus mehr Geld investieren. Die Einsteigermodelle sind jedoch so gut, dass ich sie selbst als Profi nutze.
puk: Jedem Kind eine Mundharmonika wäre auch hinsichtlich der relativ geringen Anschaffungskosten ein echter Gewinn und ein lohnenswertes Projekt im Bereich der musikalischen Bildung?
Kropp: Ganz bestimmt. JEKI ist immer sehr stark mit den Grundschülern verbunden. Und die Klientel, die dann kommt, die Jugendlichen der 5. und 6. Klasse muss besser bedient werden. Das Hören auf den Anderen und Rücksichtnahme aufeinander wird durch das Erlernen eines Instruments unheimlich gut geschult, denn nur im Zusammenspiel bekommt man einen guten Klang hin. Ich würde mich freuen, wenn die Jugendlichen in punkto musikalische Bildung stärker aufgefangen werden würden. Die Blues Harp ist genau das richtige Instrument für diese Idee.
puk: Gute Musikerziehung ist untrennbar verbunden mit entsprechend ausgebildeten Lehrern. Gibt es hier nicht ein Problem?
Kropp: Musiklehrer müssten tatsächlich erst mal selber an das Instrument herangeführt werden. Konkrete Pläne gibt es hier noch nicht. Den Musiklehrern müssten Weiterbildungen angeboten werden. Vielleicht macht man eine Art kleine Workshop-Tour durch Schulen und Begegnungsstätten, die im Vorfeld Interesse bekundet haben. Erst einmal gilt es, das Interesse an dem Thema Blues Harp zu wecken. Das wäre ein erster großer Schritt.

Ich würde mich freuen, wenn in einem Pilotprojekt der Einsatz der Blues-Harp in der Schule erprobt würde. Jetzt ist die Zeit etwas anzustoßen und Nägel mit Köpfen zu machen.
puk: Ich wünsche Ihnen für das spannende Projekt viel Erfolg und alles Gute.

Stefanie Ernst ist freie Kulturjournalistin ■

Die Harp: sexy, stabil und günstig

Ein Kommentar von Olaf Zimmermann

„Der relativ schnelle Erfolg ist Garant für anhaltende Begeisterung", sagt der Musiker Dieter Kropp im Gespräch mit Stefanie Ernst in dieser Ausgabe über das Harp spielen lernen. Mich erinnert das sofort an Computerspiele spielen lernen. Der Einstig ist sehr einfach, schnell hat man Erfolgserlebnisse und findet Spaß am Weiterspielen. Um aber ein Meister zu werden, muss man üben, üben, üben. Diese Art zur Meisterschaft zu kommen, spricht besonders junge Männer stark an.

Ist vielleicht die Harp, also unsere alte Mundharmonika, das ideale Instrument, um gerade Jungens, die in der Computerspielezeit sozialisiert wurden, mit einem Instrument vertraut zu machen?

Bislang konzentrieren sich viele Modellprojekte der kulturellen Bildung, wie „Jedem Kind ein Instrument", hauptsächlich auf die Grundschule. Und wenn wir ehrlich sind, erreichen sie vornehmlich die Kinder des Bildungsbürgertums. Wer schon einmal einen unverstellten Blick in einen sozialen Brennpunkt geworfen hat, weiß, dass ein Cello oder eine Querflöte der rauen Wirklichkeit emotional wie physisch letztlich nicht lange standhalten kann.

Ein Instrument, das gerade in sozialen Bennpunkten überleben soll, muss sexy, stabil und günstig sein. Eine Harp ist zumindest stabil und mit rund 20 Euro für ein profitaugliches Gerät konkurrenzlos günstig. Sexy kann sie werden, davon bin ich überzeugt, wenn man den Jugendlichen vermitteln kann, dass sie ihre Gefühle mit einer Bluesharp in einer für viele unbekannten Art und Weise ausdrücken können. Erstes Liebesglück und der unausweichliche folgende Kummer und die Bluesharp sind Geschwister.

Die Harp könnte ein Schlüsselinstrument der niedrigschwelligen kulturellen Bildung werden, denn sie ist einfach anzuspielen, sie ist sehr günstig in der Anschaffung und überlebt auch den harten Alltag in einem sozialen Brennpunkt. Gerade für Jungendliche oberhalb des Grundschulalters kann dieses Instrument eine Chance bieten Zugang zur Welt der Musik zu finden. Hier würde sich ein Modellprojekt wirklich einmal lohnen!

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Reformation und Bildung?

Reformation durch Bildung! • Von Kerstin Griese

„Aufs erste erfahren wir jetzt in deutschen Landen durch und durch, wie man allenthalben die Schulen zergehen lässt."

Diese Feststellung, die auch dem Munde des UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, Vernor Munoz, kommen könnten, stammt von Martin Luther aus dem Jahr 1524 – hat aber an Aktualität nichts verloren. Wieder einmal ist das deutsche Bildungssystem reformbedürftig. Spätestens seit PISA ist Deutschland auch in der „gefühlten" Bildungskrise: Seitdem reißen die schlechten Nachrichten in Sachen Bildung nicht ab. Das deutsche Bildungssystem ist leistungsschwach und hochselektiv. Kinder aus armen und sogenannten bildungsfernen Familien, mit Migrationshintergrund und Behinderungen haben in diesem System schlechte Chancen, ihre Begabungen zu entdecken und ihre Potenziale zu entfalten. Ihr Recht auf Bildung ist unter diesen Bedingungen nicht verwirklicht.

So alarmierend diese Befunde auch sind, eine größere gesellschaftliche Aufmerksamkeit haben sie erst im Zusammenspiel mit aktuellen demografischen und wirtschaftlichen Prognosen erhalten. Denn plötzlich wurde deutlich, dass Deutschland angesichts eines mittelfristig zu erwartenden Fachkräftemangels einmal mehr in eine Bildungskatastrophe steuert. Seitdem ist Bildung wieder in aller Munde und im aktuellen Koalitionsvertrag ist sogar von der „Bildungsrepublik Deutschland" die Rede. Die Bedeutung der Ressource Bildung ist jedoch keine Entdeckung des 20. bzw. 21. Jahrhunderst, denn bereits 1524 schrieb Luther an die Ratsherren aller Städte deutschen Landes, dass

Die Wartburg in Eisenach
© Thüringer Tourismus GmbH/Bildarchiv, Toma Babovic

sie christliche Schulen aufrichten und halten sollen:

„Sondern das ist einer Stadt bestes und allererstes Gedeihen, Heil und Kraft, dass sie viel feiner, gelehrter, vernünftiger, ehrbarer, wohlerzogener Bürger hat, die könnten darnach wohl Schätze und alles Gut sammeln, halten und recht brauchen."

Zu Recht sind Bildung und Protestantismus in der deutschen Geistesgeschichte eng verknüpfte Begriffe. Philipp Melanchthon hat sich durch seine grundlegende Schul- und Universitätsreform den Ruf als „Praeceptor Germaniae" – Lehrer Deutschlands erworben. Er unterwies nicht nur Luther in der griechischen Sprache, sondern war auch Motor seiner Bibelübersetzung. Antrieb war beiden der Wunsch, Menschen zum Verstehen zu befähigen. Sie sollten die Bibel lesen können, um sich selbst ein Bild machen zu können, um sich eine Meinung zu bilden und urteilsfähig zu werden. Melanchthon und Luther erkannten, dass Sprache ein wesentlicher Schlüssel der Erkenntnis ist und mehr als „nur" Verständigung von ihrer Kenntnis abhängt. Lange wurde diese Perspektive auf den Spracherwerb in Deutschland vernachlässigt: Aktuell stehen wir vor der Herausforderung, die Grundlagen der Mehrsprachigkeit, die viele Kinder und Jugendliche in Deutschland durch ihren Migrationshintergrund mitbringen, so zu entwickeln und zu fördern, dass nicht nur Verständigung möglich wird, sondern dass sie sowohl in der deutschen als auch in weiteren Sprachen beheimatet sind.

Melanchthon und Luther waren sich darin einig, dass Bildung kein exklusives Gut für Wenige sein darf, sondern dass es der „allerbesten Schulen, beide für Knaben und Maidlein" – wie Luther schrieb – bedarf, damit Leben in Gemeinschaft gelingen kann. Dieser inklusive Gedanke muss für die heutige Zeit fortgeschrieben werden. Mehr denn je gilt es, Bildung zu demokratisieren und den hier vorherrschenden Matthäus-Effekt „Denn wer da hat, dem wird gegeben werden" (Matthäus 25, 29) zu durchbrechen. Die Erkenntnis, dass nicht nur Geschlecht sondern auch die Lebenslage Armut sowie die elterliche Bildung, über das Gelingen und Scheitern von Bildungskarrieren entscheiden, muss sich in grundlegenden Schul- und Bildungsreformen niederschlagen.

Dazu gehört auch die Bildung von Anfang an, welche die Lust am Entdecken, Verstehen und Gestalten fördert und keinen künstlichen Gegensatz zwischen Lernen und Spielen konstruiert. Alle Kinder sollten die Chance bekommen, gemeinsam mit anderen Kindern, in Kindertageseinrichtungen oder Einrichtungen der Tagespflege diese Erfahrungen zu machen und so ihre Begabungen zu entwickeln, denn, um es mit Luther zu sagen, sie sind „jung und müßig, geschickt und lustig dazu".

Bei allem Eifer um die kognitive Seite der Bildung, um Verfügungswissen und damit auch um wirtschaftliche Prosperität, darf die kulturelle und hier auch die religiöse Dimension von Bildung nicht vergessen werden. Denn spätestens die Finanzkrise offenbarte eine weitere Bildungskrise: Es zeigte sich, dass auch in sogenannten gebildeten Schichten und bei den „Bildungsgewinnern" ein eklatanter Mangel an ethischer Orientierung möglich ist und Verfügungswissen ohne Orientierungswissen nicht weiter hilft.

Bildung hat immer ein reformatorisches und damit auch revolutionäres Moment, sie setzt Potenziale frei, deckt Abhängigkeiten auf und bringt Prozesse und Menschen in Bewegung. Reformation war und ist ohne Bildung nicht möglich.

Die Verfasserin ist Mitglied des Bundesvorstand des Diakonischen Werkes der EKD ■

LUTHER2017

365 Tage Kultursommer

Von Barbara Nieß

Die Prignitz – eine idyllische, weitläufige, ländliche Region im Nordwesten Brandenburgs mit Grenzen zu den Bundesländern Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Der Landstrich kann nicht nur in der Historie auf eine wechselvolle Geschichte verweisen. Auch in der jüngeren Vergangenheit wechselte die Region teilweise von der Mark Brandenburg in Teile des Bezirkes Schwerin und Potsdam, um in dieser jetzigen Form seit 1994 als Landkreis Prignitz zu existieren.

So bestand seit der Wende die Aufgabe, für die frühere, zweitgrößte Industriestadt des Bezirkes Schwerin, Wittenberge, mit ehemals 33.000 Einwohnern und darauf folgend hoher Arbeitslosigkeit und Wohnungsleerstand und einem landwirtschaftlich geprägten Umland, ein kulturelles Konzept zu finden, das den Bewohnern Identität und Heimatgefühl geben kann. Eingebettet in die Landschaft sind mehrere Ackerbürgerstädtchen, eine frühere Garnisonsstadt und eine Kurstadt (Bad Wilsnack, Lenzen, Meyenburg, Perleberg, Pritzwalk, Putlitz).

Im Jahr 1992 wurde mit der Fülle von Nachwende-Kulturgeldern zum ersten Mal eine Veranstaltungsreihe mit Namen „Prignitz Sommer“ in kürzester Zeit zusammen gestellt und von Pfingsten bis Ende August zur Durchführung gebracht.

Zielstellung war: wundervolle architektonische Besonderheiten, von denen es reichlich gibt, und die in mehr oder weniger gutem Zustand waren, eingebettet in traumhaft mystischer Landschaft für Aufführungen von Klassik und Unterhaltung mit zu gründenden Vereinen und Berufs- und Laienkünstlern auf die Beine zu stellen. Es war ein Gewaltakt, bei dem in der Organisation viel Spontanität und Aufbruchstimmung den Erfolg, aber auch Durcheinander brachte. Dieses scheinbare Durcheinander von Künstlersymposien, Konzerten, Festivals, Diskussionen, Theatern und Ausstellungen war eine Initialzündung. Da so Viele aktiv beteiligt waren und somit auch viele Genres ihre Berücksichtigung fanden, wollten auch Viele eine Wiederholung. Die politischen Vertreter verstanden diese Zeichen und es erfolgte die Bereitstellung von Komplementärmitteln für eine Wiederholung, eine Wiederholung, eine Wiederholung ...

Anfangs wurde die Arbeit mit mehreren ABM-Kräften und einem Projektleiter bewältigt. Obwohl die zentrale Abrechnung über den Landkreis erfolgte, war es für die Finanzverwaltung oft nicht einfach, die künstlerischen Träume auf den Boden der Tatsachen zu holen. Ganz natürliche Zwänge waren es, die die heutige Organisationsform entstehen ließen. Mit einer hauptamtlich beschäftigten Vollzeitverwaltungsangestellten und rechtlich geprüften Einheitsverträgen, die immer im Landkreis geschlossen werden, wird die Verwaltungsarbeit auch für die Ämter geleistet. Hin und wieder gibt es Stimmen, die für Ideen der Künstler mehr Raum einfordern, doch wenn die sich rechtzeitig in den Ämtern als Mitwirkende einbringen, ist oft eine Integration möglich.

Bemerkenswert ist die straff durchorganisierte Internetplattform. Alle dem Landkreis gemeldeten Veranstaltungen werden täglich eingepflegt und die Zahlen der Zugriffe steigen ständig und liegen im Jahr bei ca. 20.000. Für besonders zu bewerbende Veranstaltungen erscheinen jährlich 2 Flyer, für deren Gestaltung jeweils die Arbeit eines Künstlers der Region herangezogen wird. Für die Veranstaltungen wird auch landesweit über den Rundfunk geworben, auch so kann pro Jahr mit ca. 30.000 bis 35.000 Besuchern gerechnet werden.

Jährlich im Herbst werden durch Mitarbeiter des Landkreises Gespräche mit den Amtsverwaltungen zur Abrechnung des laufenden und Planungen des kommenden Jahres geführt.

Jede Amtsverwaltung bereitet diese Gespräche anders vor. Einige laden ortsansässige Vereine dazu, wodurch die Ideenvielfalt kaum zu bändigen ist. Andere wiederum bereiten es so vor, dass die Vorschläge schon gebündelt kommen und Termin und Organisatoren vor Ort schon feststehen und nur noch die Summen in ihrer Verteilung festgelegt werden. Auch hier schwören einige auf Routine und Erprobtes, andere sind experimentierfreudiger. Das Wichtigste für alle ist aber: DABEI SEIN.

Nach diesen Gesprächen melden sich die Vereine vor Ort zur Durchführung direkt beim Landkreis, damit von hier die Verträge mit den Künstlern oder Technikern abgeschlossen werden können oder auch durch Kombinationen Preisvorteile ausgehandelt werden können.

Im Jahre 2010 geht der „Prignitz Sommer“ in sein 19. Jahr. Es ist nicht mehr nur ein Sommer – die Veranstaltungen finden von Januar bis Dezember statt. Die Gelder wurden knapper. In einem geordneten Kulturmanagement kann Spontanität nur eine Randerscheinung sein und so musste eine Form gefunden werden, die eine strukturierte Planung zulässt.

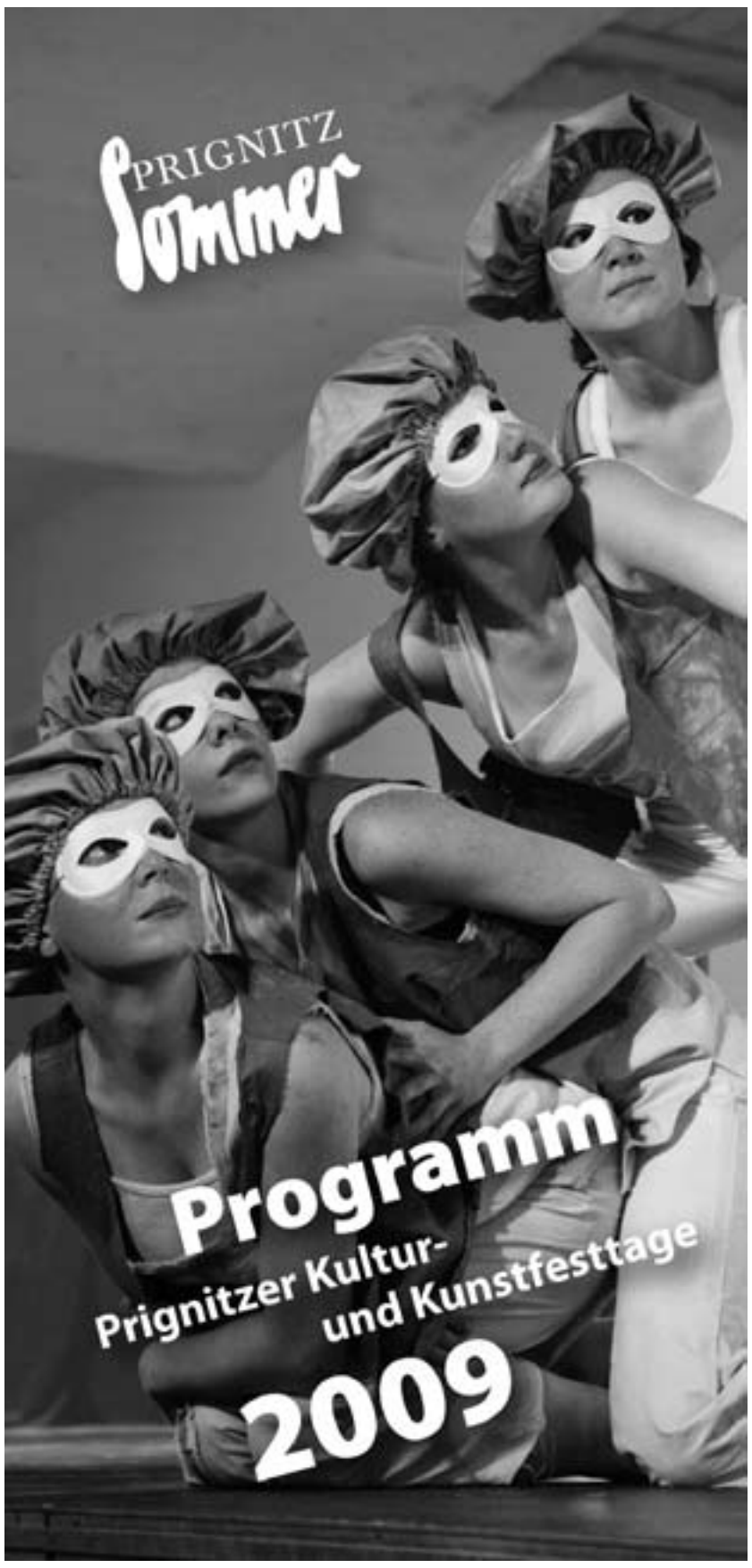
Immer wieder wird von außen gefragt: „Wie macht Ihr das und gibt es ein Rezept?“

Die Zutaten sind 0,50 Euro pro Einwohner vom Landkreis, alle Amtsbereiche sind mit dem gleichen Anteil dabei. Für die sogenannten Overhead-Kosten, wie Werbung, Künstlersozialkasse, GEMA und Versicherungen gibt das Land 25 T€ Dazu kommt ein beständiger Sponsor – die Kreissparkasse und der Wille vieler fleißiger Helfer vor Ort, die sich mit diesem Projekt identifizieren. Jeder Amtsbereich hat feststehende Aktionen mit flexiblen Besonderheiten, die eine hohe Akzeptanz bei den Einwohnern und bei allen Beteiligten haben. Die großen Unterschiede der territorialen Besonderheiten und ihrer völlig unterschiedlich geprägten Menschen bringt Abwechslung und Würze in das Ganze. Wichtig: es lässt sich nicht künstlich erzeugen – ES MUSS WACHSEN!

Diesen Beitrag möchte der Landkreis gleich nutzen, um aus jedem Amtsbereich einen Höhepunkt anzupreisen und neugierig zu machen auf die Internetpräsenz unter: www.prignitzsommer.de. Hier sind Informationen zu finden zu:

- Stadt Perleberg (Lotte-Lehmann-Woche)
- Stadt Pritzwalk – Pritzwalker Festtage
- Stadt Wittenberge (Elblandfestspiele)
- Amt Bad Wilsnack/Weisen (Pilgerfest)
- Amt Groß Pankow (Prignitzer Märchentag)
- Gemeinde Gumtow (Tag des offenen Denkmals im Schloss Demerthin)
- Gemeinde Karstädt (Scheunentheater)
- Amt Lenzen/Elbtalaue (Quadrium-Kunst aus vier Bundesländer)
- Amt Meyenburg (Schlossnacht)
- Gemeinde Plattenburg (Countryfest)
- Amt Putlitz/Berge (Burgfräuleinwahl)

Die Verfasserin ist Sachbereichsleiterin Schulverwaltung, Kultur und Sport des Lankreises Prignitz ■



Umschlag des Programms der Prignitzer Kunst- und Festtage 2009

Kulturlandschaft Deutschland

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ hat ihren Auftrag ernst genommen und eben nicht nur jene Bereiche des kulturellen Lebens in den Blick genommen, die jedem selbstverständlich sind, sondern hat eine umfassende Bestandsaufnahme des Kulturlebens in Deutschland vorgelegt.

In diesem Zusammenhang hat die Enquete-Kommission „blinde Flecken“ in der Kulturlandschaft und Kulturpolitik Deutschlands untersucht, so u.a. auch die Kultur im ländlichen Raum. Obwohl die Mehrzahl der Bundesbürger nicht in Großstädten, sondern vielmehr in Mittelstädten oder Dörfern lebt, spielt die Kultur in den Regionen zumeist eine untergeordnete Rolle. Kultur in der Provinz wird oftmals gleichgesetzt mit provinziell.

Dass dem so nicht aus, wurde bereits in der Reihe „Kulturregionen“ in *politik und kultur* deutlich. In sieben Ausgaben – von der Ausgabe Januar-Februar 2007 bis zur Ausgabe März-April 2008 – haben jeweils zwei der im Arbeitskreis Kulturregionen zusammengeschlossenen Kulturregionen ihre Arbeitsweise sowie ausgewählte Projekte vorgestellt. Die Unterschiedlichkeit dieser Projekte bot einen Einblick in die Vielfalt des kulturellen Lebens in Deutschland, sie zeigte den Ideenreichtum der Akteure vor Ort und machte deutlich, dass interessante kulturelle Vorhaben überall in Deutschland zu finden. Seit der Ausgabe 4/2008 wird aus unterschiedlichen Landkreisen von der Kulturarbeit vor Ort berichtet.

In dieser Ausgabe stellt Susanne Bonenkamp Expeditionen vor Ort in Bergisch-Gladbach vor und Barbara Nieß den Kultursommer im Landkreis Priegnitz.

Die Redaktion ■

Expeditionen vor der Haustür

Von Susanne Bonenkamp

Der Rheinisch-Bergische Kreis mit den Städten und Gemeinden Bergisch Gladbach, Burscheid, Kürten, Leichlingen, Odenthal, Overath, Rösrath und Wermelskirchen zeichnet sich durch Nähe und Distanz zu den Oberzentren Köln/ Bonn bzw. Düsseldorf und Wuppertal aus.

Seine circa 280.000 Einwohner kennen das kulturelle Angebot des Ballungsgebietes gut, sei es dass sie in den Großstädten arbeiten oder durch günstige Verkehrsanbindungen die Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten nutzen. Natürlich gibt es eine differenzierte Infrastruktur vor der Haustür, doch sie muss sich gegen die opulente Auswahl jenseits der Kreisgrenzen behaupten. Die Großstädter assoziieren mit Rhein-Berg landschaftliche Idylle, den Tagesausflug in der Nähe - 20km vom Kölner Dom – und attraktives „ländliches“ Wohnen und zwar auch für junge Familien.

Im Unterschied zu anderen Kreisen hat der Rheinisch-Bergische Kreis keine Einrichtungen wie z.B. Museen, Volkshochschulen oder Musikschulen. Dennoch kann er ein vielseitiges eigenständiges Kulturangebot offerieren, das nicht in Konkurrenz zu den kreisangehörigen Kommunen steht. Im Gegenteil orientieren sich die Aktivitäten des Kulturbüros daran, das Engagement in der Region zu unterstützen, zu ergänzen und zu vernetzen. Die Basis dazu ist ein guter Kontakt zu den Akteuren vor Ort, seien dies Künstler, Vereine, Institutionen oder private Initiativen.

Auf diesem Hintergrund veranstaltet das Kulturbüro des Rheinisch-Bergischen Kreises jährlich Kinderchortreffen, Geschichtstagungen, Kunstausstellungen, Autorentreffen u.a.m.. Es ist Ansprechpartner und Initiator für Projekte im Rahmen der Regionalen Kulturpolitik des Landes NRW, für das Programm „Kultur und Schule“ oder Förderungen durch den Landschaftsverband Rheinland.

Das Kulturbüro initiiert kleinere wie auch größere Projekte, die gezielt die Kooperation auf Kreisebene fördern wie z.B. „Gitarrissimo“. Hinter dem Titel verbirgt sich ein eintägiger Workshop für Gitarrenfans aller Altersgruppen, an dem alle Musikschulen im Kreis mitarbeiten. Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit mit Partnern jenseits der Kreisgrenzen wie dem Oberbergischen Kreis und den Städten Leverkusen wie Solingen gepflegt. Hier ist die Rhein-Berg Idee „bergischgruen.de“ zu nennen, die 2008 in ihrer dritten Staffel (nach 2005 und 2006) mit großem Erfolg Vorträge und Exkursionen zum Thema „Unternehmervillen/ Unternehmerwillen“ anbot. Die Publikation dazu – „bergischgruen.de, ein Reisebegleiter für das Bergische Land“ – ist Ende 2009 erschienen und für 2011 rückt die Verkehrsgeschichte der Region in den Focus (siehe auch www.bergischgruen.de).

Drei Arbeitsschwerpunkte sollen hier besonders vorgestellt werden.

Im Juni 2009 fand das IX. FORUM OSTWEST statt, das für „Kulturprojekte mit Polen + seinen Nachbarn“ – so der Untertitel – steht. Seit seiner Premiere im September 1992 widmete sich FORUM in zweijährigem Turnus ausschließlich Polen. Mit einem anderen Zeitfenster werden seit 2005 auch die Nachbarländer thematisiert: Nach Tschechien und Slowakei wurde letzten Juni Litauen vorgestellt.

Die zahlreichen persönlichen Kontakte führten zu einem regen

Weiter auf Seite 29

Fortsetzung von Seite 28

Austausch speziell bildender Künstlerinnen und Künstler, so z.B. einer Ausstellung in der renommierten Krakauer Kunsthalle „Bunkier sztuki“ im September 2001. Der Grundgedanke ist, Kultur als Medium individueller Begegnungen zu sehen, um möglichst unterschiedliche Zielgruppen und Sparten integrieren zu können. Die vielen eingeübten Kooperationen, wie sie oben beschrieben wurden, machen dies möglich (siehe auch www.forum-ostwest.de).

In 2008 wurden zwei neue Aktionsfelder erschlossen.

Die Idee „Scholl op jöck“ – Schule unterwegs – lädt die Grundschulen im Kreis ein, kulturelle Identifikationsorte im Rheinisch-Bergischen Kreis kennen zu lernen. Der Altenberger Dom, das Rheinische Industriemuseum des Landschaftsverbands Rheinland „Papiermühle Alte Dombach“, das Schulmuseum Katterbach und das Museum für Handwerk, Bergbau und Gewerbe in Bergisch Gladbach werden von der Schule aus mit dem Bus angefahren und unter kundiger Führung entdeckt. In gewisser Hinsicht muss man Rheinberg als Flächenkreis sehen, dessen Infrastruktur auf eine gute Erreichbarkeit der Oberzentren ausgerichtet ist. Eine Exkursion gerade der ländlich gelegenen Schulen zu einem der genannten Ziele im eigenen Kreisgebiet ist mit dem ÖPNV allein zeitlich nicht realistisch.

Dank der Unterstützung verschiedener Förderer konnte ein Gutscheinheft aufgelegt werden, das die Schulen für 150,00 Euro kaufen und damit Eintritte, Führungen und Bustransfers erhalten. Je mehr Hefte eine Schule erwirbt, desto preiswerter ist das jeweils weitere Heft, also 125,00 bis 100,00 Euro. Im Schuljahr 2008/ 2009 wurden 60 Gutscheinhefte umgesetzt. Gerade die kleineren Grundschulen in den nördlichen Kommunen machen von „Scholl op jöck“ Gebrauch. Selbstverständlich wird das Angebot in 2010 erneuert und bei entsprechender Resonanz für weitere Ziele und eventuell für die Sekundarstufe I fortgeschrieben. Bevor dies geschieht, ist die Entwicklung nach dem viel versprechenden Start im vorherigen Schuljahr zu beobachten.

„Expedition Heimat“ greift den europäischen Tag des offenen Denkmals auf. Acht Themen wurden für die acht Kommunen des Kreises definiert, die nach und nach in allen Städten und Gemeinden abgehandelt werden. D.h., Motivfelder wie „Kirchen, Klöster und Kapellchen“ oder „Freiherrn, Fürsten, Fabrikanten“, um nur diese zwei beispielhaft zu benennen, werden nach dem achten Mal in acht Variationen durchgespielt sein. An der zweiten „Expedition Heimat“, am 13.September 2009, nahmen fast viertausend Besucher aus der Region teil. Das dezentrale Programm stellte von 11.00 bis 18.00 Uhr nicht allein die unterschiedlichen Schauplätze vor. Mittelalterliche Musik, Wanderungen, Handwerksdemonstrationen und Aktionen für Kindern ergänzten inhaltlich passend die Führungen und Erkundungen vor Ort. Am 12. September 2010 dreht sich das Themenkaleidoskop weiter und präsentiert den Rheinisch-Bergischen Kreis aus wieder anderen Blickwinkeln (siehe auch www.expedition-heimat.de).

Programme und weitergehende Informationen stellt das Kulturbüro gern zur Verfügung, Telefon 02202/ 13 2770 bzw. kultur@rbk-online.de.

Die Verfasserin ist seit 1989 Kulturreferentin Rheinisch-Bergischer Kreis ■

Gitarrissimo 2008 **Foto: Julia Höpf**

Bundespräsidentin Schiller freut sich auf die Freie und Hansestadt Lüneburg

Die Vorbereitungen für den nationalen Feier- und Gedenktag sind in vollem Gange – Ein Bericht aus der Landeszeitung für die Nordsee-Küste vom 29.März 2030 von Georg Ruppelt

In einem Interview mit Monsponsfonso, dem Medienavatar der Landeszeitung, hat sich Bundespräsidentin Leila Schiller begeistert über die Metropole der deutschen Küstenregion geäußert. Schiller wird am 3. Oktober den Staatsakt zum nationalen Feier- und Gedenktag in Lüneburg eröffnen. Besonders freue sie sich, sagte sie, dass sie die ehrwürdige Ratsbücherei und die attraktive Universitätsbibliothek, das Leuphaneum, wieder sehen werde. In beiden habe sie anregende Stunden als Studentin der Kulturwissenschaften verbracht, als sie für ihre Doktorarbeit über „Das Salz als Motiv in der deutschen und türkischen Literatur“ geforscht habe. (Das vollständige Interview können Sie auf unserem Sensokanal „Ich bin dabei!“ erleben.)

Die Bundesrepublik gedenkt am 3. Oktober der deutschen Wiedervereinigung vor 40 Jahren, aber auch der schrecklichen Ereignisse von 2020, als die damaligen Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen ganz sowie Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen teilweise ein Raub der See wurden. In einem interreligiösen Dankgottesdienst im neuen Nordlandstadion wird am Vorabend des 3. Oktober in Anwesenheit der Bundespräsidentin auch daran erinnert, dass seinerzeit glücklicherweise nur wenige Menschenleben zu beklagen waren.

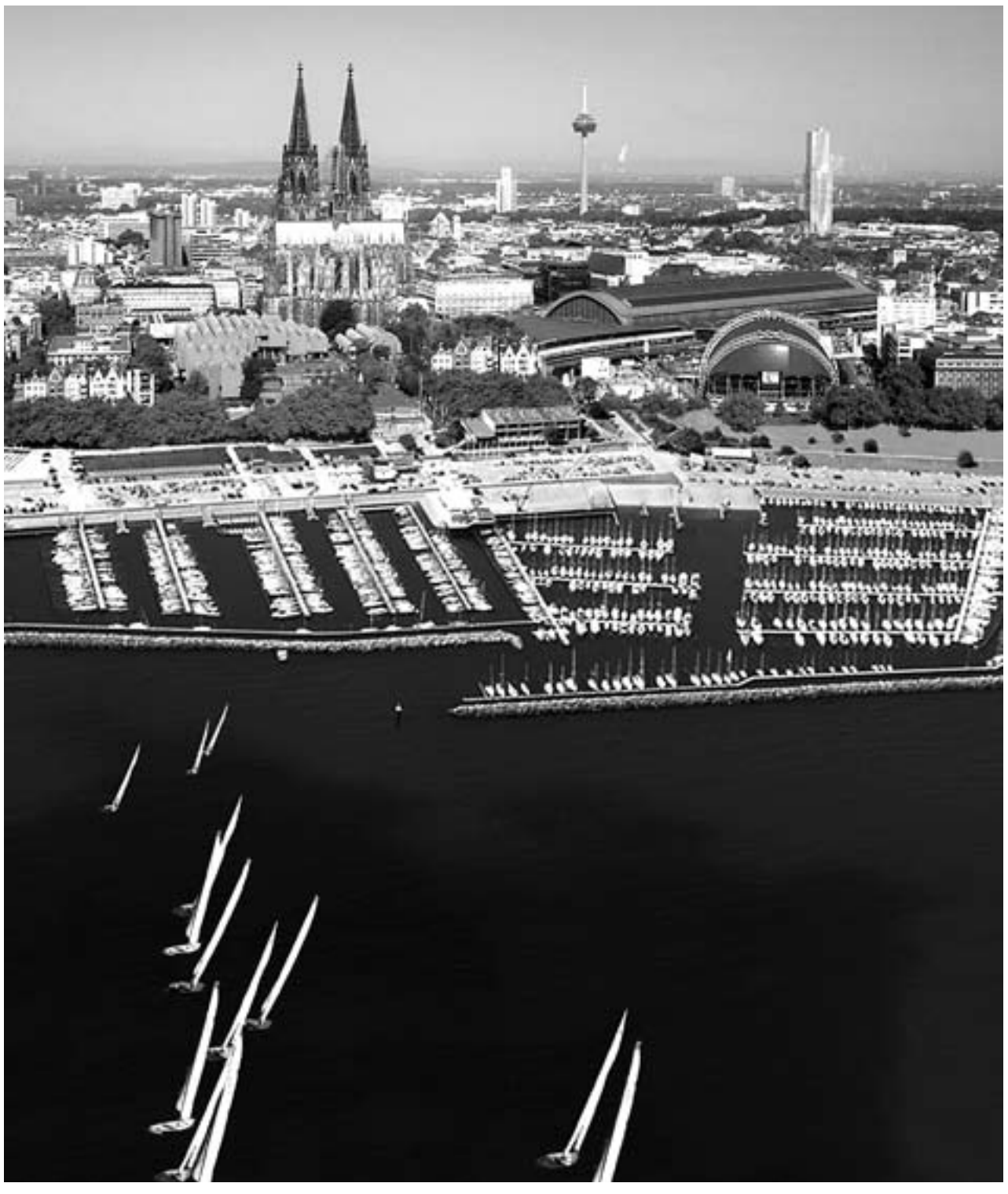
Der dritte Teil des Gedenkens gilt der Neustrukturierung Deutschlands vor acht Jahren. Damals wurden am 3. Oktober in Hannover, der Hauptstadt von Nordostseeland, die Verträge über die fünf neuen Bundesländer unterzeichnet. Viele werden sich noch an den bewegenden Staatsakt in der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek erinnern, in der zugleich des Geburtstages des Namen gebenden Universalgenies gedacht wurde. Oder an das gemeinsame Singen hochklassischer Abba-Songs auf dem Waterlooplatz durch 12.000 begeisterte Menschen, vom anschließenden Massennacktbaden im künstlich erwärmten Maschsee ganz zu schweigen! Im nächsten Jahr wird der 3. Oktober in Frankfurt am Main gefeiert, der Hauptstadt des aus den ehemaligen Ländern Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland gebildeten neuen Bundeslandes Rheinland.

Sportliches und gesellschaftliches Hauptereignis im Umfeld des 3. Oktober ist die zum dritten Mal stattfindende Hamburg-Memorial-Regatta, die vom 12. bis 15. September in der südlichen Nordsee ausgetragen wird. Die schnellsten Segelboote der Welt kämpfen dann um den mit fünf Millionen Universos Preisgeld ausgestatteten Hammonia-Pokal. Die 40 Meter langen, aus durchsichtigem Kunststoff hergestellten Tri- und Quadromarane können eine Geschwindigkeit von bis zu 100 Knoten erreichen, das sind etwa 180 Stundenkilometer.

Gestartet wird von der Marina „Alter Kran“ in Lüneburg aus. Ziele sind die Klippen von Rest-Island in der ersten Etappe und der Tiefwasserhafen von Köln in der zweiten. Lüneburg und Köln erinnern mit dieser Regatta an die versunkenen Küstenstädte Hamburg und Rotterdam, deren maritime Traditionen sie engagiert und liebevoll pflegen. Die Hansestadt Lüneburg wurde auf Initiative des Vereins geborener Hamburger e. V. im vergangenen Jahr vom nordostseeländischen Ministerpräsidenten mit dem traditionellen Titel der Freien und Hansestadt ausgezeichnet.

Der nur geringfügig veränderte Beitrag ist dem 2009 in Lüneburg erschienenen Buch des Verfassers „Lüneburger Zeitreise“ entnommen. ISBN 978-3-00-027918-8)

Der Verfasser ist Vizepräsident des Deutschen Kulturrates ■



Segelregatta 2030 – Einfahrt in den Kölner Überseehafen. Fotovision von Maike Kandziora, Hannover

nmzmedia

Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz

„Eckart – The Understatesman“

Eckart Rohlfs wurde 80 – Anlass genug, ihn in „seiner“ Zeitung, der nmz, zu würdigen. Sein frühes Engagement für das Musikleben in den verschiedensten Facetten, seine zahlreichen Aktivitäten, Netzwerke und Freundschaften hatten zur Folge, dass ihm bereits zum 60. Geburtstag eine eigene Festschrift, zum 70. immerhin mehrere nmz-Seiten gewidmet wurden. Dem, der sich treu geblieben ist, nun ähnliches Lob in neuer medialer Form: filmische Geburtstagsgrüße in „Eckart – The Understatesman“.

„Augen-Blicke“
im European Workshop for Contemporary Music

Für den „European Workshop for Contemporary Music“ kamen im Herbst junge Musiker aus Polen und Deutschland in Dresden zusammen, um dort in einem Konzert ihr in Warschau erarbeitetes Programm zu präsentieren. Eine der Kompositionen, die hier zur Uraufführung kamen, waren André Werners „Augen-Blicke“. Über das Stück und den vom Deutschen Musikrat geförderten Kurs erwartet Sie demnächst eine Dokumentation von nmzMedia.

„Schulen musizieren“

Alle zwei Jahre findet die Bundesbegegnung „Schulen musizieren“ in einem anderen Bundesland statt; diesen Sommer in Hamburg. Bereits zum 15. Mal trafen sich auf Einladung des „Verbands Deutscher Schulmusiker“ über 700 Teilnehmer aus rund 20 Ensembles. Kammerchöre, Samba AG, Tanzgruppen und Symphonieorchester ließen die musikalische Vielfalt an deutschen Schulen deutlich werden.

Contrapunkt #32: „Italien“

Italien werde im Vergleich zu anderen Ländern kulturell abstürzen, warnte der Dirigent Riccardo Muti schon 2005, als die damalige Regierung Berlusconi die Zuschüsse im Opernbereich um 20 Prozent kürzte. Im Juli 2009 protestierten hunderte Schauspieler, Musiker und Regisseure in Rom erneut gegen Kürzungen der Regierung Berlusconi im Kulturbereich. Seifenoper statt engagierter Kultur? – das ist die Frage in diesem Contrapunkt.

media

kostenlos unter:
www.nmz.de

Auch Kultur muss Farbe bekennen

Der kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Wolfgang Börnsen • Ein Porträt von Andreas Kolb

„Ich war insgesamt 15 Jahre Grundschul-, Hauptschul- und Realschullehrer und ich spielte jedes Jahr mit meinen Schülern Theater. Ich bin bis heute davon überzeugt, dass wir durch mehr kulturelle Bildung in den Schulen ein ganz anderes Lernklima bekommen könnten und viele soziale Probleme, die wir jetzt haben, würden gar nicht erst auftauchen, wenn man sich der kulturellen Bildung in den Schulen stärker verschreiben würde: mehr Theater, mehr Musik, mehr Kunst.“

Wolfgang Börnsen Foto: Karsten Sörensen

Der das sagt, ist Wolfgang Börnsen, seit 2005 Vorsitzender des Arbeitsgruppe Kultur und Medien und kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Seine Vorgänger in diesem Amt setzten Maßstäbe: Bernd Neumann inzwischen der *Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien* und Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages.

Börnsen wurde am 26. April 1942 in Flensburg geboren. Nach der Mittleren Reife machte er eine Maurer- und Zimmermannslehre, dann einen höheren Abschluss, um danach an der Pädagogischen Hochschule Kiel ein Studium für das Lehramt an Realschulen mit den Fächern Geschichte, Wirtschaft/Politik und Religion aufzunehmen. Später übernahm er selbst Lehraufträge für Freizeitpädagogik (PH Kiel) und Theaterpädagogik (PH Flensburg).

Bereits als Jugendlicher engagierte er sich ehrenamtlich: etwa bei der Landjugend, beim deutsch-französischen Jugendwerk und viele Jahre war er ehrenamtlicher Mitarbeiter einer internationalen Jugendbildungsstätte gewesen. Noch vor Aufnahme des Lehramts ging er als Entwicklungshelfer nach Indien.

Börnsen trat 1967 in die CDU und 1977 auch in die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) ein. Der Religionslehrer zählt fraglos zu den Politikern, für die das C in Parteinamen CDU eine wichtige Rolle spielt. Wolfgang Börnsens Buch „Abgeordnete – Vorbilder mit kleinen Fehlern“ ist inzwischen in sieben Sprachen erschienen, kurz vor Weihnachten sogar auf Chinesisch, im Januar 2010 dann auf Spanisch. Er greift darin Fragen zwischen Diäten und Fraktionsdisziplin in unterhaltsamer Weise auf und hat vielen jungen Abgeordneten mit seinem Wegweiser den Parlamentsbetrieb durchschaubarer gemacht.

Autor ist nur eine von den vielen Tätigkeiten Börnsens, der als Lehrer, Museumsmacher, Schlagzeuger, Theaterpädagoge, Kommunalpolitiker in vielen „Jobs“ zuhause ist

Auch wenn Börnsen den bürgerlichen Beruf Lehrer anstrebte, Musik und Theater, kurz gesagt Kultur, waren von Beginn an mit dabei. „Ich trommelte über 30 Jahre in verschiedenen Jazzbands, etwa der „Barrel House Six“, oder auf einer Deutschland Tournee von Lionel Hampton. Mit dem Jazz-Schlagzeug finanzierte ich mein Studium. Dann hatte ich eigene Theater- und Kabarettgruppen. Das mündete in einen Lehrauftrag für Schulspiel- und Theaterpädagogik an den beiden Lehrerhochschulen in Schleswig-Holstein. Ich habe auch im Deutschen Bundestag die Bundestags-Kabarettgruppe „Wasserwerker“ mitbegründet und bin neun Jahre dabei gewesen.“

Sehr früh war er aktiv beim Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge: „Mein Vater ist im Krieg gefallen und mehrere Familienangehörige wurden von den Nazis umgebracht. Die persönliche Biografie spielt schon eine Rolle bei solchen Entscheidungen. Das hat immerhin dazu geführt, dass ich zu den zwei Abgeordneten in der CDU/CSU Bundestagsfraktion gehöre, die seit 9 Jahren gegen den Afghanistaneinsatz votieren. Das rührt aber auch aus der internationalen Erfahrung, die ich mittlerweile gesammelt habe. Bei der Völkerverständigung müssen vorrangig die politischen Wege praktiziert werden und nicht die militärischen.“

Der Kulturpolitiker Börnsen kommt aus der Kommunalpolitik, also von dort, wo kulturelle Identität entsteht. Er war lange Jahre Fraktionsvorsitzender in Schleswig-Flensburg, dem nördlichsten Kreis Deutschlands, Wahlkreis 1. Später war Börnsen Landrat und gründete erfolgreich die ländliche Musikschule und die Kunstwerkstätten, auch verhalf er dem Landkreis zu einem guten Büchereiwesen.

Börnsen geht es um die Entwicklung von kultureller Identität. Kultur auf klassische Kulturbereiche zu reduzieren, wäre für ihn eine Verarmung der Verantwortung für die Menschen in unserem Land. „Ein Gesangsverein – eine Gospelgruppe – ist genau so ein Kulturschöpfer, wenn er entsprechend angeleitet wird, wie eine klassische Oper oder ein Symphonieorchester.“

Was er unter kultureller Identität versteht, das propagiert Börnsen nicht nur, er lebt es vor: Seit vier Jahrzehnten ist er Mitglied und Leiter einer niederdeutschen Bühne. „Ich habe zum Beispiel aus dem Englischen „My fair Lady“ in das Plattdeutsche übersetzt. Wir spielen vor allem auch kirchliche Stücke, etwa „De Düdesche Slömer“. Das ist der niederdeutsche „Jedermann“ aus dem Jahr 1562.“

Wer sich für Regionalsprachen einsetzt, gilt als Exot. Börnsen sieht hier dagegen die zentrale Friedensthematik unserer Zeit. Er ist in einer übergeordneten Fraktionsarbeitsgemeinschaft tätig, die sich um die Förderung von Minderheiten und Regionalsprachen kümmert. „Kleine Sprachen geraten bei uns unter die Räder, ob sie das Sorbische, das Dänische, das Plattdeutsche, Friesische oder das Romanische der Sinti und Roma nehmen. Das ist eine Verarmung unserer kulturellen Vielfalt. Als ich als Abgeordneter anfing, war eine meiner ersten Taten eine überfraktionelle Förderung für regionale und Minderheitensprachen zu schaffen. Die größte Anzahl von Kriegen und Konflikten nach dem zweiten Weltkrieg waren Sprachenkonflikte: Ungelöste Minderheitenkonflikte, wo Sprachmehrheiten Sprachminderheiten nicht zu ihrem Recht haben kommen lassen.“ Börnsen ist weiter Besitzer eines volkskundlichen Museums, des „Kleinen Angelner Dorfmuseums“, das er seit 40 Jahren in seinem Heimatort Bönstrup als einziges „Anfassmuseum“ in Schleswig-Holstein betreibt.

Inzwischen in der Bundeskulturpolitik angekommen tritt Börnsen für das Staatsziel Kultur ein. Er sagt: „Wenn für die ideellen Grundlagen des Lebens den Verfassungsrang schaffen will, dann gehört dazu ganz besonders die Kultur. Es wird jedoch gerne übersehen, dass der Deutschlandvertrag, den damals Schäuble und Krause abgeschlossen haben, Kultur bereits quasi zum Staatsziel erklärt hat. Dieser Vertrag hat Verfassungsrang und jeder Kulturpolitiker, jeder Bürger kann sich darauf berufen.“

Nach einem kulturpolitischen Resümee von zwanzig Jahren Wiedervereinigung gefragt, hebt er besonders das sächsische Kulturraumgesetz hervor, in dem festgeschrieben steht, dass 2 Prozent des Bruttosozialproduktes für die Kultur bereitgestellt werden müssen. „Ein Ostland zeigt, wie man Breiten- und Spitzenkultur klug fördert. Und die Kulturlandschaft in unseren Neuen Ländern ist inzwischen grandios.

Als ehemaliger Obmann bei der Enquete-Kommission setzt sich Börnsen vehement dafür ein, einen Großteil der Vorschläge dieser Kommission auch umzusetzen. Den Kulturorganisationen will er aber einen Vorwurf nicht ersparen: „Wenn ihr eure gesellschaftspolitische Verantwortung wahrnehmt, dann müsst ihr euch auch stärker in den Parteien engagieren. Die Kultur tut sich schwer Farbe zu bekennen, aber in den Parteien und Fraktionen fallen die Vorentscheidungen für politische Maßnahmen und Prozesse.“

Der Verfasser ist Redakteur von politik und kultur ■

Bundestagsdrucksachen

Im Folgenden wird auf Bundestagsdrucksachen mit kulturpolitischer Relevanz hingewiesen. Berücksichtigt werden Kleine und Große Anfragen, Anträge, Entschließungsanträge, Beschlussvorlagen, Schriftliche Fragen, Mündliche Fragen sowie Bundestagsprotokolle. Alle Drucksachen können unter folgender Adresse aus dem Internet heruntergeladen werden: http://dip/bundestag.de/parfors/parfors.htm.

Berücksichtigt werden Drucksachen zu folgenden Themen:
· Auswärtige Kulturpolitik,
· Bildung,
· Bürgerschaftliches Engagement,
· Daseinsvorsorge,
· Erinnern und Gedenken,
· Europa,
· Föderalismusreform
· Informationsgesellschaft,
· Internationale Abkommen mit kultureller Relevanz,
· Kulturelle Bildung,
· Kulturfinanzierung,
· Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz,
· Kulturpolitik allgemein,
· Kulturwirtschaft,
· Künstlersozialversicherungsgesetz,
· Medien,
· Soziale Sicherung,
· Steuerrecht mit kultureller Relevanz,
· Stiftungsrecht,
· Urheberrecht.

Bildung

Drucksache 17/183 (09.12.2009)
Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE
Zur Weiterentwicklung und Evaluierung der Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland

Drucksache 17/373 (28.12.2009)
Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
Zur Weiterentwicklung und Evaluierung der Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland

Drucksache 17/131 (02.12.2009)
Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Konsequenzen aus dem Bildungsstreik ziehen – Bildungsaufbruch unverzüglich einleiten

Drucksache 17/117 (02.12.2009)
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Für eine zügige und umfassende Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen

Drucksache 17/411 (08.01.2010)
Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/291
Föderalismusreform – Aufhebung des Kooperationsverbotes in der Bildungspolitik

Drucksache 17/108
Antrag der Fraktion der SPD (01.12.2009)
Durch Vorrang für Anerkennung Integration stärken – Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse vorlegen

Drucksache 17/119 (02.12.2009)
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Forderungen aus dem Bildungsstreik aufnehmen und die soziale Spaltung im Bildungssystem bekämpfen

Soziale Sicherung

Drucksache 17/93 (27.11.2009)
Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE
Verkürzung des Zivildienstes

Drucksache 17/352 (21.12.2009)
Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Verkürzung des Zivildienstes

Drucksache 17/64 (24.11.2009)
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, **Wandel des Arbeitsmarktes in der Krise**

Deutscher Bundestag im Reichstagsgebäude **Fotonachweis: Deutscher Bundestag**

Drucksache 17/189 (14.12.2009)
Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
-Drucksache 17/64-
Wandel des Arbeitsmarktes in der Krise

Drucksache 17/295 (15.12.2009)
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
Entwicklung der berufsständischen Versorgungswerke

Informationsgesellschaft

Drucksache 17/412 (08.01.2010)
Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –Drucksache 17/297-
Informationsfreiheit als Zukunftsaufgabe

Plenarprotokoll 17/8 (02.12.2009)
Befragung der Bundesregierung; Stenografischer Bericht 8. Sitzung
Gemeinsame Eckpunkte von Bund, Ländern und Kommunen zur Errichtung einer Deutschen Digitalen Bibliothek; weitere Fragen zur Kabinettssitzung

Drucksache 17/297 (16.12.2009)
Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN
Informationsfreiheit als Zukunftsaufgabe

Kulturpolitik allgemein

Drucksache 17/381 (15.12.2009)
Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 des Bundesvertriebenengesetzes in den Jahren 2007 und 2008

Drucksache 17/436 (14.01.2010)
Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE
Einrichtung einer Deutschen Digitalen Bibliothek

Drucksache 17/552 (27.01.2010)
Antrag der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE
„Soforthilfeprogramm Kultur“ zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur einrichten

Drucksache 17/589 (29.01.2010)
Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten DIE LINKE
Musikveranstaltungen der extremen Rechten im vierten Quartal 2009 Europa

Drucksache 17/569 (25.01.2010)
Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE
Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in Deutschland

Jury des *puk*-Preises 2010 tagte

Die Jury des *puk*-Journalistenpreises hat die Preisträger für den *puk*-Journalistenpreis 2010 ausgewählt. Der *puk*-Journalistenpreis wird von *politik und kultur* (*puk*), der Zeitung des Deutschen Kulturrates, zum 6. Mal vergeben. Das Erscheinungsdatum bzw. der Sendetermin der eingereichten Beiträge mussten zwischen dem 1. Januar 2009 und 31. Dezember 2009 liegen. Der *puk*-Journalistenpreis ist undotiert.

Von der Jury wurden als Preisträger ausgewählt:

Martin Kotynek, Hans Leyendecker und Nicolas Richter, Süddeutsche Zeitung. Die Journalisten Martin Kotynek, Hans Leyendecker und Nicolas Richter von der Süddeutschen Zeitung haben mit ihren Beiträgen den NDR-Drehbuchskandal aufgedeckt. Damit haben sie eine Debatte um die Strukturen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk angeregt.

Ulrike Migdal, freie Hörfunkjournalisten. Der Hörfunkautorin Ulrike Migdal ruft mit ihrem berührenden Beitrag „Ich schicke Dir 155 Küsse und 398 Grüße“, der am 19.05.2009 von Deutschlandfunk übertragen wurde, die lyrischen Arbeiten und Briefe der Dichterin Ilse Weber ins Gedächtnis und zeigt anhand von Webers Schicksals, wie wichtig es ist, Kunst und Kultur auch für die nachfolgenden Generationen zu bergen und zu bewahren.

Claudia und Günter Wallbrecht, freie Fernsehjournalisten. Die Fernsehjournalisten Claudia und Günter Wallbrecht zeigen mit ihrem NDR-Beitrag „Ich find, die singen da so komisch. Oper für Anfänger“ wie kulturelle Bildung, jenseits von Event-Projekten, in einem Opernhaus vermittelt werden kann. Damit bringen sie den Fernsehzuschauern die kulturelle Vermittlungsarbeit von Regisseuren, Schauspielern und Pädagogen anschaulich näher und machen deutlich, wie sich Vorurteile und soziale Unterschiede im Raum der Kunst auflösen können.

Zudem erhält die **Feuilletonredaktion der Münchener Boulevardzeitung TZ** eine Anerkennung der Jury für ihre Balladenreihe. Im Jahr 2009 hat die TZ in mehreren aufeinanderfolgenden Wochenenden jeweils eine deutsche Ballade abgedruckt. Die Jury des *puk*-Journalistenpreises erklärte, dass mit dieser Reihe ein Schatz deutscher Kultur gehoben und einer breiten Leserschaft zugänglich gemacht wurde.

Die Vergabe des *puk*-Journalistenpreises findet am **05.05.2010** in Berlin statt. Der Jury des puk-Journalistenpreises gehören an:
· Wolfgang Börnsen, MdB (Kulturpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion),
· Reiner Deutschmann, MdB (Kulturpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion),
· Siegmund Ehrmann, MdB (Kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion),
· Prof. Dr. Max Fuchs (Präsident des Deutschen Kulturrates),
· Theo Geißler (Herausgeber von politik und kultur, Verleger Conbrio-Verlag),
· Dr. Lukrezia Jochimsen, MdB (Kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke),
· Agnes Krumwiede, MdB (Kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen),
· Prof. Dr. h.c. Klaus-Dieter Lehmann (Präsident des Goethe-Instituts),
· Dr. Willi Steul (Intendant Deutschlandradio),
· Olaf Zimmermann (Herausgeber von *politik und kultur,* Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates).

Weitere Informationen über den *puk*-Journalistenpreis sowie die Preisträger der letzten Jahre finden Sie im Internet unter: http://www.kulturrat.de/text.php?rubrik=63

Die Jurymitglieder des *puk*-Journalistenpreises v. l.n.r: Prof. Dr. Klaus-Dieter Lehmann, Theo Geißler, Dr. Lukrezia Jochimsen, MdB, Olaf Zimmermann, Agnes Krumwiede, MdB, Wolfgang Börnsen, MdB, Reiner Deutschmann, MdB, Marion Schwarzkopf (Mitarbeiterin des Jurymitglieds Dr. Willi Steul), Siegmund Ehrmann, MdB. Foto: Philipp Colasso

Karikatur: Freimut Woessner

Kurz-Schluss

Wie für mich der aktuelle Literaturbetrieb einmal zur Existenzsicherung beitrug

Kurze Info vorab: Angeblich war unser Autor – nach einer gründlichen Verhaltens-Modifikation im ehemaligen Ahrtaler Regierungs-Atombunker, dem Wolfgang- Schäuble-Haus, seit 2005 bis zum Regierungswechsel 2009 für das Bundesinnenministerium als „Embedded Journalist" tätig...

Eine einzige Katastrophe für mich – die ersten hundert Tage unserer neuen Bundesregierung. Nicht etwa wegen Narrenkapp Westerwelle oder Zögerzausel Merkel, nein: wegen des Wechsels meines früheren Chefs Wolfgang Schäuble ins Finanz-Ressort. Über meine Finanzen hat sich dieser Sozialdemonteur wohl überhaupt keine Gedanken gemacht. Kein einziger Auftrag mehr aus dem Innenministerium. Der DeMaiziere profitiert wohl auskömmlich von der dienstfertigen journalistischen Impotenz ehemaliger „Neues-Deutschland"-Volontäre. Die lassen sich umsonst embedden. Und ich soll von den armseligen Honoraren sogenannter Fachzeitschriften leben? Nix da.

Selbst ist der Mann, mach ich mir zur Devise – und schon eröffnet sich ein neues Existenz-Fenster.

„Axolotl Roadkill" heißt der aktuelle Bestseller des wohl momentan dekadentesten Teiles unseres Kulturbetriebes, des Literaturmarktes. „Autorin" – die 17-jährige Helene Hegemann. Wie da die weitgehend abgekupferten Ergüsse eines nicht mal sonderlich hübschen Teenies vom Feuilleton in die Millionenauflage gehypt werden – das ist schon eine Schau. FAZ-Schirrmachers Fontanelle scheint seit der Veröffentlichung dieses zeitgeistreichen „Werther" pausenlos neonfarben zu pulsieren. Der Stoff Jugend, Drogen, Sex und Internet, fabulös umrahmt von „intellektuellen Reflexionen" ungefähr auf der Stilhöhe der FAZ-Automobil-Redaktion war all unseren Leitmedien haufenweise Druckseiten und Sendeminuten wert. Welch hochkulturelle Wertschöpfung im besten Sinn von Kreativ-Industrie. Da heißt es jetzt fix sein und einen toppenden Follower produzieren, solange diese dunkelfette Suppe noch kocht und Vater Hegemann nicht auf die gleiche Idee kommt. Der ist nämlich erfolgreicher Dramaturg und hat mit allem nichts zu tun. Für dramatische Effekte hab aber auch ich ein ganz gutes Händchen.

Und das macht jetzt Folgendes: Mein Enkel Theodosius (Name von der Redaktion anonymisiert) wird bald zwei. Er ist ein überaus munteres Kerlchen, plappert schon strukturierte Vierwort-Sätze, bearbeitet begabt und begeistert das Casio-Keyboard und die Yamaha-Drumpads – eben ganz der Opa. Anfangs dachte ich noch recht naiv, der anzufertigende Bestseller könnte – relativ autorenpersönlichkeitsnah – in einer Art postmoderner Neo-Dada-Sprache abgefasst werden. Als geilen Einstieg sowas wie: „DuDa, OpaPa, porentief PoPo! DaLang, nutteLa DaNangh, ObaMa, OmaMa komm okaSa – Osa-Ka. Ab nach PuTin-Tinte".

Erste Rezeptionsstudien unter Feuilleton-Kolleginnen und -Kollegen gerade der wirklich großen Medien machten mir aber rasch deutlich, dass weder die politischen noch die sexuellen Anspielungen im Detail verstanden wurden. Stattdessen konstatierte ich im Kollegenkreis durchgängig eine tiefe Sehnsucht nach romantischem Content, möglichst eingewoben in ein Pseudo-Fakten-Bouquet.

Theo Geißler, Herausgeber von *politik und kultur* und Moderator von „taktlos" **Foto: C. Oswald**

Deshalb konsequent der Rückgriff auf Theodosius´ Grundkompetenz, die Musikalität. Er schreibt jetzt also an einem Werk namens „Popocatepetl Piano-Pest" – einer ebenso subjektiven wie umfassenden semi-lyrischen Reflexion über die erotische Wirkung des Tasten-Instrumentariums vom frühen Mittelalter bis ins 22. Jahrhundert. Damit das alles nicht so verzopft daherkommt, darf der Junge ab und zu schon mal an meinem Joint ziehen.

Dank Google bedient sich Theodosius zur bescheidenen Anreicherung des Fakten-Teils der gesammelten Musikkritiken von Joachim Kaiser. Wobei das geschickte Bürschchen intuitiv selektiv vor allem die blumigen Adjektiv-Trauben des Klavier-Spezialisten höchst sinnlich durchzumixen versteht. Ich sehe Julia Spinola (FAZ) beim Verfassen der Rezension schon dahinschmelzen. Damit das ganze Buchprojekt – eben im Sinn kreativ-wirtschaftlichen Fortschritts-Denkens – auch von Beginn an auf solidem ökonomischem Boden steht und der Drogenbezug konstruktiv klar bleibt, habe ich (offengestanden noch ohne Rücksprache mit meinem Enkel) schon mal einen Sponsorenvertrag mit dem Bundesverband der pharmazeutischen Industrie abgeschlossen. Wundern Sie sich also nicht, wenn schon im 16. Jahrhundert Begriffe wie „Bromazepam", „Cialis" oder „Dimethylaminophenobarbizol" auftauchen. Theodosius hat sie sehr bewusst gesetzt. Wir sehen uns dann sicher auf der Frankfurter Buchmesse. Ullstein hat anlässlich der Bestseller-Präsentation die Hallen Drei bis Neun angemietet. Theodosius kommt persönlich im Toys-r-us-Sportwagen. Für Trinken, Essen (und „Medikamente") ist gesorgt. Bis bald – Ihr

Theo Geißler ■

Impressum

politik kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrats

Deutscher Kulturrat e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

Herausgeber
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Redaktion
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Kristin Bäßler, Barbara Haack, Andreas Kolb

Redaktionsassistenz
Philipp Colaco, Verena Kurz

Anzeigenredaktion
Martina Wagner, Tel: 0941/945 93 35, Fax: 0941/945 93 50
E-Mail: wagner@nmz.de

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg, E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung
Petra Pfaffenheuser, ConBrio Verlagsgesellschaft

Druck
Gießener Anzeiger Verlags GmbH und Co KG, Gießen

Erscheinungsweise
6 Ausgaben im Jahr

Preis/Abonnement
3,00 Euro, im Abonnement 18,00 Euro, inkl. Porto im Jahr

Aboverwaltung/Bestellmöglichkeit:
Deutscher Kulturrat e.V., Chausseestraße 103, 10115 Berlin,
Fax: 030/24 72 12 45, E-Mail: post@kulturrat.de

puk ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich.

Alle Ausgaben von *politik und kultur* können von der Homepage des Deutschen Kulturrates (http://www.kulturrat.de) heruntergeladen werden.
Ebenso kann der kostenlose Newsletter des Deutschen Kulturrates (2-3mal die Woche) unter http://www.kulturrat.de abonniert werden.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

politik und kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht in allen Fällen gelingt es uns, die Bildautoren ausfindig zu machen. Wir freuen uns daher über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten erreichbaren Ausgabe von *politik und kultur* nennen.

Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages

ISSN 1867-5557

inter|kultur

März – April 2010 | Regelmäßige Beilage zu politik & kultur | Ausgabe 7

Keine Einebnung kultureller Unterschiede

Runder Tisch „Lernorte Interkultureller Bildung“ hat Arbeit aufgenommen / Von Olaf Zimmermann

„Der Deutsche Musikrat“, so kann man in der jüngsten Ausgabe des Musikforums lesen, „orientiert sich in seinem Handeln am Begriff des Transkulturellen Dialogs“. Die gegenseitige Durchdringung der Kulturen wird bei der Transkulturalität betont. Es gibt eine Auflösung der Grenzziehungen zwischen Eigenem und Fremden. Das hört sich gut an, bedeutet aber nichts anderes, als dass die Kulturen ineinander fließen sollen und dabei eine neue homogene „Trans“-Kultur entsteht. Diese Vorstellung lässt es in mir schaudern, weil das das Ende der kulturellen Vielfalt wäre. Statt Vereinheitlichung brauchen wir, so glaube ich, Kontakt zwischen den Mitgliedern verschiedener Kulturen. Der Dialog zwischen den Kulturen muss die Prämisse sein, nicht die Einebnung kultureller Unterschiede.

Haftvad und der Wurm, Ausschnitt (Kat 159) © Aga Khan Trust for Culture, Geneva, Switzerland

Seit nunmehr eineinhalb Jahren befasst sich der Deutsche Kulturrat intensiv mit der Frage, wie dieser Dialog zwischen den verschiedenen Kulturen im Zuwanderungsland Deutschland intensiviert werden kann. Besonders interessiert uns, wie die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung verbessert werden können. Welcher Angebote bedarf es dafür? Wo sollen und können diese Angebote stattfinden? Welche Inhalte sollen vermittelt werden? Und wie können vermehrt Menschen mit Zuwanderungsgeschichte an den Angeboten der kulturellen Bildung teilhaben? Welche Rollen sollen dabei die Verbände der Migranten und die Bundeskulturverbände spielen?

Um diese Fragen zu beantworten, hat der Deutsche Kulturrat bereits im Jahr 2007 die Stellungnahme „Interkulturelle Bildung: eine Chance für unsere Gesellschaft“ verabschiedet. Diese Stellungnahme hat die Debatte auch innerhalb der Mitgliedsverbände des Deutschen Kulturrates noch einmal intensiviert und insbesondere deutlich gemacht, dass wir uns in diesem Feld noch stärker profilieren müssen. Bislang haben wir bei dem Thema „Interkulturelle Bildung“ über verschiedene Kulturen gesprochen, ohne die Vertreter dieser Kulturen in die Gespräche gleichberechtigt mit einzubeziehen.

Um diese Sprachlosigkeit, wie ich sie einmal nennen möchte, aufzulösen, hat der Deutsche Kulturrat im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“ im Frühling 2009 begonnen, Kontakt mit verschiedenen Migrantenorganisationen in Deutschland aufzunehmen, um mit ihnen gemeinsam zu identifizieren, welche Strukturbedingungen es für eine nachhaltige interkulturelle Bildung braucht.

Ziel ist es, an einem Runden Tisch gemeinsame Empfehlungen an die Politik und Zivilgesellschaft zu erarbeiten. Das erste Treffen fand im November 2009 in Berlin statt. Teilgenommen haben Vertreter

- der Föderation der türkischen Elternvereine in Deutschland e.V.,
- des Bundesverbands der Migrantinnen in Deutschland e.V.,
- der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in der Bundesrepublik Deutschland e.V.,
- des Forums für Migrantinnen und Migranten im Paritätischen Wohlfahrtsverband,
- des CGil Bildungswerks e.V.,
- des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.,
- der Deutschen Jugend aus Russland e.V.,
- des Deutschen Kulturrates e.V. und
- des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Bei diesem ersten Treffen wurde diskutiert, was für eine nachhaltige interkulturelle Bildung gebraucht wird und wo diese stattfinden kann und muss. Konkret ging es um grundsätzliche Fragen, die von den Teilnehmern formuliert wurden:

- Was meinen wir mit Kultur?
- Was meinen wir mit Vielfalt?
- Was bedeutet es, wenn wir von Zugangschancen für die so genannten „Bildungsfernen“ sprechen?
- Müsste man nicht eher von „Bildungs-Anderen“ sprechen, als von Bildungsfernen?
- Welche Bedeutung spielt die Kultur und das kulturelle Erbe für das Zusammenleben in einem Land?

Die Diskussion machte deutlich, dass die Themen Bildung und Kultur und ganz konkret die (inter-)kulturelle Bildung eine wichtige Rolle bei den Teilnehmern des Runden Tisches spielen. So werden kulturelle Bildung bzw. Kulturaktivitäten als wichtige Instrumente der Selbsterfahrung, Selbstbestimmung, Eigenständigkeit erfahren. Dies gelte insbesondere für viele ältere Menschen, aber auch für Kinder und Jugendliche.

Insbesondere die Frage nach dem kulturellen Erbe macht deutlich, dass die Beantwortung dieser Frage sehr davon abhängt, wer sie stellt. Neben vielen anderen Ausdrucksformen gehören die kulturellen Ausdruckformen von Migranten zum kulturellen Vokabular unserer Gesellschaft. Dabei dürfen, das wurde bei dem Gespräch deutlich, die Migranten und ihre Verbände nicht als ein monolithischer Block verstanden werden. Zuwanderer stellen eine sehr komplexe und heterogene Gruppe dar und jeder dieser Gemeinschaften hat eine ebenso vielfältige kulturelle Tradition, der es besondere Beachtung zu schenken gilt. Diese Aufgabe muss – auch im Hinblick auf die „UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt“ – stärker in der politischen Alltagspraxis wahrgenommen werden.

Die Teilnehmer an dem ersten Runden Tisch waren sich einig, dass es wichtig ist, diese verschiedenen Kulturen deutlich sichtbar werden zu lassen. Dabei ist es auch notwendig, die Orte, an denen die Vermittlung dieser Kulturen stattfinden, stärker zu zeigen und zu fördern, auch wenn sich diese jenseits der etablierten schulischen und außerschulischen kulturellen Lernorte wie Musikschulen, Theater, Jugendkunstschulen, Museen oder Bibliotheken befinden. Dies unterstreicht auch die Notwendigkeit der Wertschätzung des Lernens außerhalb der staatlichen Bildungseinrichtungen, wie der Schule und dem Kindergarten.

Wie aber muss diese informelle Vermittlung kultureller bzw. interkultureller Bildung aussehen? Ein zentraler Punkt der Diskussion war, wie Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte besser erreicht werden können, die bisher kaum oder gar keine kulturellen Bildungsangebote wahrnehmen. Diese Barrieren zu identifizieren und Lösungsansätze für eine besserer Partizipation von Bildungsangeboten zu erarbeiten, ist eine Hauptaufgabe, mit der sich der Runde Tisch „Lernorte interkultureller Bildung“ bei den kommenden Treffen im Jahr 2010 befassen wird. Dabei wird es dann auch um die weitere konkrete Arbeitsplanung des Runden Tisches sowie die Erarbeitung spezifischer Handlungsempfehlungen gehen.

Das Nebeneinander von unterschiedlichen Kulturen, gerade bei dem Thema „Interkulturelle Bildung“ muss möglich sein. Dies wird nur funktionieren, wenn es regelmäßige Gespräche zwischen den Vertretern der Kulturen gibt. Spannend war am Runden Tisch zu sehen, wie ähnlich sich Interessenverbände mit oder ohne Migrationshintergrund verhalten, um ihre spezifischen Interessen durchzusetzen. Das ist die Chance für eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

DER VERFASSER IST GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Zu den Bildern dieser Ausgabe

Interessiert man sich für historische außereuropäische Kunst und Kultur, muss man zumeist ins archäologische Museum oder ins Völkerkundemuseen gehen. Dort werden die Ausstellungsstücke in einem historischen Kontext gezeigt. Das ist wichtig und richtig, aber der künstlerische Wert der Exponate wird dabei zumeist eher zweitrangig behandelt. Dass dies aber auch anders geht, zeigt ab März 2010 der Martin-Gropius-Bau in Berlin. Wo sonst westliche zeitgenössische Gemälde, Fotografien oder Skulpturen von Frida Karlo, F.C. Gundlach oder Olafur Eliasson zu sehen sind, werden vom 17. März bis zum 6. Juni 2010 einige der weltweit bedeutendsten Kunstwerke aus islamisch geprägten Ländern gezeigt.

Einige dieser Ausstellungsstücke drucken wir auf dieser und den folgenden Seiten ab. Darunter sind Gemälde, Zeichnungen, Buchillustrationen, Manuskripte, Inschriften sowie Metallgefäße und Keramiken. Die Kunstwerke machen auf die außergewöhnliche Vielfalt und den überwältigenden Reichtum eines vom Islam geprägten Kulturraumes aufmerksam, der sich in einer zeitlichen Dimension vom 8. bis zum 18. Jahrhundert vom Maghreb und der Iberischen Halbinsel bis nach China erstreckt. Mit der Ausstellung „Schätze des Aga Khan Museum. Meisterwerke der islamischen Kunst“ wird erstmals in Deutschland die Sammlung des Aga Khan gezeigt, die eine über 1000-jährige Kulturgeschichte dokumentieren. Diese Sammlung gilt als eine der größten und wertvollsten Sammlungen islamischer Kunst und wird ab dem Jahr 2013 im neuen Aga Khan Museum in Toronto beheimatet sein.

DIE REDAKTION ■

Interkulturalität ist Zukunft und Herausforderung

Zu den Aufgaben des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates / Von Memet Kilic

Für unsere heutige Gesellschaft ist der stetig steigende Emigrationsprozess, somit die wachsende Pluralität und Mobilität bezeichnend. Die nicht aufzuhaltende Globalisierung macht sich auch auf diesem Gebiet besonders bemerkbar. Menschen, Kulturen und Wertvorstellungen begegnen einander, lernen sich kennen, die Zunahme an Kontakten bewirkt viel Positives kann aber manchmal auch Spannungen erzeugen. Im Zuge dieser gesellschaftlichen Entwicklungen erscheint das Verstehen von Interkulturalität und interkulturellen Kompetenzen als Schlüsselkompetenz für die Mehrheit der Menschen und nicht mehr nur für bestimmte Gruppen oder Personen.

Astrolabium (Kat 44/10)© Aga Khan Trust for Culture, Geneva, Switzerland

Dieses Thema eignet sich auch kaum dazu, an Extrempositionen aufgehängt oder anhand von Negativbeispielen diskutiert zu werden: Ein holländischer Regisseur wird wegen seiner kritischen Filme ermordet, woraufhin das Zusammenleben in Holland in Teilen der Gesellschaft eskaliert, christliche, jüdische und islamische Einrichtungen attackiert werden. Ein dänischer Karikaturist muss unter ständigem Schutz leben. In der Schweiz hat ein Volksbegehren Erfolg, das den Minarett-Bau verbietet.

Der demokratisch legitimierte Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat ist stets darum bemüht, dass solche Extrempositionen auf dem Gebiet Migration und Interkulturellen Beziehungen nicht die Deutungshoheit gewinnen. Dies würde nicht nur an der Sache vorbeigehen, sondern von den essentiellen Forderungen und Rechten der Migranten, die in diesem Land leben, ablenken, wenn nicht gar deren berechtigten Interessen schaden. Toleranz ist keine Gleichgültigkeit, in der jeder tut und lässt, was er will. Das Zusammenleben der Menschen hat in der zivilisierten Welt eine gemeinsame Grundordnung. Wer das Gewaltmonopol des Rechtstaates in Frage stellt, verlässt und verletzt diese Ordnung. In einer postreligiösen Gesellschaft wie der unseren den Blickwinkel auf die Religion zu verengen, wird der Bedeutung von Interkulturalität nicht gerecht. Es darf nicht in Vergessenheit geraten, dass weder alle Deutschen Christen, noch alle Migranten Muslime sind. Wenn von Religionen gesprochen wird, so darf dies auch nicht allein auf die sogenannten abrahamschen Religionen beschränkt bleiben.

Die Gläubigen können sich als moralische Instanzen auf ihre Religionen berufen. Das ist auch in Ordnung so. Jedoch gibt es in einer zivilen Gesellschaft Instanzen, die das Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Herkunft und kultureller Prägung ermöglichen und gegenseitigen Respekt abverlangen. Diese Instanz ist für uns das Grundgesetz und seine Werteordnung. Unsere Verbände sind demokratisch legitimierte, überparteiische, überethnische und religionsneutrale Einrichtungen. Menschen mit unterschiedlicher ethnischer und religiöser Zugehörigkeit setzen sich seit mehr als dreißig Jahren in diesen Verbänden für ein gleichberechtigtes Zusammenleben in Deutschland ein. Sie sind Bollwerke gegen Fanatismus und Intoleranz gleichgültig welcher Couleur.

Chancengleichheit ist die Voraussetzung

Die letzte große Migrationsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland liegt ein halbes Jahrhundert zurück. Die Politik dieser Zeit hat durch ihre jahrzehntelang nicht vorhandene Migrations- und Integrationspolitik viel Schaden an der Gesamtgesellschaft angerichtet. Seit einem Jahrzehnt wird nun erneut über Einwanderung gesprochen. Man hat sogar ein besseres Wort dafür gefunden: „Zuwanderung“. In einer politischen Kultur, in der die Begriffe sehr schnell zweckentfremdet und missbraucht werden können, ist diese Umbenennungsaktion vielleicht auch gut gewesen. Das Wort „Zuwanderung“ klang am Anfang wie ein erholsamer Spaziergang. Nicht qualifizierte, auch nicht hochqualifizierte, sondern „höchstqualifizierte“ Zuwanderer wünschte man sich, in der Hoffnung, dass dieser erholsame Spaziergang möglicherweise gar nichts „kostete“, sondern rentabel sein werde. Investitionen kosten aber.

Aktivierung der Human-Ressourcen

Mehr als sechs Millionen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und eine Vielzahl von Aussiedlern und Eingebürgerten leben mittlerweile in Deutschland. Für die Mehrheit dieser Personengruppe ist Deutschland zur Heimat, jedenfalls aber zum Zuhause geworden. Der Umgang mit kultureller Diversität ist aus unserer Sicht daher eine gesellschaftliche Herausforderung, die auch im Bildungssystem ihren Niederschlag findet. Dies erfordert auch eine Diskussion unter Einschluss des gesamten sozialen Kontextes, wenn der Maßstab für eine Demokratie der Umgang mit einheimischen und zugewanderten Minderheiten und mit Fremden sein sollte.

Staatliche Aufgabe sollte es auch sein, insgesamt zu aktivieren und nicht bewusst, oder sogar blindlings, auf einen Teil der gesellschaftlichen Ressourcen, nämlich die Human-Ressourcen, verzichten. Die Schulabbrecherrate von Migrantenkindern betrug nach dem 7. Bericht zur Lage von Ausländern in Deutschland 18 %, nur 23 % von ihnen absolvierten eine Berufsausbildung (Deutsche: 57 %). Rund 40 % der Migranten haben danach keinen Berufsabschluss (Deutsche: 12 %). Ist das normal in einem Staat, der seine Ressourcen effektiv nutzen möchte? Das dreigliedrige Schulsystem selektiert die Kinder zu früh und zu stark. Dies geht immer auf Kosten der Kinder mit Migrationshintergrund, die ihre Sprachkompetenz naturgemäß zuerst in ihrer Muttersprache erwerben. Der Stellenwert der Muttersprache wird in unserem Land leider immer noch viel zu selten erkannt und anerkannt. Damit scheitert der „Plan“ einer erfolgreichen Interkulturalität bereits an den fehlenden Grundvoraussetzungen.

Unser Verband und seine Untergliederungen weisen seit ihrem Bestehen auf diesen nicht verantwortbaren Zustand hin und fordern auf allen politischen Ebenen nachhaltig einen Staat, der auf die Fähigkeiten der Menschen setzt, die innerhalb seiner Grenzen leben. Die Anerkennung der Muttersprache als ein Plus und ihr bewusster Einsatz und Einbinden bereits im Kindergarten beim Erwerb der deutschen Sprache ist bei unseren Verbänden auf kommunaler Ebene ständig auf der kulturellen Agenda. Die Berücksichtigung der „Muttersprache“ in Schule, Ausbildung und darüber hinaus wäre so nur ein kleines Beispiel dafür, wie eine Auseinandersetzung mit kultureller Pluralität positiv gestaltet werden könnte.

Politische Interessenvertretung

Um Anerkennung geht es auch, wenn unser Verband zum Beispiel fortwährend die repräsentative Teilhabe von Migrantenkindern auf allen Verwaltungsebenen einfordert. Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (ehem. Bundesausländerbeirat) ist der Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften der kommunalen Ausländerbeiräte/Integrationsbeiräte. Von ihm werden über 400 demokratisch gewählte Ausländerbeiräte in 13 Bundesländern und somit bislang etwa 4 Millionen Ausländer in Deutschland repräsentiert. Gegründet im Mai 1998 besteht seither auch auf Bundesebene eine Vertretung der Ausländerinnen und Ausländer, die auf einer demokratischen Legitimation beruht und ethnien- und parteiübergreifend die Interessen der Migranten vertritt. In seiner Vollversammlung vom November 2009 hat unser Verband Herrn Dr. Karamba Diaby, der seit Jahren mit besonderem Engagement als Vorstandsmitglied unsere Arbeit unterstützt hat, zum Vorsitzenden gewählt.

Als politische Interessenvertretung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland steht der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat als Ansprechpartner der Bundesregierung, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates zur Verfügung und arbeitet mit gesellschaftlich relevanten Organisationen auf Bundesebene zusammen. Ähnlich wie bereits in den Kommunen und in vielen Ländern auf Landesebene seit Jahrzehnten praktiziert, ist unser Verband auf Bundesebene in allen Angelegenheiten, die Migranten betreffen, beratend tätig. Mit seiner Arbeit will unser Verband zu einem friedlichen und vorurteilsfreien Zusammenleben von Deutschen und Nichtdeutschen beitragen. Er dient zudem der politischen Meinungsbildung und Willensartikulation der Einwohner/innen mit dem Ziel, die politische, rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Migranten herzustellen.

Die Schaffung der Zugangsgerechtigkeit (von der Einstellungspolitik im öffentlichen Dienst bis zur Vertretung in allen gesellschaftlich relevanten Institutionen) und die Qualifizierung der Migranten und ihrer Nachkommen für eine Dienstleistungsgesellschaft zählen aus unserer Sicht zu den größten Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft. Dafür erhebt unser Verband eine deutliche Stimme.

Die Ausländerbeiräte / Integrationsbeiräte / Migrationsbeiräte in den Ländern und Kommunen leisten eine oft stille aber kontinuierliche Integrations- und Antidiskriminierungsarbeit. Es stärkt sie, dass sie demokratisch legitimiert, überparteilich, überethnisch und religionsneutral sind. Neben der politischen Arbeit organisieren unsere kommunalen Einheiten vielerorts regelmäßig interkulturelle Festtage. Sie sind Illustration des festen Eingebundenseins der verschiedensten Kulturen in das gesellschaftliche Leben der Städte. Sie haben im Sinn, die Begegnung und den Austausch verschiedener Kulturen zu ermöglichen und einen Bürgerdialog über die Situation der nichtdeutschen Bevölkerung anzuregen.

DER VERFASSER IST GRÜNDUNGSMITGLIED UND STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DES BUNDESZUWANDERUNGS- UND INTEGRATIONSRATES ■

Selbstorganisation als Grundlage des Erfolgs

Bund der Spanischen Elternvereine in Deutschland / Von Vicente Riesgo Alonso

Besorgt um die Lage der eigenen Landsleute in Deutschland meldete die spanische Presse im Jahr 1973: „In Deutschland erreichen 70% der spanischen Migrantenkinder keinen Schulabschluss". Heute gelten dagegen spanische Schüler in Deutschland als „Gewinner" der Integration: fast 70% von ihnen erreichen mindestens die Fachhochschulreife (Süddeutsche Zeitung vom 23.02.2004) und insgesamt „erzielen (sie) teilweise bessere Ergebnisse als die Einheimischen" (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland, Berlin 2009, S.41).

Was ist in diesen drei Jahrzehnten geschehen, um die bedenkliche Ausgangssituation so nachhaltig und positiv zu verändern? Was waren die entscheidenden Faktoren für diese Entwicklung?

Diese Fragen führen häufig zu genauso übereilten wie falschen Antworten. So ist die häufig anzutreffende Vorstellung falsch, bei den spanischen Gastarbeitern der ersten Generation würde es sich überwiegend um besser qualifizierte, politisch motivierte antifranquistische Emigranten handeln. Die statistischen Daten zeigen dagegen eine ganz andere Realität. So hatten z. B. nur 10,5% der 29.448 im Jahr 1971 nach Deutschland zugewanderten spanischen Arbeitnehmer eine berufliche Ausbildung, während bei den Italienern der Anteil der Facharbeiter bei 36,1% und bei den türkischen Kollegen sogar bei 46,3% lag. Die überwiegende Zahl der spanischen Migranten in Deutschland kamen aus den stärker landwirtschaftlich geprägten und weniger entwickelten Regionen des Landes und verfügten über eine eher geringe Schulbildung. Ebenfalls widerspricht die wesentlich weniger erfolgreiche schulische Integration von anderen Kindern aus dem gleichen Kulturkreis wie z. B. von italienischen oder portugiesischen Kindern im deutschen Schulsystem (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, a.a.O., S. 40 ff.) einem weiteren geläufigen, kulturdeterministischen Erklärungsmuster, nach dem der Schulerfolg von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte von der Nähe bzw. der Distanz ihrer Herkunftskulturen zu der deutschen Kultur abhängen würde.

Jahrzehntelang war aber das über das ganze Bundesgebiet ausgebreitete und dichte Netz von spanischen Elternvereinen sicherlich ein Alleinstellungsmerkmal der spanischen Community. Erst Anfang der 1990er Jahre begannen auch andere ethnische Gruppen – häufig unter explizitem Verweis auf die „Erfahrungen der Spanier" – mit dem intensiven Aufbau dieser (Selbst-)Organisationsform der Elternvereine. Über 30 von spanischen Migranten gegründete Elternvereine hatten sich nämlich bereits im November 1973 in der Stadt Wiesbaden zusammengetan und den Bund der Spanischen Elternvereine in der BRD. e.V. (Confederación de Asociaciones Españolas de Padres de Familia en la R.F.A.; kurz: Confederación) ins Leben gerufen.

In den darauf folgenden Jahren setzte eine sehr dynamische Gründungswelle ein und Ende der 1970er Jahre gab es weit über 100 spanische Elternvereine in der Bundesrepublik. Diese Gründungs- und Aufbauarbeit wurde – wie auch die spätere Konsolidierungsarbeit – von dem im Jahr 1972 von der Deutschen Bischofskonferenz eingerichteten Referat für Schulfragen und Erwachsenbildung der Spanischen Katholischen Missionen in Deutschland pädagogisch und organisatorisch begleitet und intensiv gefördert.

Von Anfang an verfolgte der Bund der Spanischen Elternvereine eine klare, für die damalige Zeit neue und – in Politik und Wissenschaft – sehr umstrittene Strategie. Der Bund entschied sich deutlich gegen das damals landläufige Modell eines getrennten Unterrichts für die Kinder der Gastarbeiter und für die volle Eingliederung der spanischen Schüler in das deutsche Schulsystem. Parallel dazu bestanden die Spanischen Elternvereine seit ihrer Gründung auf die bilinguale Erziehung ihrer Kinder und die Förderung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts. Diese Doppelstrategie schuf die Grundlage für die Entwicklung eines lebendigen und bereichernden Gleichgewichts zwischen der Öffnung zu der Aufnahmegesellschaft und der Behauptung und Bewahrung positiver Elemente der eigenen kulturellen Tradition. Zudem ermöglichte es die Entstehung einer neuen, interkulturellen Identität der zweiten und dritten Generation der spanischen Migranten in Deutschland. Die damit einhergehende Stärkung der inneren Kohäsion in der Familie sowie das auf dieser Basis gewachsene positive Selbstbild und das Selbstwertgefühl sind entscheidende Faktoren für den Erfolg spanischer Kinder in Deutschland geworden.

Neben den klaren strategischen Entscheidungen gehören der ideologische Pluralismus und eine effiziente Arbeitsmethodik zu den prägenden Merkmalen des Bundes der Spanischen Elternvereine. Der Verband widmete sich von seiner Gründung an mit großem Pragmatismus der Lösung der konkreten Probleme, vor die die Migranten in Deutschland gestellt waren und versuchte dies vor allem durch Selbstorganisation und Mobilisierung der eigenen Ressourcen zu erreichen. Die Bildungsarbeit – und insbesondere die Elternbildung – war und bleibt dabei immer ein wichtiger Bestandteil der eigenen Organisationsarbeit. Der Grundgedanke ist, dass die Eltern einen entscheidenden Beitrag zum Schul- und damit zum Lebenserfolg ihrer Kinder leisten können. Die Aufgabe der Elternbildung, wie sie in den spanischen Elternvereinen praktiziert wird, besteht darin, zu helfen, in einem dialogischen Prozess die eigene Situation als veränderbar wahrzunehmen und realisierbare Veränderungsalternativen gemeinsam zu entdecken. Diese von den pädagogischen Prinzipien Paulo Freires stark inspirierte Arbeitsmethodik ermöglichte eine frühe Fokussierung auf wichtige Themenfelder, in denen ein großes Mobilisierungspotential der Eltern vorhanden und konkrete Ziele erreichbar sind:

- Organisierung von Schulaufgabenkreisen für die Kinder,
- Organisation des muttersprachlichen Unterrichts,
- Organisation von Aktivitäten der Familienbildung,
- Stärkung der Position der Frau in den Vereinen und in der Gesellschaft,
- frühe Aufklärung der Eltern über Struktur, Organe und gesellschaftliche Funktion des deutschen Schulsystems,
- Mobilisierung der Eltern gegen diskriminierende Schulempfehlungen der Lehrer nach der Grundschule,
- Formulierung von messbaren Indikatoren des Schulerfolgs spanischer Kinder und Arbeit für deren Erreichung (z.B.: Besuch von Kindergärten und von weiterführenden Schulen, Vermeidung der Verweisung an die Sonderschule),
- Verbesserung der Wohnsituation und Ausbruch aus ghettoänhlichen (Wohn-)Verhältnissen,
- Förderung der beruflichen Bildung spanischer Jugendlicher,
- Forderung einer menschenrechtskonformen und familiengerechten Ausländer- bzw. Migrationspolitik in Deutschland.

Zur Stärkung seiner Bildungsarbeit beteiligte sich der Bund der Spanischen Elternvereine im Jahr 1984 aktiv an der Gründung der AEF - Spanischen Weiterbildungsakademie e.V. Im Zusammenwirken mit in der Migrations- und Bildungsarbeit erfahrenen deutschen und spanischen Pädagogen entstand so die erste bikulturelle Weiterbildungseinrichtung in Deutschland, mit dem Ziel eine inhaltlich und methodologisch der Lebenswirklichkeit und den Bedürfnissen der Migranten angemessene Erwachsenenbildung zu fördern. In Zusammenarbeit mit der AEF konnte der Bund der Spanischen Elternvereine sehr innovative und anerkannte Pilotprojekte durchführen, in denen neue Chancen einer offenen Migrationsgesellschaft erkundet wurden. So hatte das vom 1991 bis 1994 in NRW durchgeführte Projekt zur Qualifizierung von Migranten für die Arbeit in kommunalen Partizipationsgremien einen entscheidenden Einfluss auf die Entstehung der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte – heute Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen in NRW (LAGA).

Das in Zusammenarbeit mit der AEF und dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) in den Jahren 1993 /1994 durchgeführte Pilotprojekt „Zuwanderer/innen als ehrenamtliche Mitarbeiter/innen. In einer Weltorganisation gibt es keine Ausländer und keine Grenzen" lieferte wichtige Impulse und hatte eine starke Wirkung auf die Entstehung einer internen Kultur der interkulturellen Öffnung in diesem Wohlfahrtsverband. Die Confederación war auch der erste Verband, der eine Antwort auf die Lage der in Deutschland älter werdenden Migranten der ersten Gastarbeitergeneration zu geben suchte. So entstand – ebenfalls in Zusammenarbeit mit der AEF und dem DRK – das Modellprojekt ¡Adentro!®, mit dem Ziel, ältere Migranten als soziokulturelle Animateure für die offene Seniorenarbeit auszubilden. Die in den Jahren 1994 - 1997 mit Unterstützung der Bundesregierung, des Landes NRW und der EU-Kommission entwickelte Ausbildungsmethodik bildet die Grundlage eines erfolgreichen Programms, das bis heute ununterbrochen ältere Migrantenen zur Übernahme einer aktiven Rolle im Alter motiviert und sie für die freiwillige Gemeinwesenarbeit qualifiziert. Die ¡Adentro!®-Methodik wird auch von den im Europäischen Dachverband mit der Confederación vernetzten Elternorganisationen in der Schweiz, Frankreich und Belgien auf die eigene Situation angepasst und in ihrer Seniorenarbeit angewandt. Bei anderen Communities und Verbänden in Deutschland besteht ein starkes Interesse an den Erfahrungen von ¡Adentro!® und z. Zt. wird die Möglichkeit eines Transferprojekts geprüft.

Die Spanischen Elternvereine haben die Potentiale von Migrantenkindern, insbesondere hinsichtlich ihrer sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen, früh erkannt und gefördert. Als Frucht dieser Arbeit ist inzwischen eine neue Generation von zweisprachig und bikulturell aufgewachsenen, gut qualifizierten jungen Menschen entstanden, die der Arbeit der Confederación neue Impulse geben. Das im Jahr 2001 gestartete Projekt IMPULSO® versucht, in diesen jungen Menschen das Bewusstsein für ihre eigenen Stärken zu schärfen, diese weiterzuentwickeln und ihren Wert für die internationalisierte Wirtschaft und für eine moderne weltoffene Gesellschaft sichtbar zu machen.

Mit den seit 2005 im Land NRW angebotenen Aktivitäten des Transferprojekts „Schlaue Kinder starker Eltern" stellt die Confederación ihre langjährigen Organisationserfahrungen und ihr methodisches Wissen auch Eltern und Elterngruppen aus anderen Ethnien zur Verfügung. Dieses Transferprojekt zeigt, dass die aktive Arbeit für die Zukunft der eigenen Kinder Eltern aus sehr unterschiedlichen Herkunftskulturen, Religionen und Ideologien in einer gemeinsamen Aufgabe zusammen bringen kann. Eltern aus Russland, Ghana, Kasachstan, der Türkei oder Marokko haben durch das Projekt „Schlaue Kinder starker Eltern" die Bedeutung einer emanzipatorischen Elternarbeit für ihre eigene Familienzukunft in Deutschland entdeckt und sind nun aktive Multiplikatoren in ihren jeweiligen Communities. Die positiven Erfahrungen in diesem Projekt trugen auch wesentlich zur Entstehung des Elternnetzwerks NRW bei.

So zeigt sich weiterhin, dass in der bald 40-jährigen Geschichte des Bundes der Spanischen Elternvereine große Lernpotentiale für die Gestaltung einer Integrationspolitik in Deutschland vorliegen, die die Entwicklung neuer (interkultureller) Identitäten zulässt und fördert und die eigenen Kräfte der Migranten zur Veränderung der Realität zu mobilisieren weiß.

DER AUTOR IST FACHBERATER DES BUNDES DER SPANISCHEN ELTERNVEREINE IN DER BRD E.V. ■

Smaragdgrüne Keramikflasche der Safavid Dynastie, Iran, 17. Jahrhundert (Kat 166) (Kat 44/10)
© Aga Khan Trust for Culture, Geneva, Switzerland

Die Muttersprache ist ein kultureller Schatz

Das CGIL-Bildungswerk: Integration von Migrantenfamilien erleichtern / Von Valentina L`Abbate

„Die Muttersprache ist ein kultureller Schatz“, das sagt einer, der mit vier Jahren aus Italien nach Deutschland kam, kein Wort Deutsch konnte und sich erst einmal durchkämpfen musste. Franco Marincola ist Vorsitzender des CGIL-Bildungswerkes e.V. und weiß ganz genau, worauf es bei der Migrationsarbeit ankommt. Damals wie heute gilt: Das Erlernen der deutschen Sprache ist der erste Schritt zur Integration, aber der Erhalt der eigenen Kultur ist mindestens genauso wichtig.

Bildungsträger mit Erfahrung

Seit über 20 Jahren findet das CGIL Bildungswerk immer wieder neue Möglichkeiten, um Migrantenfamilien italienischer Herkunft und anderer Nationalitäten die Integration zu erleichtern und sie bei diesem Prozess zu unterstützen. Neben dem Hauptsitz in Frankfurt am Main haben sich seit 1987 weitere Abteilungen in Offenbach, Berlin, Hamburg und Köln etabliert. Die CGIL ist ein international tätiger und gemeinnütziger Bildungsträger, der primär im schulischen Bereich bei der Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und in der Erwachsenenbildung tätig ist. Die zahlreichen nationalen und internationalen Projekte des Bildungswerkes weisen ein weites Spektrum auf: Sie beziehen sowohl Kleinkinder ein, die auf den Grundschulbesuch vorbereitet werden, als auch Erwachsene und Rentner, die sich weiterbilden oder die deutsche Sprache erlernen wollen.

Brücke zwischen den Kulturen

Hier liegt nämlich der „Schlüssel zur Integration“: Durch den Erwerb der deutschen Sprache ist ausländischen Einwanderern eine Chance gegeben, sich zu verwirklichen und für eine positive berufliche Perspektive zu sorgen. Dies gilt auch für Kinder und Jugendliche, die nicht auf die Unterstützung ihrer Eltern zählen können, da diese schlichtweg kaum Kenntnisse der deutschen Sprache besitzen. Das Bildungswerk sieht seine Leistung darin, als Bindeglied zwischen Schule und ausländischer Familie zu wirken. In der Migrationsarbeit agieren Experten und Fachleute, die selbst Migrationserfahrung mitbringen und zweisprachig sind. Sie fördern den Dialog zwischen Schule und Migrantenfamilie, sie verstehen bestens beide Kulturen und wissen, wo Probleme oder Missverständnisse auftreten können. Unter anderem organisiert das Bildungswerk Informationsveranstaltungen für Eltern und Schüler in der Herkunftssprache und bietet stets die Möglichkeit zu Austausch und Gespräch. Auch die Frage, was nach der Schule passiert, ist für die CGIL-Mitarbeiter von höchster Bedeutung. Hauptzielsetzung des Projekts JUMINA (Junge Migranten in Ausbildung) ist, ausländische Jugendliche im Anschluss an den Schulabschluss in eine reguläre Ausbildung zu orientieren. JUMINA-Mitarbeiter unterstützen Schüler bei der Job- und Praktikasuche, proben Vorstellungsgespräche und bereiten auf das Arbeitsleben vor. Seit 2007 nahmen über 2000 Jugendliche an JUMINA teil. Zu Beginn dieses Jahres verlängerten die Agentur für Arbeit und die Stadt Offenbach zusammen mit dem Staatlichen Schulamt für Stadt- und Land Offenbach das erfolgreiche Projekt bis 2012.
In ihren Projekten bauen die CGIL-Mitarbeiter sowohl sprachliche Brücken zwischen den Kulturen auf, als auch Verbindungen zu weiteren kulturellen Aspekten, wie Musik und Kunst. Besondere Aufmerksamkeit gilt den Grundschulkindern. Regelmäßige Besuche in der städtischen Bibliothek, Kunst- und Musikkurse sowie selbst inszenierte theatralische Aufführungen gehören zum festen Repertoire. Dabei wird Wert auf die fachliche Kompetenz von Künstlern, Künstlerinnen und Lehrkräften von Musikschulen gelegt. Ein besonderes Highlight ist die Veranstaltungsreihe „Oper für Kinder“, organisiert von der Oper Frankfurt. Das Angebot richtet sich an Kinder ab sechs Jahren und ermöglicht einen ersten Einblick in die Arbeit des Musiktheaters. Für die Kinder ist der Besuch einer Opern-Aufführung, wie zum Beispiel die „Frau ohne Schatten“ von Richard Strauss, kindgerecht aufbereitet, etwas ganz Besonderes.
Eine einmalige Erfahrung für Jugendliche auf Ausbildungssuche bietet das Projekt „Futuro“ (italienisch für Zukunft). Die Jugendlichen erhalten die Möglichkeit, in Italien oder in der Türkei ein Praktikum zu absolvieren. Während des viermonatigen Aufenthalts lernen sie ihr Heimatland aus einer völlig neuen Perspektive kennen: Kein Urlaub am Meer, kein Sightseeing, sondern Alltag und Arbeitsleben in den Bereichen Gastronomie, Hotellerie und Tourismus.
Vielen Teilnehmern wird dabei bewusst, wie sich die Kultur im Herkunftsland tatsächlich entwickelt hat und wie diese Veränderungen sich in Deutschland manifestieren.

Kulturträger Muttersprache

Mehr als ein Dutzend Sprachen verteilen sich unter den CGIL-Mitarbeitern. Zur Philosophie ihrer Arbeit gehört grundsätzlich, die Muttersprache und den kulturellen Hintergrund bei aller Integrationsarbeit zu bewahren und zu pflegen: „Die eigene Muttersprache ist ein kultureller Schatz“, betont Franco Marincola, „wir betrachten es als Geschenk, zwei Sprachen sprechen zu können. Das erweitert den persönlichen Horizont, macht offen für Kultur und bietet viele weitere Möglichkeiten, die wir positiv nutzen. Auch ein Dialekt ist ein kulturelles Gut.“
Herkunftssprache und deutsche Sprache stehen nicht in einem Konkurrenzverhältnis zueinander, sondern ergänzen sich positiv. Qualifizierte Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund sind wertvoll für die deutsche und europäische Wirtschaft. Denn neben ihrer Mehrsprachigkeit verfügen sie über interkulturelle Kompetenzen, die im globalen wirtschaftlichen Austausch besonders wichtig sind. Das bilinguale Modellprojekt BINAT des Bildungswerkes begreift den Migrationshintergrund als eine besondere Stärke. Es beinhaltet eine zweisprachige kaufmännische Grundausbildung, verbunden mit einer EDV- und Internetschulung. Das erfolgreiche Projekt läuft in verschiedenen Städten, wie Frankfurt, Hamburg und Berlin.
Gerade für die Erwachsenenbildung ist die bilinguale Herangehensweise fundamental. Viele ältere Migranten verfügen über schlechte Kenntnisse der deutschen Sprache und Kultur. Dabei ist es ganz gleich, seit wie vielen Jahren sie in Deutschland leben oder ob sie im hohen Alter hinzugezogen sind. Projekte wie das ethnisch verankerte Gruppenprofiling ermöglichen ausländischen Teilnehmern im Alter über 50 die Wiedereingliederung in die Arbeitswelt und die Annäherung an die deutsche Kultur und Sprache. Dabei gehen die zweisprachigen Mitarbeiter unter anderem in Einzel- und Gruppengesprächen auf die Teilnehmer ein und organisieren Veranstaltungen, die ihnen kulturelle Einblicke über den eigenen Herkunftshorizont verschaffen.

Bildungspolitische Maßnahme Nummer Eins: Sprachförderung

„Oftmals ist es nicht selbstverständlich, dass gerade schwache Kinder von der Schule aufgefangen werden. Da müssen wir eingreifen und besonders nachhelfen“, kritisiert Marincola. „Sprachförderung sollte zu den Hauptaufgaben der Schule zählen, die Eltern mit Migrationshintergrund sind damit oftmals überfordert.“ Seit 2006 wirkt Marincola bei der Erstellung des Nationalen Integrationsplans mit. Er ist Teil der Arbeitsgruppe, die sich mit der Integration von Zuwanderern in Schule und Beruf befasst. Das CGIL-Bildungswerk fordert von den Ländern, mehr Geld und Lehrerstellen für die Sprachförderung von Migranten zur Verfügung zu stellen. Auch die Migrantenorganisationen selbst übernehmen hierbei Verantwortung. Im Rahmen des Nationalen Integrationsplans haben sie einen umfangreichen Katalog von Selbstverpflichtungen unterzeichnet. Dieser wurde von der Bundesregierung und den Migrantenorganisationen im Rahmen von Arbeitsgruppen ausgearbeitet. Ziele sind unter anderem eine bessere Integration der Migranten in die deutsche Gesellschaft und Fortbildung der Lehrkräfte im Umgang mit Migrantenkindern.

DIE VERFASSERIN IST FREIE JOURNALISTIN UND HAT DEN ARTIKEL IM AUFTRAG VOM CGIL-BILDUNGSWERK E.V. GESCHRIEBEN ■

Titelblatt von Ibn Sinas *Canon of Medicine*, Iran oder Mesopotamien, 1052 n. Chr. (Kat 111) © Aga Khan Trust for Culture, Geneva, Switzerland

In mehreren Kulturen zuhause

Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V. / Von Sidar A.Demirdögen

Als die ersten „Arbeitsmigranten“ ihre Hoffnungen in Koffer packten und nach Deutschland einwanderten, konnte niemand ahnen, welche Konsequenzen dies mit sich bringen würde. Der Zug, der nur für eine kurze Zeit an der Station „Deutschland“ halten sollte, fuhr nicht mehr zurück in die Heimat, sondern rollte immer weiter landeinwärts in das neue unbekannte Leben. Das „Land der Arbeit“ wurde von Generation zu Generation „zum Land des Lebens“. Mit der Zeit verschwanden die Koffer auf den Kleiderschränken und landeten in dunklen Kellerecken. Anfängliche Rückkehrabsichten wurden verdrängt von größtenteils endgültigen Bleibeabsichten in der deutschen Gesellschaft. Wichtige Orte ihrer Partizipation bilden seit den 1980er Jahren die eigens gegründeten Selbstorganisationen. Es hat sich eine hoch komplexe Verbandslandschaft von Seiten der Migranten und Migrantinnen gebildet, die über unterschiedliche Vorstellungen und Zielsetzungen verfügen.

Mughal Jade Schale (Kat 199) © Aga Khan Trust for Culture, Geneva, Switzerland

Der Verband

Der Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V. ist ein junger Verband. Er wurde im März 2005 auf einer Konferenz in Köln, an der über 250 Migrantinnen teilnahmen, gegründet. Der Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V. ist ein eingetragener und gemeinnütziger Verein mit Sitz in Frankfurt am Main. Die Verbandstätigkeit stützt sich ausschließlich auf das ehrenamtliche Engagement von Frauen und Mädchen mit türkeistämmiger Herkunft. Derzeit sind dem Verband über 23 Frauengruppen bundesweit angeschlossen (Diese bestehen in München, Nürnberg, Stuttgart, Geislingen, Karlsruhe, Mannheim, Darmstadt, Frankfurt, Hanau, Kassel, Köln, Düsseldorf, Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Siegen, Dortmund, Lüdenscheid, Bielefeld, Braunschweig, Hamburg, Kiel und Berlin.). Der Migrantinnenverband ist Mitglied beim Deutschen Frauenrat und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband LV Hessen und engagiert sich lokal und überregional an zahlreichen Arbeitskreisen und Initiativen.

Mitgliederprofil

Im Migrantinnenverband können nur Frauen Mitglied werden. Obgleich aus dem Verbandsnamen nicht sofort ersichtlich, gehören türkeistämmige Frauen zur Hauptgruppe der Mitglieder. Sie stellen zugleich die Zielgruppe dar.
Die Gruppe der Migrantinnen und Migranten aus der Türkei stellt keine homogene kulturelle Gruppe dar, kennzeichnend ist vielmehr die ethnisch-kulturelle Heterogenität ihrer Mitglieder. Dies spiegelt sich im Profil der Mitglieder wider. Schon Wolfgang Glatzer wies darauf hin, dass „ethnische Kategorien (…) zwar durch bestimmte Übereinstimmungen gekennzeichnet (sind), sie sind aber in sich heterogen und weisen kulturelle und andere Differenzierungen auf. Beispielsweise gibt es innerhalb der türkischen Bevölkerung viele verschiedene Ethnien (u.a. Aleviten, Jakobiten, Kurden)“. Ethnisch können Türkinnen, Kurdinnen (überwiegend aus der Türkei), Lazinnen und Frauen aus dem türkischen Teil Thrakiens ausgemacht werden, hinsichtlich der Zugehörigkeit zu Religionsgemeinschaften stellen Sunnitinnen und Alevitinnen die größten Gruppen dar.

Ziele und Aktivitäten

Ziel und Zweck des Verbandes ist die Förderung und Stärkung der Integration von Frauen und Mädchen mit türkischem Migrationshintergrund in allen Lebensbereichen: Bildung, Ausbildung, Arbeit und Beruf, Soziales, Kultur, Recht und Politik. Dazu führt der Verband zahlreiche Veranstaltungen zur Information, Sensibilisierung und Aufklärung durch. Der Ausbau des interkulturellen Dialogs und Austauschs steht dabei im Mittelpunkt aller Bemühungen.
Der Migrantinnenverband versteht sich weiter nicht als ein geschlossener Ort, der sich von der autochthonen Gesellschaft isoliert. Vielmehr nutzt er die Verbandsstrukturen dafür, Migrantinnen zunächst aus der Isolation vom soziokulturellen Leben herauszuholen, um damit ihre Teilhabe am Alltag zu stärken. Dies geschieht zum einen innerhalb des Verbandes, zum anderen durch regen Kontakt und Zusammenarbeit mit deutschen und ausländischen Einrichtungen, Vereinen und Organisationen. Integration wird somit als gleichberechtigte und kooperative Teilhabe in der Aufnahmegesellschaft definiert.
Die Bereitstellung von niedrigschwelligen Angeboten in den Stadtteilen ist dabei ein wichtiger Bestandteil der Verbandstätigkeit. Wichtig ist nicht nur die Möglichkeit der Aussprache über Probleme, sondern auch die gemeinsame Bemühung, hierfür Lösungen formulieren zu können. Neben niedrigschwelligen Angeboten im Stadtteil zur Förderung der sozialen, kulturellen und politischen Information und Partizipation engagiert sich der Migrantinnenverband gegen rassistische Ressentiments und gegen die öffentlich-mediale Konstruktion von Stereotypen, deren Gegenstand zumeist Frauen sind.

Kulturarbeit – Vermittlerin zwischen unterschiedlichen Kulturen

Der Migrantinnenverband misst der kulturellen Teilhabe von Migrantinnen eine integrationspolitisch wichtige Bedeutung bei. In Form von Bildung und Sprache ist sie Türöffner für die Gesellschaft. Der Verband strebt keine geschlossene Zusammenkunft von Frauen gleicher nationaler Herkunft an, sondern sieht sich als Vermittler zwischen den Kulturen. Die Kulturarbeit ist dabei nicht herkunftsfixiert, sondern erlaubt einen Mix von unterschiedlichen Kulturelementen. So ist es selbstverständlich, dass neben einem Sazkurs auch ein Hip Hop-/Streetdance-Kurs angeboten wird. Mitgebrachte kulturelle Ressourcen und biographisches Wissen von Migrantinnen werden zur Entwicklung einer positiven Bindung an die Aufnahmegesellschaft in Form von kulturellem Engagement ausgeschöpft.
Der Bedarf an kulturellen Angeboten in Stadtteilen ergibt sich schließlich aus der konkreten finanziellen Situation von Migrantinnen. So versucht der Verband, die kulturelle Exklusion aufgrund schwieriger sozialer Lage (aber Sprachmangel und fehlende Informationen) zu umgehen, indem er kostengünstige bzw. entgeltfreie Kurse „vor der Haustür“ anbietet.
Durch das Angebot einer Theatergruppe im Frankfurter Stadtteil Ginnheim wurden beispielsweise die Teilnehmerinnen an das epische Theater herangeführt. Die Frauen lernten die Werke von Bertolt Brecht kennen und erstellten in Anlehnung an das epische Theater ein eigenes Theaterstück. Das Stück handelte wiederum von persönlichen Erlebnissen des Migrantendaseins in Deutschland.
Die Theatergruppe füllt offensichtlich die Lücken der Nichtbeteiligung an öffentlichen Theatereinrichtungen, indem sie vor Ort und damit für die Teilnehmerinnen „fassbar“ wird. Sie sind jedoch nicht nur Teilnehmerinnen, sondern kulturelle Mitgestalterinnen. Ihre Biographie und ihre Erfahrungen bilden dabei den Stoff der kulturellen Tätigkeit. Entsprechend fällt die Wahl der Örtlichkeiten für die Proben und Aufführungen aus. Diese Orte liegen in demselben Stadtteil, sie sind den Teilnehmerinnen bekannt und leicht zugänglich: Der Raum einer Kindertagesstätte und der Festsaal der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt.
Der Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland versteht sich als Ort bikultureller Orientierungen von Frauen mit Migrationshintergrund. Er versucht, das faktische Leben in zwei oder mehreren Kulturen miteinander zu verbinden. Diese wichtige Ressource, das Sichtbarmachen von Potenzialen zur Annäherung an die deutsche Gesellschaft und die Bewältigung von (Alltags-) Konflikten, gilt es gemeinsam zu stärken. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe.

DIE VERFASSERIN IST BUNDESVORSITZENDE DES BUNDESVERBANDS DER MIGRANTINNEN IN DEUTSCHLAND E.V. ■

KULTURELLE BILDUNG:
Aufgaben im Wandel

Hrsg. vom Deutschen Kulturrat
Kristin Bäßler, Max Fuchs, Gabriele Schulz
und Olaf Zimmermann
489 Seiten, 2009
22,90 Euro, ISBN 978-3-934868-18-2

Bestelladresse:
Deutscher Kulturrat,
Chausseestraße 103,
10115 Berlin, Fax: 030/24 72 12 45,
E-Mail: post@kulturrat.de

Szenenwechsel

Jugendliche im interkulturellen und interreligiösen Dialog / Von Witold Kaminski

Konflikte in der Nachbarschaft zwischen Menschen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen sind das Ergebnis vielfältiger Komponenten. Eine jegliche eindeutige Erklärung der Ursachen muss demnach an der Wirklichkeit vorbei ziehen. Die Reduzierung der Ursachen auf fehlende oder mangelhafte Integration der Immigranten, die oft als Argument benutzt wird, deformiert die komplizierte Realität, in der sich Konflikte anbahnen und abspielen. Das Argument von angeblich unüberbrückbaren kulturellen und religiösen Unterschieden zwischen der aufnehmenden Gesellschaft und den Immigranten trägt wenig zur Erklärung und noch weniger zur Lösung der Probleme und Konflikte bei.

Iznik-Teller mit einem Löwen (Kat 101) © Aga Khan Trust for Culture, Geneva, Switzerland

Als Teillösung der Probleme ist ein Dialog notwendig, der alltägliche Erfahrungen zum Anlass nimmt, aber darüber hinaus zu einem Dialog zwischen verschiedenen kulturellen Welten führt. Besonders wichtig ist, in den Dialog junge Menschen einzubeziehen, da die Konflikte zwischen Jugendlichen mit besonderer Heftigkeit ausgetragen werden und die daraus resultierenden Wunden, die Fähigkeit der Konfliktparteien wieder zu einander zu finden, dauerhaft einschränken.

Bei der Suche nach Lösungen der Probleme müssen sowohl die Gegebenheiten, als auch Potentiale berücksichtigt werden – das sind einerseits die bekannten Defizite der jungen Menschen: mangelndes Selbstbewusstsein, Artikulationsschwächen, wenig entwickeltes Assoziierungsvermögen, aber auch oft unentdeckte Kreativität und Sensibilität.

Die Stärkung des Selbstbewusstseins und des Selbstwertgefühls ist unter anderem dann möglich, wenn junge Menschen sich aktiv und gleichberechtigt am Dialog zwischen den Kulturen beteiligen können. Es ist daher erforderlich, ihnen zum einen die Gelegenheit zu geben, durch Begegnung mit Menschen gleicher oder ähnlicher Erfahrungen Anerkennung zu erhalten, wie auch solche Bedingungen zu schaffen, die gewährleisten, dass sie nicht einfach in vorgegebene Programme gepresst werden, sondern sich selbst aktiv einbringen können und persönlich an der Gestaltung ihnen angemessener Konzepte und deren Verwirklichung einen für sie objektiv wahrnehmbaren Anteil haben.

Aus diesen Überlegungen heraus, hat der Polnische Sozialrat in Zusammenarbeit mit dem Verband für Sozial Kulturelle Arbeit über 10 Jahre lang ambitionierte Jugendaustauschprojekte durchgeführt, an denen die Jugendlichen aus Berlin und aus mehreren polnischen Städten teilgenommen haben. Es wurde dabei darauf geachtet, dass die Jugendlichen aus dem Ostteil und aus dem Westteil der Stadt kommen und verschiedenen Jugendsubkulturen angehören: Skins und Punks, junge Menschen türkischer, arabischer oder albanischer Abstammung. Die polnischen Teilnehmer waren wiederum Jugendliche aus Groß- und Kleinstädten, aus den gutbetuchten Elternhäusern und aus Kinderheimen. Möglichst größte Unterschiede waren uns wichtig, um zu prüfen, ob die schon dadurch vorprogrammierten Konflikte im Rahmen der intensiven und kreativen Arbeit behoben werden und zur gegenseitigen Anerkennung führen können.

Die gemischten Kleingruppen haben zwei Wochen lang an mehreren „Unterprojekten" in den Bereichen: Theater, Film, Geschichte usw. gearbeitet, aber auch gemeinsam die Freizeit gestaltet und diese intensiv gemeinsam erlebt. Kulturelle Unterschiede wurden thematisiert und flossen in die Projektarbeit hinein.

Die Zusammensetzung der Teilnehmer hat unsere Annahmen bestätigt und Beobachtungen von unschätzbarem Wert ermöglicht. Dies hat uns auch ermutigt an weiteren Konzepten mit dem Schwerpunkt – interkultureller Dialog – zu arbeiten. Die gesammelten Erfahrungen stellen jetzt die Grundlage für die Entwicklung eines neu geplanten Projektes dar. Diesmal aber sollen alle Akteure aus Berlin kommen. Aus einer Stadt mit vielen Facetten, in der manche Bezirke und Stadtteile ein eigenes Leben zu führen scheinen. Deren Einwohner von den Menschen aus einem Nachbarbezirk gar nichts oder sehr wenig wissen und deshalb bereit sind sich an Klischees zu bedienen. (Bürgerproteste in Pankow gegen Bau einer Moschee sind ein relativ neues Beispiel.)

Die Grundidee ist, in zwei im Grunde ähnlichen, aber in den beiden Stadthälften – im Osten und im Westen der Stadt – gelegenen Bezirken einen interkulturellen Dialog zu initiieren und deren Verlauf zu begleiten.

In Berlin-Lichtenberg haben wir einen fest verankerten Partner gefunden – die KultSchule im Lichtenberger Kulturverein. Auf Grund des großen Medienrummels um die Rütlischule haben wir als „westliches Pendant" – Neukölln gewählt.

Beide Bezirke werden oft in den Medien zu Problembezirken stigmatisiert: der „atheistische Osten" mit seinen plakativ dargestellten Problemen, wie Jugendgewalt, Rechtsextremismus, Zerfall der familiären Strukturen u. a. und der Westen, mit seinem hohen Ausländeranteil und Gewaltpotential.

Aus historischen Gründen ist die Entwicklung der beiden Berliner Stadthälften – Ost und West – unterschiedlich verlaufen. Auch wenn der Vereinigungsprozess seit zwei Jahrzehnten andauert, sind die Unterschiede in fast allen Bereichen des Lebens sichtbar. Die schon nach dem Mauerfall geborene Generation wächst immer noch unter anderen soziokulturellen Bedingungen auf. Trotz dieser differenzierten Entwicklung finden oft in den beiden Stadthälften die Probleme und Konflikte auf den Straßen und Schulhöfen statt, deren Ursachen im Zerfall der familiären Strukturen, einem niedrigen Selbstwertgefühl und fehlender Kommunikationsfähigkeit, der aus sozialschwachem Milieu stammenden Jugendlichen generiert werden. Auch wenn eine schnelle Veränderung der objektiven Lebensumstände und die Entwicklung von Perspektiven nicht möglich zu sein scheinen, ist es daher umso wichtiger, auf die Verbesserung der subjektiven Faktoren Einfluss zu nehmen. Die Jugendlichen, aus der berühmt gewordenen Rütlischule und ihre Altersgenossen aus Lichtenberg, sollen die Möglichkeit bekommen, mehr über den Islam zu erfahren und darüber zu diskutieren, genauso wie über die christlichen Religionen, über Judaismus und auch über Atheismus.

Die Vorträge und Diskussionen stellen einen Ausgangspunkt für den weiteren Verlauf des Projektes dar und bieten nur eine Grundlage zur Erarbeitung theatralischer Darbietungen. Das aus den Vorträgen und Diskussionen erlangte Wissen soll mit Hilfe erfahrener Theaterpädagogen in die Erarbeitung von Szenen aus dem Alltag einbezogen werden. „Religion ist ein Moralkodex, der sich mit Hilfe der Legenden und Mythen in literarischer Form ausdrückt. So wird ein Netzwerk von Werten und Normen zusammen gespannt, das eine Kultur und Gemeinschaft zusammenhält und leitet." Dieser, aus „Das Spiel des Engels" von Carlos Ruiz Zafón, stammende Zitat soll – aber nicht unkritisch – in die Arbeit an den Szenen einbezogen werden. Die Arbeit im Projekt soll den jungen Menschen ermöglichen, ihre Sichtweise auf das Unbekannte zu erweitern und die Diversität schätzen zu lernen.

Das Projekt soll in zwei Aufführungen an den beiden teilnehmenden Schulen münden. Darüber hinaus soll die praktische Projektarbeit dem Erfahrungsaustausch dienen und den Weg zu der engen Kooperation im Rahmen der alltäglichen Arbeit ebnen. Da es bisher solche Kooperationen zwischen Migrantenselbstorganisationen aus dem Westen und Osten der Stadt und im Osten der Stadt aktiven, lokalen Trägern nicht gibt, hoffen wir, dass die erfolgreiche Durchführung des Projektes einen neuen Impuls geben und andere Vereine zu ähnlichen Kooperationen ermuntern wird.

DER VERFASSER IST VORSITZENDER DES POLNISCHEN SOZIALRATES ■

Jenseits von Folklore und Tee

Interkulturelle Bildung in Migrantenorganisationen am Beispiel des Multikulturellen Forums / Von Kenan Küçük

Wie sollte interkulturelle Bildung in einer multikulturellen Gesellschaft aussehen? Miteinander und voneinander lernen könnte da die Devise lauten. Zum einen gilt es, die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an kultureller Bildung – das miteinander Lernen – zu ermöglichen, zum anderen ist ein Umdenken zu Gunsten einer Kultur der Vielfalt in der Bildungs- und Kulturlandschaft – das voneinander Lernen im Sinne einer Sensibilisierung der Einrichtungen für einen offenen Kulturbegriff – zu erreichen.

Was sich zunächst nach zwei unterschiedlichen Zielen anhört, gehört untrennbar zusammen und bedingt sich gegenseitig: Wer unterschiedlichen Zielgruppen die Türen zur kultureller Bildung öffnen möchte, kommt nicht umhin, die Kulturen dieser Menschen in seiner Arbeit zu berücksichtigen. Trotz 50 Jahre Migrationsgeschichte steckt dieser Ansatz im Bereich der kulturellen Bildung noch in den Kinderschuhen. Dabei zwingen nicht nur die eindringlichen Rufe nach mehr Integration, sondern auch die Folgen des demographischen Wandels zum Umdenken: Längst machen Menschen mit Migrationshintergrund einen bedeutenden Teil unserer Gesellschaft aus und werden sie auch in Zukunft in höherem Maße formen. Wer seine Angebote in Zukunft nicht gänzlich ohne Teilnehmer veranstalten möchte, sollte bei der Planung die Nachfrage- und Zielgruppenorientierung großschreiben. Eine Orientierung an einer vermeintlich vorhandenen/definierbaren westlichen Kultur führt Kultur- und Bildungseinrichtungen also lediglich in eine Sackgasse. Nur ein Verständnis von Kultur als Praxis bzw. als sozialer Prozess und nicht als eine organische Einheit wird der Vielfalt und Komplexität der Kulturen in unserer Gesellschaft gerecht.

Das Multikulturelle Forum hat sich von Beginn an diesen Ansatz zu Eigen gemacht: 1985 gegründet als „Deutsch-Türkischer Familien-Kulturverein“ hat die Einrichtung sich inzwischen zu einer etablierten Bildungs- und Beratungseinrichtung im westfälischen Ruhrgebiet entwickelt. Mit dem Ziel, Menschen mit Migrationshintergrund hinsichtlich der beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Integration zu fördern, hat der Verein seine Arbeit damals aufgenommen. Neben der Arbeit vor Ort engagiert sich das Multikulturelle Forum seit langem im Paritätischen Gesamtverband und ist Teil des 2007 unter seinem Dach gegründeten Forums der Migrantinnen und Migranten. Gemeinsam mit über 100 weiteren Migrantenorganisationen setzt sich der Verein für gleichberechtigte Partizipation von Migrantinnen und Migranten ein.

Das Multikulturelle Forum spricht heute Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen an. Sowohl im Weiterbildungsprogramm der Bildungswerke in Trägerschaft des Vereins als auch in den weiteren kulturellen Angeboten, die die Einrichtung regelmäßig anbietet, stehen Zielgruppen- und Nachfrageorientierung sowie eine interkulturelle Ausrichtung der Angebote im Mittelpunkt. Der Verein mit seinem aktuell 60-köpfigen multikulturellen Team – in der Einrichtung werden fast 20 Sprachen gesprochen – erreicht mit seinen Angeboten unterschiedliche Zielgruppen von Kindern und Familien bis Seniorinnen und Senioren, von Ausbildungs- und Arbeitsuchenden bis hin zu Kultur- und Weiterbildungsinteressierten.

Insbesondere durch kulturelle Bildungsangebote möchte das Multikulturelle Forum einen Beitrag zum interkulturellen Dialog leisten: Lesungen, Fahrten, Theateraufführungen, Podiumsdiskussionen, Workshops und ähnliche Angebote werden so konzipiert, dass ein barrierefreier Zugang für verschiedene Bevölkerungsgruppen möglich ist. Denn, dass kulturelle Bildungsangebote die Integration fördern können, ist weithin unumstritten. Doch wird der kulturellen Vielfalt nicht Rechnung getragen und eine gleichberechtigte Partizipation aller Zielgruppen zu den Angeboten nicht gewährleistet, können sie ebenso ein Hindernis für Integration darstellen. Umso wichtiger ist es, Lernorte, -inhalte und -ziele sowie Ansprachekonzepte entsprechend zu wählen.

Kulturelle Bildungsangebote fördern die Integration und das Verständnis für kulturelle Vielfalt nicht, weil sie Eigenheiten unterschiedlicher Kulturen vermitteln, sondern weil sie Begegnungen ermöglichen, Gemeinsamkeiten schaffen sowie das miteinander und voneinander Lernen unterstützen. So geht es in den Angeboten interkultureller Bildung im Multikulturellen Forum nicht darum, zwischen vermeintlich homogenen Kulturen zu vermitteln oder Klischees zu reproduzieren. Vielmehr sollen Menschen für kulturelle Vielfalt sensibilisiert werden, indem sie mit den unterschiedlichen Ausprägungen dieser Vielfalt in Berührung gebracht werden.

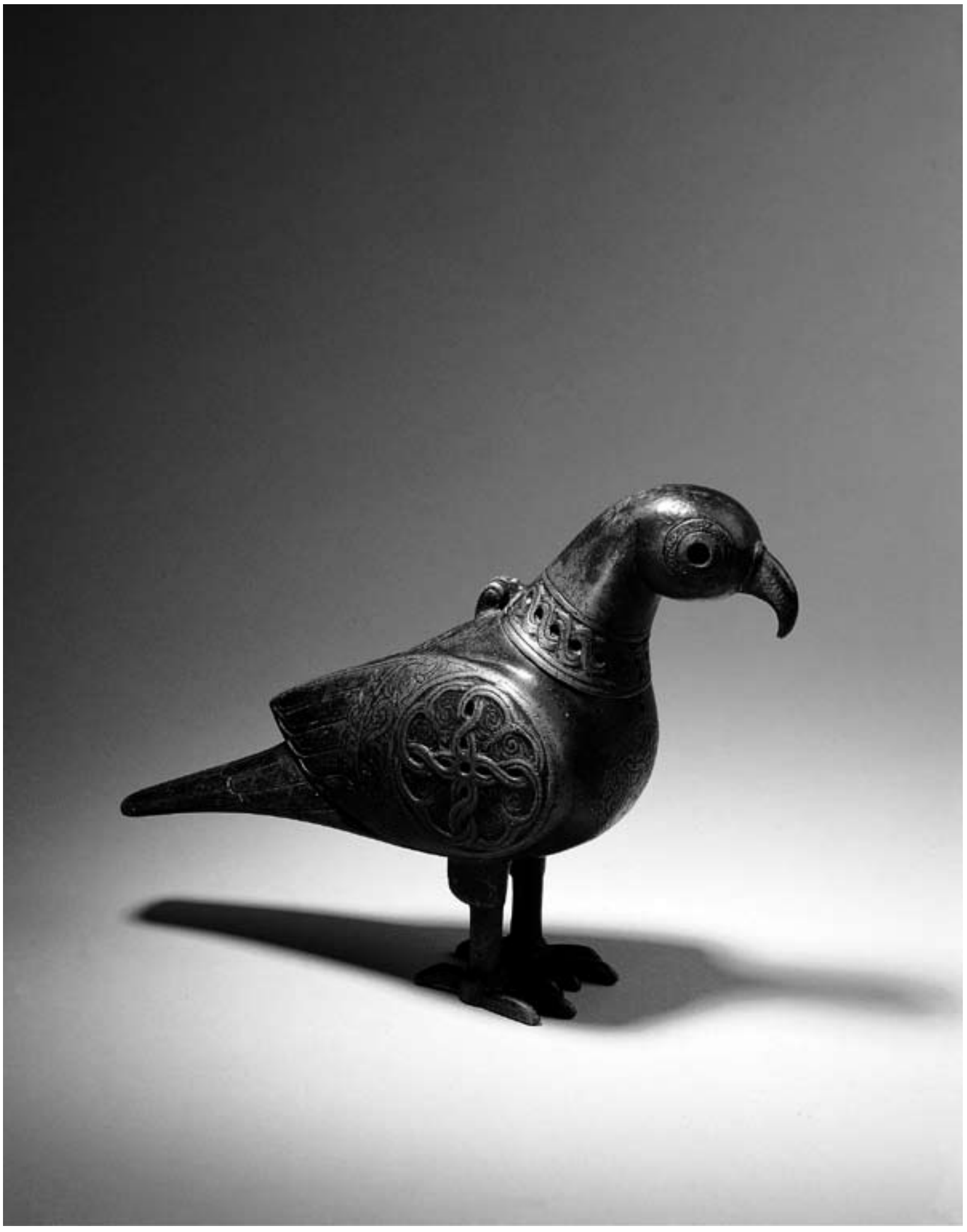
Interkulturelle Bildung ist beispielsweise, wenn ein deutscher Autor mit türkischem Namen eine Lesung zu seinem neuen Roman in einer Migrantenorganisation abhält: Die Lokalpresse ist unsicher, ob die Lesung auf Deutsch oder auf Türkisch stattfindet, das Vereinsmitglied reagiert verwundert, einen türkischstämmigen Autor zu erleben, der ausdrücklich betont, dass er auf der Bühne ausschließlich seine Arbeitssprache Deutsch nutzt. Der Kulturinteressierte aus der Kleinstadt erkennt überrascht, dass hier nicht wie erwartet orientalische Erzählungen, sondern moderne Literatur geboten wird, während der türkischstämmige Lesungsbesucher interessiert zur Kenntnis nimmt, dass die Handlung des Romans nicht in der Türkei oder in Deutschland, sondern in einer Fantasiewelt spielt. Durch die Ausrichtung der Veranstaltung in der Migrantenorganisation erreicht die Lesung auch Zielgruppen, die eine Lesung in der Stadtbücherei möglicherweise nicht besucht hätten. Die Ankündigung in der Lokalpresse lockt wiederum Literaturinteressierte zur Lesung, die ansonsten die Migranteneinrichtung nicht kennengelernt hätten.

Interkulturelle Bildung ist, wenn Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Gläubige und Nicht-Gläubige, Muslime und Christen gemeinsam über den Islam und seine Bedeutung für die Gesellschaft sprechen: Die Referentin macht auf die Gemeinsamkeiten der Religionen aufmerksam, nicht-muslimische Teilnehmende lernen die Bandbreite des Islam vom Pendant zum „Weihnachtskirchgänger“ im Islam bis hin zum konservativen Muslim kennen; das Interesse der Menschen aneinander wird deutlich, Vorurteile werden abgebaut.

Interkulturelle Bildung ist, wenn eine Deutschtürkin den Spanischkurs für Anfänger, ein Spätaussiedler den Computerworkshop und eine Marokkanerin mit Kopftuch das Existenzgründerseminar leitet. Interkulturelle Bildung ist, wenn der Unterricht für Krankenpflegeschüler in der Moschee, die Lokalwahlveranstaltung in der Migrantenorganisation, die Newroz-Feier in der Aula der Schule stattfindet. Interkulturelle Bildung ist, wenn die Aufführung eines türkischen Theaterstücks durch deutsche Übertitel für alle zugänglich wird. Interkulturelle Bildung ist, wenn das Multi-Kulti-Fest vom örtlichen Spielmannszug eröffnet und von verschiedenen lokalen Jugendgruppen und Vereinen bestritten wird.

Dieser erfolgreiche Ansatz ist einer der Hauptgründe, warum sich das Multikulturelle Forum von einer ehrenamtlich geführten Initiative zu einer professionellen Bildungs- und Beratungseinrichtung entwickeln konnte. Der Verein gehört zu den wenigen Migrantenorganisationen, die auf eine lange Geschichte zurückblicken können; in diesem Jahr feiert er sein 25-jähriges Bestehen. Das Jubiläum begeht der Verein mit 25 Veranstaltungen aus den Bereichen Literatur, Film, Musik, Theater, Politik, Religion, und Sport – natürlich wieder mit dem Ziel, Menschen zusammen zu bringen.

DER VERFASSER IST GESCHÄFTSFÜHRER DES MULTIKULTURELLEN FORUMS E.V. SOWIE SPRECHER DES FORUMS DER MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN IM PARITÄTISCHEN GESAMTVERBAND UND SPRECHERVORSITZENDER DES FACHARBEITSKREISES MIGRATION DES PARITÄTISCHEN IN NRW



Scandaroon Räuchergefäß, vermutlich Sizilien, 11.–12. Jahrhundert (Kat 56/1) © Aga Khan Trust for Culture, Geneva, Switzerland

Realität oder nur ein Traum?

Aufstiegschancen in Deutschland / Von Kristin Bäßler

Der Ausspruch „Wohlstand für alle“ der sozial-liberalen Koalition klingt wie ein Versprechen aus uralten Zeiten. Und auch heute, in Zeiten der Wirtschaftskrise, von grenzenlosen Aufstiegschancen zu sprechen, fällt der Politik nicht leicht. Doch trotz Wirtschaftskrise muss sich Deutschland die Frage gefallen lassen: Ist die Bundesrepublik Deutschland ein Land, in dem jeder, unabhängig davon, wo er geboren wurde, alles erreichen kann, was er möchte? Ist es möglich, unabhängig von seiner sozialen oder ethnischen Herkunft aus eigener Kraft Bankmanager, Schriftsteller, Politiker oder Lehrer zu werden?

Eigentlich müssten diese Fragen mit ja beantwortet werden können, denn, wie viele deutsche Nachkriegsbiografien gezeigt haben, war der Aufstieg vom Sohn eines Handwerkers zum Akademiker sehr wohl möglich. Diese Bildungsbarrieren wurden in den 1960er und 1970er Jahren durch konkrete Bildungsprogramme durchbrochen. Doch anstatt heutzutage von „Bildung für alle“ sprechen zu können, tauchen die nächsten Barrieren auf. Heute geht es nicht mehr um die Öffnung von Bildungseinrichtungen für „Nicht-Akademiker-Kinder“, sondern um die Teilhabe an Bildungschancen von sozial schwachen Familien oder Kindern aus Zuwandererfamilien. Immer noch zu häufig entscheidet der Bildungsgrad oder die Herkunft der Eltern darüber, ob ein Kind beispielsweise studieren wird oder nicht; immer noch zu oft entscheidet der Nachname darüber, wer Zutritt zum Gymnasium erlangt und wer nicht. So veröffentlichte das Statistische Bundesamt im Januar Zahlen aus dem Mikrozensus 2008, die belegen, dass immer noch 14,2 Prozent der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien keinen Schulabschluss haben. Dem gegenüber gestellt sind es nur 1,8 Prozent bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Frage nach der Berufsausbildung. Da sind es 44,3 Prozent, denen ein beruflicher Abschluss fehlt. Bei der Bevölkerung ohne Misgrationshintergrund sind es 19,9 Prozent.

Woran liegt es, dass es in Deutschland immer noch so schwer ist, Bildungsbarrieren zu durchbrechen und Zugangschancen zu erhalten? Die Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin hat sich diesem Thema angenommen und eine Diskussionsreihe mit dem Titel „Was ist der deutsche Traum? Vom Einwanderungsland zur Aufsteigerrepublik? Integration, Chancengerechtigkeit und Teilhabe in Deutschland“ gestartet. Zum Auftakt dieser Reihe wurden der Integrationsminister des Landes Nordrhein-Westfalen Armin Laschet, der Bundesvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen Cem Özdemir sowie die künstlerische Leiterin des Theaters Ballhaus Naunynstraße in Berlin-Kreuzberg Shermin Langhoff eingeladen, um gemeinsam zu diskutieren: Wie ist es in Deutschland um Aufstiegschancen bestellt und welche Lösungen gibt es, um die festzementierten deutschen Strukturen, die immer noch stark auf Selektion beruhen, aufzubrechen? Aspekte wie Bildungschancen, die Rolle des Staates und die Anerkennung der Vielseitigkeit einer Gesellschaft standen bei dieser Frage im Vordergrund.

Im vergangenen Jahr veröffentlichte Armin Laschet das Buch „Die Aufsteigerrepublik: Zuwanderung als Chance“, in dem er erörterte, dass Deutschland eine neue Mentalität brauche, die jedem unabhängig von seiner Herkunft gesellschaftlichen Aufstieg ermöglicht. Laschet spricht in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit einer 3. Deutschen Einheit. Nach der erfolgreichen Integration der Flüchtlinge nach dem 2. Weltkrieg und der Deutschen Einheit im Jahr 1989 sei es nun höchste Zeit, eine strukturelle Integration der hier seit Jahrzehnten lebenden Zuwanderer und deren Familien zu ermöglichen. In der Berliner Böll-Stiftung illustrierte Laschet, dass in diesem Zusammenhang bereits durch das Staatsangehörigkeitsreformgesetz aus dem Jahr 1999 – dem so genannten ius-soli-Erwerb für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern – dem Nationalen Integrationsgipfel, der Islamkonferenz und dem Nationalen Integrationsplan eine Reihe von Maßnahmen ergriffen wurden, diese 3. Einheit in Gang zu bringen. Auch die neue Bundesregierung habe mit ihrer im Koalitionsvertrag vereinbarten Bleiberechtsregelung einen wichtigen Schritt getan, um Bildungschancen und damit auch Aufstiegschancen für Kinder von Zuwanderern zu gewährleisten. So werde die neue Bundesregierung u. a. die aufenthaltsgesetzlichen Übermittlungspflichten öffentlicher Stellen dahingehend ändern, dass der Schulbesuch von Kindern von in Deutschland „illegal“ lebenden Menschen ermöglicht wird.

Cem Özdemir, der sich als Grünen-Politiker besonders mit Bildungsfragen auseinandersetzt, erklärte, dass es beim Thema Aufstiegschancen insbesondere um Bildungschancen gehe, die seiner Meinung nach nur gelöst werden könnten, wenn die bestehenden Schulstrukturen reformiert und Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen würden. Bildung sei einer der wichtigsten Faktoren, um Aufstieg auch aus eigener Kraft zu schaffen. Aber wie sieht die Realität an deutschen Schulen aus? Shermin Langhoff, die in ihrem Theater auch kulturelle Bildungsangebote unterbreitet, berichtete in diesem Zusammenhang von ihrer Erfahrung mit einer Kreuzberger Grundschule, in der die Bildungsselektion so weit geführt würde, dass Kinder mit Zuwanderungsgeschichte und Kinder ohne in getrennten Klassen unterrichtet werden, weil nur so gewährleistet werden könnte, dass die gut situierten Kreuzberger Eltern nicht abwandern. Shermin Langhoff machte ferner deutlich, dass die Differenzierung zwischen „Zuwanderern“ und „Deutschen“ nicht der migrantischen Realität der Gesellschaft in Deutschland entspräche, denn die heterogene Identität eines Menschen könne sich nicht per se an dem Geburtsort eines Menschen ablesen lassen. Vielmehr müsse Vielfalt und Heterogenität stärker als Teil der deutschen Gesellschaft betrachtet werden.

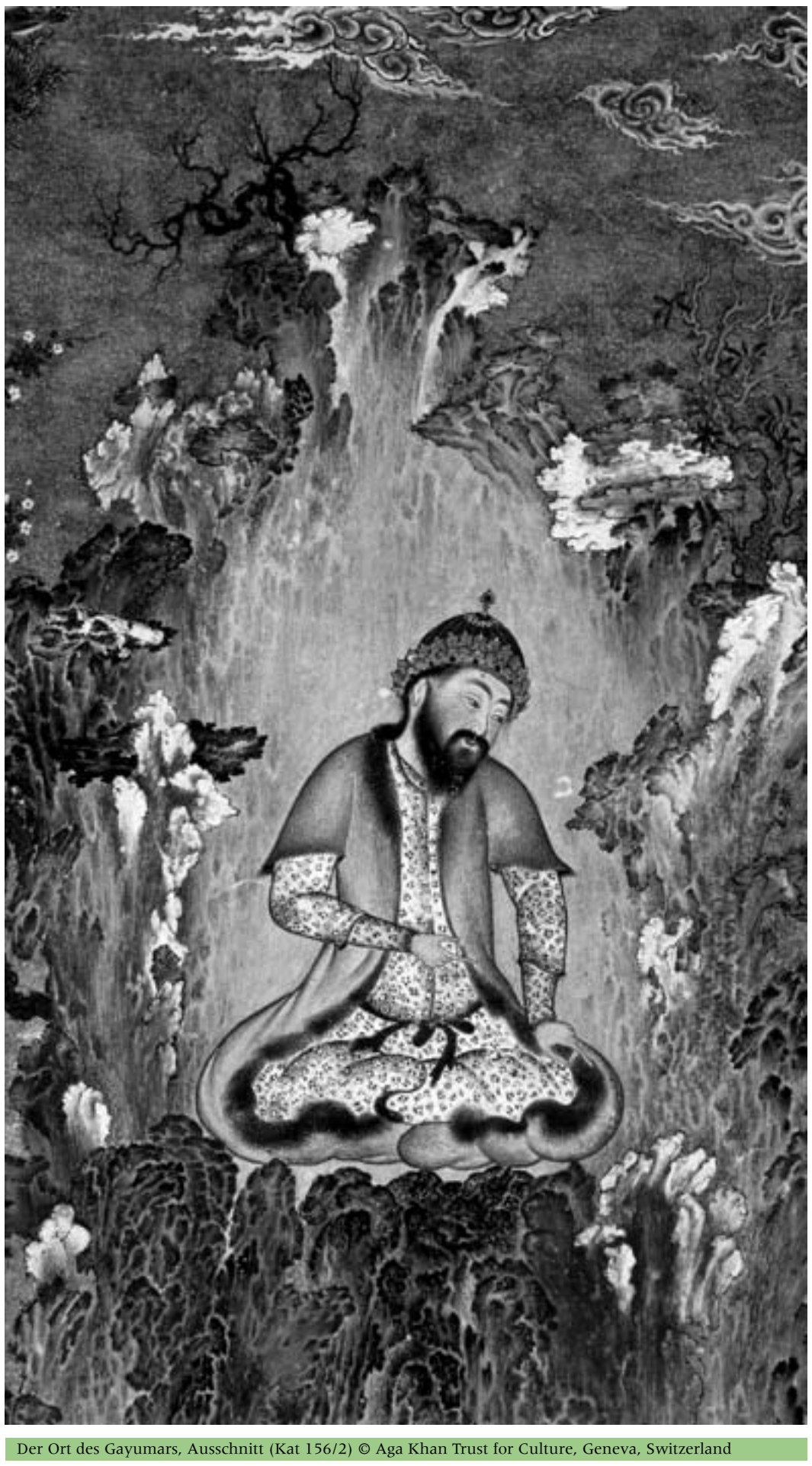
Wie aber kann dieses Denken jenseits von Schranken und Zuweisungen befördert werden und welche Rolle muss der Staat bei der Verbesserung von Aufstiegsmöglichkeiten spielen? Grundsätzlich, da waren sich alle Redner einig, müsse der Staat dabei die zentrale Rolle spielen. Bildungsangebote müssten nicht nur allen Kindern und Jugendlichen unterbreitet, sondern auch die Bildungsinhalte qualitativ verbessert werden. Das hieße mehr Betreuung, mehr individuelle Förderung und die Gewährleistung, dass auch Kindern mit anfänglichen Startschwierigkeiten die Chance gegeben wird, einen Abschluss zu machen, der es ihnen ermöglicht, beispielsweise eine Lehrstelle zu finden. Doch diese Anstrengungen blieben erfolglos, wenn in den Köpfen nicht ein gemeinsamer Ansatz von Teilhabe und Partizipation erarbeitet wird. So erläuterte Shermin Langhoff, dass viele Verbände, Vereine und Communities von Zuwanderern einen wichtigen Bildungsbeitrag vor Ort leisten. Doch stellt sich die Frage, wie diese Initiativen und Stimmen im politischen Diskurs Gehör finden, auch vor dem Hintergrund, dass vielen Zuwanderern nicht das kommunale Wahlrecht zusteht und sie häufig gar nicht die Möglichkeit bekommen, in den politischen Entscheidungsgremien mitreden zu können. Wer meine, dass diese politische Partizipation von Zuwanderern ein besonders schwieriger und langwieriger Prozess wäre, der sei, wie Armin Laschet noch einmal betonte, daran erinnert, dass beispielsweise die Integration der Flüchtlinge nach dem 2. Weltkrieg u. a. auch deshalb relativ schnell und gut funktionierte, weil es bereits in der ersten Adenauer-Regierung einen Bundesminister für Vertriebene gab, der von 1949 bis 1953 grundlegenden Gesetze zur Integration der etwa zehn Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge durchsetzte. Auch deshalb fordert Armin Laschet, dass Deutschland einen Integrationsminister mit Zuwanderungsgeschichte brauche, um die Interessen der Zuwanderer stärker im politischen Diskurs zu vertreten. Grundsätzlich käme es eben sehr stark auf den Willen der Politik an, Vielfalt in Politik und Gesellschaft als Normalität anzusehen.

Wenn Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Familien tatsächlich die Chance auf einen Aufstieg erhalten, dann nicht unbedingt immer durch die strukturelle Förderung des Staates, sondern häufig aus purem Zufall: weil sie im richtigen Stadtteil geboren wurden, weil sie Nachbarn und Freunde hatten, die mit ihnen die Hausaufgaben machten, einen Lehrer hatten, der sich ihrer annahm oder aber, weil einmal in der Woche ein Bücherbus kam, der ihnen die Welt der Literatur und Sprache in den Stadtteil brachte. Aber dürfen in einem Land wie Deutschland Zugangs- und Aufstiegschancen vom Zufall abhängen? Wer glaubt, dass es reiche, sich als ein Einwanderungsland zu bezeichnen, der irrt. Wer glaubt, dass es trotz der Bemühungen und Anstrengungen seitens der Politik der letzen Jahre in Deutschland keine strukturelle Diskriminierung gebe, der irrt ebenfalls. Das zeigt nicht zuletzt eine Studie der Universität Konstanz, die offenlegte: Stellenbewerber mit nahezu perfekten Referenzen werden in Deutschland bei der Jobsuche deutlich benachteiligt, wenn der Arbeitgeber aufgrund des Namens beispielsweise eine türkische Herkunft vermutet.

Grundsätzlich geht es bei der Frage um Aufstiegschancen in Deutschland nicht nur um die Bereitstellung von Bildungsangeboten mit niedrigschwelligen Zugängen, Betreuungsmöglichkeiten und die qualitative Verbesserung der Schulen. Es geht zunächst um die Beseitigung der Barrieren in den Köpfen und den politischen Willen, dass Aufstiegschancen in Deutschland tatsächlich allen gegeben werden.

DIE VERFASSERIN IST WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Armin Laschet: Die Aufsteigerrepublik. Zuwanderung als Chance. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2009.



Der Ort des Gayumars, Ausschnitt (Kat 156/2) © Aga Khan Trust for Culture, Geneva, Switzerland

Impressum
interkultur

interkultur erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung *politik und kultur*, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

ISSN 1867-5557

Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14,
Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de
E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion
Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Gabriele Schulz, Kristin Bäßler,
Andreas Kolb

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung